

DAS ARGUMENT 110

Veränderungen im Argument-Verlag	482
<u>Statt eines Editorials</u>	
Wolfgang Fritz Haug: Westlicher Marxismus?	484
Psychiatrie und Herrschaft	
Erich Wulff Politische Indienstnahme der Psychiatrie in West und Ost (I)	503
Fragen der Philosophie (I)	
Eckart Leiser Zur materialistischen Begründung von Logik und Mathematik	518
J. M. Ripalda Grenzen der Dialektik	529
<u>Stalinismus-Forschung</u>	
Volker Gransow: Jenseits des Stalinismus?	535
<u>Arbeitergeschichtsschreibung</u>	
Detlef Peukert: Regionalgeschichtsschreibung	546
<u>Kongreßberichte</u>	
Medienkongreß des DGB; Prokla-Arbeitskonferenz; Arbeitstagung »Pädagogisches Museum«; Arbeitstagung »Alltagskultur«	566
<u>Dokumentation: Zu den »schwarzen Listen«</u>	574
<u>Besprechungen</u>	
Wissenschaftsgeschichte, Fremdsprachenunterricht, Literaturtheorie, Reformpädagogik, Berufspädagogik, Frauen, Sexualwissenschaft, Gesellschaftsformationen, Revolutionsgeschichte, Arbeitergeschichtsschreibung, Politik der BRD, Beschäftigungspolitik, Jura	576
<u>Zeitschriftenschau</u>	I
<u>Über die Autoren</u>	X
20. Jahrgang Juli/August 1978	

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main), Wilhelm Alff (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Reinhard Opitz (Köln), K. H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Karl-Heinz Götzke, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Karl-Ernst Lohmann, Prof. Dr. Thomas Metscher, Rolf Nemitz, Prof. Dr. Friedrich Tomberg

Redaktionssekretariat: August Soppe

Verlag und Redaktion:

Altensteinstraße 48a, 1000 Berlin 33, Telefon 030 / 8 31 49 15

Auslieferung und Anzeigen:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030 / 4 61 90 61

Besprechungen

Philosophie

Griechische Atomisten (<i>J. Brockmeier</i>)	576
<i>Blumenberg, Hans</i> : Die Genesis der kopernikanischen Welt (<i>E. Schmidt</i>)	577
<i>Blumenberg, Hans</i> : Aspekte der Epochenschwelle (<i>J. Maruhn</i>)	578
<i>Wagner, Fritz</i> : Isaac Newton im Zwielicht zwischen Mythos und Forschung (<i>J. Robbeck</i>)	579
<i>Losee, John</i> : Wissenschaftstheorie (<i>K. Bayertz</i>)	580
<i>Kuhn, Thomas S.</i> : Die Entstehung des Neuen. Studien zur Struktur der Wissenschaftsgeschichte (<i>K. Bayertz</i>)	581
<i>Lecourt, Dominique</i> : Proletarische Wissenschaft? Der »Fall Lyssenko« und der Lyssenkismus (<i>E. Göbel/G. Herrgott</i>)	582

(Fortsetzung auf Seite VII)



ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1978 in 6 Heften (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von insgesamt 924 Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. – Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,– DM; im Abonnement 7,50 DM bzw. 6,– DM, + Versandkosten. – Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. – Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. – Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten. – Konten: Berliner Disconto Bank 721/7722, Postscheckkonto Berlin West 5745-108. – Satz: Hellmich KG, Berlin; Herstellung: Oktoberdruck, Berlin. 1.-10. Tausend August 1978

Beilagenhinweis: Diese Ausgabe enthält eine Bestellkarte des Argument-Verlages.

Veränderungen im Argument-Verlag

In den letzten beiden Jahren hat der Argument-Verlag mit wachsenden Verlusten gearbeitet. Zwar stiegen die Erlöse jeweils noch schwach, aber die Kosten in Herstellung und Vertrieb (Stückkosten) stiegen bedeutend schneller. Durch Honorarverzicht und Einsparungen im redaktionellen Bereich konnte nur ein kleiner Bruchteil der in den beiden anderen Bereichen eingetretenen Kostensteigerungen ausgeglichen werden. Schließlich stellte sich die Überlebensfrage. Hier die roten Zahlen:

Bilanzverlust 1976	23.775
Bilanzverlust 1977	83.115
<hr/>	
Gesamtverluste bis 31. 12. 1977	106.890

Bei einem linken Verlag darf alles rot sein außer den Bilanzzahlen. Was tun?

Einschneidende Maßnahmen zur Kostenverringerung haben wir an dieser Stelle bereits früher angekündigt (in Argument 108): Verlagerung von Produktion und Auslieferung aus Karlsruhe nach Berlin. Beides ist inzwischen verwirklicht. Die Studienhefte waren das Erste, was wir in Berlin produzierten. Das vorliegende Heft ist bereits die zweite gänzlich in Berlin hergestellte Nummer der Zeitschrift. Die neuen Herstellungskosten liegen zum größten Teil planmäßig unter den bisherigen.

Inzwischen hat die Gesellschafterversammlung einschneidende Veränderungen in der Verlagsstruktur beschlossen:

1. Das Stammkapital wurde von bisher 115.000 DM auf 20.000 DM herabgesetzt, die einzelnen Anteile entsprechend im Wert reduziert.

2. Christof Müller-Wirth, seit 1961 Verlagsleiter, trat als Geschäftsführer zurück und schied aus der Gesellschaft aus, nachdem er seinen Gesellschaftsanteil auf Sibylle Haberditzl übertragen hatte. Ungeachtet der ökonomischen Probleme der letzten beiden Jahre danken wir Christof Müller-Wirth für mehr als anderthalb Jahrzehnte verlegerischer Betreuung des *Argument*. Lange Zeit hat er mit Erfolg für die »Rechenhaftigkeit« unseres Verlags gesorgt.

3. Frigga Haug wurde neben dem bisherigen Geschäftsführer W. F. Haug zur neuen Geschäftsführerin berufen, faktischer Nachvollzug ihrer schon während der gesamten Umstellung übernommenen Arbeiten.

4. Das Stammkapital wurde wieder auf 100.000 DM aufgestockt. Die Mittel wurden zum größten Teil aus bereits beim Verlag stehenden Darlehen von Gesellschaftern und Mitarbeitern aufgebracht. Die Gesellschaft setzt sich jetzt wie folgt zusammen:

		neue Gesellschafter:	
S. Haberditzl	13.000	H. H. Abholz	5.000
F. Haug	20.000	Chr. Gaedt	5.000
W. F. Haug	21.000	Rolf Nemitz	5.000
D. Krause	4.000	U. Schagen	5.000
F. Tomberg	10.000	E. Wulff	5.000
G. Voigt	7.000		
			<hr/>
			100.000

Einem Kapital von 100.000 DM steht damit nur noch ein Bilanzverlust von 11.890

DM gegenüber. Darüber hinaus genehmigte die Gesellschafterversammlung eine weitere Kapitalaufstockung auf insgesamt 120.000 DM.

Das erste Halbjahr 1978 hat zusätzliche Verluste gebracht: Umzug, Neuinvestitionen, zwei Monate Doppelbetrieb Karlsruhe und Berlin.

In dieser Situation rief eine Gruppe um Wolfgang Abendroth und K. H. Tjaden die verdienenden Mitarbeiter und Freunde des *Argument* dazu auf, mit Überbrückungskrediten von 1.000 DM oder mindestens 500 DM beizustehen. Zwölf Mitarbeiter sind bisher diesem Aufruf dankenswerterweise gefolgt; Spenden und Solidaritätsabonnements erreichen uns überdies. Es wird sich zeigen, ob und in welchem Umfang die intellektuellen Linkskräfte unseres Landes diese Zeitschrift am Leben erhalten wollen und können. Verlag, Redaktion und Vertrieb werden das Ihre tun. Durch einen größeren Kredit des Herausgebers kann die Finanzierung zunächst für ein weiteres Jahr gesichert werden. Die Entscheidung fällt letztlich bei den Kosten. Vor allem bei den Stückkosten. Sie sind auch eine Frage der Auflage, und die Auflage ist vor allem eine Frage der Abonnements (Zeitschrift und AS).

Bitte um Hilfe bei Adressensuche

Der Vertrieb bittet die Leser um Hilfe bei der Suche nach Adressen von Abonnenten, die *unbekannt verzogen* sind. Jede Adresse bedeutet ein Abonnement.

Gaby Bardalla, Schwerte; Silke Behl, Hamburg; Karl Beise, Berlin; Iri Bohnhorst, Bremen; Wolfgang Brucker, Tübingen; Helmut Buchleitner, Wien; Julius Bügler, Freiburg; Birgit Dick, Essen; Elke Duncker, Aachen; Björn Eichholz, Berlin; Thomas Emmenegger, Basel; Gerd Gerhard, Bochum; Klaus Gerosa, München; Manfred Gottier, Frankfurt; Monika Gross, Marburg; Christian Hamann, Heidelberg-Ziegelhausen; Dieter Happatz, Berlin; U. Hausa und S. Jakobs, Hamburg; Heide Heckrodt, Bad Homburg; Uwe Heemeyer, Goslar; Karl-Ernst Heidorn, Unterrosophe; Heinz Hengst, Bremen; Klaus Jakobs, Oberhausen; Verena Joos, Freiburg; Volker Keim, Marburg; Gabi Klatt, Münster; A. Kleniatis, Bonn; Christian Knaup, Darmstadt; Gudrun Lachemann, Allensbach; Josef Lenhardt, Kassel; Adelheid Lepa, Hamburg; Bruno Lick, Schriesheim; Adria Lindt, Berlin; Winfried Luckfiel, Berlin; Dietrick Lüke, Karlsruhe; Volker Mack, Hamburg; Ralf Malleck, Dortmund; Ulrike Mauser, Trossingen; Ursula Menzer-Vajen, Hamburg; Klaus Michels, Paderborn; Hans-Jürgen Mitschke, Isernhagen; Monika Müller, Düsseldorf; W. Müller, Möckmühl; Barbara Norpoth, Neuss; Ines Petzold, Münster; Wolfgang Pfeiffer, Essen; Siegmund Pieper, Bochum; Gisela Ponten, Neckargemünd; Reiner Prinz, Darmstadt; Rolf Rettberg, Bremen; Ludwig Rickert, München; Klaus Rodrian, Frankfurt; Christa Sender-Deubler, Frankfurt; Verena Senge, Flensburg; Ulla Simshäuser, Berlin; Mechthild Schierenberg, Münster; Carlo Schmidt, Berlin; Rainer Schramm, Bremen; Jakob Steinberger, München; M. Stevens, Reutlingen; Edltraud Stüber, Hamburg; Hartmut Volz, Aldingen; Peter Walzinger, Bonn-Bad Godesberg; Noor Wanmajid, Berlin; Hans Wollgabe, Berlin.

Wolfgang Fritz Haug

Westlicher Marxismus?

Kritik eines notwendigen Versuchs, die marxistische Theorie zu historisieren*

1. Das Interesse an der Historisierung marxistischer Theorie

»Wer sich zur Geschichte seiner Bewegung verhält wie einer, der sich an nichts erinnert«, heißt es bei Lenin, »der kann kein klassenbewußter Arbeiter sein.« Für die marxistischen Intellektuellen ist dieser Satz noch zu erweitern. Wir brauchen nicht nur Kenntnisse der Geschichte der Arbeiterbewegung, sondern auch der Geschichte der marxistischen Theorie, der Intellektuellen zumeist bürgerlicher Abkunft, die sie hervorgebracht und weiterentwickelt haben, der großen Probleme, Diskussionen, Konflikte, die sich durch diese Geschichte ziehen. Und wir bedürfen der Analyse der strukturellen Probleme des für die Arbeiter wie für wachsende Teile der Intellektuellen notwendigen wechselseitigen Bündnisses sowie der Geschichtskennntnis, was die strukturellen Konflikte dieses Bündnisses angeht. Kurzum, wir bedürfen der Historisierung unserer Praxis, um bewußte Marxisten sein zu können.

Welche Themen bearbeiten? Nach welchen Kriterien die Nützlichkeit beurteilen? Welche Sprache sprechen und das heißt: für wen schreiben? Wie die Einheit von Theorie und Praxis zu verwirklichen versuchen?

Ohne Geschichtsbewußtsein, also auch ohne Fähigkeit zur Historisierung der eigenen Tätigkeit, keine bewußte Theorie. Die Historisierung ist doppelt notwendig in Ländern, in denen das Verhältnis zwischen marxistischer Theorie und sozialistischer Bewegung tief gestört ist (mit dem traumatischen Einschnitt, der verbunden ist mit der »unbeherrschten zweiten Staatswerdung«¹ des Sowjetstaates und der damit verbundenen Umstrukturierung der Kommunistischen Partei zum Staatsapparat, die mit dem Namen Stalin mehr verdeckend als erhellend bezeichnet wird).

In der westdeutschen Tradition muß die Historisierung der marxistischen Theorie dem zweiten traumatischen Einschnitt, dem Nazismus, Rechnung tragen, der auch auf dem Gebiet der theoretischen Kultur des Marxismus eine höchst erfolgreiche Politik der verbrannten Erde betrieben hat. Das Wiederaufleben marxistischer Studien und Diskussionen, das Wiederaufnehmen abgerissener Traditionen erfolgte häufig »unplanmäßig«, jedenfalls außerhalb des Bereichs organisierter Arbeiterbewegung. Wenn man vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) absieht, aus dem zwar später wichtige Theoretiker hervorgegangen sind, der aber kaum einen stringenten und eigendynamischen Diskussionszusammenhang hervorbrachte, so kamen die vielleicht wichtigsten Impulse aus der Antiatombewegung, aus der z. B. auch das *Argument* hervorgegangen ist (1959). Wenn im folgenden zunächst der Entwicklung dieser Zeitschrift besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, so nicht in dem Wahn,

* Anderson, Perry: *Considerations on Western Marxism*. New Left Books, London 1976 (124 S., 4 £). – *Über den westlichen Marxismus*. Aus dem Englischen von Reinhard Kaiser. Syndikat, Frankfurt/M. 1978 (187 S., 15,- DM). – Im folgenden wird nach der Übersetzung zitiert.

mit ihr habe die Tradition marxistischer Theorie neu angefangen, sondern um einen exemplarischen Hintergrund zu gewinnen für die kritische Diskussion eines übergreifenden Historisierungsversuchs.

In der sich allmählich entfaltenden Traditionslinie des *Argument* erfolgten die Anstöße zur Theorisierung aus den praktischen Niederlagen einer ethisch-humanistischen Bewegung. Es war ein Schock, auf welche Barrieren der Feindseligkeit und Gleichgültigkeit diese Bewegung stieß und welcher effektive Apparat der Unterdrückung im Informationswesen und in der Politik (Parteiausschlüsse) in Gang gesetzt wurde. Der Verfasser dieser Zeilen wurde damals, Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre, zum ersten Mal zum »bolschewistischen Agenten« ernannt – und war doch nur idealistisch beseelt von den »Werten«, die man ihm in der Schule vermittelt hatte. Die Überreaktion der ideologischen und repressiven Apparate wirkte wie ein Politisierungszwang. Neue Themen wurden wichtig: Die Vorgeschichte dieser Niederlagen und die herrschaftsfunktionellen Mechanismen, die ihr zugrunde lagen, sollten erforscht werden: Faschismus, Prägung des Sozialcharakters (»Schule und Erziehung«, »Sexualität und Herrschaft«), Funktionsweise der »Öffentlichkeit« (»Massenmedien und Manipulation«), »Warenästhetik« – dies waren die neuen Themen. Nun wurden die reduzierten Bestände an kritischer Wissenschaft brisant: vor allem, aber nicht nur, die Kritische Theorie, davor und daneben Sartre, bald Lukács. Allmählich entstand im Brennpunkt der Zeitschrift ein zusammenhängendes Problembewußtsein, das sich in einem damals neuartigen Themenkatalog niederschlug, sowie eine neuartige »Tradition«, die sich in einer zunächst als unverständlich empfundenen Terminologie, aber auch in einem gemeinsamen Zitatenschatz (besonders wichtige Bezüge: Freud und die Frankfurter Schule) äußerte. Ein Diskussionszusammenhang entstand. Die theoretische Bewegung erhielt eine wachsende Eigendynamik und erzog sich ihre Theoretiker.

Einen weiteren Praxisimpuls verdankte diese um das *Argument* sich entwickelnde Bewegung der algerischen Revolution und den politischen Erfahrungen, die beim Versuch der Unterstützung dieser Revolution gemacht wurden (das erste *Heft* des »Argument«, Nr. 15, inzwischen wiederveröffentlicht in: *Argument Reprint*, AS 1/1, informierte über die Hintergründe der algerischen Revolution bzw. der konterrevolutionären Repressionsversuche der französischen Armee).

Die wichtigste politische Realität aber, die theoretische Entwicklungen, wie sie hier angebahnt waren, explosiv vervielfältigte, verstärkte und, indem sie ihnen eine *Praxis* gab, eingreifend veränderte, war die *Studentenbewegung*. Gerade weil es keine massenwirksame Widerstandsbewegung gegen den Nazismus gegeben hatte, wie sie in Frankreich, Italien, Jugoslawien oder Griechenland zu bewaffneten Aufständen geführt hatte, weil ferner nach dem Krieg in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands die sozialistische Bewegung, wo sie sich wieder zu entfalten begann, rasch unterdrückt wurde, weil die Gründung und Entwicklung des Sozialismus in der DDR unter Bedingungen der Armut und der stalinistischen Verbindung von Administratismus und Repression stattfand und daher auf die wenig klassenbewußten und historisch nicht mehr geschulten Arbeitermassen und erst recht das Kleinbürgertum und die intellektuellen Schichten vorwiegend abschreckend wirkte, aus diesen und anderen Gründen wurde die Studentenbewegung in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte zu einem einschneidenden Ereignis ohne gleichen, vor allem auf dem Bereich der intellektuellen Kultur.

Die Geschichte unserer theoretischen Kultur, wie sie neben vielen neueren Zeitschriften heute das *Argument* mitträgt und -entwickelt, ist daher nur zu begreifen, wenn man die Geschichte der Studentenbewegung einbezieht. Aber es ist auch wichtig zu sehen, daß z. B. die Palette der »typischen *Argument*-Themen« vor der Studentenbewegung entfaltet war und von der neuen Bewegung massenhaft ergriffen, angeeignet und in Praxis umgesetzt wurde. Man muß nur die Programme der »Kritischen Universität« vom Ende der sechziger Jahre ansehen, um zu begreifen, in welchem Ausmaß hier die Studentenbewegung einen Teil ihrer Themen und Theorien vorverarbeitet fand und aufgriff.

Als die Studentenbewegung zur Massenbewegung wurde, hatte die Gruppe um das *Argument* bereits die Schwelle zum Marxismus überschritten. Bewußt setzte sich die bei der Zeitschrift verbliebene Restgruppe des durch die Fraktionsentwicklung auseinandergesprengten »Argument-Klubs« das Ziel, das Studium der marxistischen Klassiker, vor allem das »Kapital«-Studium, zu propagieren und zu organisieren. Diese Orientierung erfolgte gegen den Strom der Studentenbewegung. Die Gruppe um das *Argument* zielte darauf ab, den Anschluß der neuen Bewegung junger Intellektueller an die theoretische Tradition der Arbeiterbewegung herzustellen.

Wichtig ist zu sehen, daß die negativen Erfahrungen, die in der Studentenbewegung gemacht werden konnten, produktiv verarbeitet wurden. Die strukturelle Instabilität dieser Bewegung, ihre Anfälligkeit für jene neuartige Audimax-Demagogie, die völlige Geschichtslosigkeit und der damit gegebene fast vollkommene Mangel an Erfahrung in sozialen und politischen Kämpfen, die Neigung, diesen Mangel ästhetizistisch zur Tugend umzuinterpretieren usw. usf., bestimmten umgekehrt die zunehmend bewußte Suche nach einem theoretischen Begreifen der Bedingungen gesellschaftsverändernden Handelns. Mangels einer lebendigen sozialistischen Arbeiterbewegung mußte diese Suche notgedrungen vorwiegend akademisch, von den theoretischen Grundlagen her erfolgen. Das »Kapital«-Studium wurde als der am meisten versprechende Weg aufgefaßt. Damit begann freilich auch die Phase der kurzschließenden »Ableitung« von Staat und Politik aus dem »Kapital«, deren ökonomistische Abweichungen begleitet waren von subjektivistischen Gegenteilenden.

Läßt sich die Kritische Theorie als eine durch die historischen Umstände bedingte Entfernung vom Marxismus interpretieren, so legte die neue Tradition den umgekehrten Weg zurück. Die Neuentstehung eines westdeutschen Marxismus ließ und läßt die Kritische Theorie – insofern sie bloß negative, nicht auf die Arbeiterbewegung bezogene Kritik war – hinter sich zurück. Aber sie läßt nicht deren Determinanten zurück und nicht die Themen, die unter ihrem Einfluß gefunden wurden; sie läßt diese so wenig zurück wie die besten Kräfte der Kritischen Theorie selbst.

Die von den Problemen und den theoretischen Kommunikationsverhältnissen vorgezeichnete Distanz zum DDR-Marxismus², die Existenz der parteipolitisch ungebundenen, vielfältigen Strömungen eines universitären Marxismus und marxistischer Kulturarbeit sind Faktoren, die es in vieler Hinsicht berechtigt erscheinen lassen, den westdeutschen Marxismus im Kontext des westeuropäischen zu sehen und auch zu historisieren.

Eine Studie des Herausgebers der englischen Zeitschrift *New Left Review* mit dem Titel »Über den westlichen Marxismus«, die sich zum Ziel setzt, dessen Geschichte darzustellen, liest sich auf den ersten Blick wie die Rahmengeschichte auch der west-

deutschen Entwicklung einer marxistischen Kultur. Die Besonderheiten der deutschen und speziell modernen westdeutschen Entwicklung werden dabei zwar fast vollkommen ausgeklammert, aber es erscheint zunächst verblüffend, wie hinter diesen historischen Lokalgrößen bei einiger Entfernung die wirklich umfassenden, gesamteuropäisch wirkenden Determinanten auftauchen.

Beim zweiten und dritten Lesen verschwindet der Schein, als würde dem westdeutschen Marxismus hier seine Geschichte angeboten. Anderson beschreibt nämlich eine Entwicklungsrichtung des »westlichen Marxismus«, die genau entgegengesetzt zur eingangs skizzierten Wiederentstehung einer theoretischen Kultur des Marxismus in Westdeutschland verläuft, nämlich, vereinfacht gesprochen, hin zur Kritischen Theorie, fort von der wissenschaftlichen Analyse von Ökonomie und Politik. Die Untersuchung wird zeigen, daß Andersons Sichtweise eine bestimmte fraktionelle Strategie zugrundeliegt, die dem historisierten Material Gewalt antut. Dennoch, auch von entgegengesetztem Standpunkt gelesen, kann seine Schrift produktive Impulse für die notwendige Historisierung der marxistischen Theorie geben. Gerade angesichts der gegenwärtig von unterschiedlichen politischen Standpunkten angestregten Historisierung der westdeutschen Studentenbewegung, zu der beizutragen auch für das *Argument* eine Notwendigkeit der eigenen Orientierung sein wird, scheint es mir lohnend, den Andersonschen Versuch, einen »westlichen Marxismus« historisch zu identifizieren, auszuwerten, die strategische Begründung historischer Perspektive kritisch zu untersuchen und das in dieser Perspektive angeordnete (z. T. in sie hineingezwängte) Material aus ihr zu lösen, sozusagen desorganisierend auf es einzugehen, um seine Reorganisation vorzubereiten. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Analysen allgemeiner sozialer und politischer, auch parteistruktureller Determinanten der Theorieentwicklung, sowie der Fragwürdigkeiten und offenen Fragen der marxistischen Tradition. Das heißt, das leitende Interesse der folgenden Rezension ist das Interesse am historischen Material und am Problembewußtsein, nicht aber an einer verurteilenden Kritik, an Auswertung, nicht Abwertung.

2. Die Bestimmung des Gegenstands »westlicher Marxismus«

»Die Geschichte des Marxismus . . . muß noch geschrieben werden.« (13) Mit diesem Satz hebt das 1. Kapitel an. Die Auseinandersetzung mit anderen Versuchen, eine Geschichte des Marxismus zu schreiben, unterbleibt, ja, sie werden nicht einmal erwähnt³. So entsteht, vielleicht ungewollt, der Eindruck, der Autor arbeite auf unberührtem Neuland.

Was ist unter »westlichem Marxismus« zu verstehen? Enttäuschen wir bestimmte Erwartungen lieber sofort, statt sie unnötig auf die Folter zu spannen: Der Titelbegriff Andersons, »Westlicher Marxismus«, soll keineswegs etwa die theoretische Formation zur politischen des »Eurokommunismus« bezeichnen. Um die positive Entwicklung eines »Euromarxismus« geht es ihm nicht. Im Gegenteil. Wenn man die Bestimmung des Gegenstands »Westlicher Marxismus« nachzuvollziehen versucht, macht man die Erfahrung, daß für diese Gegenstandsbestimmung die politische Position und die gesamte Theorie des Autors konstitutiv sind. Es ist die trotzkistische Perspektive, die den »Westlichen Marxismus« in der hier durchgeführten Weise konstituiert als ihren vorübergehenden Statthalter. Das Ganze endet denn auch mit dem Untergang dieses Gegenstands, aus dessen Asche triumphierend der Trotzkiismus emporsteigt: »Wenn die Massen selbst sprechen« – nämlich im Sinne der trotzkis-

stischen Revolutionserwartung –, »werden die Theoretiker, wie sie der Westen seit 50 Jahren hervorgebracht hat, notgedrungen schweigen« (154). »Aber hinter der Bühne« – die von den »westlichen« Marxisten so lange besetzt war – »überlebte und entwickelte sich eine weitere, völlig anders geartete Tradition, die zum ersten Mal während und nach der französischen Explosion größere Aufmerksamkeit auf sich zog. Gemeint ist natürlich die Theorie und das Erbe Trotzki« (140).

Ohne distanzierenden Blick auf die trotzkistische Sichtweise läßt sich nicht begreifen, was Anderson unter »westlichem Marxismus« versteht. Vorausgesetzt ist eine sehr starre Auffassung des Stalinismus⁴ als einer endgültigen bürokratischen Ausschaltung der Arbeiterklasse, die, nur modifiziert, ungebrochen andauere. Die Entwicklungen in Theorie und Praxis, die auf dieser Seite ablaufen und in Wechselwirkung mit einer geradezu stürmischen welthistorischen Entwicklung in den letzten 40 Jahren gesehen werden müssen, verschwinden damit aus dem Blickfeld. Die Geschichte dieser Zeit erscheint eher als »eine ununterbrochene Reihe politischer Niederlagen« (69) der internationalen Arbeiterbewegung, ja geradezu als eine »lange . . . Unterbrechung der Klassenkämpfe« (139). Vor diesem Hintergrund hebt sich desto strahlender der französische Mai von 1968 ab: »Einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte« sieht Anderson in diesem in der Tat revolutionstheoretisch bedeutsamen westeuropäischen Ereignis (ebd.). Was bringt ihn dazu, es zu erklären »zu einer massiven revolutionären Erhebung innerhalb des fortgeschrittenen Kapitalismus«, zudem in einer, wie er hervorhebt, durch Wohlstand, Demokratie und Frieden gekennzeichneten Situation, von dem aus »der Anbruch einer neuen Periode in der Geschichte der Arbeiterbewegung« (139) zu datieren sei? »In dem erneuten Auftreten revolutionärer Massen außerhalb der Kontrolle einer bürokratisierten Partei zeichnete sich die *Möglichkeit* der Wiedervereinigung von marxistischer Theorie und Praxis der Arbeiterklasse ab« (139). Allerdings nur die Möglichkeit, da die »Hauptkraft des Proletariats sich weder organisatorisch noch ideologisch von der KPF getrennt« hat (ebd.).

Diese welthistorische Situationsbestimmung dient nun zur Begründung des »Westlichen Marxismus«. Seine Determinanten sind vor allem: Die Tabuierung der Bereiche Ökonomie und Politik für die Theoretiker durch die kommunistischen Parteien (71); die Isolation der Theoretiker von den Massen und ihre »strukturelle Trennung von der politischen Praxis« (50). Anderson geht nicht soweit zu sagen, das Leben »im Westen« ist die entscheidende Determinante, aber er stellt fest, daß die Geburtsorte der bekannt gewordenen Theoretiker der letzten 40 Jahre westlicher liegen als die der vorhergehenden Generation. Aber was sind »marxistische Theoretiker«? Anderson stellt eine »grundlegende« Schwerpunktverlagerung »des europäischen Marxismus hin zur Philosophie« (77) fest. Allerdings hilft er etwas nach, seinen Eindruck zu bekräftigen, indem er »Theorie« gelegentlich in Richtung auf »Philosophie« interpretiert und bei der Vergabe der Qualifikation »marxistisch« fast grenzenlos großzügig ist. Horkheimer und Sartre gelten ihm problemlos als »marxistische Theoretiker«. Die Abtrennung von der Praxis führe zu folgenden Kennzeichen, die, allen internen Gegensätzen zum Trotz, eine übergreifende Traditionsgemeinschaft namens »westlicher Marxismus« zu identifizieren erlaubten: Zurückentwicklung des Marxismus zur Philosophie; ein geradezu »obsessiver Methodologismus« (82); Orientierung auf Kunst und Literatur; Rückgriff auf vormarxsche philosophische Traditionen; tiefer geschichtsphilosophischer Pessimismus; esoterische Schreibwei-

se. Angesichts der Pessimismus-These wundert es nicht, daß Anderson einen Ernst Bloch ebensowenig in die Galerie des westeuropäischen Marxismus aufnimmt (sein Name fällt nur einmal höchst beiläufig in einer Fußnote, 100) wie Bertolt Brecht, dessen Bedeutung als Theoretiker geleugnet wird mit folgender Begründung: »Brechts eigenes ästhetisches Denken . . . blieb jedoch stets seiner Praxis als Dramatiker untergeordnet und steht somit etwas außerhalb des Blickwinkels dieses Versuchs« (113, Fn.). Brechts Beiträge zu außerästhetischen wichtigen Bereichen marxistischer Theorie (Faschismus, Theorie und Politik der Intellektuellen, Erkenntnistheorie, Dialektik, Ethik, Ideologie, Theorie des Kämpfens usw.) werden nicht gesehen; sie passen allerdings auch nicht gut in das Konzept des »westlichen Marxismus«, wie Anderson ihn nachzuweisen sucht. Nicht nur Brecht sträubt sich gegen die Eingliederung in dieselbe Tradition wie Adorno und Horkheimer, sondern auch Gramsci. Seine Interpretation im Sinne Andersons macht die meisten Umstände. In Formulierungen wie »Gramsci war der letzte . . . , der . . . « (111) oder »Gramsci ist die einzige Ausnahme von dieser Regel . . . « (71) drückt sich diese Schwierigkeit begriffslos aus.

Bei der Subsumtion (gemeinsam mit Sartre, Adorno, Althusser, Benjamin u. a.) unter das Etikett »esoterische Schreibweise« wird die Gewaltbarkeit dieser typisierenden Gemeinschaftsbildung besonders deutlich: »Die seltsame Esoterik des westlichen Marxismus nahm vielfältige Formen an: bei Lukács eine klotzige, dunkle, mit Akademismen überfrachtete Diktion; bei Gramsci eine durch die Haft auferlegte schmerzhaft, rätselvolle Zerstückelung; bei Benjamin eine gnomische Kürze, etwas sich Entziehendes; bei Della Volpe eine undurchdringliche Syntax und zirkuläre Selbstbezüge; bei Sartre ein hermetisches, unerbittliches Labyrinth von Neologismen; bei Althusser eine sibyllinische Rhetorik des Ausweichens« (83). Obgleich sie mehr oder weniger ausgeprägte Sprachkünstler gewesen seien, habe »sich praktisch keiner von ihnen einer klaren, ungewundenen Sprache« bedient (84). Gramsci ist (und Brecht wäre) ein Fremdkörper in Andersons Sammlung, deren stilistische Eigentümlichkeit er ansonsten einprägsam beschreibt (man hätte ihn gern zu Adorno gehört). Pessimismus – auch hier stört Gramsci. Um ihn hierunter zu subsumieren, muß eine Äußerung erhalten, in der Gramsci die gewiß schmerzliche Erkenntnis notiert, daß wir mit unseren Taten und Theorien überwiegend nicht unmittelbar das historische Feld bestimmen, sondern es nur »düngen« (vgl. 132). Diese Abwendung von heroisch-individualistischen Illusionen wird von Anderson als »trostloser Stizismus« (132) aufgefaßt. Althusser fungiert unter Pessimismus mit seiner ideologietheoretischen Annahme, derzufolge Ideologie als etwas Allgmeinhistorisches, ewig Unaufhebbares gilt, das, wie Althusser schreibt (in: *La Filosofia como arma de la revolución*, Córdoba 1968, S. 54 f.), »in einer klassenlosen Gesellschaft ebenso wie in einer Klassengesellschaft . . . die Funktion (hat), . . . die Beziehungen der Menschen zu ihren von der Gesellschaftsstruktur festgelegten Aufgaben zu sichern . . . Die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt notwendige Weltvorstellung ist notwendigerweise mythisch infolge der Undurchsichtigkeit der gesellschaftlichen Struktur« (zit. bei Anderson 124 Fn.). Diese These ist offenkundig unvereinbar mit der Perspektive von Marx, für den die Gesellschaftsstruktur »ihren mystischen Nebelschleier abstreift, sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht« (Kapital I, MEW 23, S. 94). Nachdem Anderson überraschend ähnliche Sichtweisen bei Adorno und Sartre aufgewiesen hat, kann man ihm nur zustimmen, wenn er abschließend urteilt: »Passagen wie diese«

(der Satz bezieht sich unmittelbar auf Walter Benjamins Bild vom Engel der Geschichte und auf Sartres Darstellung des Menschen als »Negation des Menschen« [127 zit.], vermittelt aber auch auf Althusser) »gehören einer Literatur an, die der Welt von Marx, Labriola oder Lenin im tiefsten Grunde fremd ist«. (134) Aber warum dann nicht ihre Zugehörigkeit zum Marxismus in Frage stellen? Handelt es sich – als Reaktion auf so oft erfahrenen dogmatischen oder sektiererischen Übereifer bei der wechselseitigen Abgrenzung – um eine bewußte Behutsamkeit in dieser Hinsicht? Aber warum dann Raymond Williams als Nichtmarxisten einstufen (152)? Warum andererseits einen Santiago Carillo als marxistischen Theoretiker⁵ mit Schweigen übergehen (er findet keine Erwähnung)? Freilich erfüllt Carillo einige der Klassifikationsmerkmale des Andersonschen »westlichen Marxismus« nicht: Er ist nicht pessimistisch, ist kein Philosoph, schreibt nicht über Ästhetik, schweigt weder über den Staat noch über die Frage der Strategie. Wären das vielleicht noch läßliche Sünden, so scheint es in der Hauptsache die positive Beziehung zu einer kommunistischen Partei zu sein, die einen Carillo wie einen Lucien Sève zu theoretischen Unpersonen für Anderson macht. Denn eine zweideutige Distanz zu den kommunistischen Parteien ist neben der Apraxie und der Abgetrenntheit von der Arbeiterbewegung ein weiteres konstitutives Merkmal des »westlichen Marxismus«: Er »war . . . stets quasi magnetisch auf den offiziellen Kommunismus als einzige historische Verkörperung des internationalen Proletariats als revolutionärer Klasse fixiert. Nie hat er den Stalinismus vollständig akzeptiert, er hat ihn jedoch auch nie aktiv bekämpft . . . Für sie alle gab es außerhalb des Stalinismus kein anderes wirkliches Feld sozialistischer Aktion. Eben deshalb sind sie vom Werk Troztkis durch eine ganze politische Welt getrennt«. (140 f.) Dies ist schon die zweite trennende ganze Welt. Carillo und Sève bekämpfen aber den Stalinismus und betreiben »offizielle« kommunistische Parteipolitik. Sie stören also (nicht anders als Brecht, Gramsci u. a.) die idealtypischen Kreise Andersons.

3. »Klassischer Marxismus«, Stalinismus, »westlicher Marxismus«

Als »die wirklichen Begründer des ganzen Modells des westlichen Marxismus« (51) gelten Lukács, Korsch und Gramsci; als seine Vertreter gelten Walter Benjamin, Horkheimer, Della Volpe, Herbert Marcuse, Henri Lefebvre, Adorno, Sartre, Goldmann, Althusser und Colletti (46). Dieser Traditionslinie geht die des »klassischen Marxismus« voraus. Anderson nennt folgende Vertreter der »klassischen Tradition« in der Reihenfolge ihrer Geburtsdaten: Marx, Engels, Labriola, Mehring, Kautsky, Plechanow; Lenin, Luxemburg, Hilferding, Troztki, Bauer, Preobraschenski, Bucharin (22). Anderson versucht, an den Geburtsorten eine Tendenz abzulesen, die es dann erlaubt, im Kontrast seinen eigentlichen Gegenstand geographisch (»westlich«) zu lokalisieren. Für den »klassischen Marxismus« der Generation nach Marx, Engels und Labriola gilt: »Das geographische Zentrum der marxistischen Bildung verschob sich nach Ost- und Zentraleuropa« (21). Zur Stalinzeit dagegen habe es sich nach Westen verschoben (»mit der zentralen Ausnahme von Lukács und seinem Schüler Goldmann«, 47). Im Gegensatz zur geographischen Herkunft, die sie unterscheidet, haben die beiden Traditionsgruppen von Marxisten die gesellschaftliche Herkunft weitgehend gemeinsam. Die Väter waren:
 Fabrikant (Engels, Bauer, Horkheimer)
 Bankier (Lukács, Korsch, Althusser)

Grundbesitzer (Plechanow, Labriola, Trotzki, Della Volpe)

Händler (Luxemburg, Benjamin, Adorno)

Rechtsanwalt (Marx, Goldmann)

Beamter (Mehring, Lenin)

Lehrer (Bucharin)

Priester (Preobraschenski)

Offizier (Sartre)

Gramscis Vater war kleiner Beamter, kam aber wegen Korruption ins Gefängnis; danach litt die Familie Not. Kurz, viele der namhaften Marxisten stammten aus den besitzenden Klassen, viele aus den bürgerlichen Mittelschichten, aber keiner (aus Andersons Auswahl) aus der Arbeiterklasse. Nur Gramsci kam aus der Armut.

Beim Versuch einer Periodisierung stützt sich Anderson außer auf die Geographie der Geburtsorte auf zwei weitere Merkmale: 1) Thematische Schwerpunkte und Funktion der theoretischen Werke und 2) Beziehung zur organisierten Arbeiterbewegung.

Die unmittelbaren Schüler der Gründerpersönlichkeiten bemühten sich um die Systematisierung und Lücken ausfüllende Abschließung des Marxismus als Weltanschauung (19 f.). »Die allgemeine Bedeutung dieser Werke lag mehr in einer Vervollständigung als einer Weiterentwicklung des Marxschen Erbes« (20). Die nächste Generation dagegen mußte die Theorie weiterentwickeln, um die Weiterentwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse (Monopolkapital und Imperialismus) zu erfassen. Mit dem russischen Revolutionsansatz von 1905 trat eine Frage auf die Tagesordnung, die von den Gründern so gut wie gar nicht bearbeitet worden war: die Frage einer marxistischen *Politik*. Die »erste *strategische* politische Analyse mit wissenschaftlichem Charakter in der Geschichte des Marxismus« sieht Anderson in Trotzki's Schrift »Ergebnisse und Perspektiven« von 1906 (26). Was aber von Trotzki nur angerissen wurde, brachte Lenin in Theorie und Praxis hervor⁶: »Der *systematische* Aufbau einer marxistischen politischen Theorie des Klassenkampfes auf organisatorischer und taktischer Ebene war das Werk Lenins. Der Umfang seiner Leistung auf diesem Gebiet veränderte für immer die ganze Architektur des historischen Materialismus. Vor Lenin war der eigentlich politische Bereich innerhalb der marxistischen Theorie so gut wie unerforscht. Innerhalb eines Zeitraums von 20 Jahren schuf er die Begriffe und Methoden, die notwendig waren, einen erfolgreichen proletarischen Klassenkampf um die Macht in Rußland einzuleiten, der von einer . . . Arbeiterpartei geführt wurde. Die spezifische Kombination von Propaganda und Agitation, die Führung von Streiks und Demonstrationen, das Schließen von Klassenbündnissen, die Festigung der Parteiorganisation, der Umgang mit der nationalen Selbstbestimmung, die Deutung innerer und internationaler Entwicklungen, die Bestimmung von politischen Abweichungen, der Umgang mit der parlamentarischen Arbeit, die Vorbereitung eines Aufstands – alle diese, oft als nur »praktische« Maßnahmen betrachteten Neuerungen waren in Wirklichkeit entscheidende intellektuelle Fortschritte auf einem bis dahin unerforschten Terrain« (26 f.). Die neue Qualität, die der Marxismus bei Lenin erhielt, wodurch »für immer die ganze Architektur des historischen Materialismus« verändert wurde (26), ist in allem das ausschließende Gegenteil der Qualität des »westlichen Marxismus«, wie Anderson ihn zeichnet: Praxisbezug, konkrete Analyse hier – Abgetrenntheit von der Praxis, philosophische Allgemeinheit dort. Die Frage, ob der Idealtyp des »westlichen Marxismus« nicht ab-

lenkt von der Fortsetzung der Leninschen Qualität marxistischer Theorie, stellt sich für Anderson vermutlich deshalb nicht, weil er die Geschichte der Negation dieser Qualität als die Vorbereitung des Auftauchens der unterirdischen trotzkistischen Tradition schreibt. Wer nicht in Erwartung dieses Auftauchens lebt und arbeitet, der wird diese einen Auftritt vorbereitende Geschichtsschreibung sehr kritisch prüfen müssen. Das heißt aber nicht, daß er (gerade im Kontrast zu so mancher »Kirchengeschichtsschreibung«, die immer zugleich Ketzergeschichte schreibt) kein gutes Haar an ihr läßt. Nach dem Sieg der Revolution in nur einem einzigen Land, das zudem industriell unterentwickelt war, und nach dem inneren Sieg der Stalinschen Linie, in der sich Selbstherrschaft einer Person mit Staatsapparat-Herrschaft auf eine spezifische Weise verbanden und die Aktionen der Arbeiterklasse ebenso niederdrückten wie das politische Leben der kommunistischen Partei und im Zusammenhang damit auch der marxistischen (und leninistischen) Theorie⁷, überlappten sich nach Anderson eine Zeitlang zwei Entwicklungen: das Auslaufen der »klassischen« politischen und ökonomischen Analysen und die Herausbildung einer neuen, philosophischen (weil zwangs-depolitisierten) Tradition des »westlichen Marxismus«. Im Zentrum des auslaufenden Strangs »klassischer« Analysen stand eines der theoretischen Grundprobleme der Marxschen Theorie: der ökonomische Katastrophismus, die Theorie von der immer weitergehenden Polarisierung in zwei Klassen und dem durch innerökonomische Mechanismen bewirkten Zusammenbruch des Kapitalismus. Anderson weist wohl zurecht darauf hin, daß Elemente solcher ökonomistischer Zusammenbruchstheorie sowohl bei Marx als auch in Lenins Imperialismustheorie vorhanden sind und daß die Orientierung an diesen sachlich falschen Auffassungen politisch ungeheuren Schaden angerichtet hat (und immer wieder anrichtet) und zu gestörter Realitätswahrnehmung geführt hat, z. B. zur Leugnung der Produktivkraftentwicklung im Imperialismus usw. (Anderson übrigens zieht die Linie nicht weiter in den gegenwärtigen westlichen Ökonomismus z. B. bestimmter »Kapital-Logiker«.) Unter dem Eindruck des Keynesianismus sei die Zusammenbruchstheorie zusammengebrochen. In Sweezys »Theorie der kapitalistischen Entwicklung« werde daher »zum erstenmal . . . die Auflösung des Kapitalismus einer rein äußerlichen Determinante zur Aufgabe gemacht: der größeren ökonomischen Durchsetzungskraft der Sowjetunion und der Länder, von denen man erwarten konnte, daß sie bei Kriegsende dem sowjetischen Weg folgen würde . . . Mit dieser Konzeption bezeichnete die *Theorie der kapitalistischen Entwicklung* das Ende eines intellektuellen Zeitalters« (43).

Das folgende »intellektuelle Zeitalter« war das des »westlichen Marxismus«. Es stand unter dem Eindruck der ökonomischen Lebenskraft des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg, sowie der erstmaligen Stabilisierung parlamentarischer Demokratie in allen Ländern des entwickelten Kapitalismus; die komplementäre Determinante war die stalinistisch-staatliche Kontrolle des theoretischen und kulturellen Prozesses. »Dominanz der Philosophie« (50), »die überwältigende Dominanz der Berufsphilosophen« (77) ist die Folge. Die Gründung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung 1923, ausgestattet mit Kapitalvermögen und formell der Frankfurter Universität angegliedert (39 f.), interpretiert Anderson als den Beginn einer völlig neuartigen Stellung marxistischer Theorie, die durch »institutionelle Trennung von der Politik« (54) gekennzeichnet ist. Eine konsequente Folge sieht er in Horkheimers Ersetzung historisch materialistischer Wissenschaft durch Sozialphilosophie (55) und in der Umbenennung der Instituts-Zeitschrift von »Archiv für die Geschichte des So-

zialismus und der Arbeiterbewegung« in »den unschuldigen Namen *Zeitschrift für Sozialforschung*« (ebd.).

Es liegt nahe, in einer »Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften«, die sich in gewisser Hinsicht bewußt in die Nachfolge der »Zeitschrift für Sozialforschung« gestellt hat (zumindest ab 1966), diese Tradition und ihre Determinanten sehr genau zu betrachten, sowie zu prüfen, ob das Andersonsche Angebot einer »Geschichte« etwas ist, worin sich diese Zeitschrift einordnen muß oder nicht. Entsprechendes gilt für alle gegenwärtigen marxistischen Tendenzen an den Universitäten. Denn Anderson ist der Auffassung, daß es zur neuen Qualität des »westlichen Marxismus« in seinem Sinne gehöre, daß seine Vertreter an den Universitäten angestellt waren. Anderson meint (in Unkenntnis zumindest der Verhältnisse in der Bundesrepublik), mit der trotzkistischen Theorie stehe es ganz anders in dieser Hinsicht: »In ihrem Zentrum standen Politik und Ökonomie, nicht die Philosophie . . . Sie besetzte keine Lehrstühle an den Universitäten« (145). Für die »westlichen Marxisten« dagegen wurden die Universitäten »zugleich Bereiche des Rückzugs und der Verbanung von den politischen Kämpfen in der Welt draußen« (78). Es ist nicht klar, ob Anderson damit eine zeitliche Abfolge meint: Auf irgendeine Weise sind marxistische Theoretiker entstanden, die sich dann an die Universität zurückziehen. Was ihn überhaupt nicht interessiert – und dieses Nichtinteresse bestimmt wohl auch die Publikationspolitik seiner Zeitschrift – ist der umgekehrte Vorgang: daß sich Wissenschaftler zum Marxismus drängen, auch aus Gründen der wissenschaftlichen Produktivität marxistischer Theorie. Wissenschaft als eigenständige Produktivkraft und die mit ihrer Ausarbeitung, Vermittlung und Anwendung befaßten Berufsgruppen interessieren Anderson nicht. Einzig im Nachwort rückt er in einer Hinsicht von diesem Desinteresse ab, und zwar in bezug auf sein eigenes Fach, die Geschichte, deren Gegenstand als vergangener die theoretische Beschäftigung mit ihm schon durch sein Vergangensein des Praxisbezugs enthebe. Die Begründung lautet etwas sonderbar: »die Vergangenheit aber kann durch keinerlei Praxis der Gegenwart verändert werden« (156). Anderson möchte mit diesen Bemerkungen der Gefahr einer »aktivistischen« Lektüre (seiner) Kernthesen« vorbeugen, »die wissenschaftlich unhaltbar und politisch verantwortungslos wäre«. So sehr man ihm hier zustimmen möchte, so ist die zur Begründung angeführte Besonderheit des Objekts der Geschichte doch nicht stichhaltig nachgewiesen. Andersons eigener Versuch zeigt aber vor allem, daß Praxisbezug (hier auf trotzkistische Perspektive) konstitutiv für die Bestimmung eines historischen Gegenstands und seine Darstellung ist.

4. Zur Einschätzung von Themen und Positionen des »westlichen Marxismus«

Der Sachgehalt vieler *Beschreibungen* Andersons steht außer Frage. Die *Erklärungen* für die beschriebenen Phänomene sind sicher nicht unstrittig, aber zumeist anregend. Die *historische Bündelung* von methodischen und thematischen Tendenzen und Haltungen, die Anderson mit dem idealtypischen Begriff des »westlichen Marxismus« bezeichnet, scheint mir ein ideologischer Spiegeleffekt in den »Wänden« einer begrenzten – der trotzkistischen – Perspektive.

Die Theoretikernamen, Haltungen, Themen, methodischen Orientierungen, die Anderson seinem Idealtypus subsumiert, stellen fast alle auch »ideologische Realitäten« im Prozeß des *Argument* dar⁸. Wenn auch die Auswahl durch Anderson eine einseitige, verengende, umakzentuierende ist. Was hier zentral ist, wird dort an den

Rand gedrängt; was hier schon bekämpft wird – wie etwa der Absurdismus –, gehört dort als integrierender Bestandteil in den »westlichen Marxismus«. Vielleicht ist es gerade deshalb nützlich, sich der verfremdenden Perspektive des andern zu bedienen, um aus der betriebsblinden Selbstverständlichkeit der eignen Tradition herauszufinden und diese kritisch-historisch sehen zu lernen.

So ist der *Provinzialismus*, den Anderson als Merkmal seiner »westlichen Marxisten« beschreibt, gewiß eine auch bei uns fast allseitige Erscheinung. Andersons »Westliche« nehmen einander nicht zur Kenntnis; wenn doch, dann begnügen sie sich mit saloppen Empfehlungen oder einfacher Verleumdung (wohlgemerkt, er handelt hier von den »Größen« wie Sartre, Lukács, Adorno usw. im Verkehr untereinander). Sie haben keine nennenswerten großen Diskussionen hervorgebracht, wie dies noch im »klassischen Marxismus« gang und gäbe war (104).

Aus den negativen Determinanten ihrer Situation leitet Anderson die typischen Themen seiner »Westlichen« ab. Die Situation war bestimmt durch Abgeschnittenheit von der Praxis⁹. Also brachte sie Pessimismus – wir würden sagen: Absurdismus – hervor. Anderson bringt die Determination der thematischen Ausrichtung auf folgende Kurzformel: »Methode aus Ohnmacht, Kunst als Trost, Pessimismus und Reglosigkeit« (137). Abgesehen von der pessimistischen oder absurdistischen Orientierung könnte man in den damit gemeinten Themenbereichen und Fragestellungen unschwer typische »Argument-Themen« der frühen sechziger Jahre erkennen: Probleme der Kultur, Ästhetik, der Triebmodellierung usw. Die Ableitung aus den negativen Determinanten, die bei Anderson vorwiegt – er sieht ja auch in derartigen Themen hauptsächlich die Negation von Ökonomie und Politik – greift aber zu kurz. Am Beispiel der Methodendiskussion komme ich gleich darauf zurück. Eine Ahnung dessen, daß diese Themen mit der bloßen Negativbestimmung, nicht die des »klassischen Marxismus« gewesen zu sein, unzureichend bestimmt sind, zeigt sich bei Anderson in der mystifizierten Form, daß er sie, bezogen auf die großen Namen seines »westlichen Marxismus«, als Antizipation später gesellschaftlich aktuell werdender Probleme interpretiert. Marcuses Thematisierung der Sexualität in dem von Anderson ganz hoch auf der Rangskala eingestuften Buch »Triebstruktur und Gesellschaft« (in der Bundesrepublik früh rezipiert im *Argument*, siehe die Nummern 22 und 23, 1962) sieht Anderson als »eine Vorahnung des Zusammenbruchs der institutionellen Zwänge, die der Erotik und der Sensibilität auferlegt waren, einer Emanzipation, die Ende der 60er Jahre weite Bereiche der bürgerlichen Kultur schwächte« (129). Ähnlich habe Adorno mit seiner Thematisierung der »Natur« (z. B. in »Dialektik der Aufklärung«, zusammen mit Horkheimer) die in der ökologischen Problematik in den Vordergrund tretende Problematik vorweggenommen. Eigentümlicher Weise wird auch Gramsci in diese Reihe der Vorahnungen einbezogen: »Gramscis starkes Interesse an der Hegemonie war ein Vorgriff auf die über die Erzeugung eines allgemeinen Konsensus erfolgende Stabilisierung der kapitalistischen Staaten im Westen, zwei Jahrzehnte bevor diese zu einer dauerhaften und allgemeinen Erscheinung wurde.« (129) Die Reihung von Gramsci zwischen Marcuse und Adorno ist ebenso zwanghaft gekünstelt wie die Abstraktion von den unmittelbar politischen Zielen und Determinanten seiner Analysen und kategorialen Entwicklungen zu einer *Politik* der sozialistischen Arbeiterbewegung in hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften.

Erst recht scheint mir die These vom defensiven Charakter des Interesses an der

marxistischen Methode fragwürdig. Unerlaubt gewaltsam ist auf jeden Fall die Bildung eines Idealtypus, die alle möglichen Beschäftigungen mit den theoretischen Grundlagen des Marxismus als »erkenntnistheoretisch« in einen Topf wirft, politisch Heterogenes derart künstlich homogenisierend. Doch auch hier geht Anderson teilweise von bedenkenswerten Beobachtungen aus. Ich glaube zwar nicht, daß Andersons These richtig ist, derzufolge »der theoretische Gegenstand« des Marxschen Denkens »im wesentlichen das Hegelsche System« gewesen sei (81). Anders ist es mit dem Beobachtungsgehalt folgender Aussage: »Für den westlichen Marxismus dagegen wurde – trotz einer deutlichen Wiederbelebung von Hegel-Studien – Marx' Denken selbst zum wichtigsten theoretischen Objekt« (81). Dieser Umstand bestimmt einen »Sekundärcharakter des in diesen Werken – über den Marxismus, statt in ihm – entwickelten Diskurses . . . « (82). So treffend diese Beobachtung ist, so unbefriedigend bleibt ihre Erklärung durch Anderson. Er notiert neben den »äußeren Determinanten, die zur Verschiebung des Brennpunkts der marxistischen Theorie von der Ökonomie und der Politik hin zur Philosophie und zur Verlagerung ihres eigentlichen Ortes aus den Parteiversammlungen in die Seminare der Universitäten führten« (78), in gleicher Richtung wirkende »mächtige Determinanten innerhalb der marxistischen Kultur« (ebd.). Als solche »inneren Determinanten« nennt er insbesondere die Faszination durch Marxens »Pariser Manuskripte« von 1844, die Anfang der dreißiger Jahre erstmals veröffentlicht wurden, sowie die Annahme, von der spontan alle »westlichen Marxisten« ausgegangen seien, »die *vorläufige* Aufgabe der theoretischen Arbeit im Marxismus bestehe darin, die von Marx entdeckten, unter der Vielfalt der von ihm behandelten Themen aber begrabenen Grundregeln der Gesellschaftsanalyse herauszuarbeiten und, wo nötig, zu vervollständigen«. (82) Anderson sieht kaum, daß auf dem Feld des Methodenstreits die Theoretiker auf ihre Weise den Kampf um die politische Linie führten. Das Interesse an der Methode kann gerade dem Widerstand gegen die Tendenz, die marxistische Theorie auf den Stand zustimmender Sekundärliteratur zu den Klassikerschriften niederzudrücken, entstammen. Im übrigen müßte man beide Augen zudrücken, um dieses Interesse für die Methode als einigenden Wesenszug des »westlichen Marxismus« anzuerkennen. In der Kritischen Theorie z. B. tritt dieses Interesse, die im Werk der sozialistischen Klassiker enthaltenen »erkenntnistheoretischen Prinzipien für die systematische Nutzung des Marxismus bei der Interpretation (und Veränderung) der Welt« (81) zu explizieren und weiterzuvermitteln, sehr zurück. Theoretisch differenziert Anderson im übrigen in keiner Weise zwischen der philosophischen Restauration und der anwendungsorientierten Entwicklung der Methode. In diesem Zusammenhang ist es wohl zu sehen, daß er selber Marx vom Standpunkt der revisionistischen Auffassung des Marxismus als einer Philosophie betrachtet. Das Marxsche Unternehmen prinzipieller Kritik der ideologischen Denkform namens »Philosophie« etikettiert er um in »Marx' eigenes philosophisches Unternehmen« (81). Und Marx' Intentionen werden in dieser Hinsicht völlig verleugnet, wenn der Geschichtsschreiber interpretiert in der Form des Berichts: »In der Zeit seiner Reife wagte Marx sich nie wieder auf das Gebiet der reinen Philosophie« (91). Fehlte es ihm an Wagemut¹⁰?

Obwohl ich denke, daß Marx und Engels in der Frage der Philosophie geirrt haben, wo sie deren Ende bzw. Aufhebung verkündeten, scheint es mir unbedingt erforderlich, ihre Position in dieser Frage scharf nachzuzeichnen. Denn der Rückfall in vor-marxsche Philosophie ist für den Marxismus fatal. Und nur für solchen Rückfall wäre

Andersons gelassene Beschreibung der Entwicklungsrichtung des »westlichen Marxismus« berechtigt: »So legte der westliche Marxismus als ganzer paradoxerweise den Weg von Marx' eigener Entwicklung in umgekehrter Richtung zurück« (81). Trifft diese Bemerkung Entwicklungen von der Art des Marcuseschen Rückwegs des Sozialismus von der Wissenschaft zur Utopie, so dürfte sie doch nicht als Weg des Marxismus, auch keines westlichen, ausgesprochen werden. Wer den Weg von Marx' eigener Entwicklung in umgekehrter Richtung zurücklegt, der verläßt den Marxismus – ob in Richtung Westen oder Osten, tut nichts zur Sache. Auch dies noch gegen Anderson: Die Herausarbeitung marxistischer Methode des Begreifens und Veränderns von Realität ist nichts, was den Weg der Entwicklung Marx' in umgekehrter Richtung zurücklegen läßt. Andersons Wegweiser enthalten nicht nur die verkehrten Aufschriften, sie zeigen dazu auch noch in die verkehrte Richtung. Solche Kunststücke sind sonst nur Philosophen geläufig, von denen es bei Marx und Brecht heißt, ihre Intelligenz werde dazu geschult, Dinge zu verbergen, die sie dazu noch nicht einmal kennen müssen (und dürfen).

5. Andersons Methode und die Theoriepolitik der New Left Review

Es fällt auf, daß Anderson über weite Strecken Geistesgeschichtsschreibung im Sinne einer Meinungsgeschichte (Aneinanderreihung von Lehrmeinungen) betreibt. Marcuses Werk enthält eine sinnliche Lösung, während Adornos Werk eine solche nicht enthält (112); Sartre geht aus von einem ursprünglichen scharfen Gegensatz von Mensch und Natur, während Marx von einer Einheit ausgeht (125–127). Aber warum? Welche Vorschläge stecken in diesen Meinungen? Läßt sich Praxis auf ihnen begründen? Stehen sie im Widerspruch oder im Einklang mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen? – Solche Fragen stellt Anderson nicht, und zwar absichtlich nicht: »Der jeweilige Wert oder die Angemessenheit der Lösungen, die jedes dieser Systeme für die Probleme in seinem Gesichtskreis vorschlug, soll uns hier nicht weiter beschäftigen« (130). Anderson ist nur daran interessiert, oberflächliche Themengemeinschaften festzustellen. So kommt ein philosophischer Hyde Park in Sicht. Das kritiklose historizistische Blütenlassen der hundert Blumen des »westlichen Marxismus« bringt jede einzelne um die Wirkung und bereitet ihr fruchtloses Verwelken vor. Der Dienst, den diese Tradition leisten soll, ist nur dieser: in der Theorie (nachdem über den »östlichen Marxismus« die stalinistische »Kapuze« gefallen ist) die scheinbar einzige marxistische Linie darstellen, die sich dann als fruchtlose Sackgasse erweist, um hinter sich die wahre, bis dahin in »unterirdischen Kanälen« (142) verlaufende Linie an den Tag treten zu lassen. Mit andern Worten: Anderson schreibt nicht Geschichte um der Geschichte willen, sondern betreibt auf diese Weise Theoriepolitik. Und nicht nur auf diese Weise. Im Vorwort ordnet er die vorliegende Schrift ein in die Publikationspolitik der von ihm seit 1964 herausgegebenen Zeitschrift »New Left Review«¹¹. Ausgehend davon, daß noch Ende der sechziger Jahre »die englische Kultur in dieser Epoche keinerlei Anteil an der Tradition des »westlichen Marxismus« hatte . . . , widmete die New Left Review zu dieser Zeit einen großen Teil ihrer Arbeit der Aufgabe, einen Anfang zu machen und dieses Defizit zu beheben. Oft erstmals in Großbritannien, stellte sie die Arbeiten der hervorragendsten deutschen, französischen und italienischen Theoretiker vor und diskutierte sie. Dieses systematisch vorangetriebene Programm wurde anfangs der siebziger Jahre abgeschlossen. Nun bedurfte es natürlich einer zusammenfassenden Bilanz des Vermächtnisses, das

die Zeitschrift hatte vermitteln wollen« (10). Und dieses »Vermächtnis« empfiehlt Anderson nicht nur für England. »Mit dieser Tradition abzurechnen – zugleich von ihr zu lernen und sich von ihr zu lösen – ist daher heute in jedem Land Voraussetzung für die Erneuerung der marxistischen Theorie« (138). Also soll man in Asien, Lateinamerika und Afrika Horkheimer und Sartre studieren?

Jeder Linie der Propagierung bestimmter Autoren und Positionen entspricht eine der Verdrängung anderer Autoren und Linien. Einer vielfältigen und in sich widersprüchlichen marxistischen Bewegung in Theorie und Praxis werden hier Orientierung und Selbstidentifikation in Gestalt einer »Geschichte« angeboten. Was würde bei solcher Identifizierung verdrängt?

Es ist etwas anderes, ob eine Zeitschrift sich zum Organ der theoretischen Entwicklung in ihrem Lande macht oder ob sie vergangene Entwicklung aus andern Ländern »übersetzt«. Man kann mit solchem Übersetzen fremder Vergangenheit eigene gegenwärtige Arbeit verdrängen. Die Unverbindlichkeit des Vorführens von Meinungen verdrängt die notwendige Anstrengung, Verbindlichkeit wissenschaftlicher Theorie zu erreichen. Der »westliche Marxismus« Andersons könnte hinsichtlich seiner Funktion in trotzkistischer Perspektive auch »Statthaltermarxismus« genannt werden, denn er ist zum vorläufigen Besetzen eines Platzes bestimmt, von dem durch diese Besetzung andere Entwicklungen verdrängt werden und den er am jüngsten Tage der revolutionären Massenbewegung dem trotzkianischen Marxismus räumen soll. Der »westliche Marxismus« dient also nur als der antiöstliche. Eines Tages heißt es dann: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehn. Damit soll nicht gegen Anderson eine größere Stabilität der von ihm gebündelten Tradition behauptet werden (mit Ausnahme der gramscianischen). Die Kritische Theorie z. B., die er sorgfältig mit in sein Marxismusmodell hineingeschnürt hat, ist als Position so instabil wie Thomas Manns Herr aus Rom, der die Erfahrung macht, daß man auf Dauer nicht immer nur Nein sagen kann und daß dies bloße Nein die Tendenz hat, umzukippen in die Anpassung an das Verneinte. Das Bündel ist – im dahinterstehenden Interesse der trotzkistischen Perspektive – so geschnürt, daß einige der vereinbarten Komponenten – falls sie überleben wollen – sich dieser Verschnürung entziehen müssen. Zumal im Namen des Modells »westlicher Marxismus« quasi ein Alleinvertretungsanspruch gestellt, also jede andere Linie im zeitgenössischen Marxismus verwischt, geschwächt, wenn nicht gar geleugnet wird. Zum Beispiel die gramscianische Linie und, sich mit dieser eng berührend, die brechtsche Linie im Marxismus, beide der Lukács-Linie ebenso fern und entgegengesetzt wie der Kritischen Theorie. Beide nicht nur nicht (wie Andersons »westlicher Marxismus«) antileninistisch, sondern integrale Bestandteile des (unfertigen) Leninismus unserer Epoche, die durch die faschistische Erfahrung hindurchgegangen und strategisch auf hochentwickelte kapitalistische Gesellschaften und deren »demokratische« Stabilisierung bezogen sind. Die Intellektuellen sind für diese Theorie nicht mehr die verschämten Nicht-Arbeiter, sondern gesellschaftliche Funktionäre, von denen ein wachsender Teil mit der immer wichtiger werdenden Produktivkraft Wissenschaft befaßt ist, also auch zum werdenden Gesamtarbeiter gehört. Die Arbeit in Wissenschaft und Kultur ist daher nicht ein Feld jener meinungshaften Art von bodenloser Theorie, die Anderson vorführt, sondern sie befaßt sich mit und schafft eine gesellschaftlich-politische Realität eigener Art. Anderson dürfte die hier skizzierte Auffassung nicht rundweg ablehnen, da er ja mit seiner Redaktionspolitik in *New Left Review* in diese Schicht

gesellschaftlicher Realität einzugreifen bemüht ist (und nicht ohne Wirkung auf die marxistische Kultur in England). Fraglich ist allerdings, ob die von ihm betriebene »Ideenpolitik« für den englischen Marxismus letztlich positive Auswirkungen hat. Sie lehrt das Interesse an marxistischer Theorie als das Desinteresse an der konkreten Entwicklung verbindlicher Theorie. Sie setzt auf das Umschlagen kritischer Theorie in Revolutionarismus. Sie lehrt das Interesse an der Revolution als das Desinteresse am konkreten Linksbündnis und seinen organisatorischen Problemen. Sie verdrängt die ungeheuer wichtige Aufgabe, ein produktiv-kritisches Verhältnis zu den sozialistischen Ländern zu entwickeln und auf ein sozialistisches Bündnis hinzuwirken, welches nicht an den kommunistischen Parteien vorbei, ja geradezu gegen sie konzipiert werden kann.

Andersons Buch enthält viele anregende Gedanken. Es beweist, daß die trotzkistische Tradition eine hörensweite Stimme im Streit der sozialistischen Positionen darstellt. Zugleich zeigt es, daß die abstrakt-revolutionaristische Perspektive, sowie die Untertauchmentalität, der dogmatische Antisowjetismus und die Verabsolutierung der Massenaktionen Momente sind, die der trotzkistischen Tradition nur begrenzte Bündnisfähigkeit zukommen lassen. Andersons Stärke liegt im Aufzeigen von Problemen. Aber ihre Lösung in Theorie und Praxis macht er abhängig von der Perspektive »einer von organisatorischem Zwang freien revolutionären Massenbewegung in den Kernländern des Industriekapitalismus« (151). Die Gesetze einer wissenschaftlichen Politik werden hier für die luftige Fata Morgana eines revolutionaristischen Dogmas ignoriert. Soweit sich diese Organisationsfeindschaft durchsetzt, setzt sich die Desorganisation der Massen und das heißt ihre Ohnmacht durch. So vertagt seine Perspektive alles auf den Sankt Nimmerleinstag. Erst wenn die *unorganisierten* Massen die Revolution machen . . . »Dann erst wird eine neue Einheit von sozialistischer Theorie und Arbeiterpraxis möglich sein, die dem Marxismus die Kraft verleihen kann, die notwendig ist, um das Wissen hervorzubringen, das ihm heute fehlt« (151). Am Ende verschluckt die als bloßer Statthaltermarxismus ins Auge gefaßte Kritische Theorie den trotzkistischen Strategen? Schlägt er vor, die Haltung der Erwartung des Eintreffens von etwas Ganz Anderem einzunehmen und also fürs Erste *abzuwarten*?

6. Andersons Kritik der marxistischen Klassiker und sein Fragenkatalog

Das doppelte Interesse, den westlichen gegen den östlichen Marxismus zu richten und den »westlichen« als hinfällige Vorstufe eines künftigen integralen trotzkistischen Marxismus darzustellen, läßt Anderson an beiden entscheidende Schwächen zurecht beobachten. Seine Stärke liegt im Negativen; allerdings kann man seine Fragen und Aufgabenstellungen nicht ohne Theorisierung übernehmen. Er warnt vor unkritischem Umgang mit den Klassikern: »Das Studium des klassischen Marxismus erfordert heute eine Kombination aus Gelehrsamkeit und skeptischer Redlichkeit, die bislang nicht erreicht ist« (160). Ziehen wir hiervon den interessierten Negativismus ab, können wir nur zustimmen. Konkreter schlägt Anderson vor, nicht mehr Neuinterpretationen zu Klassikertexten vorzulegen, sondern ihre Grundannahmen einer systematischen Kritik zu unterziehen. Anderson sammelt eine Reihe grundlegender Einwände gegen die Theorien von Marx, Lenin und Trotzki. Bei Marx kritisiert er 1. das Fehlen einer Staatstheorie und einer Analyse der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und ihrer Integrations- und Stabilisierungsfähigkeit; 2. die Un-

terschätzung des Nationalismus; 3. Elemente einer ökonomistischen Zusammenbruchstheorie im »Kapital« (Klassenpolarisierung und Gesetz des »tendenziellen Falls der Durchschnittsprofitrate«). Zum Teil sind die Einwände mehr aus vorhandener Literatur abgelesen statt selber theorisiert (so beim Einwand, Marx' Werttheorie habe den Begriff des Mangels »praktisch ignoriert« 126); zum andern Teil beziehen sich die Einwände auch mehr auf auszufüllende Lücken (Ausarbeitung der Unterscheidung produktive/unproduktive Arbeit usw.). Am gewichtigsten scheint mir der Einwand gegen ökonomistische Grundtendenzen: »Das Fehlen jeder im eigentlichen Sinne politischen Theorie beim späten Marx steht daher möglicherweise in einem logischen Zusammenhang mit dem latenten Katastrophismus seiner ökonomischen Theorie, der die Entwicklung der ersteren dann überflüssig machte« (164).

An Lenin kritisiert Anderson 1. das unverbundene, dabei widersprüchliche Nebeneinander des Rätegedankens (Sowjetmacht) und der Parteitheorie (165)¹², im Zusammenhang damit unnötige Unterdrückung von Opposition (166); 2. das Fehlen einer Analyse der West-Ost-Unterschiede; 3. der »stillschweigende ökonomische Katastrophismus« der Imperialismustheorie (167). An Trotzki kritisiert Anderson 1. den Begriff der »permanenten Revolution«; 2. das Fehlen einer Theorie der bürgerlichen Demokratie; 3. die Schwäche der Bürokratisierungstheorie in Gestalt ihrer Nichtanwendbarkeit auf China, Kuba und Vietnam (Revolutionen ohne Räteorganisation, daher auch kein Zurück zur Macht der Räte gegen einen Partei-Staats-Apparat) (167–172).

Anderson schließt mit einem Katalog offener Fragen, die wie an die Klassiker, so »als universelle Probleme auch in der heutigen Welt jedem politisch aktiven Sozialisten« sich stellen:

»Worin besteht der grundlegende Charakter der bürgerlichen Demokratie? Worin besteht die Funktion des Nationalstaats? Und wie sieht seine Zukunft aus? Welches ist der wirkliche Charakter des Imperialismus als System? Worin besteht die historische Bedeutung des Arbeiterstaats ohne Arbeiterdemokratie? Wie kann eine sozialistische Revolution in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern bewerkstelligt werden? Wie kann man aus dem Internationalismus eine authentische Praxis machen, die mehr ist als ein frommes Ideal? Wie kann man das Schicksal früherer Revolutionen unter vergleichbaren Bedingungen in den ehemaligen Kolonien vermeiden? Wie lassen sich etablierte Systeme bürokratischer Privilegierung und Unterdrückung angreifen und abschaffen? Wie würde die Struktur einer authentischen sozialistischen Demokratie beschaffen sein? Das sind die großen ungelösten Probleme, die heute ganz oben auf der Tagesordnung der marxistischen Theorie stehen.« (172)

Löst man diese Fragen aus der revolutionaristischen (und daher gegen alle Errungenschaften des Sozialismus negativistischen) Rahmentheorie heraus, kann man sie als Bestandteil der Tagesordnung übernehmen, die allerdings zu ergänzen sein wird. Zum Beispiel um eine Reihe von theoretischen Problemen, die das Verhältnis von Wissenschaft und Ideologie im Marxismus betreffen; um Fragen der Theorie der Intellektuellen, ihrer gesellschaftlichen Funktion und ihrer Stellung im Klassenkampf; ferner um Fragen der Führung des kulturellen »Stellungskriegs«; Fragen der Bündnispolitik und des Kampfes um demokratische Grundpositionen, allgemein der Verbindung von sozialistischem und demokratischem Kampf (auch mit dem um die Lebensbedingungen). Anderson erklärt am Ende das »Westliche« des von ihm beschriebenen »Modells« für das Zeichen seiner Unwahrheit. Die Wahrheit des Marxismus stehe und falle mit seinem Universalismus. Insofern das Westliche eine Ein-

schränkung des Universellen bedeute, sei es in seiner Wahrheitsfähigkeit beschränkt (138). »Der Marxismus trachtet im Prinzip danach, eine *universelle* Wissenschaft zu sein, die bloß nationalen und kontinentalen Zuschreibungen nicht stärker unterworfen ist als jede andere objektive Realitätswahrnehmung« (138). Aber dieser Anspruch bleibt bei Anderson unerlaubt naiv, denn er verbindet ihn nicht mit jenem andern, ebenso grundlegend von ihm für wahr gehaltenen, daß die Wahrheit immer konkret und die konkrete Analyse die »lebendige Seele« (Lenin) des Marxismus sei. Auch dieses Problem: das Verhältnis der historisch-gesellschaftlich und praktisch bedingten je besonderen Konkretionen des lebendigen Marxismus in den verschiedenen Weltregionen zum Universalismusanspruch – allzuoft »gelöst« im Sinne von überzogenen Geltungsansprüchen überdehnter Verallgemeinerungen, die dann, gegen entsprechende Geltungsansprüche aus anderen Regionen stoßend, zu Spaltungen führen – wird von Anderson nicht reflektiert.

Anmerkungen

1 W. F. Haug, Zur Dialektik von gesellschaftlicher Basis und politischem Überbau im Sozialismus, in: *Argument* 106/1977, S. 784.

2 Das heißt nicht, daß der westdeutsche Marxismus nicht faktisch in einem sei es kontrapunktischen sei es einem Anlehnungsverhältnis zum DDR-Marxismus steht. Vgl. dazu Anm. 8.

3 Z. B. Predrag Vranickis zweibändige »Geschichte des Marxismus« von 1962 (2. überarbeitete Auflage 1970, deutsch: Frankfurt/M., Suhrkamp, 1972), die einige Positionen (z. B. die pauschale scharfe Abgrenzung vom sowjetischen Marxismus) und einige Schwächen (z. B. Verschwimmen der Konturen des Marxismus überhaupt) mit Andersons Schrift teilt, aber ungleich umfassender vorgeht. – Gravierender für den westdeutschen Diskussionszusammenhang ist die gleichfalls unerwähnt bleibende »Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts« von Werner Hofmann, zu deren zweiter Auflage Wolfgang Abendroth eine Darstellung der sowjetischen und der neueren westlichen Entwicklungen der marxistischen Theorie beigesteuert hat (Sammlung Götschen Band 1205/1205a, Berlin/West 1968). – Anderson erwähnt einzig das mit der Ästhetik Lukács' und der »westlichen« Theoretiker sich befassende Buch von Fredric Jameson, »Marxism and Form«, Princeton 1971.

4 Die Verabsolutierung des Stalinismus zur einzigen Tragödie der Arbeiterbewegung erfüllt geradezu Legitimationsfunktion für so manche an der Lähmung und Spaltung der Arbeiterbewegung direkt oder indirekt mitwirkende Tendenz. Der »Stalinismus« kann nicht begriffen werden, abstrahiert man von der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie, von ihrer Mitverantwortung für den Ersten Weltkrieg, ihrer Liquidierung der deutschen Novemberrevolution, ihrer Mitwirkung an der Isolation der jungen Sowjetmacht. Schließlich ist es kein Zufall, daß die Machtergreifung des Nazismus und die Auslösung des Zweiten Weltkriegs in einem Land geschah, in dessen Arbeiterbewegung zuvor der klassische Reformismus gesiegt hatte. Die tragische Verknötung ist also komplexer, als dies bei Anderson erscheint, sie verstrickt Sozialdemokratismus und Stalinismus mit dem Faschismus. Das Verabsolutieren des Stalinismus soll den ganz gewöhnlichen Opportunismus legitimieren, sich von den auf dem Wege zum Sozialismus befindlichen Ländern zu desolidarisieren.

5 Santiago Carillo als »Theoretiker« zu nennen, mag befremden, da er in akademischem Sinn sicher nicht so aufgefaßt werden kann. Wenn ich es dennoch tue, dann der strategisch-perspektivischen Analyse politischer Situationen wegen, die theoretisch bedeutsam sind; ob man mit ihnen übereinstimmt oder nicht, tut nichts zur Sache. Wolfgang Abendroth vergleicht Carillo in dieser Hinsicht mit August Bebel.

6 Anderson übernimmt hier unkritisch die unhistorische Version vom Lenin, der die marxistische Politik begründet hat, mit dem einzigen Vorläufer Trotzki. Es wären aber die Vorarbeiten, die in Italien Labriola in Richtung auf eine politische Theorie des Marxismus geleistet hat, ebenso zu berücksichtigen, wie in der deutschen Sozialdemokratie die Arbeiten Kautskys, der ja nicht schon immer »der Renegat Kautsky« war, sondern ein Theoretiker, den Lenin sehr schätzte und von dem er viel übernahm. Schließlich dürfte Rosa Luxemburgs Beitrag zur Ent-

wicklung einer marxistischen Theorie der Politik nicht einfach übergangen werden. Hier steht Anderson im Bann der 1924/1925, also nach Lenins Tod, einsetzenden Dogmatisierung seiner Schriften. Diese Dogmatisierung kritisieren heißt im übrigen nicht die gewaltige Bedeutung Lenins herabsetzen, stellt allerdings heutiges Leninismus-Verständnis in Frage.

7 Es kommt einer funktionalen Übertreibung gleich, wenn Anderson behauptet, daß die Bereiche Ökonomie und Politik völlig tabuiert gewesen seien durch die Komintern; neben anderen läßt sich E. Varga als Gegenbeispiel anführen, der bei Anderson keine Erwähnung findet (vgl. seine kürzlich im Verlag »das europäische buch« wiederveröffentlichten, von J. Goldberg eingeleiteten Analysen).

8 Was die namhaften Theoretiker angeht, stimmt dies nur zum Teil, der Schwerpunkt liegt auf der Kritischen Theorie. Althusser, Della Volpe, auch Gramsci wurden nicht im *Argument* »entdeckt«, sondern erst relativ spät aufgegriffen. Dies zeigt eine Schwäche der Zeitschrift. Mit »Provinzialismus« ist diese Schwäche allerdings nur beschrieben, nicht begriffen. Sie ist die andere Seite der spezifischen Stärke des *Argument*: Über fast zwei Jahrzehnte hinweg widmete sich diese Zeitschrift der Entfaltung eines nationalen *Diskussionszusammenhangs*, in den möglichst eine ganze Generation einbezogen werden sollte. Eine theoretische Kultur sollte gefördert werden, die sich einließ in bestimmte Problemfelder und »Disziplinen«. Theoretische Moden spielten keine große Rolle. Der dafür bezahlte Preis war ein gewisser Provinzialismus. Andererseits entwickelte sich der marxistische Diskussionszusammenhang in der Bundesrepublik und Westberlin in Bezug auf den DDR-Marxismus, sei dieser Bezug offen oder implizit, zustimmend oder feindlich. Der DDR-Marxismus wiederum behandelte z. B. Gramsci kaum; die Traditionsbeziehung war weitgehend fixiert auf das – die faschistische Erfahrung und den post-faschistischen »Sozialstaat« noch nicht verarbeitende – Werk Lenins. Während aber Lenins Werk sich in beständiger Entwicklung darstellt und scharfe Wendungen umfaßt, mußte seine ahistorische Kanonisierung durch Stalin seine »Lehren« in immer größeren Widerspruch zur Praxis unter den gewandelten historischen Bedingungen bringen. Auf diesen Widerspruch reagierte so manche leninistische Position mit defensiver »Abdichtung« gegen neue Theorien. Vielleicht erklärt sich so die erstaunliche Nichtbeachtung Gramscis, das Versäumnis, die in seinem Werk (vor allem den Kerkerheften) wenn auch in fragmentierter und oft wenig klarer Form enthaltenen reichen Einsichten zu nutzen. Die gerade in ihrer antigramscianischen Klarheit und Präzision dunklen Thesen Althusserns wurden allenfalls als Ketzerei am Rande vermerkt; der produktive Anstoß und Zwang, mit dem theoretischen Schlendrian aufzuhören, wurde nicht genutzt. So befestigte sich auch im DDR-Marxismus ein spezifischer Provinzialismus – am ehesten durchbrochen in den Literaturwissenschaften –, der mit dem westlichen korrespondierte.

9 Die Abgeschnittenheit von der organisatorischen Praxis erklärt für sich noch nichts. Entscheidend ist, ob ein Theoretiker wie Gramsci seinen Denkprozess immer auf den Kampf der Arbeiterklasse bezieht, in der dadurch bestimmten Perspektive denkt und schreibt, oder ob dieser Bezug wie bei Horkheimer aus seinem Denken getilgt ist. Es gibt auch diese eigenartige Realität des Praxisbezugs, daß ein inhaftierter und von der Entwicklung seiner Partei abgeschnittener Marxist wie Gramsci Grundlagenforschung betreibt, die der künftigen Erhöhung der Handlungsfähigkeit der Arbeiterbewegung dienen soll und tatsächlich dient. Und eine Realität ist die Erkenntnis-, Sprach- und Gestaltungsarbeit eines Brecht, die, obwohl er nicht nur unorganisiert war, sondern auch noch im amerikanischen Exil lebte, ständig auf den Kampf der Arbeiterklasse bezogen war. Praxisbezug zeigt sich – blickt man überhaupt auf die wirkliche Produktion – in der Produktionsweise eines Theoretikers, nicht in erster Linie in einem Mitgliedsbuch (obwohl auch dieses wichtig sein kann). – Weil die für Denken und Produzieren konstitutiven Perspektiven völlig unvereinbar sind, kommt es einer Vergewaltigung seines Materials gleich, wenn Anderson einen Gramsci mit einem Adorno in einen Topf wirft.

10 Man vergleiche Andersons Darstellung von Marxens Verhältnis zur Philosophie mit der von Brecht: »Me-ti sagt: Meister Ka-meh trat den Philosophen zu verschiedenen Zeiten seines Lebens verschieden gegenüber. Zuerst näherte er sich ihnen als Philosoph und zerpflückte ihre Behauptungen von ihrem eigenen Standpunkt aus. Dann behandelte er sie als Nichtphilosoph und zeigte lediglich an ihrem Beispiel, zu welchen Abgeschmacktheiten es führt, wenn man lebt um zu philosophieren, statt philosophiert um zu leben. Am Ende befaßte er sich nicht mehr mit Philosophen, sondern beschäftigte sich nur noch mit praktischen Forschungen, ab und zu Philosophen wie lästige Fliegen abwehrend.« (GW XII, S. 555, z. n. Karen Ruoff, »Tui oder Weiser? Zur Gestalt des Philosophen bei Brecht«, in: »Brechts Tui-Kritik«, Argument-Sonderband

AS 11, Berlin 1976, S. 47, Anm. 53. Der Aufsatz bringt auch Stellungnahmen, die geeignet sind, dies etwas einseitige Bild zu korrigieren.) – Zur Frage der Philosophie-Kritik bei Marx und Engels vgl. auch W. F. Haug, »Wider den bloß verbalen Materialismus«, in *Argument* 92/1975, vor allem S. 655–658; in der Debatte mit Tomberg (Arg. 98) und in den Beiträgen zur Ideologietheorie (in: Arg. 100 und 106) wird die Frage weiterentwickelt. Sie ist von grundlegendem Belang für das Selbstverständnis der marxistischen Theorie. Sie kurzerhand unter einer Rede-weise verschwinden lassen, wie dies Anderson tut, verschüttet einen wichtigen Zugang zu einem kritischen Selbstverständnis.

11 Vgl. dazu den informativen Überblick von H. Gustav Klaus, »Politisch-kulturelle Periodika der englischen Linken (1945–1973)«, in: *Gulliver*, deutsch-englische Jahrbücher 1/1976 (Argument-Sonderband AS 9), S. 184. Die trotzkistische Orientierung, die in der *New Left Review* in den letzten Jahren in den Vordergrund getreten ist, sieht oder erwähnt Klaus allerdings nicht, hält sie wohl auch für bedeutungslos neben der wichtigen Rolle, die er der NLR zurecht zugesteht, durch die systematische Übersetzung und Bekanntmachung der von Anderson zum »westlichen Marxismus« gezählten kontinentalen Theoretiker in Opposition zum vorherrschenden Empirismus und Historismus dem Interesse an marxistischer Theorie Bahn gebrochen zu haben. Die wenigen marxistischen Autoren aus dem Umkreis der Kommunistischen Partei Englands wurden dabei allerdings ignoriert, statt nach Kräften einbezogen zu werden in die Förderung eines breiten marxistischen Diskussionszusammenhangs. Klaus verweist auf den Zusammenhang von »erbarmungsloser Kritik des englischen Erbes« und »Europhilie« bei der NLR (*Gulliver* 1, S. 187). Die Namen so bedeutender englischer Marxisten wie Dobb, Hobsbawm, Bernal, Caudwell sucht man im Namensregister bei Anderson denn auch vergebens. Andersons trotzkistische Orientierung wird in den Vordergrund gestellt von Paul Piccone, Herausgeber von *Telos*, in einer harschen Kritik an Andersons Buch (*Telos* 30, Winter 1976/1977, S. 213–216). U. a. wirft er Anderson vor, den von Merleau-Ponty in »Die Abenteuer der Dialektik« geprägten Begriff des »westlichen Marxismus«, der diesen mit Lukács' Rückgriff auf Hegel und der darauf folgenden hegelianisierenden Marxismus-Tradition verband, jeglichen Inhalts beraubt zu haben. – In Nr. 32, Sommer 1977, von *Telos* wendet sich der amerikanische Historiker der Kritischen Theorie, Martin Jay (vgl. die Rezension seiner »Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950« in *Argument* 104, S. 556 ff.) gegen die überzogene Kritik Piccones. Im Gegenzug charakterisiert er, der dem Trotzkiismus im übrigen fern steht, die Position von *Telos* als einen »exotischen Brei von phänomenologischem Marxismus, Kritischer Theorie und dem frühen Lukács« (S. 163). Während Piccone Anderson als »dogmatischen Trotzkiisten« kennzeichnete, der den Marxismus nicht von Grund auf in Frage stelle, betont Jay die gemeinsame Abgrenzung gegen den Marxismus-Leninismus. Jays Versuch einer Ehrenrettung krankt daran, daß er die Kriterien Andersons nicht überzeugend explizieren kann, vor allem nicht das Ineinanderwerfen so gegensätzlicher Gestalten wie Gramsci und Adorno. – In derselben Nummer von *Telos* antworten Andrew Arato und Paul Piccone auf Jays Kritik und insistieren auf Andersons »autoritärer Politik – d. h. Leninismus« (?) (S. 168), wovon Trotzki nämlich nur eine historische Fußnote sei usw.

12 »Aber weder jetzt noch später verknüpfte oder integrierte Lenin seine Lehre von der Partei mit seiner Darstellung der Sowjets in Rußland oder anderswo« (165). Anderson läßt das bei Lenin konzipierte Wechselspiel von Führung und Kontrolle derselben und des Staatsapparats durch die Massen außer acht. Zu fragen wäre eher, wie solche Basiskontrolle als eigenständige Kraft zu denken und vor allem zu realisieren ist, die dauerhaft in ein Kräfteverhältnis mit dem Staatsapparat treten kann. – Ähnliche Einwände wären zu den anderen Punkten der Leninkritik zu machen. Zum Beispiel war sich Lenin der historischen Besonderheit der russischen Entwicklung nicht nur bewußt, sondern er hat dies immer wieder ausgedrückt, hoffend darauf, daß eine siegreiche Revolution im Westen die russische Revolution zum »Schlußlicht« des Sozialismus machen würde, statt zum umzingelten Vorläufer in einem rückständigen Land. Dennoch ist solche Lenin-Kritik relativ berechtigt gegen einen unhistorischen Leninismus, der die mit der Kritik Andersons durchaus berührten realen Probleme z. T. noch nicht offen anerkennt.

Erich Wulff

Psychiatrie und Herrschaft

Politische Indienstnahme der Psychiatrie in West und Ost (I)*

Es handelt sich nun darum – und damit stehen wir auf der Höhe der Humanität – nicht das *Verbrechen*, sondern die *Krankheit* dieser Leute – wir reden von den *Angeklagten!* – zu erweisen. Wer auf Grund und unter Berufung auf irgend eine Idee – von *Plato* bis *Smith* – von *List* oder *Lasalle* – von *Campanella* oder *Marx* – zu der Schlussfolgerung von einer Einschränkung, Herabminderung, Herabwürdigung, oder gar Entbehrlichkeit, der von Gott von Ewigkeit her beschlossenen, und von IHM SELBST eingesetzten deutschen Monarchien (*inclusive* Lichtenstein), kommt, der ist *a priori* krank, er hat den *dolus criminis laesae majestatis* wie einen Pfahl im Fleisch stecken, ohne dass er es merkt, er ist durch die Schlussfolgerung an und für sich schon – ohne dass der königliche Herr Präsident ein Wort zu sprechen braucht – zum Verbrecher geworden. Der moderne Staat will aber an des Jahrhunderts Neige, und mit Rücksicht auf die *Idee* – von der man noch nicht ganz genau weiss, ob sie von Gott stammt (von dem auch das Gottesgnadentum der Fürsten stamt), diese Leute in Asilen, in Krankenhäuser, in Ideen-Anstalten, unterbringen.

aus Oskar *Panizza*: »Psychopatia Criminalis«. Anleitung um die vom Gericht für notwendig erkannten Geisteskrankheiten psychiatriisch zu eruiere und wissenschaftlich festzustellen. Für Ärzte, Laien, Juristen, Vormünder, Verwaltungsbeamte, Minister etc. Zürich, Verlag der Zürcher Diskussionen, 1898, S. 73–74

Inhalt

1. Einleitung
- 1.1 Freiheitsbeschränkungen psychisch Kranker, Schuldunfähigkeit und Sicherheitsmaßnahmen bei »geisteskranken Rechtsbrechern«
2. Psychiatriesierungsversuche von Angeklagten bei politischen Prozessen in der BRD
3. »Psychiatric Justice« in den USA
4. Gerichtliche Psychiatrie in der UdSSR
- 4.1 Die Kampagne über den »Mißbrauch der Psychiatrie« zu politischen Zwecken
- 4.2 Die wichtigsten Vorwürfe der Kampagne
- 4.3 Angaben über die Anzahl der Betroffenen
- 4.4 Die psychiatrischen Spezialkrankenhäuser in der UdSSR
- 4.5 Das Begutachtungs- und Sicherungsverfahren
- 4.6 Dokumentation bekanntgewordener Fälle
- 4.7 Die Psychiatriesierung von Dissidenz und Devianz
- 4.7.1 Krankheitsbegriff, Versorgungsdichte und Psychiatriesierung
- 4.7.2 Das politische Feld; Menschenrechte und antikommunistische Kampagne
- 4.7.3 Der psychiatrische Krankheitsbegriff in der UdSSR
- 4.7.4 Krankheitsbegriff und organisatorische Gliederung der psychiatrischen Einrichtungen
- 4.7.5 Sozialgeschichtliche Entwicklung des psychiatrischen Krankheitsbegriffs in der UdSSR
- 4.7.6 Tabuisierung nicht-institutionalisierter Wahrnehmung. Sozialistische Verunft und Verrücktheit
5. Zusammenfassung

* Die Teile 4.6 bis 5 erscheinen in den nächsten Argument-Heften.

1. Einleitung

Die Verschränkung der Psychiatrie mit staatlicher Macht ist ebenso alt wie die Psychiatrie selbst. *Foucault*¹, *Dörner*², *Castel*³ und andere haben in der nötigen Ausführlichkeit klar machen können, daß die Psychiatrie, seit ihrer Geburt als medizinische Wissenschaft, nicht nur einen therapeutischen Auftrag übernahm, sondern darüber hinaus auch die ihr vom Staat zugewachsene Aufgabe der »Ausgrenzung der Unvernunft«, die zuvor den Zucht-, Arbeits- und Tollhäusern zugewiesen war. In der Praxis kam sie dieser Aufgabe nach durch die Schaffung jeweils zeitgemäßer Institutionen sowohl der ärztlichen Behandlung als auch der sozialen Kontrolle (der Asyle, der gemeindenahen »sektorsierten« – in territoriale Zuständigkeitsgebiete aufgegliederten – Psychiatrie usw.), wissenschaftlich dadurch, daß sie ihre Krankheitsbegriffe an diese Praxis anpaßte und diese letztere so auch theoretisch abstützen konnte. In jüngster Zeit haben *Güse* und *Schmacke*⁴ die von *Foucault* und *Dörner* bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts vorgetriebene Analyse bis 1945 weitergeführt und dabei auch Praxis und Begriffsgerüst der gerichtlichen (»forensischen«) Psychiatrie im deutschen Sprachraum untersucht. Zieht man aus diesen wohldokumentierten Arbeiten eine Quintessenz, so ist man versucht zu sagen, daß die Verwendung der Psychiatrie zu politischen Zwecken (genauer gesagt, psychiatrischer Zwangsmittel und des diese rechtfertigenden Begriffsapparates) für diese Wissenschaft bisher nichts Zufälliges, Beiläufiges, Äußerliches war, sondern ein wesentlicher Teil ihres gesellschaftlichen Auftrages, soweit dieser immer auch auf die Ausgrenzung und Unterdrückung dessen hinauslief, was der Staat und die durch diesen repräsentierten gesellschaftlichen Mächte als »Unvernunft« definierten. Mißbrauch und (Gebrauch der) Psychiatrie wären somit, zum Teil wenigstens, deckungsgleich.

Allerdings ist eine solche Feststellung zunächst nicht viel mehr als ein Wortspiel, das die Grenze zwischen gesetzeskonformer (»rechtsstaatlicher«) Verwendung zu politischen Zwecken und ungesetzlichem Mißbrauch bewußt verwischt. Eine solche Grenzverwischung bringt zwar den inneren Zusammenhang der repressiven Funktionen der Psychiatrie deutlicher zu Gesicht – was für alle in der Psychiatrie Tätigen nützlich und erhellend sein kann. Jedoch ist dies dabei an zwei Voraussetzungen gebunden, die zumeist nicht offen dargelegt werden: Einmal müssen die Rechte des einzelnen auch auf »unvernünftiges« Abweichen von gesellschaftlichen oder gar gesetzlichen Normen diesen gegenüber diskussionslos als der »höhere Wert« gesetzt werden – zwar innerhalb gewisser Grenzen, die dabei aber zumeist undefiniert bleiben. »Politischer« Mißbrauch der Psychiatrie wäre dieser Voraussetzung gemäß also bereits die Durchsetzung allgemeiner Interessen gegenüber dem einzelnen, der Interessen der »Polis« gegenüber denjenigen des Individuums – (z. B. bei der Zwangsbehandlung eines zeitweilig hochgradig aggressiven Psychotikers, bei Entmündigungen, Pflegschaften, Führerscheinentzug usw.). – Damit sind wir aber bereits auch schon bei der zweiten Voraussetzung der genannten Grenzverwischung angelangt: einem als unüberbrückbar angenommenen Gegensatz zwischen dem Staat, den gesellschaftlichen Kräften und dem Individuum, der für einen Marxisten nur in der Klassengesellschaft für die Lohnabhängigen diesen unversöhnlichen, antagonistischen Charakter hat.

Schließt man also aus der unbestreitbaren Tatsache, daß die Psychiatrie neben therapeutischen Aufgaben stets auch einen staatstragenden repressiven Auftrag erfüllt

hat, ohne weiteren Umweg, daß Repression individueller Bedürfnisse und Entfaltungsmöglichkeiten ihr Kern, ihr innerstes Wesen sei, während ihr Anspruch auf wissenschaftlich begründete Therapie nur ein ideologisches Mäntelchen darstelle, das sie sich umhängt, so befindet man sich unversehens auf antipsychiatrischen – und politisch anarchistischen – Positionen. Von diesen aus läßt sich *jede* psychiatrische Intervention als (mehr oder weniger subtile) Form der Unterdrückung begreifen, wie *D. Cooper*⁵ dies auch ausdrücklich tut. Eine solche Position bietet sogar – dort, wo sie, anders als bei *Cooper*, unausgesprochen bleibt⁶ – den Vorteil, selektiv den jeweiligen politischen Gegner überall dort diffamieren zu können, wo in seinem Herrschaftsbereich Psychiatrie mit staatlichen Regelungen welcher Art auch immer verbunden ist: durch Aktualisierung überall vorhandener antipsychiatrischer Emotionen, oft auch noch in allerbanalstem Wortsinne. Repressive Funktionen, die der Psychiatrie heute überall noch eigen sind, können so als unmittelbare Ausdrucksformen der staatlichen Gewalt eines bestimmten politischen oder gesellschaftlichen Systems hingestellt werden.

Es wird einer steten bewußten Anstrengung bedürfen, dieser Versuchung nicht zu erliegen. Deshalb soll in diesem Aufsatz die Frage nach dem Mißbrauch der Psychiatrie anders gestellt werden: Wo greift die Psychiatrie über das ihr zugewiesene Wirkungsfeld hinaus, sei es in den Bereich freier Entscheidung des einzelnen, sei es in den Bereich anderer staatlicher oder sozialer Agenturen: der Polizei, der Strafrechtspflege, der Schule usw. – Innerhalb solcher möglicher Grenzübergänge interessiert besonders die Frage: wo übt die Psychiatrie Stellvertretungsfunktionen für politische oder strafrechtliche Repression aus, und warum? Eine erste Vermutung wird dorthin gehen, daß die psychiatrische Form der Unterdrückung dann den Vorzug vor der polizeilichen oder strafrechtlichen erhält, wenn der zu reparierende Normenverstoß in einer Grauzone liegt, die durch Gesetze nur schlecht faßbar zu machen ist. Ihre Psychiatrisierung würde es möglich machen, die rechtliche Klärung eines möglicherweise dubiosen Sachverhaltes zu umgehen und dabei die erwünschte repressive Wirkung dennoch zu erzielen. Es wird sich herausstellen müssen, ob eine solche Interpretation ausreicht.

1.1. Freiheitsbeschränkungen psychisch Kranker, Schuldunfähigkeit und Sicherheitsmaßnahmen bei »geisteskranken Rechtsbrechern«

Für psychiatrisch ausgeübte Freiheitsbeschränkungen gibt es zwei typische Situationen: Die erste ist dadurch gekennzeichnet, daß ein Mensch gegen seinen Willen – möglicherweise auch ohne zwingende Notwendigkeit – in eine psychiatrische Klinik verbracht wird. Dies kann nur wieder unter Respektierung der formalen Rechtsvorschriften oder unter deren Bruch geschehen. Das letztere ist, sowohl in den entwickelten kapitalistischen Staaten als auch in sozialistischen Ländern, so selten, daß sich eine Diskussion darüber nahezu erübrigt. Das erstere hingegen gehört zum psychiatrischen Alltagsbrot. Die verschiedenen Gesetze zur Einweisung psychisch Kranker in geschlossene Abteilungen geben in den meisten Ländern Kriterien an⁷, die die Voraussetzung für eine psychiatrische Internierung bilden: was unter diesen Kriterien – der »Fremdgefährdung« oder »Selbstgefährdung«, den Schlüsselbegriffen der meisten psychiatrischen Freiheitsentzugsgesetze – zu verstehen ist, bleibt dabei aber meist der Auffassung des ärztlichen Gutachters und des entscheidenden Richters

überlassen. Dabei ist der letztere auf die Fachkenntnisse des Psychiaters, zumindest was die Krankhaftigkeit der Selbst- und Fremdgefährdung bedingenden seelischen Antriebe angeht, angewiesen. Dementsprechend kann der Zuständigkeitsbereich psychiatrischer Zwangsmittel sehr eng, aber auch sehr weit gefaßt werden. Ist letzteres der Fall, so liegt es natürlich nahe, von »Mißbrauch« zu sprechen – allerdings im Rahmen der gültigen Rechtsvorschriften. Dabei fällt auch ins Gewicht, wogegen der psychiatrische Zuständigkeitsbereich abgegrenzt bzw. wohin er ausgeweitet wird: gegenüber dem freien Entscheidungsspielraum von einzelnen bzw. Gruppen, oder aber gegenüber dem Zugriffsbereich anderer repressiver Instanzen: der Polizei, der Strafgerichtsbarkeit, der »Fürsorgebehörde«.

In dieser Arbeit steht nur die Abgrenzung im Rahmen der Beurteilung strafrechtlicher Verantwortlichkeit zur Frage: und damit sind wir bei der zweiten typischen machtpsychiatrischen Situation angelangt. Die meisten Staaten haben in ihre Gesetze Vorschriften aufgenommen, die es verhindern sollen, daß ein Angeklagter, der aufgrund einer psychischen Krankheit für seine Taten nicht verantwortlich bzw. »nicht schuldig ist«, verurteilt und bestraft werden kann⁸. Die Einführung solcher Gesetzesbestimmungen seit der bürgerlichen Revolution ist zweifellos ein Fortschritt gegenüber der vorhergehenden Rechtswillkür, die geistig kranke Täter wie Gesunde bestrafte und – bei entsprechenden Delikten – ebenso hängte⁹. Dieser Fortschritt förderte allerdings zunehmend, je stärker sich bürgerliche Rechtsstaatlichkeit durchsetzte, auch eine Kehrseite zutage: wenn nämlich Psychiater und Richter sich gegen einen Angeklagten verbündeten, so konnte dieser seines Anspruches auf ein korrektes Verfahren, dem auch die Bestimmung über die strafrechtliche Unzurechnungsfähigkeit im Falle psychischer Krankheit dienen sollte, gerade durch diese Bestimmung verlustig gehen: indem man nämlich den Angeklagten aus Gründen psychischen Krankseins für prozeßunfähig erklärte und das Verfahren gegen ihn einstellte, jedoch – durch Gerichtsbeschluß – ihn zugleich auf unbestimmte Zeit in einem psychiatrischen Krankenhaus unterbrachte. Formal wurde in einem solchen Falle der Prozeß auf ein »Sicherungsverfahren« begrenzt. Hier waren tatsächlich, wenn auch nicht rechtlich, die Psychiater seine einzigen Richter. Auf ihr Urteil kam es an, ob ein Angeklagter gerichtlich eingewiesen wurde, aber auch, wann das Gericht der Entlassung des als »geisteskranke Rechtsbrecher« Untergebrachten, der nunmehr ein Kranker, kein verurteilter Häftling war, zustimmte. Wurde die Unzurechnungsfähigkeit vor dem Abschluß des Verfahrens festgestellt und der Beschuldigte in ein psychiatrisches Krankenhaus eingewiesen, so brauchte die Staatsanwaltschaft noch nicht einmal die Täterschaft des Beschuldigten nachzuweisen. Aber selbst wenn es in einem ordentlichen Gerichtsurteil bei erwiesener Täterschaft zum Freispruch lediglich wegen Unzurechnungsfähigkeit kam, so mußte der schuldunfähig Freigesprochene statt mit einer zeitlich begrenzten Gefängnisstrafe unter Umständen mit einer psychiatrischen Unterbringung auf unbestimmte Dauer rechnen. Mancherorts – so im District of Columbia in den USA¹⁰ – besteht sogar eine automatische Bindung eines Freispruches aus psychiatrischen Gründen an eine zwangsweise Krankenhausbehandlung. Solche Behandlungen werden zumeist in Sonderabteilungen vollzogen, in denen die Lebensbedingungen oft trostloser als im Gefängnis sind, was therapeutische Bemühungen, sofern es solche überhaupt gibt, zur Sinnlosigkeit verurteilt. Derartige »feste Häuser« für geisteskranken Straftäter gibt es auch in der Sowjetunion, genauso wie in den USA und in der Bundesrepublik. In den meisten von ihnen hat »Sicherheit« –

d. h. die ständige Überwachung der Untergebrachten – eine klare Priorität gegenüber therapeutischen Ansätzen, die sich in einem solchen Milieu auf – nicht selten auch zwangsweise – Medikamentenverabreichung beschränken müssen. Was immer in den letzten 20 Jahren über psychiatrischen Hospitalismus geschrieben wurde: die zusätzliche Schädigung, die psychisch Kranke im gleichförmigen und reizarmen Milieu der totalen Institution Asyl erleiden, trifft auf die meisten »festen Häuser« – im Gegensatz zu manchen psychiatrischen Krankenhäusern, in denen sich Reformen durchgesetzt haben – auch heute noch in vollem Umfange zu. Zur Selbstgerechtigkeit angesichts von dramatischen Schilderungen aus sowjetischen »festen Häusern« besteht also bei uns keinerlei Anlaß¹¹.

2. Psychiatrisierungsversuche von Angeklagten bei politischen Prozessen in der BRD

Im normalen Strafverfahren ist es die Aufgabe des Verteidigers, für seinen Mandanten Schuldunfähigkeit oder verminderte Schuldfähigkeit geltend zu machen, wenn er Anhaltspunkte dafür hat, daß bei diesem ein geistiges Leiden vorliegt. Nur in eindeutigen Fällen – wenn es sich z. B. um einen anstaltsbehandelten Kranken handelt, oder aber wenn die Tatumstände selbst eine Unzurechnungsfähigkeit stark nahelegen – wird die Staatsanwaltschaft beim Gericht zwecks Durchführung einer gutachtlichen Untersuchung initiativ – praktisch immer im Einvernehmen mit dem Beschuldigten bzw. dessen Rechtsberater. Bei politischen Prozessen, oder aber bei solchen, wo Interessen von Mächtigen im Spiele sind, kehren sich die Rolle von Staatsanwalt und Verteidiger in dieser Hinsicht jedoch manchmal um. Gegen den Willen des Beschuldigten und seines Verteidigers versucht nun die Anklagebehörde, die Unzurechnungsfähigkeit des Täters zu beweisen. Dies geschah z. B. im Falle von Dr. Weigand, der den Selbstmord eines CDU-Honoratioren 1961 nicht ruhen lassen und eine Untersuchung darüber erzwingen wollte – er wurde als psychopathischer Querulant für unzurechnungsfähig erklärt und kam in eine Anstalt; einer der Gutachter, Professor *Selbach* aus Berlin, wollte in seiner Klinik einen »netten und vernünftigen Menschen aus ihm machen«¹². – Auch Ulrike *Meinhof* sollte – gegen ihren Willen und denjenigen ihres Verteidigers – mit Zwangsmitteln bis hin zur Narkose einer neurologisch-psychiatrischen Untersuchung unterzogen werden, um ihre Zurechnungsfähigkeit zu überprüfen. Massive Proteste auch aus der fachlichen Öffentlichkeit konnten dies verhindern¹³. – Im Prozeß gegen Dr. Wolfgang *Huber* vom »Sozialistischen Patienten-Kollektiv« Heidelberg wurde vom Landgericht Karlsruhe (Landgerichts-Direktor Dr. *Gobl*) am 10. 5. 1972 im Rahmen eines psychiatrischen Gutachten-Auftrages folgende Frage gestellt: »Unterstellt, jemand lehne die Rechts- und Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik ab und stelle sich in bewußten Gegensatz zu ihren Wirtschaftsstrukturen und begehe Straftaten, um sie zu verändern: Könnte nach den anerkannten Regeln der Psychiatrie darin allein schon ein ausreichender Hinweis darauf gefunden werden, daß ein solcher Beschuldigter an einer Bewußtseinsstörung, einer krankhaften Störung der Geistestätigkeit oder an einer Geisteschwäche leidet?«¹⁴

Mir ist nicht bekannt geworden, wie die vom Gericht bestellten Gutachter auf diese Frage geantwortet haben. Aber schon die Fragestellung des Landgerichts Karlsruhe legt die Deutung nahe, daß dieses politische Opposition gegen die Staats- und Gesell-

schaftsordnung der BRD, wo diese Opposition gegen die geltenden Gesetze verstößt, bereits als solche möglicherweise für verrückt, zumindest aber für psychisch abnorm hält. Eine solche Einstellung ist älter als die BRD selber; sie kann auf eine würdige deutsch-nationale Tradition zurückgreifen: beispielsweise auf die Gutachten *Kraepelins*¹⁵ und *Kahns*¹⁶ im Prozeß gegen die 1919 angeklagten Führer der Münchener Räterepublik, in denen die letzteren zu geltungssüchtigen Psychopathen abgestempelt, gleichzeitig jedoch, der damaligen – und z. T. heute noch – herrschenden Lehre entsprechend für strafrechtlich voll verantwortlich erklärt wurden¹⁷.

Diese Beispiele aus Deutschland und später der BRD zeigen, daß der Staat auch bei uns die Grenze zwischen Psychiatrie und Strafrecht zu verschieben sucht – und daß dies ihm nicht selten auch gelingt. Sein Vorteil dabei ist bei politischen Prozessen klar erkennbar: der »Unzurechnungsfähige« wandert auf lange Zeit, vielleicht für immer, in ein »festes Haus«, wenn man Glück hat, auch ohne daß man ihm in einem Prozeß seine Schuld nachweisen muß, und zugleich wird damit erreicht, daß man seine Taten als diejenigen eines »Verrückten« abstempeln und damit jeder politischen Dimension entkleiden kann. Ein solches Bedürfnis wird z. B. in der Diktion des Landgerichtes Karlsruhe im Prozeß gegen Dr. Huber sehr deutlich sichtbar. Dabei ist der Grad der Bewußtheit solcher Vorteile bei psychiatrischen oder juristischen Instanzen jeweils verschieden stark ausgeprägt, und ich kann vor Verschwörungstheorien, die hier überall staatliche Lenkung auf höchster Ebene am Werke sehen, nur warnen.

3. »Psychiatric Justice« in den USA

Daß die Psychiatrie auch in kapitalistischen Ländern zu politischen Zwecken oder für mächtige Privatinteressen mißbraucht wird, zeigen nicht nur die eben erwähnten wenigen Fälle aus der BRD. Thomas S. Szasz ist in seinem Buch »Psychiatric Justice«¹⁸ der Frage nachgegangen, wie »psychiatrische Profession und juristisches Establishment in eine stillschweigende Verschwörung eingegangen sind, um Bürger ihres verfassungsmäßigen Rechtes auf ein Gerichtsverfahren zu entkleiden«.

An vier ausführlich analysierten Fällen (*Perroni*, *Hoffer*, *Walker* und *Lynch*), die aus psychiatrischen Gründen für verhandlungsunfähig bzw. schuldunfähig erklärt und in psychiatrische Krankenhäuser abgeschoben wurden, obwohl sie weder eine Gefährdung für die Allgemeinheit bildeten noch ärztlicher Behandlung bedurften, illustriert Szasz die Komplizenschaft der gutachtenden Psychiater mit der Staatsanwaltschaft, der Staatsraison, aber auch mit mächtigen Privatinteressen.

Perroni sollte von einer großen Baugesellschaft 2 Monate vor Ablauf seines Mietvertrages aus der von ihm seit 10 Jahren betriebenen Tankstelle vertrieben werden. Als die Männer der Baugesellschaft auf dem Terrain seiner Tankstelle ein behinderndes Verkehrszeichen aufstellten, entfernte er dieses. Wie die Männer es aufs neue aufstellen wollten, gab er einen Warnschuß in die Luft ab. Er wurde verhaftet, jedoch aus psychiatrischen Gründen für verhandlungsunfähig erklärt. Szasz zeigt in Protokollen von Zeugenaussagen des begutachtenden Psychiaters, wie dieser das Offenstehen des obersten Hemdenknopfes, gelegentliches Augenzwinkern, »ausweichende« Antworten auf Fragen des Gutachters, »überlegenes« Auftreten usw. als Schizophrenie-Symptome auslegte, um seine These von der Verhandlungsunfähigkeit *Perronis* zu erhärten. Auf die Frage des Verteidigers, welches Verhalten er denn von einem normalen Menschen in einem psychiatrischen Krankenhaus erwarte, erwiderte der Gut-

achter: »Es gibt keine normalen Menschen in psychiatrischen Einrichtungen«. Alle Versuche, ein Gerichtsverfahren für *Perroni* zu erzwingen, scheiterten: auch an der US-amerikanischen Verfahrensregelung, daß der Staatsanwalt sofort, nachdem ein Angeklagter für verhandlungsfähig erklärt worden ist, befugt ist, eine erneute Begutachtung anzuordnen: ein Recht, das dem Angeklagten schon deshalb nicht offensteht, weil dieser in der Regel sogleich nach der Einweisung in eine gerichtspsychiatrische Sonderabteilung entmündigt wird. 10 Jahre nach seiner Festnahme saß *Perroni* – bei dem keinerlei psychiatrische Vorgeschichte bekannt war – noch immer im psychiatrischen Asyl. Zu einem Prozeß, in dem die Hintergründe seiner »Tat« hätten beleuchtet werden müssen, ist es – zum Vorteil der großen Baugesellschaft, die gleich nach *Perroni*'s Festnahme seine Tankstelle hatte abreißen lassen – nicht gekommen.

Hoffer hatte eine psychiatrische Vorgeschichte: er hatte 1944 in der Armee und später noch einmal eine schizophrene Episode durchgemacht, war jedoch für geheilt erklärt worden. 1958 war er mehrerer Sexualdelikte (versuchte Vergewaltigung, Sodomie, Verführung Minderjähriger) angeklagt worden, hatte seine Täterschaft jedoch bestritten. Aufgrund seiner psychiatrischen Vorgeschichte wurde er ohne Prozeß als verhandlungsunfähig in ein psychiatrisches Asyl gesteckt, von dem aus er sich 1960 an *Szasz* um Hilfe wandte. Der Kampf um die Feststellung seiner Verhandlungsfähigkeit, den *Szasz* führte, währte bis 1963: so lange auch deshalb, weil der Staatsanwalt auch noch nach einer ersten positiven Begutachtung und entsprechenden gerichtlichen Entscheidung eine neue Überprüfung durchgesetzt hatte, die allerdings ebenfalls *Hoffers* Anspruch, verhandlungsfähig zu sein, bestätigte. Im Prozeß gab *Hoffer* dann – in einem in Amerika üblichen Kuhhandel – die Verführung Minderjähriger zu, woraufhin die übrigen Anklagepunkte fallen gelassen wurden. Er wurde zu genau der Zeitspanne Freiheitsentzug verurteilt, die er im Asyl bereits abgesessen hatte: kam nach dem Prozeß also sogleich auf freien Fuß.

In diesem Falle liegt der Verdacht nahe, daß die Staatsanwaltschaft den Weg psychiatrischen Freiheitsentzuges deshalb beschritt, weil *Hoffer* die ihm zur Last gelegten Taten zwar nicht nachgewiesen werden konnten, es den Behörden und den begutachtenden Psychiatern aber doch »sicherer« erschien, ihn als einen immerhin mutmaßlichen Sexualdelinquenten aus dem Verkehr zu ziehen. Für eine solche Kriminalitätsprophylaxe bot sich die »psychiatrische Strafverfolgung«, wie *Szasz* sie nennt, geradezu an.

Edwin *Walker* war ein rechtsextremistischer pensionierter US-General, der 1962 gegen die Anwendung der Bürgerrechtsgesetze an der Universität von Mississippi demonstriert hatte und am 1. 10. 1962 wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Anstiftung zum Aufruhr und ähnlicher Delikte verhaftet worden war. Bevor es ihm gelang, auf Kautions freizukommen, wurde er nach einem Telefonat zwischen einem Beamten des Justizministeriums und dem Chef-Psychiater der Gefängnisverwaltung in das Krankenhaus für Bundesgefangene nach Springfield, Missouri, verlegt, um eine psychiatrische Begutachtung in die Wege zu leiten, die *Walker* für verhandlungsunfähig erklären sollte. *Walker*, der über viel Geld und mächtige Hintermänner verfügte, gelang es, am 6. 10. 1962 dann doch noch gegen Kautions freizukommen – obwohl Gefangene, die sich einer Begutachtung unterziehen sollen, ansonsten als unfreiwillige psychiatrische Patienten angesehen werden, von denen man keine Kautions annimmt. Am 22. 11. 1962 wurde *Walker*, in einem Verfahren, in dem er sich einen

Gutachter selbst auswählen konnte, für verhandlungsfähig befunden. Am 21. 1. 1963 wurde dann die Anklage gegen ihn ganz fallen gelassen.

Hier war offenbar der Versuch gemacht worden, einen für die US-Regierung peinlichen Prozeß gegen einen hohen Offizier, der auch international wichtige Ämter in Südkorea, Formosa und der BRD bekleidet hatte, zu vermeiden und den Angeklagten, der die US-Regierung schon mehrfach durch rechtsextremistische und rassistische Stellung- bzw. Parteinahme diskreditiert hatte, auf psychiatrischem Wege kaltzustellen. Dieser Versuch scheiterte an den finanziellen Mitteln und den politischen Beziehungen *Walkers*, der als »Very Important Person«, als einziger »dem auch so menschenfreundlichen Verdacht der Staatsanwaltschaft, zu krank für eine Gerichtsverhandlung zu sein, nicht wehrlos gegenüberstand« (*Szasz*).

Frederick Lynch, ein pensionierter Oberstleutnant, war am 6. 11. 1959 verhaftet worden, weil er einen nicht mehr gedeckten 100-Dollar-Scheck ausgestellt und nach entsprechender Mahnung sein Konto nicht in der vorgeschriebenen 5-Tagesfrist ausgeglichen hatte. Ohne Rechtsbeistand plädierte er vor Gericht auf »nicht schuldig« und wurde deshalb einer psychiatrischen Untersuchung unterzogen.

Am 4. 12. 1959 wurde er für verhandlungsunfähig erklärt und auf unbestimmte Zeit in ein psychiatrisches Krankenhaus eingewiesen, nach psychiatrischem Gutachten wegen einer manisch-depressiven Psychose, die sich in einem ersten Stadium der Besserung befände. Am 28. 12. 1959 wurde er dann schließlich doch für verhandlungsfähig erklärt, jedoch gegen seinen Willen im Krankenhaus behalten. Nachdem *Lynch* die Folgen seiner Entscheidung (auf nicht-schuldig zu plädieren) aufgingen, versuchte er auf Rat seines nunmehr hinzugezogenen Anwaltes, sich für schuldig zu erklären. Nun hatten sich aber die Rollen der Prozeßgegner umgekehrt: die Staatsanwaltschaft beharrte mit allen Mitteln darauf, daß *Lynch* wegen psychischer Krankheit »unschuldig« sei, während die Verteidigung auf seine Verurteilung drängte. Das Gericht sprach *L.* wegen Geisteskrankheit frei und ordnete seine Unterbringung in einem psychiatrischen Asyl an. Gegen eine zunächst erfolgreiche Berufung *Lynchs* legte die Staatsanwaltschaft – ihrerseits erfolgreich – Revision ein. Schließlich gewann *L.* seinen Prozeß beim Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten im Mai 1962. Ihm wurde das Recht zugesprochen, sich schuldig zu bekennen. Das psychiatrische Krankenhaus beantragte – und erreichte – daraufhin *Lynchs* weitere Internierung – nun aufgrund der normalen Freiheitsentzugsgesetze. Am 23. 8. 1962 beging *Lynch*, immer noch im Krankenhaus festgehalten, Selbstmord.

Bei *Lynch* lassen sich besondere Gründe nicht erkennen, weshalb ein in die Einzelheiten der Sache gehender Prozeß von der Staatsanwaltschaft und den Psychiatern nicht gewünscht wurde. Man gewinnt eher den Eindruck, daß die Staatsanwaltschaft und die Gutachter ihren einmal eingenommenen Standpunkt – auf Kosten *Lynchs* – um jeden Preis durchsetzen wollten, um gegen ihn Recht zu behalten. Leider ist ihnen dies – trotz der für *Lynch* günstigen Entscheidung des Obersten Gerichtshofes – gelungen, indem sie dann statt des Strafrechts die ordnungsrechtlichen Bestimmungen der Zwangseinweisung anwandten.

Szasz sieht in den wenigen Fällen, die er dokumentiert hat, nur die Spitze eines Eisberges. Er erwähnt eine Reihe von anderen Fällen »psychiatrischer Verurteilungen«, die er nur aus Zeitungsberichten kennt: *Kenneth Washington*, der als Zuhörer einer Senatsdebatte über die Rechte der Farbigen, bei der von hundert Senatoren nur fünf anwesend waren, ausgerufen hatte: »Wie wollt Ihr für die Rechte der Farbigen etwas

tun, wenn nur fünf von Euch da sind«¹⁹ und deswegen in ein psychiatrisches Krankenhaus gebracht wurde, und den Fall Herbert Callenders, des Vorsitzenden der Bürgerrechtsorganisation Core in Bronx, der den New Yorker Bürgermeister wegen rassistischer Diskriminierung bei Städtischen Bauprojekten belangen wollte und deswegen für 5 Tage in das New Yorker psychiatrische Bellevue-Hospital kam²⁰. Zahlenangaben über die Häufigkeit des Mißbrauchs der Psychiatrie in den USA kann Szasz nicht machen. Er bezweifelt auch, daß solches Zahlenmaterial zur Zeit verfügbar sei. Bei seinen eigenen Untersuchungen hatte er sich im übrigen auf den Osten, Mittelwesten und Westen der USA beschränkt²¹. Die Südstaaten vergleicht Szasz hingegen, was die Häufigkeit von Rechtsbeugungen überhaupt angeht, mit dem faschistischen Deutschland. Szasz's eigene Deutung der »Psychiatric Justice« in den USA lautet: »Wo es nicht gelingt, den Angeklagten als schuldig zu verurteilen und als Verbrecher zu bestrafen, kann man ihn immer noch als Geisteskranken diagnostizieren und als jemanden, der einer psychiatrischen Behandlung gegen seinen Willen bedarf, festhalten«²².

4. Gerichtliche Psychiatrie in der UdSSR

4.1. Die Kampagne über den »Mißbrauch der Psychiatrie« zu politischen Zwecken

Am meisten Publizität haben in unserem Lande Anschuldigungen über den politischen Mißbrauch der Psychiatrie in der UdSSR erhalten. Eine weltweite Kampagne gegen diesen vorgeblichen Mißbrauch, an der sich Linke, Liberale, Konservative und Reaktionäre, letztere insbesondere aus Emigrantenkreisen, beteiligten, versucht den Eindruck zu erwecken, als ob die Abschiebung von politisch Oppositionellen (»Dissidenten«) in psychiatrische Sonderkrankenhäuser zu einer typischen Form politischer Disziplinierung in der UdSSR geworden sei. Zur Verteidigung vor allem der sowjetischen Dissidenten hat sich auch in der BRD mittlerweile eine »Vereinigung gegen politischen Mißbrauch der Psychiatrie« gebildet, der neben Reaktionären wie F. Weinberger auch antifaschistische Liberale wie W. v. Baeyer angehören²³. Die literarischen Quellen über den politischen Mißbrauch der Psychiatrie in der UdSSR sind mittlerweile kaum mehr übersehbar. Der Anfang wurde mit V. Bukovskijs²⁴ Buch »Eine neue Krankheit in der UdSSR: die Opposition« gemacht. An wichtigeren Publikationen sind inzwischen Pljuščs eigene Autobiographie²⁵, das Buch »L'affaire Plioutsch« (T. Mathon und J. J. Marie)²⁶, »Midi Place Rouge« (N. Gorbanevskaja)²⁷, »Russia's political hospitals« (S. Bloch und P. Reddaway)²⁸ erschienen – neben zahllosen Broschüren, vor allem herausgegeben von Amnesty International, aber auch von anderen, z. T. politisch undurchsichtigen Komitees oder Organisationen²⁹. Auch der medizinische Literaturdienst des Osteuropa-Institutes der FU Berlin publizierte bereits ausführlich Artikel von Dissidenten zum Problem der politischen Psychiatrie in der UdSSR³⁰. Sowjetische Psychiater (Sneznevskij, Mrozov usw.), aber auch die Literaturnaja Gazeta und die Med. Gazeta und die Izvestija haben demgegenüber sämtliche Anschuldigungen über politischen Mißbrauch der Psychiatrie in der UdSSR bestritten und behaupten³¹, es befände sich kein einziger Gesunder dort in psychiatrischen Krankenhäusern. In der BRD veröffentlichte die Zeitung der DKP eine Broschüre von Hans Wolker, dem stellvertretenden Chefredakteur der kommunistischen Wiener »Volksstimme« mit dem Titel: »Psychohaft-

Hetze – Österreichische Psychiater als Augenzeugen in der Sowjetunion³². Zwischen den Fronten stehen lediglich, soweit ich sehe, einige Artikel britischer Psychiater, so derjenige von *J. Wing*, London, »Psychiatry in the Soviet Union«, der auch – wenngleich kurz – das Problem der »political Dissenters« streift und zu interpretieren sucht³³.

Vergleicht man die Veröffentlichungen über den Mißbrauch der Psychiatrie in den westlichen Ländern und in der SU, so wird ein wesentlicher Unterschied sogleich deutlich: im Westen sind es nur wenig Individuen (wie *Szasz*) oder wenige, zumeist antipsychiatrisch orientierte Gruppen, die Material zu diesem Thema sammeln und veröffentlichen. Die Diskussion bleibt zumeist – anhand von hektographierten Broschüren, die jeweils nur kurze Zeit greifbar sind – auf die linke Szene einiger europäischer Großstädte beschränkt³⁴. Der Hauptvorwurf richtet sich dabei gegen die Psychiatrie überhaupt als Repressionsorgan, weniger gegen ihre Indienstnahme durch den Kapitalismus. Ganz anders steht es mit der Kampagne gegen den Mißbrauch der Psychiatrie in der SU: viele namhafte Verlage veröffentlichen Bücher zu diesem Thema, russische Emigrantenorganisationen verfügen über schier unbegrenzte Geldmittel für Publikationen und Vortragsreisen in dieser Sache, Massenmedien greifen das Problem bereitwillig auf, und Amnesty International macht aus diesem Thema eine seiner Haupt-Kampagnen.

Ein parteipolitisch unabhängiger Marxist gerät, wenn er mit diesem Thema konfrontiert wird, in eine Zwangslage. Er wird alles vermeiden wollen, was ihn ins Schlepptau einer antikommunistischen kalten Kriegskampagne brächte. Auf der andern Seite wird er daran denken müssen, daß die Barbarei des Stalinismus keine bloße antikommunistische Erfindung war, daß also auch rein propagandistisch motivierte Vorwürfe von Feinden des Sozialismus – (des Klassegegners) – einen Kern von Wahrheit enthalten können. Gibt es diesen Kern, so gilt es ihn – unter Umständen aus einem Wust von Lügen – herauszuschälen. Falls auch nur ein Teil der Vorwürfe zuträfe, hätten marxistische Psychiater die besondere Pflicht, tatsächliche Mißstände auch in der SU offenzulegen, sie zu analysieren sowie über ihre Abstellung und künftige Verhütung nachzudenken. Dies wäre keine Einmischung in »innere Angelegenheiten« eines andern Staates, sondern ein Beweis internationaler Solidarität, der gleichen internationalen Solidarität, die *Georges Marchais* (FKP) und *Lucio Lombardo-Radice* (IKP)³⁵ geübt haben, als sie sich – mit Erfolg – für die Freilassung des im psychiatrischen Spezialkrankenhaus Dnepropetrovsk festgehaltenen sowjetischen Mathematikers *Leonid Plijušč* einsetzten. Daß Stimmen der Kritik gegen politischen Mißbrauch der Psychiatrie in der UdSSR nicht nur bei kalten Kriegern, Konservativen, Liberalen, Trotzlisten und Maoisten laut werden, sondern auch im Kreise großer kommunistischer Parteien, bekräftigt nur die Dringlichkeit einer wissenschaftlichen Überprüfung der Vorwürfe sowie ihrer politischen Analyse.

4.2. Die wichtigsten Vorwürfe der Kampagne

Die wichtigsten Vorwürfe, die der sowjetischen Psychiatrie gemacht werden, lassen sich wie folgt zusammenfassen³⁶:

1. In der SU werden politisch oder religiös Andersdenkende (»Dissidenten«) vor allem nach öffentlichen Stellungnahmen oder Eingaben an die Behörden, in denen sie Mißstände kritisieren, verschiedenartiger Vergehen gegen bestehende Gesetze (z. B.

»Verleumdung der SU«) angeschuldigt. Viele von ihnen werden dann jedoch nicht vor Gericht gestellt, sondern als »geisteskrank« in psychiatrische Krankenhäuser, zumeist Spezialkrankenhäuser für geisteskranken Verbrecher, eingewiesen.

2. Diese größtenteils geistig völlig gesunden Personen werden von einem Gutachterausschuß bzw. nötigenfalls einem Obergutachterausschuß des Moskauer Serbskij-Instituts, die ihre Direktiven vom KGB erhalten oder selber (wie die Gutachter des Serbskij-Institutes) in dessen unmittelbaren Diensten stehen, für geisteskrank und einer Zwangsbehandlung bedürftig erklärt. Die Gerichte folgen stets diesen Gutachtern.

3. Dabei werden Pseudo-Diagnosen gestellt wie »psychopathische Entwicklung der Persönlichkeit bei Vorhandensein reformistischer Ideen« (*Grigorenko*)³⁷, »chronische Psychopathie, die die Form einer Schizophrenie angenommen hat« (*Gorbanevskaja*)³⁸, »Schizophrenie mit Störungen des Denkens und der Emotionalität, die mit Wahnideen über soziale Reformen und einer Einsichtslosigkeit gegenüber seinem Zustand und seiner Situation einhergehen« (*Kuznecov*)³⁹, »schleichende Schizophrenie mit paranoiden Störungen, Reformideen und messianischen Elementen« (*Pljušč*)⁴⁰.

4. In den Spezialkrankenhäusern werden die geistig gesunden politischen Häftlinge medikamentös zwangsbehandelt, wobei auch fieber- und schmerzerzeugende Mittel wie Sulfozin verwendet werden, die aus dem Behandlungsspektrum der übrigen Welt verschwunden sind. Behandlung wird häufig als Strafe gegen unbotmäßiges Verhalten verhängt. Unterhalten sich Häftlinge über politische Themen, so wird dies durch erhöhte Dosis neuroleptischer oder sedierender Medikamente geahndet. Häftlinge werden auch in feuchtwarme Tücher gewickelt, deren Anspannung beim Trocknen ihnen unerträgliche Schmerzen verursacht. Viele Häftlinge werden in Spezialkrankenhäusern auch geschlagen und mißhandelt.

5. Nur wer seinen politischen Ansichten abschwört und diese selber für krankhaft erklärt, kann mit seiner Entlassung rechnen und wird als »genesen« betrachtet. Die Ärzte versuchen den Häftlingen ständig eine derartige »Krankheitseinsicht« zu suggerieren.

6. Obwohl es in den Spezialkrankenhäusern eine medizinische und eine administrative Parallel-Hierarchie gibt, gehen alle Entscheidungen vom KGB aus, dem auch weite Teile des Personals angehören.

7. Alle zwei Jahre prüft eine Kommission, ob ein Patient entlassen werden kann, dies jedoch nicht aufgrund einer persönlichen Untersuchung, sondern bloß der Akten. Dabei werden 15–20 Fälle pro Stunde bearbeitet. Offiziell hat das Gericht das letzte Wort. Alle seine Entscheidungen sind jedoch vom KGB vorprogrammiert.

4.3. Angaben über die Anzahl der Betroffenen

Es gibt nur wenige Angaben darüber, welche Zahl von Menschen durch solche psychiatrischen Zwangsbehandlungen betroffen sein soll. *Alekseev*, ein durchaus sowjetfeindlicher Emigrant, sprach von 4000 Patienten in Spezialkrankenhäusern: zum größten Teil seien dies jedoch geisteskranken Straftäter⁴¹. *Gorbanevskaja* schätzte die Zahl der Spezialkrankenhäuser auf 10 und die Zahl der politischen Häftlinge in diesen auf etwa 150, wovon die Hälfte wegen religiöser, die Hälfte wegen politischer Aktivitäten festgehalten werden⁴². *Bloch* und *Reddaway* gingen von etwa 220 Psychohäftlingen aus⁴³. *Wing* sprach von etwa 2 Dutzend im Westen bekannt

gewordener Namen, schloß jedoch eine höhere Gesamtzahl auch nicht aus⁴⁴. Die höchsten Schätzungen stammen von *Pljušč*, demzufolge sich allein im Spezialkrankenhaus Dnepropetrovsk 60 »zum größten Teil gesunde« politische Häftlinge befinden sollen⁴⁵. *Novikov*, ein emigrierter ehemaliger Abteilungsleiter des Serbskij-Instituts, schätzte die Zahl der politischen »Psychohäftlinge« auf 350⁴⁶ und bezifferte die Zahl der Spezialkrankenhäuser in der Sowjetunion auf 12⁴⁷.

Selbst wenn man die niedrigste Zahl (*Wing*) als richtig zugrundelegt, wird man davon ausgehen müssen, daß es sich um mehr als einzelne Mißgriffe oder diagnostische Irrtümer handelt; aber auch wenn man die höchste annimmt, wird klar, daß es ebenso wenig um eine Masseninternierung Gesunder aus politischen Motiven gehen kann. Zahlenmäßig lassen die Schätzungen *Wings* und sogar *Gorbanevskajas* durchaus einen Vergleich mit *Szasz* Dokumentation des Mißbrauchs der Psychiatrie in den USA zu. Dabei ist nach Ansicht *Podrabineks*⁴⁸ in den letzten Jahren eine Abnahme der bekannten Fälle von Inhaftierungen in psychiatrischen Sonderkrankenhäusern durch die Anwendung der politischen Artikel im Strafrecht zu verzeichnen. Seit Juli letzten Jahres vermehrt wieder beobachtete Internierungen sind auch nach Ansicht der Deutschen Vereinigung gegen den politischen Mißbrauch der Psychiatrie »nur kurzfristig« gewesen⁴⁹.

4.4. Die psychiatrischen Spezialkrankenhäuser in der UdSSR

Was den Charakter der Spezialkrankenhäuser angeht, so wird aus allen zur Verfügung stehenden Dokumenten deutlich, daß es sich hier um Asyle im Sinne *Goffmans*⁵⁰ handelt. Die Patienten tragen Anstaltskleidung (*Pljušč*), Korrespondenz und Paketsendungen sind reglementiert und werden zensiert⁵¹. Bis zu 20 Kranke liegen in einem Saal, Hofausgang gibt es nur für 1 bis 2 Stunden täglich. Mißhandlungen durch das Pflegepersonal, Medikation und Verlegungen auf »unruhigere« Abteilungen, Verbot von Hofausgang, Korrespondenz und Besuchen sind bei Protesten und Kritiken häufig⁵². Angehörige erhalten bei Fragen nach dem Befinden der Patienten Antworten wie: »Intoxikationen durch Philosophie habe ich nicht feststellen können, aber eine gewisse Neigung zur Mathematisierung von Psychologie und Medizin« (*Pljušč*)⁵³. Fragen sie nach Medikation, wird ihnen von Ärzten erwidert: »Wir geben ihm schon was nötig ist« (*Pljušč*)⁵⁴. Man könnte diese Angaben für erfunden halten, wenn man nicht von *Volker*, der durchaus bestrebt ist, die SU von jedem Verdacht eines Mißbrauchs der Psychiatrie zu reinigen, selber erfahren würde, daß die Kranken bei ihrer Einlieferung alle ihnen persönlich gehörenden Sachen abgenommen bekommen⁵⁵.

Zusammenfassend lassen die vorliegenden Informationen über den Charakter der psychiatrischen Spezialanstalten den Rückschluß zu, daß diese sich, was Ausstattung, Therapie, Tageslauf und »Sicherheitsmaßnahmen« von den festen Häusern der bundesdeutschen Gerichtspsychiatrie – und von einigen, von den Reformen des letzten Jahrzehnts unberührt gebliebenen psychiatrischen Großkrankenhäusern – nur wenig unterscheiden. Auch die Unterstellung der Spezialkrankenanstalten unter das Innenministerium unterscheidet sie nicht wesentlich von Einrichtungen westlicher Länder, wo sie häufig dem Justizministerium (d. h. auch nicht dem Gesundheitsministerium) verantwortlich sind.

4.5. Das Begutachtungs- und Sicherungsverfahren

Das Verfahren, das zur Einweisung von Angeklagten in psychiatrische Krankenhäuser führt, ähnelt in seinen Formalitäten sehr stark denjenigen in westlichen Ländern. Bei Verdacht auf psychische Krankheit kann zu jedem Augenblick des Prozesses und auch nach der Verurteilung ein psychiatrisches Gutachten über den Geisteszustand des Angeklagten bzw. Verurteilten veranlaßt werden. Was »Verdacht« bedeutet, ist allerdings in keinem Gesetzestext fixiert. Das Gutachten wird von einer unabhängigen Kommission von Psychiatern des öffentlichen Gesundheitsdienstes (nicht der Justizverwaltung) erstattet. Bei Dissens innerhalb der Kommission oder auf Antrag der Staatsanwaltschaft, der Verteidiger oder durch Beschluß des Gerichtes kann darüber hinaus ein Obergutachten, zumeist vom Serbskij-Institut Moskau, angefordert werden. Das Gericht entscheidet sodann, ob es den Empfehlungen der Gutachter-Kommission folgt⁵⁶.

Die Anschuldigungen gegen das Begutachtungsverfahren treffen dementsprechend auch nicht seine Formalitäten, sondern die vorgebliche oder reale Abhängigkeit der Gutachter, Staatsanwälte und Richter von den Wünschen des KGB sowie ihre teilweise Zugehörigkeit zu dieser Institution. Angeblich soll Professor *Lunc* vom Serbskij-Institut öfters in der Uniform eines KGB-Obersten gesehen worden sein, *Morozov* den Rang eines Generals dieser Sicherheitspolizei bekleiden⁵⁷. Ob es sich hier um Tatsachen oder Gerüchte handelt, bleibt unüberprüfbar. Jongliert wird in der westlichen Presse-Kampagne mit schreckenserregenden Anfangsbuchstaben wie KGB oder MWD, wobei auch suggeriert wird, es handele sich beide Male um Geheimpolizeien. Daß MWD einfach Innenministerium bedeutet und daß die Geheimpolizei, die früher dieser Behörde allerdings unterstand, seit langem ein selbständiger Organismus geworden ist, wird dabei verschwiegen.

Anmerkungen

- 1 Foucault, M.: Wahnsinn und Gesellschaft. Suhrkamp-Verlag, Ffm., 1969.
- 2 Dörner, K.: Bürger und Irre. Europäische Verlagsanstalt, Ffm., 1969.
- 3 Castel, R.: Psychoanalyse und gesellschaftliche Macht. Athenäum-Taschenbuch AT 4057, Ffm., 1976.
- 4 Güse, H. G. u. Schmacke, N.: Psychiatrie zwischen bürgerlicher Revolution und Faschismus. Bd. 1 u. 2, AT 4109 u. AT 4116, Ffm., 1976.
- 5 Cooper, D.: Qui sont les Dissidents? Editions Galilée, Paris, 1977.
- 6 Dies ist in den meisten Traktaten zur sowjetischen Psychiatrie der Fall.
- 7 In der BRD waren Landesgesetze, die den Freiheitsentzug wegen Geisteskrankheit regelten, aufgrund des § 104 des Grundgesetzes nötig geworden. Sie wurden zu Beginn der 50er Jahre erlassen. Neuformulierungen dieser Gesetze, fast alle zuungunsten der Selbstbestimmung psychisch Kranker, sind in den letzten Jahren z. B. in Bayern, Westfalen und Niedersachsen beschlossen worden.
- 8 Forensic Psychiatry. Report on a Working Group. Siena 13.-17. 10. 1975. Regional Office for Europe World Health Organization, Copenhagen 1977.
- 9 Güse, H. G. u. Schmacke, N.: a.a.O., Bd. 2, S. 206 ff.
- 10 Szasz, T. S.: Psychiatric Justice. Collier-Books, New York 1971, S. 44 ff.
- 11 Die „festen Häuser“ für sogenannte geisteskranken Rechtsbrecher bzw. die Sonderkrankenhäuser für diese sind in der BRD ein Schandfleck auf der Weste einer verbal reformerischen Psychiatrie. Allein die Schwierigkeit, solche Krankenanstalten besuchen zu können, hat die Kritik ihnen gegenüber bisher in Grenzen gehalten. In einigen Sonderkrankenhäusern wurden-

laut persönlicher Mitteilung eines Kollegen, der dort gearbeitet hat – noch Jahre nach Abschaffung des § 175 StGB, der die Homosexualität auch bei Erwachsenen unter Strafe stellte, Homosexuelle zwangsbehandelt, die aus psychiatrischen Gründen für ihr »Delikt« exkulpiert worden waren.

- 12 Justizskandal Weigand. Konkret Nr. 2 (1965)
- 13 s. FR v. 16. 8. 1973, 21. 8. 1973, 23. 8. 1973.
- 14 FAZ 15. 8. 1973.
- 15 Kraepelin, E.: Psychiatrische Randbemerkungen zur Zeitgeschichte. Südd. Monatshefte 9 (1919), s. auch Güse, H. G. u. N. Schmacke, a.a.O., Bd. 1, S. 173 ff.
- 16 Kahn, E.: Psychopathen als revolutionäre Führer. Z. ges. Neur. 52 (1919) 90–106.
- 17 Wulff, E.: Psychopathie? Soziopathie? in: Wulff, E., Psychiatrie und Klassengesellschaft, S. 304–320, Fischer-Athenäum Taschenbuch, Ffm. 1972 und Güse, H. G., Schmacke, N. a.a.O., Bd. 2, S. 266 ff.
- 18 Szasz, T.: a.a.O., S. 1 Umschlagseite, Untertitel.
- 19 Szasz, T.: a.a.O., S. 267/268.
- 20 Szasz, T.: a.a.O., S. 268.
- 21 Im Matteawan-State-Hospital (New York) allein befinden sich 1000 Personen, die als »verhandlungsunfähig« dorthin eingewiesen wurden (Szasz a.a.O., S. 50). Im District of Columbia wurden 1961 25% aller Angeklagten für verhandlungsunfähig befunden und – nach dem dort gültigen Gesetz – in ein Sonderkrankenhaus eingewiesen (Szasz, a.a.O., S. 54).
- 22 Szasz, T. S.: a.a.O., S. 235.
- 23 s. Rundbrief der Deutschen Vereinigung gegen politischen Mißbrauch der Psychiatrie vom 20. 5. 1977.
- 24 Bukovskij, V.: Une nouvelle maladie mentale en URSS: l'opposition. Le Seuil, Paris 1971.
- 25 Pljušč, L.: Le carnaval de l'histoire. Le Seuil, Paris 1977
- 26 Mathon, T. u. J. J. Marie: L'affaire Plioutsch. Le Seuil, Paris 1976. Deutsch: Die Affaire Plijuschtsch. Fritz Molden, München–Wien, 1976.
- 27 Gorbanevskaja, N.: Midi Place Rouge. Ed. R. Laffont, Paris 1970.
- 28 Bloch, S. u. P. Reddaway: Russias Political Prisoners. Gollancz, London 1977.
- 29 z. B. »Die Internierung sowjetischer Dissidenten in psychiatrischen Anstalten – Amnesty International (AI), Hamburg«, oder »Dokumentation über Leonid Plioutsch«, Gesellschaft für Menschenrechte e. V. Ffm., in Frankreich: die »Bulletins d'information« eines »Comité contre les Hôpitaux psychiatriques en URSS«.
- 30 Podrabinek, A. P.: Politische Psychiatrie in der Sowjetunion. Mitteilungen des Medizinischen Literaturdienstes. Osteuropa-Institut an der FU Berlin, Heft 8, 9. Jahrg., S. 87–94.
- 31 So Prof. Ruben Nadjarov vom Psychiatrischen Institut der Akademie der Wissenschaften in der UdSSR (Le Figaro, 20. 2. 1976) A. W. Snežnevskij, Direktor des Psychiatrischen Institutes der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (Izvestija, 24. 10. 1971). Literaturnaja Gazeta (Organ des Schriftstellerverbandes der UdSSR) (Le Figaro, 5. 2. 1976). G. Vladimirskij: »Amerika verliert das Gesicht. Gegen den Mißbrauch der Psychiatrie zu politischen Zwecken.« Med. Gazeta Moskva, 30. 9. 1977, S. 4, zit. nach Mitteilungen des Medizinischen Literaturdienstes, a.a.O., S. 95/96. K. Brjancev: Lügner im Morast der Verleumdung. Izvestija, 24. 10. 1971, sowie: Lettre ouverte de l'association des neurologues et des psychiatres soviétiques, 1. 10. 1973. Bulletin No. 3, Comité contre les hopitaux psychiatriques spécial en URSS, S. 9–11.
- 32 Wolker, H.: Psychiater auf Studienfahrt in der Sowjetunion. Ein Reisebericht über Gesundheitswesen, psychiatrische Einrichtungen und »Psychohaft«-Hetze. UZ. Erlebnisse, Tatsachen, Dokumente. Düsseldorf 1977. Kritische Stellungnahme zu diesem Bericht: Hutter, I.: Amnesty International, Wien: »Richtigstellung unwahrer Behauptungen in Veröffentlichungen der Volksstimme vom 7.–20. 9. 1977, anlässlich eines Besuches österreichischer Psychiater in der Sowjetunion«, Wien 29. 9. 1977, sowie »Verdacht auf Mißbrauch der Sowjetpsychiatrie weiter aufrecht«, Arbeiterzeitung (Wien), 5. 10. 1977, und »Das Menschliche an Rußlands Psychiatrie«, Kurier (Wien), 5. 10. 1977.
- 33 Wing, J. K.: Psychiatry in the Soviet Union. Brit. Med. J. 1973, 1, 433–436.
- 34 z. B. die Broschüren der »Groupe Information Asile« (GIA), die Zeitschrift »Gardes-fous«, in Paris. Die Dokumentation der »Roten-Hilfe«: »Das Komplott zwischen Gerichtspsychiatrie und Justiz« usw.

- 35 T. Mathon und J. J. Marie, a.a.O., S. 160, Bulletin No. 5 des Comité contre les Hôpitaux Psychiatriques Spéciaux en URSS, S. 11.
- 36 s. Podrabinek: a.a.O., S. 87 ff.
- 37 Bukovskij, W.: a.a.O., S. 97.
- 38 Bukovskij, W.: a.a.O., S. 106.
- 39 Bukovskij, W.: a.a.O., S. 143.
- 40 Mathon, T. u. J. J. Marie: a.a.O., S. 28.
- 41 Alekseev, S.: Abuse of Psychiatry as a tool for political Repression in the Soviet Union. Med. J. Aust. 1976, 1, 122-123.
- 42 Persönliche Mitteilung.
- 43 Bloch, S. u. Reddaway, P.: a.a.O.
- 44 Wing, J.: a.a.O., S. 435.
- 45 Le Figaro: 4. 2. 1976.
- 46 Novikov, J.: Kronzeuge gegen den KGB. Der Stern Nr. 16, 13. 4. 1978, S. 138.
- 47 Novikov, J.: a.a.O. Der Stern Nr. 15, 6. 4. 1978, S. 156.
- 48 Podrabinek, A. P.: a.a.O., S. 94.
- 49 Rundbrief der »Deutschen Vereinigung gegen den politischen Mißbrauch der Psychiatrie«, v. 20. 5. 1977, S. 4.
- 50 Goffman, E.: Asyle. Edition Suhrkamp 678, Ffm., 1973.
- 51 Mathon, T. u. J. J. Marie: a.a.O., S. 71, 73.
- 52 Podrabinek, A. P.: a.a.O., S. 91-94.
- 53 Mathon, T. u. J. J. Marie: a.a.O., S. 73.
- 54 Mathon, T. u. J. J. Marie: a.a.O., S. 68.
- 55 Wolker, H.: a.a.O., S. 31.
- 56 Forensic Psychiatry, a.a.O., S. 21-22
- 57 Novikov, J.: Der Stern Nr. 14, 30. 3. 1978, S. 74. Podrabinek, A. P.: a.a.O., S. 90.



- M. Albrecht, G. Weinrich: Wider die „Ärzteschwemme“
- E. Göpel: Medizinische Curriculumreform am Oberstufenkolleg Bielefeld
- R. Laux: Medizinische Soziologie
- G. Marsen: Die zweite Novellierung der ärztlichen Approbationsordnung
- U. Canaris, G. Syben: Gewerkschaftliche Arbeit und medizinische Ausbildung
- H.-H. Abholz: Intervention bei Myokardinfarkt
- T. Strassar: Bluthochdruck
- H. Kühn, F. Hauß: Medizinischer Arbeitsschutz
- D. Bergers, B. Nemitz: Arbeitsmedizinische Praxis und Arbeitssicherheitsgesetz
- H. Wintersberger: Gesundheitskämpfe in Italien
- E.-S. Bartholomeyczik: Hat der Hebammenberuf noch eine Chance?
- K.-W. Tietze: Der Mütterpaß – Dokumentation mangelnder Schwangerschaftsvorsorge?
- H. Baitschun, K. Bering, A. Merke, G. Schneider, E. Schröder: Sozialplanung der Säuglinge und Kleinkinder bei Vorsorgeuntersuchung und Frühförderung
- A. Trojan, H. Waller: Sozialarbeit und Medizin
- V. Garms-Homolová: Altenpflege
- J. Broddemann: Gewerkschaft ÖTV zur Gesundheitspolitik
- I. Simon: Das 2. Arzneimittelgesetz
- C. Joger, A. Schwank: Die Auseinandersetzung um das Gesundheitswesen der Schweiz
- Wissenschaftler boykottieren den Krebskongreß in Buenos Aires.

Jeder Band 240 S., 15,50 DM, Schüler und Studenten 12,-; (im Abo: 13,-/10,-). In jedem Jahr erscheinen ca. 10 Argument-Sonderbände, Auswahl-Abo (3 Bände nach Wahl): 39,- DM, (Stud. 30,- DM) zzgl. Versandkosten. Gesamt-Abo: alle Bände zum Abo-Preis, ohne Versandkosten.

Eckart Leiser

Zum Problem einer materialistischen Begründung von Logik und Mathematik

Bei dem Versuch, Entstehung und Charakter von Logik und Mathematik materialistisch zu begründen, stößt man auf Unzulänglichkeiten der herkömmlichen Widerspiegelungskonzeption. Wie sich zeigt, reichen deren bisherige Bestimmungen nicht aus, um die Spezifik logisch-mathematischer Strukturen, insbesondere die Spezifik logisch-mathematischer Wahrheit zu erklären. Auch nach der materialistischen Beantwortung der »Grundfrage der Philosophie« bleibt noch zu erklären, wieso die Feststellung » $3 + 2 = 5$ « eine andersartige – tautologische und quasi apriorische – Verbindlichkeit hat als etwa die Feststellung »Der Schmelzpunkt von Blei liegt bei 327°C «. Ist es möglich, diese Differenz kulturgeschichtlich zu erklären, etwa damit, daß die idealistischen Traditionen in der logisch-mathematischen Sozialisation zu einem höheren Grad von »Verinnerlichung«, zu einem stärkeren normativen Charakter solcher Wahrheiten geführt haben? Oder ist es möglich, diesen Unterschied empirisch zu erklären, nämlich damit, daß die Feststellung » $3 + 2 = 5$ « sich, gesellschaftsgeschichtlich und individualgeschichtlich gesehen, im Vergleich zum Schmelzen von Blei auf unvergleichlich mehr Beobachtungen stützt?

In meiner Untersuchung von Logik und Mathematik (Leiser 1978b) komme ich zu dem Schluß, daß sich mit solchen Gesichtspunkten weder der spezifische Charakter noch die tautologische Verbindlichkeit logisch-mathematischer Zusammenhänge erklären läßt. Statt nach weiteren Spezial-Erklärungen für Logik/Mathematik zu suchen, ist es nach meiner Einschätzung nötig, sich grundsätzlich mit der bisherigen Behandlung der Widerspiegelungsproblematik und ihren philosophischen bzw. erkenntnistheoretischen Voraussetzungen zu beschäftigen. Aus einer solchen Rezeption des Problemstandes gewinne ich den Eindruck, daß die vorliegenden Auffassungen zur Widerspiegelungsproblematik durch einen hohen Grad von Unbestimmtheit gekennzeichnet sind, oder anders ausgedrückt: daß eine positive, den konkreten Konstitutionsprozeß von Erkenntnis behandelnde Widerspiegelungskonzeption bis heute nicht existiert. Diese Unbestimmtheit geht so weit, daß in der Argument-Diskussion von Zimmermann (1975) die Überflüssigkeit des Widerspiegelungsbegriffs behauptet werden kann mit der Begründung, daß dieser Begriff rein metaphorischen Charakter habe. In Zurückweisung dieser Position möchte ich behaupten, daß der Widerspiegelungsbegriff bisher weitgehend polemisch-strategischen Charakter hat, und zwar als historisch notwendige Kampfposition gegen die Hegemonie des Idealismus. Die Erklärung des Ideellen als Funktion der Materie, der daraus abgeleitete Primat einer – im Bewußtsein widergespiegelten – objektiven Wirklichkeit und das darauf gründende Postulat von der Erkennbarkeit der Welt hat in diesem Zusammenhang seine fundamentale Bedeutung und auch noch in bezug auf die heute herrschenden bürgerlichen Auffassungen revolutionäre Brisanz. Von der Aussage, daß in der Erkenntnis objektive Gegebenheiten widergespiegelt sind bis zur Erklärung, wie sich Erkenntnis konkret konstituiert, auf welche Art Objektivität sich Widerspiegelung konkret bezieht und nach welchen konkreten Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftsgeschichtliche und individualgeschichtliche Erkenntnisprozeß abläuft, ist es aber noch ein weiter Weg.

Wie im Zusammenhang mit dem Problem einer materialistischen Begründung von Logik und Mathematik deutlich wird, wird ein wichtiger Schritt auf diesem Weg darin bestehen, die für die materialistische Philosophie und Gesellschaftstheorie zentrale Praxiskategorie in ihrer vollen erkenntnistheoretischen Bedeutung zu erschließen. Für den hier vorliegenden erkenntnistheoretischen Problemzusammenhang ist es zunächst sinnvoll, die Praxiskategorie durch die Handlungskategorie zu substituieren, um damit, unter Abstraktion von der subjektiven und konkret-historischen Seite gesellschaftlicher und individueller Praxis, deren strukturellen Aspekt hervorzuheben.

Die unter diesem strukturellen Aspekt sich ergebenden erkenntnistheoretischen Implikationen der Handlungskategorie sind bisher nur unzureichend reflektiert worden. So hat in der materialistischen Gesellschaftstheorie die Handlungskategorie primär die Bedeutung einer Vollzugskategorie, indem sie etwa zwischen den aus der objektiven Wirklichkeit gewonnenen Einsichten und politischer Aktion vermittelt. Und in der materialistischen Psychologie, soweit sie sich mit dem individuellen Erkenntnisprozess beschäftigt, hat die Handlungskategorie primär die Bedeutung einer Aneignungskategorie, im Sinn einer ontogenetischen Reproduktion der objektiven Wirklichkeit in ihren gesellschaftlich-historisch erschlossenen Bedeutungen. Indem Leontjew (1973) etwa zwischen Tätigkeit und Widerspiegelung trennt, beschränkt er die kognitionstheoretische Bedeutung von Tätigkeit auf eine Vermittlungsfunktion: Tätigkeit vermittelt den Zugang zur objektiven Wirklichkeit, die anschließend als solche widergespiegelt wird.

Hinter dieser in den beiden genannten Bereichen möglicherweise funktionalen Reduktion der Handlungskategorie steht nach meiner Einschätzung ein fundamentaler Mangel der bisherigen materialistischen Erkenntnistheorie, nämlich die Gleichsetzung der objektiven Wirklichkeit als erkenntnistheoretisches Postulat der materialistischen Philosophie mit dem Inhalt von Erkenntnis, was im Effekt auf eine Art identitätsphilosophische Gleichsetzung von Kategorien und Realität hinausläuft und für die Handlungskategorie nur noch – in Form des Praxiskriteriums – die Rolle einer Bestätigungskategorie übrig läßt. Haug (1975) hat in der Argument-Diskussion auf diesen Mangel hingewiesen und mit seiner Betonung der notwendigkeitskonstituierenden Rolle von Praxis eine wesentliche erkenntnistheoretische Konkretisierung des Praxisbegriffs in Richtung auf die hier entwickelten Überlegungen vorgenommen. Neben der philosophiegeschichtlichen Kontinuität eines Dualismus von Erkenntnis und Wirklichkeit zeigt sich in diesem Mangel der kurzschlüssige Übergang von der bereits erwähnten historisch legitimen polemisch-strategischen Position zu einer positiven Bestimmung des erkenntnistheoretischen Problemzusammenhangs. Es wird also so getan, als wäre mit der Existenz einer objektiven Wirklichkeit vor aller oder unabhängig von aller Erkenntnis als notwendiges Postulat der materialistischen Philosophie bereits die entsprechende Erkenntnistheorie positiv konstituiert. Ein notwendiger Ausgangspunkt bei der Konstitution einer Erkenntnistheorie wird also schon für die Theorie selbst gehalten. Von diesem Ausgangspunkt aus muß aber an die eigentliche erkenntnistheoretische Frage herangegangen werden: wie kommt das erkennende Subjekt zur objektiven Wirklichkeit?

Wir wollen uns dieser Frage in einer ersten negativen und einer ersten positiven Bestimmung nähern:

– Einen Zugang des Subjekts zur »objektiven Wirklichkeit an sich« gibt es nicht, we-

der unmittelbar noch über Handlungen vermittelt.

– Das Subjekt ist konstitutiver Teil der Wirklichkeit, es nähert sich der objektiven Wirklichkeit nicht »von außen«, sondern steht zu ihr in einem Verhältnis des »Eingeschlossenseins« und des »Einschließens«, d. h. in einem »inneren« Zusammenhang.

Dieser besteht zum einen in den objektiven Konstitutionsbedingungen des (gesellschaftlichen oder individuellen) Subjekts selbst, zum andern in Handlungszusammenhängen, in denen das Subjekt mit seinen Objekten in einer »inneren«, »assimilatorischen« Beziehung steht. Diese Handlungszusammenhänge sind aber nicht nur subjektives Vollzugs- und Aneignungsmedium, sondern sind selbst objektiv bestimmt, konstituieren einen eigenen Bereich von Objektivität. Die Frage, wie das erkennende Subjekt zur objektiven Wirklichkeit kommt, differenziert sich damit: Wie wird diese doppelt bestimmte, in der Einheit von Handlung und Objekt liegende Objektivität, in der das Subjekt von Anfang an steht, zur Erkenntnis gebracht? Wie stellt sich die spezifische, in seinen Handlungszusammenhängen liegende Objektivität im Subjekt dar? Wie ist das Verhältnis zwischen der Objektivität der Handlungszusammenhänge und der Objektivität der Objekte in der Erkenntnis beschaffen?

Schon aus diesen groben Bestimmungen und Fragestellungen ergibt sich für die materialistische Philosophie die Notwendigkeit, die Handlungskategorie nicht bloß als wirklichkeitsvermittelnde oder wirklichkeitskonstituierende, sondern als wirklichkeitskonstitutive Kategorie zu behandeln und für die materialistische Erkenntnistheorie das Problem, den Erkenntnisprozeß selbst als reflexive Funktion des Handlungsprozesses zu fassen. Im folgenden soll kurz aufgezeigt werden, welche weitreichenden Folgen dies hat.

(A) Das Subjekt tritt nicht beobachtend zwecks Erkenntnis an eine äußere, unabhängig von ihm existierende »objektive Wirklichkeit« heran, sondern steht – unabhängig von seiner Erkenntnis – *in* der »objektiven Wirklichkeit«. Aber nicht in der »objektiven Wirklichkeit an sich«, sondern in einer spezifischen Objektivität »für sich«, nämlich in der Objektivität seiner Handlungszusammenhänge. Diese Handlungszusammenhänge, in denen es sich Objekte »einverleibt«, auf Objekte einwirkt, Objekte verändert und Objekte produziert, sind zwar immer auch von diesen Objekten bestimmt, in wesentlichen Momenten aber von den biologischen, psychologischen, gesellschaftlichen Lebensnotwendigkeiten als »innere Objektivität« des Subjekts. Eine solche Objektivität bedeutet einerseits Eingeschlossenheit/Immanenz, andererseits aber Einschließen, nämlich ein assimilatorisches Dominanzverhältnis zu den Objekten, zur »Außenwelt«.

Für den erkenntnistheoretischen Status der Handlungskategorie folgt daraus, in Abgrenzung zur »klassischen« Widerspiegelungskonzeption, nach der alle Handlungen durch den Kopf gehen: alles, was in den Kopf gelangt, ist durch Handlungen gegangen. Der Unterschied zwischen Widerspiegelung und »objektiver Wirklichkeit an sich«, zwischen Kategorien und Realität ist daher mehr als der Unterschied zwischen Ideellem und Materiellem als zwei spezifische »Medien«: der Gegenstand, auf den sich Widerspiegelung bezieht, ist gar nicht die »objektive Wirklichkeit an sich«, sondern eine spezifische, aus der Einheit von Handlungen und Objekten konstituierte Objektivität.

Welche Bedeutung bleibt von einer solchen Wirklichkeitsauffassung her noch für die subjekt- und denkunabhängige »objektive Wirklichkeit«? Zunächst ist eine solche

»objektive Wirklichkeit« wie bereits betont ein notwendiges erkenntnistheoretisches Postulat der materialistischen Philosophie, das auf die Differenz zwischen der subjektiven, perspektivebestimmten Erkenntnissituation und der umfassenderen, diese Situation einschließenden und bestimmenden materiellen Totalität hinweist unter dem Gesichtspunkt ihrer tendenziellen Aufhebung. Die Aufhebung selbst ist aber nicht transzendentalphilosophisch zu denken, als fortschreitende »Offenbarung« der hinter den subjektiven Erscheinungen liegenden eigentlichen Welt, sondern als Prozeß der realen und kategorialen Konstruktion von Wirklichkeit. Reale Konstruktion bedeutet hier, daß die subjektive Wirklichkeit sich im Prozeß der materiellen gesellschaftlichen Produktion zunehmend erweitert, selbst zur immer beherrschenderen, »Außenwelt« assimilierenden und die »Welt« der Objekte konstituierenden Totalität wird. In Wechselwirkung mit dieser realen Erschließung und Beherrschung der »Welt« der Objekte findet eine kategoriale Konstruktion der objektiven Wirklichkeit der Objekte statt: als fortschreitende »Herausarbeitung« invarianter Eigenschaften der in Handlungszusammenhängen eingeschlossenen Objekte auf dem Weg »reflektierender Abstraktion«. Im damit angedeuteten Übergang von der »objektiven Wirklichkeit« als Kategorie eines naiv-materialistischen Objektivismus zur »objektiven Wirklichkeit« als konstruktive Kategorie liegt nach meiner Überzeugung eine entscheidende Voraussetzung zur Entwicklung einer positiven materialistischen Erkenntnistheorie.

(B) Im Zusammenhang mit einer solchen Neubestimmung der Wirklichkeitskategorie ergeben sich Konsequenzen für eine materialistische Neubestimmung der Wahrheitskategorie. Auch hier ist es nötig, von der metaphysischen Bestimmung der »Wahrheit« als »Offenbarungskategorie«, als Vorstoßen zu der hinter empirischer Gültigkeit liegenden absoluten Gewißheit, zu einer konstruktiven Bestimmung der »Wahrheit« als herstellende Verbindlichkeit objektiver Beziehungen und Zusammenhänge fortzuschreiten. »Absolute Wahrheit« wäre unter dieser Bestimmung als asymptotischer Endpunkt einer immer vollständigeren realen Beherrschung und Produktion objektiver Bedingungen durch das gesellschaftliche Subjekt zu denken. Allgemeiner wäre der subjektive Verbindlichkeitsgrad von Wahrheiten zu beziehen auf den Grad der Herstellbarkeit/Durchsetzbarkeit/Verfügbarkeit der in solchen Wahrheiten erfaßten objektiven Beziehungen, d. h. auf den Grad der Beherrschung dieser objektiven Beziehungen innerhalb von Handlungszusammenhängen. Wie weiter unten genauer ausgeführt wird, ist damit noch nichts darüber festgelegt, welche objektiven Beziehungen einer solchen Bestimmung auf der Handlungsebene zugänglich sind und welche objektiven Beziehungen oder allgemeine Zusammenhänge sich einer solchen Bestimmung möglicherweise ganz oder teilweise entziehen.

Umgekehrt bietet diese Überlegung aber eine erste Möglichkeit, die unterschiedliche subjektive Gewißheit von Wahrheiten auf die objektive Beschaffenheit solcher Wahrheiten, nämlich auf ihre unterschiedliche operative Durchsetzbarkeit zu beziehen, den Charakter objektiver Beziehungen oder allgemeiner Zusammenhänge also unter dem Handlungsaspekt zu differenzieren. Insbesondere bietet diese Überlegung einen ersten Anhaltspunkt zur Erklärung des spezifischen Charakters logisch-mathematischer Wahrheiten. Es lassen sich nämlich objektive Beziehungen, die weitgehend handlungsimmanent, also objektunabhängig sind, von anderen unterscheiden, die mehr objektabhängig, d. h. von konkreten, der Herstellbarkeit entzogenen Objekteigenschaften bestimmt sind. Und innerhalb der handlungsimmanenten, also in

der »inneren« Objektivität von Handlungszusammenhängen liegenden Beziehungen lassen sich wiederum weitgehend abstrakte, von der konkreten biologischen, psychologischen, gesellschaftlichen Beschaffenheit von Handlungen unabhängige Beziehungen von anderen unterscheiden, die etwa durch spezifische physiologische, kognitive oder politische Bedingungen gekennzeichnet sind (allgemeine Verschiebungs-, Verknüpfungs-, Drehoperationen vs. spezifische Geschicklichkeit eines Schreiners; allgemeine Tauschbeziehung vs. spezifische Kauf-/Verkaufstechniken in der Zirkulationssphäre). Das Extrem auf der einen Seite wären abstrakte Strukturen von vollständiger Kontrollierbarkeit, operativer Autonomie und Geschlossenheit (Zusammensetzbarkeit, Auflösbarkeit, Reversibilität) und in dem Sinn umfassender subjektiver Verfügbarkeit. Dem stehen Handlungsstrukturen gegenüber, in die konkrete, der operativen Kontrolle entzogene Bedingungen eingehen, die der heteronomen Determination durch biologische, psychologische oder gesellschaftliche Faktoren unterliegen, die in dem Sinn geöffnet oder störfähig sind, in denen das (individuelle oder gesellschaftliche) Subjekt also auf die »Widerständigkeit« seiner »inneren Objektivität« stößt.

Nach der hier skizzierten Überlegung wären nun logisch-mathematische Strukturen auf das genannte Extrem, nämlich auf die abstrakt-operative, autonome Ebene von Handlungszusammenhängen zu beziehen und der tautologische, quasi apriorische Charakter logisch-mathematischer Wahrheit auf die Unabhängigkeit von konkreten Objekten und Handlungsbedingungen, auf die umfassende subjektive Verfügbarkeit solcher objektiven operativen Strukturen. Die tautologische Gültigkeit logisch-mathematischer Wahrheit hätte damit im Unterschied zum Apriorismus (s. Kant 1944) oder zum Konventionalismus (s. Hahn 1974) eine nicht-metaphysische und positive Erklärung gefunden: sie wäre zurückgeführt auf die immanente Konstituierbarkeit solcher operativer Strukturen unter Ausklammerung der nicht »verfügbaren« konkreten Beschaffenheit von Handlungszusammenhängen und Objekten. Die Begründungsebene von Logik/Mathematik liegt nach dem hier entwickelten Verständnis also weder auf der Seite der Objekte noch auf der Seite des Subjekts. Sie liegt in Handlungszusammenhängen als spezifischem, naturgeschichtlich und gesellschaftlich-historisch bestimmtem Subjekt-Objekt-Interaktionsmodus, und zwar in den allgemeinsten operativen Strukturen solcher Handlungszusammenhänge. Die konsequente Einführung der Handlungskategorie als philosophische und erkenntnistheoretische Grundkategorie führt also zur Überwindung der klassischen und bisher auch von Marxisten weitgehend reproduzierten Subjekt-Objekt-Dichotomie in Richtung auf die dreigliedrige Totalität Subjekt-Handlung-Objekt und in diesem Zusammenhang zu einem neuen und wie ich meine ungleich fruchtbareren Lösungsansatz für das Begründungsproblem von Logik/Mathematik.

Für die Adäquatheit dieses Ansatzes spricht im übrigen sozusagen empirisch, daß er im Gegensatz zum klassischen Ansatz innerwissenschaftliche Entwicklungen in Logik und Mathematik (z. B. mathematischer Strukturalismus, Konstruktivismus) auf den philosophischen/erkenntnistheoretischen Begriff zu bringen und neuere psychologische Konzeptionen zum logisch-mathematischen Denken, insbesondere den genetischen Ansatz Piagets, einzuordnen gestattet. Ein vergleichsweise elementares Beispiel dafür ist die Interpretation der mathematischen Zahl bzw. des psychologischen Zahlbegriffs: Schon auf der Ebene der Gruppenstruktur liegt innermathematisch eine operative Konstitution der ganzen Zahl vor, die in ihrem strukturellen

Reichtum bisher weder von bürgerlichen noch von materialistischen Philosophen, die die Erklärung der Zahl auf der Objektseite suchen, begriffen worden ist (s. etwa auf bürgerlicher Seite die Helmholtzsche Erklärung der Zahl als inneres »Gedankenexperiment« mit äußeren Objekten (Helmholtz 1959) sowie die Russellsche Mengendefinition der Zahl (Russell, 1963) oder auf materialistischer Seite die Zahl als Widerspiegelung objektiver Beziehungen zwischen den Objekten: die Beziehung » $3 + 2 = 5$ « existiert subjekt- und erkenntnisunabhängig als Beziehung zwischen 3 und 2 Steinen, 3 und 2 Äpfeln usw., eine Sichtweise, wie sie vom Prinzip her z. B. bei Gnedenko (1953/54) oder Molodski (1977) zu finden ist). Ähnlich sprechen die auf experimentelle Befunde Bezug nehmenden Überlegungen Piagets zur Entwicklung des Zahlbegriffs beim Kind bei allen Verkürzungen und Deformationen seines »genetischen Apriorismus« für einen aus Objekten nicht ableitbaren operativ-strukturellen Charakter der Zahl (Piaget 1965, 1975).

In kritischer Abgrenzung von dem individuozentrischen Wirklichkeits- und Erkenntnismodell Piagets ist es an diesem Punkt allerdings notwendig, die bisher nur beiläufig gekennzeichnete gesellschaftliche Ebene von Handlungszusammenhängen, operativen Strukturen und logisch-mathematischem Denken genauer zu benennen und in ihrer Beziehung zur individuellen Ebene zu bestimmen. Insbesondere wäre hier der gesellschaftsgeschichtliche und der individualgeschichtliche Konstitutionsprozeß logisch-mathematischer Strukturen in ihrem Wechselwirkungsverhältnis zu untersuchen. Hierbei ist es – im Gegensatz zu Piaget, der den gesellschaftlichen, d. h. bei ihm vor allem wissenschaftlichen, Konstitutionsprozeß logisch-mathematischen Denkens als einfache Verlängerung des individuellen Konstitutionsprozesses auffaßt – offensichtlich, daß die Wissenschaften Logik/Mathematik nicht einfach reproduktiv das individuelle logisch-mathematische Denken reflektieren, explizieren und verallgemeinern, sondern eine eigenständige Entwicklung haben. Ja, unter heutigen gesellschaftlich-historischen Bedingungen läßt sich sogar umgekehrt feststellen, daß die Wissenschaften Logik/Mathematik aktiv und dominierend die Entwicklung des individuellen logisch-mathematischen Denkens bestimmen. Allgemeiner gefaßt entwickelt sich das individuelle logisch-mathematische Denken also in einer logisch-mathematischen Sozialisation. Ein Beispiel für den umfassenden Charakter dieser Sozialisation ist die Situation, in der Kinder in unserer Gesellschaft zählen lernen. In diese Situation gehen von Anfang an Materialstrukturen, Aufgabenstellungen und pädagogische Konzepte ein, die von der gesellschaftlichen Existenz des Zahlbegriffs oder sogar von dessen wissenschaftlichem Verständnis geprägt sind.

Andererseits kann die Ontogenese logisch-mathematischer Strukturen nicht einfach auf eine mehr oder weniger vollständige Reproduktion logisch-mathematischer Strukturen auf gesellschaftlicher Ebene, insbesondere der Wissenschaften Logik und Mathematik, reduziert werden. Vielmehr sind die in der biologischen/psychologischen Organisation des Individuums liegenden Determinanten immer schon konstitutiv für die gesellschaftliche Entwicklung logisch-mathematischer Strukturen. Die individuelle Ebene logisch-mathematischer Strukturentwicklung wird also von der gesellschaftlichen Ebene dominiert, ohne auf diese reduzierbar zu sein. In erster Annäherung könnte man die Ontogenese logisch-mathematischer Strukturen als fortschreitende Vermittlung des biologisch/individualpsychologisch Allgemeinen mit dem gesellschaftlich Notwendigen bestimmen. Umgekehrt könnte man die gesellschaftliche Genese logisch-mathematischer Strukturen in erster Annäherung als

Schnittpunkt des gesellschaftlich Allgemeinen mit dem biologisch/individualpsychologisch Notwendigen bestimmen. Ich habe diesen Gesichtspunkt anhand meiner Überlegungen zur gesellschaftlichen Genese des Zahlbegriffs in Konfrontation mit der psychogenetischen Erklärung des Zahlbegriffs bei Piaget genauer ausgeführt (Leiser 1978b/Teil III, 1978a).

Anderen antizipierbaren Fehlinterpretationen bzw. Vorwürfen kann hier nicht im einzelnen nachgegangen werden. Mißverständnisse sind wohl auch im noch sehr groben und vorläufigen Entwicklungsstadium der hier vertretenen Auffassung unvermeidlich, und die Auseinandersetzung mit solchen Mißverständnissen wird sicher zur Präzisierung und Differenzierung dieser Auffassung beitragen. Der Vorwurf des *Solipsismus*, der rein subjektiven Konstitution des Wirklichen innerhalb jeweils hermetisch voneinander abgeschlossener Welten individueller Handlungszusammenhänge ist anhand der bisherigen Ausführungen wohl noch am leichtesten zu entkräften. Gegen den möglicherweise von der »klassischen« materialistischen Erkenntnistheorie zu erwartenden Vorwurf des *Agnostizismus* wäre zunächst deutlich zu machen, daß das Postulat von der Erkennbarkeit der Welt nicht für ein »Glaubens-«-Prinzip (s. Gramsci 1967/S. 224) steht, sondern für einen positiven wissenschaftlichen Anspruch (zur Kritik solcher »Glaubens-«-Prinzipien im dialektischen Materialismus s. auch Haug 1978). Konkret wäre dagegenzuhalten, daß die Untersuchung des eigentümlichen, in Handlungszusammenhängen sich entwickelnden Prozesses der Widerspiegelung *und* Konstitution von Wirklichkeit fruchtbarer ist als das umstandslose Reden von einer äußeren »objektiven Wirklichkeit an sich« und deren nicht näher begründeter Erkennbarkeit. Hier wäre auch Gramscis Kritik an Bucharins »Theorie des Historischen Materialismus« aufzuarbeiten. Gramsci kommt in diesem Zusammenhang zu den folgenden Überlegungen: »Ist es möglich, daß eine außergeschichtliche und außermenschliche Objektivität existiert? Aber wer wird eine solche Objektivität beurteilen? Wer wird diesen »Standpunkt des Kosmos an sich« vertreten und was bedeutet ein solcher Standpunkt? Man kann sehr gut behaupten, es handele sich um ein Residuum des Gottesbegriffes, gerade in seiner mystischen Anschauung des unbekanntes Gottes. Engels' Formulierung, daß die Einheit der Welt in ihrer von der langen und beschwerlichen Entwicklung der Philosophie und der Naturwissenschaften bewiesenen Materialität bestehe, enthält ja gerade den Keim der richtigen Konzeption, weil auf die Geschichte und den Menschen zurückgegriffen wird, um die objektive Wirklichkeit zu beweisen.« Objektiv bedeutet immer »menschlich objektiv«, was dem »geschichtlich Objektiven« genau entspricht . . .«. Und weiter: »Wird aber behauptet, es gäbe eine Wirklichkeit auch ohne die Existenz des Menschen, so bedient man sich entweder einer Metapher, oder man verfällt einer Form des Mystizismus. Wir kennen die Wirklichkeit nur im Verhältnis zum Menschen. Und da der Mensch geschichtliches Werden ist, sind auch Erkenntnis und Realität ein Werden, ist auch Objektivität ein Werden . . .«. Eine differenzierte Auseinandersetzung mit den – hier polemisch zugespitzten – Überlegungen Gramscis, die übrigens von seiner politischen Theorie nicht zu trennen sind, könnte zur Klärung der Standpunkte in der gegenwärtigen erkenntnistheoretischen Diskussion beitragen. Weiterhin wären hier verschiedene mechanisch-deterministische Grundkategorien zu kritisieren, die sich bis heute mehr oder weniger unreflektiert in der materialistischen Erkenntnistheorie reproduziert haben, etwa die Gesetzeskategorie und ihr Verhältnis zur Entwicklungskategorie, die Kausalitätskategorie, die Notwendigkeitskategorie

und ihr Verhältnis zur Zufallskategorie oder die Subjektkategorie. Ich habe das anatzweise an anderer Stelle getan mit dem Ergebnis, daß konsequente dialektisch-materialistische Gegenstandsbestimmungen nicht nur in den Sozialwissenschaften, sondern auch in den Naturwissenschaften grundlegende Neubestimmungen dieser Kategorien voraussetzen. Solche konsequent dialektisch-materialistischen Gegenstandsbestimmungen sind aber wiederum Voraussetzung, um Erkenntnisprobleme überhaupt richtig zu stellen, wie am Beispiel therapeutischer Prozesse genauer dargestellt (Leiser 1977).

Von anderen Seiten könnte die hier vertretene Auffassung als *handlungstheoretischer Konstruktivismus* interpretiert werden. Einige Aspekte dieses möglichen Mißverständnisses sind bereits im Zusammenhang mit Piaget behandelt worden, dessen Ansatz, wenn man so will, als individualpsychologische Variante eines handlungstheoretischen Konstruktivismus verstanden werden kann. Eine andere, gesellschaftstheoretische, Variante dieses Ansatzes wäre die Systemtheorie, insbesondere Luhmannscher Machart. Eine dritte, wissenschaftstheoretische, Variante dieses Ansatzes wäre der Konstruktivismus Dingers und seine Weiterentwicklung durch Holzkamp. Eine systematische Aufarbeitung dieser Konzeption und ihres »rationalen Kerns« steht noch aus. Einen ersten Versuch, diese Konzeption von einer marxistischen Position her zu rekonstruieren und einzuordnen, hat Holzkamp (1972) selbst vorgenommen. Eine verallgemeinerte Verhältnis- bzw. Differenzbestimmung zwischen beiden Auffassungen über den von Holzkamp untersuchten quasi individualgenetischen Vermittlungszusammenhang hinaus liegt aber bisher nicht vor.

Ein vierter Vorwurf könnte besagen, daß sich hinter der »Eingeschlossenheit« des (gesellschaftlichen oder individuellen) Subjekts in Handlungszusammenhängen eine *immanenzphilosophische Position* verbirgt. Auf Logik/Mathematik bezogen könnten hier etwa Parallelen zu Sohn-Rethel gesehen werden, der, allerdings von der Warenkategorie und nicht von der Handlungskategorie her, zu der Vorstellung kommt, daß es sich beim logisch-mathematischen Denken um eine durch das Tauschverhältnis determinierte unüberschreitbare Denkform handelt. Auf die Handlungskategorie übertragen könnte entsprechend geschlossen werden, daß Erkenntnis die immanente Logik von Handlungszusammenhängen nicht überschreiten kann. Danach wäre Fortschritt nur als immer vollständigerer Kontrollierbarkeit/Konstituierbarkeit/Operationalisierbarkeit von Handlungszusammenhängen denkbar und dementsprechend Erkenntnisfortschritt nur als immer umfassendere Reflexion und Explikation von operativen Strukturen. Im Sinn Piagets wäre der Endpunkt der Erkenntnisentwicklung dann die vollkommene abstrakt-allgemeine Erfassung der »inneren Objektivität« in Form der Logifizierung/Mathematisierung operativer Strukturen auf wissenschaftlicher Ebene. Was die Objekte betrifft, würden sie in einen solchen Erkenntnisbegriff nur unter dem Gesichtspunkt ihrer immer besseren Manipulierbarkeit eingehen. Die konkreten Momente der »inneren Objektivität« und die jenseits der Manipulierbarkeit liegenden konkreten Momente in der Objektivität der Objekte – insbesondere also deren umfassendere, operativer Beherrschung entzogene Zusammenhangsmomente – bleiben aus einer solchen »Erkenntnis« ausgeklammert. Ich will diesen möglichen Vorwurf benutzen, um abschließend einige Gesichtspunkte zum Verhältnis von operativer und philosophischer Erkenntnis, von logisch-mathematischem und Zusammenhangsdenken zu skizzieren.

Bereits vom Ausgangspunkt der hier angestellten Überlegungen her ist klar, daß

operative Strukturen sich auf *eine* spezifische Ebene von »objektiver Wirklichkeit«, also der aus Handlungszusammenhängen und Objekten konstituierten Objektivität, beziehen, nämlich auf hochgradig geschlossene, von konkreten Objekteigenschaften unabhängige und subjektiv verfügbare »Techniken« der Manipulation von Objekten. Indem dieser manipulative Zugang zur Objektivität der Objekte ständig von manipulativ nicht kontrollierbaren konkreten Momenten und Wirkzusammenhängen dieser Objektivität abstrahiert, stößt er ständig auf seine Grenzen, grenzt er andere, in ihrer »Widerständigkeit« erfahrbare Momente der »objektiven Wirklichkeit« aus. Im operativen Zugang zur »objektiven Wirklichkeit« realisiert sich also nicht eine a priori gegebene und unüberschreitbare Abstraktheit der Beziehung zur »objektiven Wirklichkeit«. Vielmehr stellt dieser operative Zugang die aktive und spezifische Reduktion eines a priori konkreten – in der dialektischen Einheit von Handlung und Objekt liegenden – Vermittlungs- und Wirkzusammenhangs auf manipulierbare Momente dar. Von diesem a priori konkreten Vermittlungs- und Wirkzusammenhang aus gesehen können operative Strukturen als eine spezifisch-funktionale, nämlich analytische Ebene des Assimilationsprozesses zwischen dem Subjekt und seinen Objekten verstanden werden. Entsprechend würde es sich auf der Erkenntnisebene beim operativen Erkenntnisbegriff um das Modell einer analytischen, punktuell-problemlösenden, pragmatischen Beherrschung von Wirklichkeit durch das handlungsautonome Subjekt handeln (s. hierzu auch Holzkamp 1973/8. Kapitel). Und auf der wissenschaftlichen Ebene würde es sich bei Formalisierung, Quantifizierung und Mathematisierung um spezifische, im Zusammenhang mit der technisch-naturwissenschaftlichen Beherrschung von Prozessen historisch entstandene »komplexitätsreduzierende« Darstellungs- und Denkmittel handeln.

Welche Zugangsmöglichkeit gibt es nun zu dieser anderen, bisher nur negativ als »Widerständigkeit« bestimmten Ebene von »objektiver Wirklichkeit«, auf der die konkreten, operativ nicht beherrschbaren Vermittlungs- und Wirkzusammenhänge liegen? – Nach der hier vertretenen Auffassung kann ein solcher Zugang nicht in irgendeiner Verbindung an den Handlungszusammenhängen »vorbei«, etwa im Sinn der transzendentalen Phänomenologie, gesucht werden, sondern muß selbst über Handlungszusammenhänge vermittelt sein. Für eine materialistische Untersuchung wird es hier folglich darum gehen, die konkret-historische Notwendigkeit und Möglichkeit der über Handlungszusammenhänge vermittelten Erfassung objektiver Bedingungen herauszuarbeiten, die der operativen Kontrolle entzogen sind.

Was die *Notwendigkeit* betrifft, so ist zunächst auf die für die individuelle und gesellschaftliche Lebensbewältigung fundamentale Funktion einer integrierenden, zusammenhangstiftenden »Weltanschauung«, einer Philosophie im verallgemeinerten Gramsci'schen Sinn, hinzuweisen. Unter einem so gefaßten Begriff von Philosophie können primär ideologische von sich auf Wirklichkeitserfassung abstützenden Formen von Zusammenhangsdenken unterschieden (Magie, Religion, Alltagsverstand, moderne Philosophie) und historisch eine Entwicklung von naturwüchsigem zu immer systematischerem Zusammenhangsdenken festgestellt werden. Alle diese Formen und Stufen von Zusammenhangsdenken sind »philosophisch« in dem Sinn, daß sie nach der Rubenschen Bestimmung Welt als konkreten Vermittlungs- und Wirkzusammenhang fassen (Ruben 1966). Über diese kategoriale Notwendigkeit eines »Kohärent-Machens« von Wirklichkeit hinaus hat aber die gesellschaftliche Assimilation und Konstruktion von »objektiver Wirklichkeit« über Handlungszusammen-

hänge selbst Vermittlungs- und Wirkzusammenhänge »freigelegt« (Entwicklungszusammenhänge in Archäologie und Biologie) oder konstituiert (gesellschaftliche Entwicklungszusammenhänge), deren adäquate Erkenntnis zu einer realen Notwendigkeit wird. Ich habe diesen Prozeß an anderer Stelle genauer dargestellt (Leiser 1978b/Teil IV).

Was die *Möglichkeit* der Erfassung konkreter Vermittlungs- und Wirkzusammenhänge betrifft, ist hier zunächst auf die Struktur gesellschaftlicher Handlungszusammenhänge selbst hinzuweisen, nämlich auf die intersubjektivität von Kooperationsprozessen, die eine dezentrierende Reflexion individueller Handlungszusammenhänge und darüber eine Reflexion des Charakters von Handlungszusammenhängen überhaupt ermöglicht. Diese Reflexion führt weg vom subjektbestimmten operativen Wirklichkeitsmodell zu einem reflexiven Wirklichkeitsmodell, das die dialektische Einheit von Handlung und Objekten selbst in den Blick bekommt und innerhalb dieser Einheit die Dialektik von Bestimmen und Bestimmtheit von Handlungszusammenhängen. Damit ist das operative Wirklichkeitsmodell mit seiner Fiktion des autonomen Subjekts zumindest kategorial überschritten. Auf diesem Weg können Handlungen in ein konkretes Interaktionsverhältnis zwischen einer »inneren Objektivität« und der Objektivität der Objekte eingeordnet werden und die operative Logik von Handlungen in eine konkrete Zusammenhangslogik innerhalb der dreigliedrigen Totalität Subjekt-Handlung-Objekt.

Damit wird ein rationales Zusammenhangsdenken möglich, d. h. eine sich auf die operative Erfassung von Wirklichkeit abstützende, aber die operative Ebene transzendierende Integration von Wirklichkeit. Die Frage, wieweit ein solches Zusammenhangsdenken aus operativen Strukturen konstituierbar ist oder inwieweit in dieses Denken nicht-operative Handlungsstrukturen eingehen, wieweit es also lediglich eine Integration operativer Wirklichkeitserfassung darstellt oder einen komplexeren Wirklichkeitszugang über konkretere Handlungsmomente einschließt, muß hier offengelassen werden.

Zu einer Historifizierung des Problems eines totalisierenden Wirklichkeits-/Prozeßverständnisses kommt es mit der zunehmenden realen Integration/Kohärenz gesellschaftlicher Entwicklung selbst. Für das gesellschaftliche Subjekt stellt sich das Zusammenhangsproblem jetzt quasi von innen, nämlich als Problem »seines« konkreten Vermittlungs- und Wirkzusammenhangs. Es stellt sich also in einer besonders konkreten Struktur, in der nicht nur eine neue Qualität von Notwendigkeit, sondern auch neue Qualitäten von Lösungsmöglichkeiten liegen: Das wird deutlich am Problem der bewußten Antizipation und Planung gesellschaftlicher Entwicklung, die einen neuen Typ einschließenden, die Autonomie und Immanenz des operativen Wirklichkeitsmodells transzendierendes Zusammenhangsdenken erfordern, ein Denken, in dem das gesellschaftliche Subjekt seine eigenen Handlungsfolgen als seine objektiven Entwicklungsbedingungen begreifen lernt. Über dieses historische Verhältnis zu sich selbst vermittelt gewinnt das gesellschaftliche Subjekt erstmalig eine nicht-metaphysische, d. h. dialektische Zusammenhangskategorie. An die Stelle des Dualismus zwischen operativer Autonomie, gekennzeichnet durch das logisch-mathematische Denken, und metaphysischer Heteronomie, gekennzeichnet durch das vormarx'sche philosophische Denken, tritt eine dialektisch-materialistische Subjekt-Objekt-Konzeption mit der gesellschaftlichen Praxis als konkret-historisch bestimmte Handlungskategorie (vgl. Leiser 1978b/S. 25 ff.). Der Historifizierung der Zusammen-

hangsproblematik beim Problem gesellschaftlicher Entwicklung entspricht eine Historifizierung des Problems einer Zusammenhangslogik zum Problem einer Entwicklungslogik. Wieder stellt sich die Frage nach dem Stellenwert der operativen Logik innerhalb einer solchen Entwicklungslogik, konkret z. B. die Frage nach der Reichweite logisch-mathematischer Konzepte bei der Erklärung und Darstellung gesellschaftlicher Entwicklung oder – nach Verallgemeinerung der Entwicklungskategorie zu einer dialektischen Prozeßkategorie – von Prozessen überhaupt. Meine bisherigen noch groben Untersuchungen sprechen dafür, dieser logisch-mathematischen Erklärungs- und Darstellungsebene eine spezifische und notwendige, aber begrenzte Hilfsfunktion zuzuordnen (Leiser 1978b/Teil V). Die Klärung solcher Probleme als Teil einer Begründung und Explikation der logisch-historischen Methode steckt noch in den Anfängen und bedarf weiterer Untersuchungen.

Literaturverzeichnis

- Gnedenko, B. W., Kaloujnine, L.: »Über den Kampf zwischen dem Materialismus und dem Idealismus in der Mathematik« (in: Wissenschaftliche Zeitschrift der TH Dresden, 3/5, S. 631–638, 1953/54)
- Gramsci, A.: »Philosophie der Praxis« (Frankfurt/M., 1967)
- Hahn, H.: »Logik, Mathematik und Naturerkennen« (in: Logischer Empirismus – der Wiener Kreis, Hrsg. H. Schleichert, S. 41–69, München, 1974)
- Haug, W. F.: »Wider den bloß verbalen Materialismus« (in: Das Argument 92, S. 650–701, 1975)
- Haug, W. F.: »Für eine materialistisch-dialektische Begründung des dialektischen Materialismus« (in: Das Argument 108, S. 186–201, 1978)
- Helmholtz, H.: »Die Tatsachen in der Wahrnehmung. Zählen und Messen, erkenntnistheoretisch betrachtet« (Darmstadt, 1959)
- Holzkamp, K.: »Kritische Psychologie« (Frankfurt/M., 1972)
- Holzkamp, K.: »Sinnliche Erkenntnis – Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung« (Frankfurt/M., 1973)
- Kant, I.: »Kritik der reinen Vernunft« (Leipzig, 1944)
- Leiser, E.: »Zum gegenwärtigen Stand der methodologischen Explikation des historischen Verfahrens der Kritischen Psychologie« (in Kongreßbericht zum »Internationalen Marburger Kongress für Kritische Psychologie«, Bd. 1, S. 140–149, Köln, 1977)
- Leiser, E.: »Die genetische Methode Piaget's und ihr Verhältnis zur logisch-historischen Methode« (in: Subjektivität als Methodenproblem, Köln, Herbst 1978a)
- Leiser, E.: »Widerspiegelungscharakter von Logik und Mathematik« (Frankfurt/M., 1978b)
- Leontjew, A. N.: »Probleme der Entwicklung des Psychischen« (Frankfurt/M., 1973)
- Molodtschi, W. N.: »Studien zu philosophischen Problemen der Mathematik« (Berlin/DDR, 1977)
- Piaget, J., Szeminska, A.: »Die Entwicklung des Zahlbegriffs beim Kinde« (Stuttgart, 1965)
- Piaget, J.: »Die Entwicklung des Erkennens I. Das mathematische Denken.« (Gesammelte Werke 8, Stuttgart, 1975)
- Ruben, P.: »Zum Verhältnis von Philosophie und Mathematik, Dialektik und Logik – dargestellt am Widerspruch« (in: DZfPh, Sonderheft, S. 167–188, 1966)
- Russell, B., Whitehead, A. N.: »Principia Mathematica« (Cambridge, 1963)
- Zimmermann, R.: »Der Begriff der Praxis bei Marx und die Elimination der Abbildtheorie« (in: Das Argument 92, S. 636–649, 1975)

José María Ripalda

Notiz über die Grenzen der Dialektik*

1.

Bei erster Annäherung scheint die Dialektik nach Auffassung von Marx vor allem ein Problem zu bezeichnen. Marx selbst, der dialektisch schrieb, sprach nicht viel über sie, stellte sie sogar als Problem hin. So bezeugt es, neben anderen Stellen, der Schluß des »Urtextes«, der ersten Fassung der »Kritik der Politischen Ökonomie«, wo es heißt, daß

»die dialektische Form der Darstellung nur richtig ist, wenn sie ihre Grenzen kennt« (Gr 945).

Form der Dialektik. Der Satz ist einfach, seine Bedeutung ist es weniger. Handelt es sich bei der Dialektik um eine bloße Form der Darstellung? Das Wichtige wäre dann der Inhalt des Marxismus. Tatsächlich kritisierte eine der ersten Rezensionen des »Kapital«, ansonsten voll Anerkennung für Marx, daran die »äußere Form der Darstellung«. Marx, der den Scharfblick dieser Rezension schätzte, erwiderte darauf ausführlich im Nachwort der zweiten Auflage und bestimmte zugleich die »Darstellungsweise« als »dialektisch« und die Dialektik als etwas Inneres und nicht bloß Formales, und mehr noch als »kritisch und revolutionär« (MEW 23, 25 ff.). Die »Darstellung« war bei Marx nie etwas dem Dargestellten Äußerliches. »Die deutsche Ideologie« sprach von der »Darstellung« im gleichen Sinne wie das Nachwort zum »Kapital«; auch die »Theorien über den Mehrwert« drücken es klar aus. In der selben Weise wie in der Hegelschen Dialektik ist hier die Form als solche eminenten Inhalt, und die Form, in der ein Gegenstand dargestellt wird, ist diesem nicht äußerlich (vgl. MEW 3, 27; MEW 26.3, 491).

Grenzen der Dialektik. Was sind dagegen die »Grenzen«, von denen Marx spricht? Alfred Schmidt hat erklärt,

»daß der Begriff einer historisch-materialistisch gefaßten Dialektik nur für die vollentfaltete bürgerliche Gesellschaft gilt und für die vorbürgerliche, soweit sie Tauschverhältnisse vorwegnimmt.« (Schmidt, 192)

Schmidt steht mit dieser Interpretation nicht allein. Helmut Reichelt und Iring Fettscher haben von der Dialektik als von einer »Methode auf Widerruf« gesprochen (Reichelt, 10, 47 f.), und Adorno bezeichnete sie in seiner »Negativen Dialektik« als Denkform unserer entmenslichten Zeit. Ein vollständigeres Zitat der kommentierten Passage erlaubt jedoch eine andere Interpretation als die von Schmidt:

»Seine (des freien Arbeiters; J. M. R.) Existenz ist das Resultat eines langwierigen historischen Prozesses in der ökonomischen Gestaltung der Gesellschaft. Es zeigt sich an diesem Punkt bestimmt, wie die dialektische Form der Darstellung nur richtig ist, wenn sie ihre Grenzen kennt.« (Gr 945)

Die Grenzen der dialektischen Darstellung wären danach die durch den jeweiligen spezifischen Gegenstand auferlegten, in diesem Fall durch den »freien« Arbeiter, dessen historisches Auftreten sich nicht dialektisch deduzieren läßt. Darüber hinaus findet sich bei Marx nicht eine Stelle, wo er von der Dialektik als einer bloß vorläufigen Methode spricht. Nimmt man Schmidts Kommentar als eigenständiges Theorem, so

* Geraffter erster Teil eines noch unveröffentlichten Essays »Los límites de la dialéctica«. Aus dem Spanischen übersetzt von Thomas Laugstien und Lucia Muriel.

scheint es sich auch nicht auf die Realität stützen zu können. In den Teilen der Welt, die als die fortgeschrittensten gelten können, gibt es keine Anzeichen für eine nachdialektische Form des Denkens.

Der hier vor allem festzuhaltende Gesichtspunkt ist, daß die von Marx angesprochenen »Grenzen der Dialektik« dieser nicht äußerlich sind, sich nicht auf ihre relative oder absolute Gültigkeit beziehen, sondern ihre eigene innere Konstitution, ihre Kontextur betreffen. Die Dialektik kann nicht in erhabener Idealität voranschreiten, sondern am Bezug auf die je geschichtliche Erfahrung.

Das Problem der »Voraussetzungen«. Anders als Schmidt zeigt sich Jindrich Zelený dieser Fragestellung bewußt, wenn er dieselbe Stelle des »Urtexts« so kommentiert:

»Die theoretische Darlegung sich entwickelnder Ganzheiten durch die materialistische und dialektische Ableitung muß notwendig an bestimmten Punkten die faktische historische Wirklichkeit als konstatierte, dialektisch nicht ableitbare Voraussetzungen berühren, von denen die materialistische und dialektische Ableitung ausgeht.« (Zelený, 93)

Eine Konfrontation von Zelenýs Formulierung mit dem Satz von Marx zwingt uns zu einer erneuten Erweiterung des Kontexts, in dem dieser interpretiert werden muß:

»Es zeigt sich an diesem Punkt bestimmt, wie die dialektische Form der Darstellung nur richtig ist, wenn sie ihre Grenzen kennt. Aus der Betrachtung der einfachen Zirkulation ergibt sich *uns* der allgemeine Begriff des Kapitals, weil innerhalb der bürgerlichen Produktionsweise die einfache Zirkulation selbst nur als Voraussetzung des Kapitals und es voraussetzend existiert. Das Ergebnis derselben macht das Kapital nicht zur Inkarnation einer ewigen Idee; sondern zeigt es, wie es in der Wirklichkeit erst, nur als *notwendige* Form, in die tauschwertsetzende Arbeit, auf dem Tauschwert beruhende Produktion münden muß.«

»In der Wirklichkeit erst« bezieht sich auf die tatsächlichen Grenzen jeder Deduktion, sei sie noch so dialektisch, wie die Hegelsche, auf die »die Inkarnation einer ewigen Idee« anspielt. Nach Hegel muß jede Voraussetzung (für sich) gesetzt werden, das heißt, als Voraussetzung ist sie *vor*erst nur »an sich« gesetzt. Dies bedeutet ein geschlossenes totales System, in dem die Natur dem Geist keinen endgültigen Widerstand entgegenzusetzen kann (sie ist nur eine niedere Potenz des Geistes selbst) und die »Freiheit« die Schwierigkeiten so triumphierend überwindet, daß sie selbst es ist, die sie schafft. Dagegen stimmt die Interpretation von Zelený mit dem Marxschen Text in der Annahme von irreduktiblen, dem System widerstehenden Tatsachen überein. Dies wäre dann das bestimmende Merkmal einer wirklich entmythologisierten Dialektik. Die einzig praktikable Dialektik ist demnach eine, die auf Konkretionen aufbaut, die sie selbst nicht produziert hat. Auch der »Urtext« spricht hier von der Entstehung des »freien Arbeiters« als »Voraussetzung für das Werden und noch mehr das Dasein des Kapitals als solches« (ebd.). Zelený führt zusätzlich eine Stelle aus dem »Rohentwurf« von 57/58 an, wo die Rede ist von den »historischen Voraussetzungen« des Kapitals, »die eben als solche *historische* Voraussetzungen vergangen sind und daher der *Geschichte seiner Bildung* angehören, keineswegs aber . . . in das wirkliche System der von ihm beherrschten Produktionsweise gehören«. (Gr 363) Marx selbst zitiert an dieser Stelle als Beispiel solcher historischer Voraussetzungen die Flucht der Leibeigenen in die Städte als Geburtsmoment des Kapitalismus. Weder in den Städten selbst und noch weniger im Kapitalismus haben sich Spuren davon er-

halten, diese Bedingung des Kapitalismus ist vielmehr verschwunden. Außerdem ist der Kapitalismus woanders unter anderen Bedingungen entstanden. Vorläufiges Fazit wäre also, Zelený paraphrasierend, daß Dialektik und Geschichte in ihren wechselseitigen Lücken gleichsam ineinandergreifen.

Wenn wir fortfahren, den Kontext der kommentierten Passage zu erweitern, sehen wir, daß der erste Teil der Seite (Gr 945) mit der zuletzt gegebenen Interpretation übereinzustimmen scheint. Jedoch ab Zeile 40 macht der Text eine Wendung, und in Zelenýs Interpretation beginnt es zu knirschen. Es zeigt sich nämlich, daß das, was Marx in *diesem* Text interessiert, nicht die äußeren Voraussetzungen des Kapitalismus sind, sondern die, die in ihm wirksam bleiben. Nicht die Flucht der Leibeigenen von der Scholle dient hier als Beispiel, sondern ihr Resultat, das sich Tag für Tag als innere Voraussetzung des Kapitalismus wiederholt: der freie Arbeiter, weil »innerhalb (Hervorh. J. M. R.) der bürgerlichen Produktionsweise die einfache Zirkulation selbst«, mit Angebot freier Arbeitskraft, »nur als Voraussetzung des Kapitals und es voraussetzend existiert«; und deshalb »ergibt sich *uns* der allgemeine Begriff des Kapitals aus der Betrachtung der einfachen Zirkulation«. (ebd.) Warum die Hervorhebung des »*uns*«? Weil gerade von *uns*, die wir heute leben, und nicht von den mittelalterlichen Flüchtlingen, diese Voraussetzung als universelles und theoretisches Vorurteil gelebt wird, als *innere* Voraussetzung des Kapitals. Worum es hier in erster Linie geht, ist also nicht die Frage der historischen Übergänge – auf die Zelený verweist –, sondern die der logischen Struktur, mit der wir unser kapitalistisches System denken.

Die andere von Zelený angeführte Stelle (Gr 363 ff.) behandelt einen weiteren Typus historischer Voraussetzungen des Kapitalismus, die nicht mit seiner Entstehung verschwinden, sondern von ihm aufgenommen und reproduziert werden, sich in *innere Voraussetzungen* verwandeln. Marx stellt diese zweite Art von Bedingungen am Beispiel des Geldes dar:

»Diese Voraussetzungen, die ursprünglich als Bedingungen seines Werdens erschienen – und daher noch nicht von seiner Aktion als *Kapital* entspringen konnten –, erscheinen jetzt als Resultate seiner eigenen Verwirklichung, Wirklichkeit, als *gesetzt* von ihm – *nicht als Bedingungen seines Entstehens, sondern als Resultate seines Daseins.*« (Gr 364)

Eine Voraussetzung, die zuerst Entstehungsbedingung des Geldes war und sich jetzt als Resultat ihrer eigenen Verwirklichung darstellt, ist die *einfache Zirkulation*, von der in den letzten Zeilen auf Seite 945 der »Grundrisse« die Rede ist. Als historischer Tatsache fehlt es der einfachen Zirkulation an Notwendigkeit, als innere Voraussetzung jedoch steht sie nicht außerhalb der Dialektik. Die einfache Zirkulation ist nicht einfach dem Kapitalismus als Tatsache *vorausgesetzt*, sondern durch ihn *real gesetzt*. Geschichte und Dialektik laufen nicht nebeneinander her¹.

Die Dialektik, für die Marx eintrat, war somit um vieles bescheidener als die, die beispielsweise von Reichelt und auch von Zelený postuliert wird. Die Grenzen der Dialektik sind *innere*; es gibt keine Realität, die sie logisch deduzieren könnte, einige vorläufig gegebene Voraussetzungen eingeschlossen – weil diese so in denselben logischen Diskurs weiterhin eingreifen und von ihm verändert werden, wie es in der Wirklichkeit abläuft².

Wenn der Anfang sich als innere Voraussetzung erhält, kann die Entwicklung nicht mehr »rein« sein; ihre Notwendigkeit ist die von allem, was existiert, wenn es einmal existiert, wie Aristoteles sagte, die einer »Form«, wie Marx es auch nennt (Gr 946).

Die Bewegung des Kapitals vollzieht sich nach notwendigen Gesetzen, wenn es einmal existiert. Diese Notwendigkeit existiert nicht notwendigerweise, kommt nicht aus der Verwirklichung einer Freiheit oder einer universellen Rationalität, die die Erkennbarkeit und die Existenz allen Seins in sich schließt. Eine abstrakte Logik des Kapitals ist unmöglich. Die »unreine« Logik der Darstellung ist die einzige, die dieser Wirklichkeit entspricht. Dialektik bedeutet materiale Logik, der Inhalt ihrer Form ist nicht ihr einziger Inhalt, anders gesagt: ihre Form ist zugleich historisch-transitorischer Inhalt.

2.

Der Idealismus besteht nicht im Vergessen der Realität, sondern in der Form ihrer ideellen Organisation. Seine Logik ist zugleich eine geschichtliche Materie, die sich als solche nicht erkennt. Seine Überwindung durch eine reale und bewußt materiale Dialektik ist das, was immer wieder schwer fällt. Das bezeugen auch die zähen und nicht immer glücklichen Versuche von Marx selbst. Einige davon können uns helfen zu präzisieren, was Dialektik als *materiale Logik* bedeutet.

Daß Marx nicht immer mit seiner theoretischen Vorgehensweise zufrieden war, belegt sein Entwicklungsgang. Noch im Rohentwurf von 1857/1858 finden wir Stellen wie diese über seinen ersten Versuch einer Deduktion des Geldes:

»Es wird später nötig sein, eh von dieser Frage abgebrochen wird, die idealistische Manier der Darstellung zu korrigieren, die den Schein hervorbringt, als handle es sich nur um Begriffsbestimmungen und die Dialektik dieser Begriffe. Also vor allem die Phrase: das Produkt (oder Tätigkeit) wird Ware; die Ware Tauschwert; der Tauschwert Geld.« (Gr 69)

Hier ist die Rede nur von »idealistischer Manier der Darstellung«, von »Schein« und von »Phrasen«. Vielleicht aber sind diese Selbstkritik zu nachsichtig und die Oberflächenerscheinungen nicht zufällig.

Dieser frühe Versuch von Marx basiert auf einer schon sehr entwickelten Idee der Struktur der Ware, ihres gesellschaftlichen, durch menschliche Tätigkeit und damit geschichtlich bestimmten Inhalts. Aber ihre Dialektik ist noch schwach ausgeformt. Die Gesamtsicht der allgemeinen Bewegung ersetzt noch an verschiedenen Stellen die bestimmte Wirklichkeit, die aus dieser Bewegung eine vielfach bestimmte macht. Zunächst wird das Austauschverhältnis zweier Waren mit dem Wert gleichgesetzt. Anders gesagt, eine in jeder warenproduzierenden Gesellschaft bestätigte Erfahrung wird formell der daraus resultierenden Annahme eines bestimmten gesellschaftlichen Verhältnisses gleichgesetzt. Dieses gewinnt also durch die Selbstverständlichkeit seiner Erscheinungsform keine theoretische Schärfe, es wird zu direkt bestätigt, die Empirie wird mit der Theorie, die »Objektivationen« der menschlichen Verhältnisse werden mit ihrer Produktion unmittelbar identifiziert. Der Wert, einmal mit dem empirischen Verhältnis zweier Waren gleichgesetzt, wird weiterhin mit der »Äquivalentform« identifiziert (die im »Kapital« nur *einer* der Pole des *Wertausdrucks* ist; vgl. MEW 23, 63), und diese sofort mit der *allgemeinen* Äquivalentform (was nur für die Zeit des entwickelten, allgemeinen Warentauschs Gültigkeit hat). Schließlich wird die allgemeine Äquivalentform dem Geld gleichgesetzt – was nach MEW 23, 84 erst »an sich« der Fall ist: man kann noch in Ochsen rechnen, wie bei Homer (dies die ursprüngliche Bedeutung von »pecunia«), ohne daß das Geld schon in völlig entwickelter Form eingeführt ist.

Diese ganze Kette von Identitäten gilt nur, wenn man unsere Produktionsverhältnisse voraussetzt. Sie hat keinen rein logischen, sondern einen ebenso sehr geschichtlichen Charakter, ihre Notwendigkeit ist eine potentielle, und sie ergibt die Herausbildung des Geldes erst in Zusammenhang mit einem geschichtlichen Moment, der nicht aus jener Potentialität zu deduzieren ist. Die »Dialektik dieser Begriffe« (Gr 69) ist unfähig, die angestrebte Deduktion zu leisten ohne die erschlichene Hilfe historischer Realitäten, deren Evidenz sie als gegenwärtige universelle Voraussetzung unbemerkt durchschlüpfen läßt. Marx weiß es, aber er versucht noch, dieses geschichtliche Moment in der Form selbst auszudrücken:

»Aber weil die Ware oder vielmehr das Produkt oder Produktionsinstrument von sich als Wert unterschieden ist, ist sie als Wert von sich als Produkt unterschieden. Ihre Eigenschaft als Wert kann nicht nur, sondern muß zugleich eine von ihrer natürlichen Existenz verschiedene gewinnen.« (Gr 60)

Das Schlüsselwort ist »muß«: weil die logische Verdopplung da ist, *muß* sie sich unbedingt in die reale Verdopplung entwickeln. Die reine Logik macht den Übergang, gewiß als Logik *der* Sache, aber gerade dieses (possessive) *der* ist das Postulierte.

Die doppelte Bedeutung des Wortes »muß« (logisch und reell) setzt den *logischen* Übergang von der Möglichkeit zur Wirklichkeit als realen Übergang, so daß die Deduktion mit einem einfachen »und« fortgesetzt werden kann:

»und im wirklichen Austausch muß diese Trennbarkeit zur wirklichen Trennung werden.«

Marx ist noch immer nicht zufrieden, nimmt die Argumentation noch einmal neu auf:

»weil die natürliche Verschiedenheit der Waren mit ihrer ökonomischen Äquivalenz in Widerspruch geraten muß und beide nur nebeneinander bestehen können, indem die Ware eine doppelte Existenz gewinnt, neben ihrer natürlichen eine rein ökonomische, in der sie ein bloßes Zeichen, ein Buchstabe für ein Produktionsverhältnis ist, ein bloßes Zeichen für ihren eigenen Wert.«

Ein weiteres Mal das »muß« und die logische Notwendigkeit, die eine zeitlich unbestimmte ist, aber unreflektiert mit der Wirklichkeit unserer Produktionsverhältnisse identifiziert wird.

Was die Akzentuierung der Mängel dieses ersten Versuchs einer Deduktion des Geldes nicht erklärt, ist, wie daraus »Das Kapital« entstehen konnte. Tatsächlich stellen die analysierten Elemente nur einen Schnitt durch die Genese der Marxschen Theorie dar und müssen in ihrer Bewegung verstanden werden. Im Vergleich etwa mit Hegel fällt die Roheit der Nahtstellen innerhalb der logischen Bewegung auf. Schon diese Härten bezeugen die Unmöglichkeit einer Wiederholung der Hegelschen Synthese, wenngleich sie eine annehmbare Systematik doch auch nicht garantieren. Wenn das wiederholte »wird« und »muß« nicht mehr überzeugend klingt (vgl. Gr 63, 65, 82), liegt es auch an der Gewalttätigkeit, mit der die realen Elemente eingeschaltet sind (Gr 60, Zeile 15, Z.29, Z.33 sowie 61, Z.3) und die logische Bewegung von der Subjektivität, dem »uns« abhängig gemacht wird. Den Grundwiderspruch zwischen Gebrauchswert und Tauschwert sieht Marx klar als Exponenten eines gesellschaftlichen Verhältnisses und ringt um seine Entwicklung. Auch »Das Kapital« wird die Bewegungskategorien »muß« und »wird« zu Recht beibehalten³. Die Bewegung der realen Geschichte zeigt die Bewegung der Menschen an, die sie machen.

Anmerkungen

1 Auch Zelený (61) dürfte dieses Ergebnis, obwohl unscharf, anvisieren. An dieser Stelle unterscheidet er aber, wie mir scheint zu schneidend, zwischen Voraussetzungen, die das Kapital selbst schafft, und Voraussetzungen, die dem Kapital vorausgehen und mit seinem Auftreten verschwinden. Gerade hier hätte deutlich werden müssen, daß auch die ersteren dem Kapital vorausgehen, bevor es sie sich unterwirft. Genau dies bedeutet aber, daß die Grenzen der Dialektik nicht nur in den äußeren, sondern vor allem in den inneren Voraussetzungen zu suchen sind.

2 Auf wieder andere Grenzen der Dialektik hat Colletti verwiesen. Danach macht ihre logische Konstitution selbst sie untauglich als allgemeines Instrument zur Durchdringung sämtlicher Probleme und Gegenstände. Worauf ich hier insistiere ist, daß die Grenzen der Dialektik sogar innerhalb ihres strikten Kompetenzgebiets zu suchen sind. Von diesen immanenten Grenzen her läßt sich das Thema der anderen, äußeren Grenzen mit größerer Präzision stellen.

3 Z. B.: »Die spezifische Warenart nun, mit deren Naturalform die Äquivalentform gesellschaftlich verwächst, wird zur Geldware« (MEW 23, 83). Vgl. MEW 26.1, 175 (vorletzte Z.) bis 176 (Z.3). Auch in den »Grundrissen« zeigt sich der rein logische Charakter des »wird zu« und des »muß« äußerst gleichlautend nur wenige Seiten nach dem kommentierten Text. Ebenso zeigt es der Vergleich von Gr 60 mit Gr 64 f. Keinesfalls kann dieser letzte Text als kanonisch für die marxistische Dialektik angesehen werden, wie bei Günter Kracht und Wolfgang Schneider in einer im übrigen wertvollen Arbeit (Kracht/Schneider, 282). Auch ohne auf schon allzu strapazierte »Einschnitte« zurückzugreifen, sind die Marxschen Texte nicht alle gleichwertig, sei es hinsichtlich der ihnen entsprechenden Entwicklungsphase, oder nach dem Grad ihrer Ausarbeitung und Dichte. Nur hier läßt sich eine gewisse Rangfolge in den Texten in bezug auf das Verhältnis Marx-Hegel aufstellen, ohne in Beliebigkeit zu verfallen.

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W.: Negative Dialektik, Frankfurt/M. 1966.
 Colletti, Lucio: *Marxismo e dialettica*, in: *Intervista politico-filosofica*, Bari 1974.
 Hegel, G. W. F.: *Phänomenologie des Geistes* (ed. Hoffmeister), 6. Aufl. Hamburg 1952 (zit. PhdG).
 Kracht, Günter/Schneider, Wolfgang: *Ideen zur Entwicklungsdialektik in Hegels »Wissenschaft der Logik«*, in: Stiehler, Gottfried (Hrsg.): *Veränderung und Entwicklung. Studien zur vormalistischen Dialektik*, Berlin/DDR 1974.
 Marx/Engels Werke, Berlin/DDR 1958–1968 (zit. MEW).
 Marx, Karl: *Das Kapital* Bd. I, Hamburg 1867 (zit. I).
 Ders.: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin/DDR 1953 (zit. Gr).
 Reichelt, Helmut: *Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx* (Vorwort von Iring Fetscher), 4. Aufl. Frankfurt/M. 1971.
 Schmidt, Alfred: *Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx*, 2. Aufl. Frankfurt/M. 1971.
 Zelený, Jindrich: *Die Wissenschaftslogik bei Marx und »Das Kapital«*, Frankfurt/M. 1972.

Jenseits des Stalinismus?

Als im *Argument* 106/1977 die Aufsätze von Michael Masuch und Gert Meyer zur Stalinismus-Forschung erschienen, hieß es im Editorial, daß dieser Schwerpunkt seit Jahren Desiderat wäre. Seit wieviel Jahren eigentlich? Denn das Interesse am Stalinismus ist gerade in der letzten Zeit auffällig gewachsen¹. Ursachen des Interesses ergeben sich aus der internationalen politischen Entwicklung in den siebziger Jahren. Zum einen machte die Wende zur Entspannungspolitik den Weg frei für eine unbefangene historische Forschung im Westen, deren Vertreter zwar keine Marxisten sind, wohl aber schwere Bedenken gegen die (durch Solschenizyn u. a. wiederbelebten) Klischees des Kalten Krieges haben. Besonders in der Bundesrepublik kam noch hinzu, daß im Ergebnis der Studentenbewegung sich erstmals ein größerer Teil der jüngeren Wissenschaftler mit den sozialistischen Ländern von einem immanenten Ansatz her beschäftigte. Wesentlich war das Auftreten einer politischen Strömung, die sich vor dem Hintergrund der Entspannung, des Bruchs zwischen der SU und China sowie der CSSR-Intervention formierte; der Eurokommunismus entwickelt die Zielvorstellung einer Synthese von Demokratie und Sozialismus für Westeuropa und impliziert damit die langfristige Überwindung der gespaltenen Arbeiterbewegung. Kein Wunder, daß wissenschaftliche Repräsentanten des Eurokommunismus mit mehr (*Boffa* 1976) oder weniger (*Elleinstein* 1977) fundierten Analysen das Stalinismus-Problem in Angriff nahmen und nehmen. Die Entwicklung einer demokratisch-sozialistischen Strategie für entwickelte kapitalistische Gesellschaften kann den Stalinismus nämlich nicht ausklammern: »Einerseits soll die sozialistische Gesellschaft, die wir aufbauen, das genaue Gegenteil des Stalinismus sein. Andererseits wird auch jede Veränderung in unserem Land an der veränderten weltweiten Situation seit der Oktoberrevolution anknüpfen. Deshalb wird man die Stärke der Sowjetunion und der anderen Länder, die den Sozialismus aufbauen, in Rechnung stellen müssen . . . es wird keinen jungfräulichen Sozialismus mehr geben. Der Stalinismus gehört zu unserer gemeinsamen Vergangenheit, wie auch die großen reformistischen Bewegungen« (*Boffa/Martinet* 1978, S. 187). Das Zitat stammt von den französischen Sozialisten Gilles Martinet; es könnte genauso von seinem Gesprächspartner in Sachen Stalinismus sein, dem italienischen Kommunisten Guiseppa Boffa. Ihr Dialog scheint mir ein beachtlicher Schritt auf dem Weg zum »integralen Sozialismus« (*Bauer* 1936, S. 312) zu sein, dessen Chancen unter den Bedingungen einer – freilich gefährdeten – Koexistenz weit besser sind als zwischen den Weltkriegen. So stellt sich mir der Argument-Schwerpunkt Stalinismus-Forschung als organische Fortsetzung der Sozialismus-Diskussion dar – darauf deutet auch der Beitrag von Wolfgang F. Haug im *Argument* 106 über Basis und Überbau im Sozialismus.

Grundsätzlich richtig ist es, den Stalinismus doppelt anzugehen: Zum einen als historisches Phänomen, als bestimmte Ausformung der Sowjetgesellschaft; dazu präsentiert Gert Meyer in seinem Aufsatz über Industrialisierung, Arbeiterklasse und Stalinherrschaft in der UdSSR neues Material bzw. deutet bekannte Materialien neu. Zum anderen läßt sich unter Stalinismus aber auch eine bestimmte politische Struktur verstehen, die möglicherweise nicht auf die Sowjet-Union beschränkt ist. Diesen Aspekt behandelt Michael Masuch in »Das Problem der Erklärung des ›Stalinis-

mus« . Mir geht es im folgenden zunächst um einen kurzen Kommentar zu dieser anregenden Problematisierung. Daran schließt sich ein Rückgriff auf Werner Hofmanns Deutung von Wesen und Erscheinung des Stalinismus an, die mir immer noch die mit der meisten Substanz zu sein scheint. Schließlich möchte ich andeuten, wo und wie der Hofmannsche Ansatz ausgebaut werden könnte. Es geht also um eine gewissermaßen »aktuelle« Stalinismus-Forschung, die Stalinismus nicht nur als eine abgrenzbare Periode in der SU-Geschichte begreift (z. B. 1929–1953; 1927–1956 o. ä.), sondern auch als besondere Gesellschaftsverfassung in einer sozialistischen Grundordnung. Dazu gehört das von mir so genannte Problem der objektiven und subjektiven Entstalinisierung.

Eine Bemerkung vorab: Als ich eben »ganz naïv« die Bezeichnung »Stalinismus« verwendet habe, war ich mir wohl der Tatsache bewußt, daß zahlreiche Denker den Begriff für obsolet halten. Vorwissenschaftlich ist es, solchen Zweiflern nur entgegenzuhalten, daß ein Begriff eben gebräuchlich sei (wie – bezogen auf »Faschismus« – Nolte 1963, S. 28). Vielmehr muß die Argumentation der Kritiker ernst genommen werden. Steigerwald meint, »einen eigenen ›Stalin-Ismus« gibt es nicht. Im Ganzen gesehen ist das theoretische Wirken Stalins als marxistisch-leninistisch einzuschätzen. Anders sieht es aus, wenn man das Problem der Verletzung der Normen des Parteilbens und der sozialistischen Gesetzlichkeit beurteilen will. Da haben wir es mit folgenschweren Verstößen gegen leninistische Normen zu tun.« (1977, S. 115) Stalin war also in der Theorie Leninist, in der Praxis jedoch nicht. Daher könne man weder seinen Anschauungen noch seiner Politik Systemcharakter bescheinigen. Dem Leninisten Steigerwald vergleichbar negieren auch Wissenschaftler mit anderen – normativen oder positivistischen – Auffassungen die Existenz des Stalinismus, denn »es läßt sich durchaus vertreten, daß Stalin ein echter Erbe Lenins war . . . In ihrer Sicht ist nicht Stalin ein abtrünniger Leninist, sondern vielmehr Lenin ein nicht zu voller Entfaltung gekommener Stalin« (Hingley 1972, Sp. 205, 207). Beiden Gegnern des Begriffs geht es also ganz unterschiedlich um die Kontinuität des Leninismus: den einen zwecks Diskriminierung, den anderen der Exkulpierung halber. Es ist hier weder möglich, Kontinuität oder Diskontinuität von Leninismus und Stalinismus zu erörtern noch der Frage nachzugehen, ob der eigentliche Leninismus erst nach Lenin entstand und es einen eigenen »Leninismus unter Lenin« gab (siehe Liebman 1973, Geratana 1977). Jedoch soll einiges zusammengetragen werden, was zumindest die relative Selbständigkeit von stalinistischer Praxis und »Theorie« belegt.

1. Blockierte Strukturen?

Michael Masuchs Versuche einer Systematisierung sind in zweierlei Hinsicht diskussionswürdig: Erstens überzeugt seine Trennung in vier Ansätze der Stalinismus-Analyse nicht, zweitens beweist seine Definition des Stalinismus als exzessiver Form blockierter Entscheidungsstrukturen in Gesellschaften des Übergangs zum Kommunismus leider nicht, wieso sich das Problem des Stalinismus gerade in solchen Gesellschaften stellt. Zuerst zu seinen vier Anläufen: Masuch unterscheidet vier Stalinismuserklärungen, die miteinander und durcheinander benutzt würden, ohne daß dies kenntlich gemacht würde: (1) das spezifisch russische Phänomen, (2) das Phänomen des unterentwickelten Sozialismus, (3) das Phänomen der Bürokratie, (4) das Phänomen des Diktators. Er zeigt, daß keiner der Ansätze für sich hinreichend ist. Das ist ein »klassischer« Fall von *petitio principii*, denn kaum einer der von ihm her-

angezogenen Autoren läßt sich auf einen einzigen Ansatz völlig festlegen. Das wäre indes zu verzeihen, wenn Masuch die von ihm selbst geforderte methodisch akzeptable Kombination der vier Anläufe vorführen würde. Das tut er allerdings nicht, sondern liefert als Gründe für die Entstehung des Stalinismus lediglich eine lockere Stoffsammlung vor allem aus den ersten beiden Anläufen, die mit dem schönen Satz schließt: »Damit ist die Situation da« (S. 837). Man kann nur fragen: Was soll's? Warum hat der Autor sich die Mühe der Gliederung überhaupt gemacht? Zudem muß man sagen, daß er sich den einzelnen Anläufen recht undifferenziert nähert, wenn er z. B. gegen Anlauf 1 einwendet, daß so die westlichen kommunistischen Parteien ignoriert würden – selbst aber diese Parteien danach nicht mehr erwähnt. Auch die Behandlung von Anlauf 3 wirkt unzureichend. Übrigens ist der Hinweis auf Stalins Bürokratie-Kritik noch kein Argument gegen einen möglichen Zusammenhang von Bürokratismus und Stalinismus – man könnte diesen Punkt auch unter der Fragestellung diskutieren: Stalin – der erste Entstalinisierer²?

Wird so einerseits die Bedeutung der Gliederung von vier Ansätzen nicht ganz deutlich, so wirkt andererseits die Masuchsche Stalinismus-Definition ebenfalls bedenklich. Richtig ist, daß der Stalinismus ein Phänomen der sozialistischen Gesellschaft ist. Ob aber deren Voraussetzung die Aufhebung von antagonistischen Widersprüchen ist, scheint fraglich. Man kann dagegen z. B. einen Experten ins Feld führen, der meinte, daß der Antagonismus im Sozialismus lediglich schwinde (*Lenin* 1931, S. 357). Einleuchtender noch ist die Frage, welcher Art die Widersprüche waren, denen man etwa in Ungarn 1956 zu Leibe rücken wollte. Zumindest läßt sich also die Konsensfähigkeit dieses Verständnisses von sozialistischer Gesellschaft bezweifeln (vgl. zu Antagonismen im Sozialismus *Kuczynski* 1972, S. 1272). Das gilt noch mehr für Masuchs Definition des Stalinismus als »exzessive Form blockierter Entscheidungsstrukturen in einer Gesellschaft des Übergangs zum »Kommunismus« (S. 836). Wer entscheidet und wer blockiert denn im Übergang zum Kommunismus? Die in Anlehnung an den Systemtheoretiker W. R. Ashby gefundene Definition läßt das offen. Damit soll gar nichts gegen die Systemtheorie gesagt werden. Aber allzu große Allgemeinheiten lassen sich wohl auch systemtheoretisch nicht genauer fassen. Auch die im »historischen« Stalinismus vorhandene Dynamik, die manche gerade die Stalin-Ära als die eigentlich revolutionäre Phase in der sowjetischen Geschichte empfinden läßt (z. B. *Tucker* 1977), gerät vollkommen aus dem Blickfeld. Masuch bezieht sich außer auf Ashby auf Werner *Hofmanns* Stalinismus-Definition, die auf den ersten Blick sehr ähnlich aussieht; dort heißt es, Stalinismus sei »eine exzessiv machtorientierte Ordnung der Innen- und Außenbeziehungen einer Gesellschaft des Übergangs zum Sozialismus«. (1968, S. 13) Der entscheidende Unterschied ist »Macht«. Mit diesem Begriff kann man erheblich leichter gesellschaftliche Beziehungen erfassen als mit dem einer beliebigen blockierten Struktur.

2. Exzessiv machtorientierter Sozialismus

Hofmanns Stalinismus-Verständnis soll hier unter Berücksichtigung seiner anderen Publikationen zum Thema sowie eines von ihm elaborierten Briefs von Georg Lukács zunächst einfach rekonstruiert werden³ – den Vorwurf mangelnder Originalität nehme ich in Kauf, weil der Rekurs auf Hofmann meines Erachtens einen erfolgversprechenden Weg aus der Sackgasse der Stalinismus-Erklärungen darstellt. *Macht* umfaßt unmittelbar erscheinende Arten von gesellschaftlicher Überlegenheit, *Herr-*

schaft dagegen institutionell gesicherte Nutznießung eines Teils der Gesellschaft gegenüber einem anderen. Herrschaft gehört zur Gesellschaftsordnung, Macht zur Gesellschaftsverfassung. Macht kann auf gesellschaftlicher Herrschaft beruhen, aber auch ohne sie bestehen (siehe Weber 1921, S. 122). Die Sozialordnung des Sozialismus ist Machtordnung. »Die Partei ist Führerin des Proletariats, aber nicht des historischen Prozesses« (Trotzki 1924, S. 102). Die Macht der Führungsschicht bedeutet lediglich mandatorische Disposition über Produktionsmittel, sie ist im historischen Sinne Auftragsgewalt und durch historische Zielsetzungen terminiert. Obwohl der Stalinismus als einmal hergestellte Machtordnung keine feste Grundlage in den gesellschaftlichen Verhältnissen hatte und auch nicht über eine »eigene« Theorie verfügte, so hat er doch die Gesellschaft im ganzen durchgesetzt, entwickelte sich zum System ins Unmaß gesteigerter Machtanwendung, das nicht auf bestimmte Aspekte – z. B. Personenkult – reduzierbar ist. Es muß dagegen nach den Umständen gefragt werden, die den Personenkult aufkommen, gedeihen und sich überleben ließen, nach den historischen Ausgangsbedingungen der Sowjetmacht, bevor eine Phänomenologie des Stalinismus unternommen werden kann. Zu den Ausgangsbedingungen gehört, daß industrieller Kapitalismus und wissenschaftlicher Sozialismus in keinem Land des 19. Jahrhunderts mit der gleichen zeitlichen Unmittelbarkeit auf den Plan getreten sind wie in Rußland. Schon in der vorrevolutionären Phase erscheint die gesellschaftliche Umwandlung extrem verkürzt, so daß alle sozialen Gegensätze eminent gesteigert wurden. Daher blieben auch Durchgangsformen der Arbeiterbewegung nebeneinander bestehen, erzeugten immer neue Gruppen und Grüppchen, aus deren Fehden nicht zufällig die Bolschewiki als Sieger hervorgingen. Nur sie konnten 1917 die Revolution in die Massen tragen, ohne sie in der Massenbewegung aufgehen zu lassen. Dies vermochten sie organisatorisch durch den konzentrischen Aufbau der Bewegung. An der Gegenüberstellung von formal-demokratischem und formal-bürokratischem Prinzip ist »ein Körnchen Wahrheit. Bürokratismus versus Demokratismus, das ist eben Zentralismus versus Autonomismus, das ist eben das organisatorische Prinzip der revolutionären Sozialdemokratie gegenüber dem organisatorischen Prinzip der Opportunisten der Sozialdemokratie« (Lenin 1904, LW 7, S. 400 f.). Beibehaltung und Ausbau solcher Prinzipien ergaben sich aus der Erfahrung der russischen Revolution, d. h. dem Auseinanderfallen von politischen und ökonomischen Bedingungen mit der Konsequenz einer gegenüber den Erwartungen der Klassiker anomalen Konstellation, in der die sozialistische Gesellschaft nicht als Erbe, sondern als Konkurrenz des Kapitals erbaut werden mußte. Der »Sozialismus in einem Lande« wurde spätestens 1927 unausweichlich, als der Staatsstreich Chiang Kai-Sheks und das Massaker von Shanghai das Scheitern der trotzkistischen »weltrevolutionären« Linie dokumentierten. Es folgte der XV. Parteitag mit dem Ausschluß der Trotzkisten, der Proklamation des Übergangs zur beschleunigten Industrialisierung – und den ersten Ovationen-Ritualen für den Generalsekretär (*Kurzer Lehrgang* 1946, S. 349 f.). Aus der Natur der gestellten sozialen Aufgaben erwuchs ein hohes Maß an Zwangsfunktion des Sowjetstaates. »Mit dem Bedürfnis nach Zwang ist aber nur eine Voraussetzung des Stalinismus bezeichnet, nicht dieser selbst . . . Als Stalinismus soll vielmehr jener Exzeß der Macht verstanden werden, der nicht in den Aufgaben einer »Erziehungsdiktatur« gründete, der nicht objektiv »notwendig« war« (*Hofmann* 1968, S. 38 f.).

3. Phänomenologie des Stalinismus

Als *Praxis* der Macht ist Stalinismus keineswegs »Bürokratenherrschaft«. Bürokratische Machtausübung bedeutet die geregelte, überprüfbare und kompetente Durchführung von Verwaltungstätigkeit durch ein öffentlich besoldetes, ausgewähltes, in sich hierarchisch abgestuftes Spezialistentum (nach Max Weber). Dies kann in einer akkumulierenden Gesellschaft nicht herrschen, so daß die Geschichte des realen Sozialismus gerade vom Konflikt zwischen den beharrlichen Tendenzen der Bürokratie und den Initiativen eines Teils der Funktionärshierarchie durchzogen ist⁴. »Den Bürokratismus restlos, bis zum vollen Sieg zu bekämpfen ist erst dann möglich, wenn die ganze Bevölkerung an der Verwaltung teilnehmen wird« (Lenin, LW 29, S. 168). Die Leninsche Zielsetzung vom Frühjahr 1919 geriet zwar recht bald in Vergessenheit, dennoch belegen gerade die Stalinschen permanenten Kaderüberprüfungen die Ernsthaftigkeit seiner Invektiven gegen die Bürokratie, die gleichwohl als Element der Machtträgerschaft notwendig war. Wichtiger als das Bürokratie-Theorem sind vor allem folgende Elemente stalinistischer Praxis (immer noch nach Hofmann):

- a) Verselbständigung der Führer durch Zentralisierung der Befugnisse;
- b) Ausbau einer Staatspartei, der gegenüber die Rechte der Staatsbürger nicht abgesichert sind, obwohl die Partei offenkundig »Hoheitsfunktionen« wahrnimmt;
- c) Verwandlung des Führungsanspruchs der Partei in ein Weisungsrecht;
- d) Verwandlung der Gewerkschaften in Transmissionsriemen.

Zur Praxis des Stalinismus, wie sie sich während der Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft von 1927 bis 1934 herausbildete, gehört auch das Zerreißen des marxistischen Bündniskonzepts, das Unterstützung auch der nichtproletarischen Bewegung bei Wahrung der eigenen Selbständigkeit bedeutet (vgl. z. B. Marx/Engels, MEW 4, S. 493). Der praktische Bruch wurde abgesegnet durch die These von der notwendigen Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus (*Stalin* 1947, S. 282). Andere politisch-gesellschaftliche Gruppen wurden unterdrückt oder ihnen wurden zumindest keine bedeutenden Eigenaufgaben gelassen. So artikulierte sich der »Volkswille« monodisch, während die »Herrschaft der Parole« jene Indifferenz erzeugte, die das sich ständig wiederholende Bekenntnisritual scheinbar erst erforderlich machte. Durch die Ausschaltung der politischen Partner verlagerte sich der politische Konflikt in die Partei selbst; die relative Verselbständigung der Machtträger verwandelte dann die »notwendige Führerkontrolle in eine Kontrolle der Führer durch ihresgleichen. Und solche Kontrolle nahm unvermeidlich die Form des Machtkampfs an« (*Hofmann* 1968, S. 57).

Zur stalinistischen Praxis gesellte sich das entsprechende Verhältnis zur *Theorie*. Es wurde keine den wissenschaftlichen Sozialismus transzendierende Theorie entwickelt, wohl aber dieser mit einer durchgängigen »stalinistischen Denkstruktur« verwaltet, deren Bedingungen u. a. waren: Soziale Voraussetzungslosigkeit (in der SU und den Volksdemokratien fehlte eine breite marxistische Intelligenz), pragmatischer Emotionalismus (der sich aus den anstehenden Aufgaben ergab wie auch Administrationismus und Edukationismus) sowie das Umweltverhältnis (der Zwang zur monolithischen Einheit wird mit der Bedrohung des Sozialismus durch den äußeren Gegner belegt). Elemente der stalinistischen Denkstruktur waren bzw. sind folgende:

- a) Abtrennung einer Theorie des Marxismus von seinen Gegenständen, Herabsinken der Wirklichkeit zum Illustrationsmaterial.

- b) »Dialektik« – Ersetzung von Dialektik durch Dualismus, von Widersprüchen durch Gegensätze.
- c) Verfälschung des Verhältnisses von Sein und Bewußtsein zu einer strikten Korrelation zwischen ökonomischer Lage und sozialem Bewußtsein. Wenn jedoch dem Bewußtsein ein Höchstmaß an aktivistischen Impulsen abgefordert werden muß, wird die Fiktion eines beglaubigenden Seins geschaffen. Der tatsächlichen Ver selbstbändigung der Führer entspricht dann ein Voluntarismus und Subjektivismus, der sich mit solchem Objektivismus paart.
- d) Aus all dem ergibt sich eine falsche Scheidung von Theorie und Praxis, eine Verformung der Praxis in Empirismus und eine Veränderung der Theorie zum starren Wissen.
- e) Solchem Geist entspringt eine Parteilichkeit, welche die Feststellung von Tatbeständen mit Deutung und Wertung radikal vermengt.
 »Die marxistische Theorie, als ›scharfe Waffe‹ in der großen Auseinandersetzung der Klassen und Systeme verstanden, war zum geistigen Kurzschwert im Tageskampf geworden. Der Infantilismus stalinistischer Meinungslenkung mußte in dem Maß wirkungslos werden, wie die Massen selbst im Prozeß der kulturellen Revolution ihm entwachsen« (Hofmann 1968, S. 91).

4. Jenseits des Stalinismus?

Damit ist der transitorische Charakter des Stalinismus angesprochen, dessen objektive Voraussetzungen die erwähnten anomalen Konstellationen sozialistischen Aufbaus waren. Auch die Erfolge des sowjetischen Stalinismus waren quasi anomal: Trennung von Stadt und Land, berufliche Differenzierung, Intensivierung der Arbeit (Hofmann 1955, S. 109–113). Mit dem Abschluß des Erstaufbaus der Industrie, der Entwicklung einer größeren Zahl von sozialistischen Ländern, der Entstehung eines militärischen Gleichgewichts und dem Zerfall des Kolonialsystems sind endgültig spätestens Mitte der sechziger Jahre die Vorbedingungen der stalinistischen Form sozialistischen Aufbaus weggefallen, vollzieht sich die »objektive Entstalinisierung«⁵. Darunter lassen sich u. a. folgende schon aus Effektivitätsgründen notwendig gewordenen Vorgänge zusammenfassen: Auflösung der Stalinschen Lager, zunehmende Verrechtlichung mit Ersetzung des Schuld- durch das Resozialisierungsprinzip, Dezentralisierung ökonomischer und politischer Entscheidungen, Stärkung betrieblicher und lokaler Organe der Verwaltung und Selbstverwaltung. Ein Wandel ist eingetreten, der nicht nur als »Abbau des Stalinismus« gedeutet werden kann, vielmehr den Aufbruch zu neuen Inhalten der sozialistischen Ordnung bezeichnet. Dabei fällt jedoch auf, daß sich dieser Prozeß als »Rücknahme des Stalinismus in der Form des Stalinismus« darstellt (Lukács 1967, S. 82), daß die Hofmannschen Kriterien von Praxis und »Theorie« des Stalinismus teils gänzlich, teils partiell in sozialistischen Ländern weiterexistieren, daß der Stalinismus sich beharrlicher zeigt, als es Hofmann angenommen hat⁶. Das erklärt sich zum einen aus der Anlage des Hofmannschen Textes als Struktur-Analyse, so daß der historische Kontrast z. B. zwischen der Einstellung des späten Stalin zur Opposition und der heutigen Behandlung von Dissidenten nicht so groß erscheint – wie er ist. Aber auch auf der Ebene der Struktur-Analyse stellt Hofmann allgemeinere Züge seines Gegenstands heraus als es etwa die Vertreter der Totalitarismus-Theorie mit ihren »six points« taten⁷. Trotzdem bleibt das Problem: Wieso kann Hofmann einerseits einleuchtende Ursachen der

Überwindung des Stalinismus nennen, andererseits Kennzeichen des Stalinismus anführen, die zur heutigen Wirklichkeit sozialistischer Länder gehören? Mit anderen Worten: Gibt es über die objektive Entstalinisierung hinaus noch eine subjektive, sind die sozialistischen Länder auch subjektiv schon jenseits des Stalinismus?

Die Frage läßt sich eher behandeln, wenn man Hofmann in einem Punkt korrigiert und in einem weiteren ergänzt. *Erstens* die Korrektur: Von der ganzen Anlage seiner Überlegungen her widerspricht Hofmann ständig der eigenen Auffassung, daß der Stalinismus nicht objektiv notwendig war. Er macht nämlich deutlich, was Bedingungen und Elemente stalinistischer Praxis und »Theorie« waren, vor welchem historischen Hintergrund die Konturen des Stalinismus zu sehen sind. Gerade diese Charakterisierung zeigt, daß im Unterschied zum idealen Sozialismus der allseitig reduzierte reale Sozialismus zum Zweck des Überlebens die stalinistische Form der Gesellschaftsverfassung hervorbringen mußte. Der so als notwendig verstandene Stalinismus ist freilich nicht die ganze Stalin-Ära, der »historische« Stalinismus. Man kann sogar fragen, ob nicht der »Hochstalinismus« von 1936–1939 insofern eine Ausnahme darstellte, als die Massenrepressalien und Schauprozesse in jeder Hinsicht schädlich waren und die Verschmelzung von Partei und Staat einer Dominanz des Sicherheitsapparats über die Partei zu weichen begann. Gerade für die Klärung solcher und ähnlicher Fragen sind Studien wie die von *Gert Meyer* (1974) oder seine Argument-Beiträge äußerst wichtig. Der enge Zusammenhang von Stalinismus und Sozialismus erfordert *zweitens* die Ergänzung Hofmanns. Denn obgleich er Stalinismus als Verfassung in der sozialistischen Grundordnung definiert, widmet er den zweiten Teil seiner Definition zu wenig Aufmerksamkeit. Um eine sozialistische Gesellschaft zu bestimmen, muß man ihre grundlegenden Produktionsverhältnisse betrachten (und das hat *Stalin* ganz korrekt getan: 1952, S. 74), d. h. die Gesellschaft ist dann sozialistisch, wenn

- a) die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum sind, wenn in Verbindung damit
- b) die Beziehungen der Menschen im Wirtschaftsprozess auf Kooperation beruhen, und wenn
- c) der Anteil der Individuen und Gruppen am erzeugten Produkt von der Leistung oder gesamtgesellschaftlichen Kriterien bestimmt wird (siehe *Brus* 1971, S. 15).

In diesem Sinn ist es zunächst ganz unerheblich, ob sich der »Sozialismus im Larvenstadium« befindet (*Babro* 1977, S. 25) oder als munterer Schmetterling die Flügel breitet. Dazwischen liegt allerdings u. a. der Stalinismus. Damit will ich sagen, daß bestimmte Züge des Sozialismus jene Demokratisierung erschweren, die auch als *subjektive Entstalinisierung* bezeichnet werden kann. Kurz gesagt, verstehe ich hierunter einerseits die radikale Ausdehnung der bestehenden Tendenzen zur gesellschaftlichen Selbstverwaltung, andererseits Garantien der bürgerlichen Freiheiten in mindestens den westlichen Demokratien vergleichbarem Maße. Bürgerliche Freiheiten wie die Meinungs- und Vereinsfreiheit sind in einer kapitalistischen Gesellschaft mit demokratischer Verfassung formell garantiert und auch teilweise realisierbar – jedoch mit jener wichtigen Schranke, die durch das Kapitalverhältnis gesetzt wird und die vollständige Verwirklichung bürgerlicher Freiheiten illusionär werden läßt. Während im Kapitalismus die herrschende Klasse auch dann herrscht, wenn sie die politische Macht nicht unmittelbar ausübt (z. B. über den Kredit), so ist die Führungsschicht⁸ im Sozialismus gezwungen, sich an die politische Macht zu klammern, denn

trotz des Wirkens ökonomischer Gesetze hält kein wirtschaftlicher Mechanismus die Massen in Abhängigkeit, die Macht der Führungsschicht (die kleiner ist als die »Bürokratie«⁹) ist abgeleitet aus dem Mandat, aus der postulierten Herrschaft der Arbeiterklasse bzw. des Volkes. Insofern verfügt sie nicht über Manövrierfähigkeit und Rückzugsmöglichkeiten des Kapitals, erscheint repressive Toleranz als ein Mittel, das schon Aufgabe der Führungsposition bedeuten könnte (vgl. *Deutscher* 1970, S. 94 f.). Begründet wird diese Haltung mit der Befürchtung, daß die Fundamentaldemokratisierung in die Konterrevolution ableiten könne. Freilich wird die Aufrechterhaltung der mandatorischen Disposition immer schwieriger, weil die sozialen und politischen Bedingungen des Stalinismus stark geschwunden sind: Es gibt jetzt eine zahlenmäßig starke, gut ausgebildete und – vermutlich zumindest im engeren Rahmen – selbstbewußte Arbeiterklasse, die Grundlagen der Frauenemanzipation sind geschaffen, die Unterschiede zwischen Stadt und Land nehmen ab. Auch die außenpolitischen Voraussetzungen des Stalinismus sind nicht verschwunden, aber zurückgegangen.

Die Dialektik sozialistischen Aufbaus in stalinistischer Form bringt nun selber Tendenzen der Demokratisierung hervor. Mit der progressiven Gesellschaftsentwicklung gerät auch die kommunistische Zielsetzung wieder ins Blickfeld, freilich nicht mehr als deklamatorische Verheißung, sondern als politische Perspektive. »Das Endziel dieses Prozesses ist das Absterben des Staates im Kommunismus, d. h. seine vollständige Auflösung in den Formen der kommunistischen Selbstverwaltung . . . die Gesellschaft ihrerseits beeinflußt die staatliche Leitung im Sinne der Demokratisierung . . . über die gesellschaftlichen Massenorganisationen, die Formen der unmittelbaren Demokratie, der Volkskontrolle über den Staatsapparat usw.« (*Kerimow/Malzew* 1977, S. 1241). Ausgeklammert bleibt das Problem der politischen Pluralisierung im Prozeß der Demokratisierung, sei es innerhalb der Staatspartei, sei es durch die Bildung bzw. Revitalisierung konkurrierender Parteien, wenn lediglich eine wachsende Führungsrolle der Partei angenommen wird. Immerhin eine gewaltige Wandlung gegenüber den Anschauungen *Stalins*, der 1939 ganz realistisch ein Ausgreifen des Staates über die Repressionsfunktion hinaus auf Wirtschaft und Kultur konstatiert hatte (1947, S. 727). Es gibt jedoch keineswegs dissidente Theoretiker, welche die Notwendigkeit eines politischen Pluralismus gerade dann verfechten, wenn die Klassenunterschiede im Sozialismus zurückgehen (*Wiatr* 1966, S. 124). Diese Forderungen kleiden sich gelegentlich in die Form des historischen Rückgriffs; *Ossovskys* Diskussionsbeitrag aus dem Jahre 1926 (in »Bolschewik« Nr. 7/8) ist allerdings noch nicht wieder aufgenommen worden: Er verlangte damals die Zulassung anderer sozialistischer Parteien in Sowjet-Rußland als Voraussetzung einer wirklich einheitlichen kommunistischen Partei (*Lewin* 1975, S. 354). In den Rahmen des Zersetzungsprozesses des Stalinismus gehört die Debatte über Widersprüche im Sozialismus (siehe *Stiehler* 1977). Es ist ein Mißverständnis dieser Diskussion, wenn man sie entweder als Glasperlenspiel oder aber als Ruf nach Analyse industriegesellschaftlicher Konflikte interpretiert (*Ludz* 1973, S. 516). Vielmehr zeigt gerade das Anreißen von Defiziten des realen Sozialismus ihre Bedeutung für den Wandel in Richtung Demokratisierung. So wird u. a. gefordert, jene Widersprüche zu erforschen, die daraus erwachsen, daß unmittelbar gesellschaftliche Produktion und Arbeit in Form von Ware-Geld-Beziehungen funktionieren (z. B. von *Kronrod* 1977). Exakt diese Problematik war in einer wenig beachteten DDR-Studie zu wirtschaftlichen Fehlent-

scheidungen schon erkannt, nämlich in Form von Versuchen, »Qualitätsparameter nicht im erforderlichen Maße zu erbringen oder auch preisliche und andere Manipulationen vorzunehmen . . . Es war festzustellen, daß bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf diese Erscheinungen eine ungenügende oder gar keine gesellschaftliche Reaktion erfolgte.« (*Dettenborn/Seidel* 1974, S. 19/18)

Die scheinbare Banalität sollte nicht darüber täuschen, daß die zunehmende Anerkennung und Erforschung sozialer Widersprüche beachtliches Material für die Gesellschaftsreform liefert, auch wenn die Teilnehmer der Debatte (in der machtorientierten sozialistischen Ordnung unvermeidlich) selbst gelegentlich widersprüchlich argumentieren. Ihre Beiträge zeigen aber die Potenzen des wissenschaftlichen Sozialismus: »die materialistische Geschichtsdeutung ist auch kein beliebig zu besteigender Fiaker und macht auch vor den Trägern von Revolutionen nicht halt« (*Weber* 1968, S. 63).

Eindeutig scheint mir jedenfalls zu sein, daß die auch für die westeuropäische Arbeiterbewegung so wünschenswerte Demokratisierung der sozialistischen Länder nur dann Chancen hat, wenn die schon gelockerte stalinistische Schützengrabenmentalität durch Menschenrechts-Kampagnen und Aufrüstungszwang nicht wieder befestigt wird – und hier können wir unseren Teil beitragen. Diese Arbeit könnte unterstützt werden durch wissenschaftliche Analysen, die sozialistische Länder nicht unter dem Gesichtswinkel des Spektakulären untersuchen, sondern das vorhandene Material z. B. über die für objektive und subjektive Entstalinisierung gar nicht zu überschätzende »Betriebsdemokratie« sichten und strukturieren. Welchen Stand die etablierte Kommunismusforschung auf dem Gebiet der Erforschung politischer Partizipation in der SU hat, formulierte der renommierte amerikanische Sowjetologe *Jerry Hough*: »One of the crucial questions for an understanding of the Soviet Union is the nature of the role of political participation in the political system . . . But the fact is: we do not really know . . . Indeed, we have been led by our ›directed society‹ paradigm not even to ›see‹ phenomena such as citizen input which do not correspond to the paradigm.« (1976, S. 3, 19)

Anmerkungen

1 Besonders innerhalb der Linken. Ein Indiz dafür ist, daß mir allein seit Publikation der Aufsätze von Masuch und Meyer im *Argument* 106 folgende neue Texte zum Thema aufgefallen sind: *Boffa/Martinet* 1978; *Crusius/Wilke* 1977; *Gerratana* 1977; *Gouldner* 1977–1978; *Grunenberg* 1977; *Gerd Meyer* 1977; *Schulze* 1977; *Tucker* 1977.

2 Die Frage ist berechtigt. *Stalin* kritisierte den Personenkult (1967, S. 274), den Bürokratismus (1947, S. 594), den Dogmatismus (1951, S. 37) und stellte ernste Fehler bei den Säuberungen der dreißiger Jahre fest (1947, S. 713). Man kann auch sagen, daß er mit seinen Überlegungen zur Wirtschaftstheorie (1952) die Reformdebatte der fünfziger Jahre einleitete. Andererseits gehört es zu den Grundsätzen des Stalinschen Leitungssystems, daß die »Unfehlbarkeit« des Führers ihn schließlich zur einzigen Person werden ließ, die notwendige Innovationen ohne Angst formulieren konnte. Nebenbei: Stalin fehlt in Masuchs Reigen von Stalinismus-Theoretikern. Zufall?

3 Vgl. neben *Hofmann* 1968 auch seine Arbeiten von 1954, 1955, 1956, 1965 sowie *Lukács* 1970.

4 In diesem Sinn muß auch Trotzki's These vom Stalinismus als Funktion der Bürokratie kritisiert werden, die bei Gleichgewicht zwischen Sowjetaristokratie und Arbeiterklasse dominant wird (siehe *Trotzki* 1971, S. 267 f.).

5 Die Unterscheidung von subjektiver und objektiver Entstalinisierung bedeutet nicht, daß es keinen Zusammenhang zwischen beiden Phänomenen gäbe. Es ist gemeint, daß die stalinisti-

sche Gesellschaftsverfassung selbst eine Kluft zwischen neuen sozialen Prozessen und deren politischer Realisierung hervorbringt. Vgl. allgemeiner zu der hier nicht ausführbaren Problemstellung Heuer 1974, besonders S. 133 f.

6 Auf die enormen Unterschiede zwischen den einzelnen sozialistischen Ländern kann nicht eingegangen werden. Man vergleiche jedoch einmal Nordkorea und Ungarn.

7 1. Umfassende Ideologie, 2. Massenpartei unter Führung eines Diktators, 3. Terroristische Geheimpolizei, 4. Nachrichtenmonopol, 5. Waffenmonopol, 6. Zentralbürokratische Wirtschaftslenkung. Nach Friedrich 1957, S. 19 f.

8 Die Schicht der Inhaber von Führungspositionen in sozialistischen Ländern unterliegt natürlich nicht den gleichen Kriterien wie Klassen. Gleichwohl kann man eine Reihe von Elementen aufführen, welche diese Schicht von Arbeiterklasse, Bürokratie oder Intelligenz abgrenzen, z. B. Grad des politischen Einflusses, Sozialprestige, Einkommen, tatsächlicher relativ hoher Lebensstandard usw. Trotzdem ist die empirische Abgrenzung keineswegs einfach. Vgl. den in- struktiven Versuch von Lane 1976.

9 Wenn man »Bürokratie« so bestimmt: hauptamtliche Angestellte in Partei, Verwaltung, Wirtschaft, Massenorganisationen und Kommunikationsmitteln, das Offizierskorps und die Geheimpolizei (Weber 1977, S. 263), dann braucht man nur noch die Arbeiterschaft als eben- falls beim Staat beschäftigte Gruppe hinzuzählen, um die Bauernschaft als einwandfrei nicht- bürokratisch klassifizieren zu können.

Literaturverzeichnis

- Bahro, Rudolf: Die Alternative, Köln/Frankfurt 1977
 Bauer, Otto: Zwischen zwei Weltkriegen? Bratislava 1936
 Boffa, Guiseppe: Storia dell'Unione Sovietica, Milano 1976
 ders./Martinet, Gilles: Marxistische Stalinismus-Kritik, Hamburg 1978
 Brus, Wlodzimierz: Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, Frankfurt 1971
 Crusius, Reinhard/Wilke, Manfred (Hg.): Entstalinisierung, Frankfurt 1977
 Dettenborn, Harry/Seidel, Dietmar: Wirtschaftliche Fehlentscheidungen, Berlin/DDR 1974
 Deutscher, Isaac: Die unvollendete Revolution, Frankfurt 1970
 Elleinstein, Jean: Geschichte des »Stalinismus«, Berlin/West 1977
 Friedrich, Carl Joachim: Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957
 Gerratana, Valentino: Stalin, Lenin and Leninism, in: New Left Review Nr. 103/1977
 Gouldner, Alvin W.: Stalinism, in: Telos Nr. 34/1977–1978
 Grunenberg, Antonia: Zerstörung der sozialistischen Demokratie in der UdSSR, in: Berliner Hefte Nr. 3/1977
 Heuer, Uwe-Jens: Gesellschaftliche Gesetze und politische Organisation, Berlin/DDR 1974
 Hingley, Ronald: Stalin, Stalinismus, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. VI, Freiburg u. a. 1972
 Hofmann, Werner: Parteigeschichtliche Grundlagen des sowjetischen Stalinismus, in: Jahrbü- cher für Geschichte Osteuropas N. F. Bd. 2, München 1954
 ders.: Wohin steuert die Sowjetwirtschaft? Berlin/West 1955
 ders.: Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion, Berlin/West 1956
 ders.: Was ist Stalinismus? in: Festschrift zum achtzigsten Geburtstag von Georg Lukács, Neuwied/Berlin-West 1965
 ders.: Stalinismus und Antikommunismus, 2. Aufl. Frankfurt 1968
 Hough, Jerry F.: Political Participation in the Soviet Union, in: Soviet Studies Nr. 1/1976
 Kerimow, D. A./Malzew, G. W.: Die Demokratie und das politische System der sozialisti- schen Gesellschaft, in: Sowjetwissenschaft Nr. 12/1977
 Kuczynski, Jürgen: Gesellschaftliche Widersprüche, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie Nr. 10/1972
 Kurzer Lehrgang. Geschichte der KPdSU (B), Berlin/Ost 1946
 Kronrod, J.: Ob ekomičeskich protivorečijach, in: Voprosi ekonomiki Nr. 3/1977
 Lane, David: The Socialist Industrial State, London 1956
 Lenin, V. I.: Leninskij Sbornik XI, 2. Aufl. Moskva/Leningrad 1931
 Lewin, Moshe: Political Undercurrents in Soviet Economic Debates, London 1975
 Liebman, Marcel: Le Leninisme sous Lenine, Paris 1973

- Ludz, Peter Christian: Widerspruchstheorie und entwickelte sozialistische Gesellschaft, in: Deutschland Archiv Nr. 5/1973
- Lukács, Georg: Gespräche mit Georg Lukács, Reinbek 1967
- ders.: Brief an Alberto Carrocci, in: ders., Marxismus und Stalinismus, Reinbek 1970
- Meyer, Gerd: Bürokratischer Sozialismus, Stuttgart 1977
- Meyer, Gert: Studien zur sozialökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands 1921–1923, Köln 1974
- Nolte, Ernst: Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963
- Schulze, Peter W.: Herrschaft und Klassen in der Sowjetgesellschaft, Frankfurt/New York 1977
- Stalin, J.: Fragen des Leninismus, Moskau 1947
- ders.: Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft, Berlin/DDR 1951
- ders.: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin/DDR 1952
- ders.: Sočinenija, Bd. 1 (14), Stanford, Cal. 1967
- Steigerwald, Robert: Stalin-Kritik als Vorwand, in: Marxistische Blätter Nr. 2/1977
- Stiehler, Gottfried: Widerspruchsdialektik und Gesellschaftsanalyse, Berlin/DDR 1977
- Trotsky, Leo: Literatur und Revolution, Wien 1924
- ders.: Verratene Revolution, o.O. 1971
- Tucker, Robert C. (Hg.): Stalinism, New York 1977
- Weber, Hermann: Stalinismus, in: Crusius/Wilke 1977
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1921
- ders.: Politik als Beruf, 5. Aufl., Berlin/West 1968
- Wiatr, Jerzy J.: Elements of the Pluralism in the Polish Political System, in: The Polish Sociological Bulletin Nr. 1/1966

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

AS 20 Argument-Register 1970–1976 und Gesamtverzeichnis der Autoren 1959–1976

Eine frühe wissenschaftliche Zeitschrift ist eine Waffe in theoretischen und praktischen Kämpfen. Blickt sie auf eine so lange Geschichte zurück wie das Argument, so kostet es Zeit und Mühe, sich durch all diese Hefte und Sonderbände hindurchzuarbeiten, um das für die jeweiligen Bedürfnisse notwendige zu finden und die hier gespeicherten Argumente benutzen zu können. Die Nutzbarkeit erleichtert ein Register.

Im vorliegenden Band werden die Argument-Hefte Nr. 56–100 und die Sonderbände AS 2–12 nach Stichworten, Themen, sowie nach behandelten Autoren und Mitarbeitern aufgeschlüsselt. Die Bücherbündel, durch die Rezensionenform bewertbar gemacht, wird durch Zuordnung zu jeweiligen Schwerpunkten erst richtig überschaubar. Der Rezensionsteil wird so zum lesbaren Informationssystem über die Theorieproduktion der letzten Jahre.

Zusammen mit dem weiterhin lieferbaren Argument 55 (Register 1959–1969) bildet der vorliegende Sonderband ein vollständiges Register der Argument-Produktion bis 1976.

Ein Gesamtverzeichnis der Argument-Autoren von 1959 bis 1976 erleichtert das Auffinden ihrer Beiträge über die beiden Registerbände (Argument 55 und AS 20).

300 S.; Einzelpreis 18,50 DM, Studenten 15,- DM

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65

Detlev Peukert

Zur Regionalgeschichtsschreibung der Arbeiterbewegung

Nach Jahrzehnten der fast völligen Ruhe hat sich die Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung endlich auch in der Bundesrepublik ein festes Terrain erobert. Das spiegelt sich nicht zuletzt darin, daß die Zahl der Detailuntersuchungen einzelner Epochen, Problemkreise oder Regionen wächst, die sich auf die Grundlage der bisher erschienenen Gesamtentwürfe zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und auf relativ viele Arbeiten zur politischen Geschichte ihrer Parteien stützen können. Dieses Interesse gerade auch an regional begrenzten Themen erwächst nicht nur aus dem Bedürfnis, einfach leere Stellen im gesamtnationalen Geschichtsbild auszufüllen, sondern darüber hinaus aus dem Willen zur grundsätzlichen Erweiterung der Gegenstandsbereiche, Problemkomplexe und Methoden in diesem Forschungssektor. Dabei zeichnen sich drei Bereiche ab, die in besonderem Maße noch der Aufarbeitung bedürfen:

Immer noch ist die soziale Lage der Arbeiterklasse weitgehend nur in jenen notwendig allgemeinen Zügen bekannt, die Jürgen Kuczynski in seiner Gesamtdarstellung gibt¹. Erst zu wenigen Zeitabschnitten oder Gebieten liegen entsprechende monographische Untersuchungen vor².

Schon deshalb fallen in den meisten Publikationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung die Verknüpfungen zwischen der sozialen Lage der Arbeiterklasse und der Form ihres politischen Handelns eher generalisierend aus. Die marxistische Geschichtsschreibung ordnet zwar die ideelle Entwicklung und politische Aktivität der Arbeiterbewegung in den allgemeinen Stand der sozialen und ökonomischen Entwicklung und das jeweilige Kräfteverhältnis der Klassen ein³. Aber die Forschung wird diesen noch sehr weiten Rahmen erst mit konkreten Untersuchungen über die soziale Zusammensetzung der Parteien und anderen Organisationen, die spezifischen Handlungsdispositionen ihrer Anhänger und besonders mit Informationen darüber, welche sozialen Bedingungen und Erfahrungen eigentlich die Bereitschaft zu Organisation und Aktion hervorbringen oder hemmen, ausfüllen und korrigieren müssen.

Damit steht die Frage nach der inneren Struktur der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen in Verbindung. Noch immer wissen wir relativ wenig darüber, wie etwa die Angehörigen verschiedener Branchen (z. B. Metall, Textil, Bergbau), Beschäftigungsgruppen (Frauen, Jugendliche, Heimarbeiter usw.) oder regionaler Industrieagglomerationen arbeiten, leben, agieren und sich zum politischen Anspruch der Arbeiterbewegung verhalten. Auch die innere Struktur der Arbeiterorganisationen, Parteien und Gewerkschaften, das Verhältnis von Führungskern, Funktionärstamm, Mitgliedschaft und Wählerschaft, oder die Beziehung verschiedener regionaler, sozialer und ideologischer Gruppierungen innerhalb einer Partei oder Gewerkschaft ist noch weitgehend eher Gegenstand generalisierender Aussagen als von sorgfältigen monographischen Studien. Diesem Manko kann nicht dadurch abgeholfen werden, daß an die Stelle differenzierter Einzelaussagen die Kategorie der »konkreten Umsetzung« der allgemeinen Linie tritt; denn ein solches Konzept läuft Gefahr, sich in der Ideengeschichte von Führungszirkeln zu verlieren und die Gesamtpartei und Klasse nur als reagierendes Umfeld zu begreifen.

Ausgehend von der antiautoritären Richtung der Studentenbewegung formulierte

sich eine Gegenströmung, die die ausschließliche Beschäftigung mit der »Basis«, den Massen forderte. Sie blieb aber weitgehend in diesem abstrakten Anspruch stecken, der die zu Recht gesuchte Vermittlung beider Ebenen gerade nicht herstellte, sondern jetzt die Trennung von »unten« her zementierte. In der Konsequenz führte die Suche nach der »anderen Arbeiterbewegung« denn auch zur Abwertung der organisierten Teile des Proletariats überhaupt⁴.

Hingegen ist gerade die Analyse der Vermittlungen zwischen der Gesamtbewegung, ihrer Führung und Basis notwendig, um das spezifische Gefüge der Arbeiterbewegung in den Griff zu bekommen; denn weder Organisationsblindheit noch Hypostasierung einer autonomen Basis vermögen den Charakter der Arbeiterbewegung als Artikulation jener Klasse herauszuarbeiten, die aus ihrer Stellung im kapitalistischen Produktionsprozeß heraus die Kraft zur gesellschaftlichen Alternative und zur Erringung der Führungsrolle in Gesellschaft, Kultur und Politik entfaltet. Die Darstellung des Weges der Arbeiterklasse zur Hegemonie, verbunden mit ihrer (Selbst-)Erziehung zum Hegemon, verlangt eine Geschichtsschreibung, die Partei, Arbeiterbewegung, Lage der Arbeiterklasse und ihre Stellung in der historisch konkret bestimmten Gesellschaftsstruktur in ihrer Differenzierung und Wechselwirkung analysiert⁵.

Zur Rolle der Regionalgeschichtsschreibung der Arbeiterbewegung

Innerhalb dieses grob skizzierten Problemfelds gewinnt auch die Regionalgeschichtsschreibung ein größeres Gewicht, da ihr überschaubarer Gegenstand eine detaillierte Aufarbeitung der Vermittlungen zwischen sozialer Lage und politischer Aktivität einerseits und den inneren Strukturen der Arbeiterbewegung andererseits erlaubt. Darüber hinaus liefern regionale Untersuchungen erst jenen Bestand von Einzelinformationen, der es ermöglicht, ein geschlossenes Gesamtbild auch einer gesamtnationalen Organisation zu zeichnen⁶.

Daneben gilt es, Einzelercheinungen der Geschichte der Arbeiterbewegung, Streikaktionen, Rätebildungen, Organisationsgründungen, Widerstandsbewegungen an ihrem jeweiligen Ort nachzugehen. Außerdem spielen forschungspragmatische Gründe eine Rolle; denn für viele Fragestellungen ist das Quellenmaterial außerordentlich verstreut, so daß der überdurchschnittlich hohe Arbeitsaufwand bei der Quellenerschließung vom Bearbeiter eine enge Themeneingrenzung verlangt⁷.

Im folgenden soll versucht werden, anhand ausgewählter Untersuchungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung des Rhein-Ruhrgebiets herauszufinden, welche methodischen Vermittlungskategorien zwischen politischer Bewegung und sozialer Lage sowie zwischen allgemeinen und Einzelercheinungen angewandt werden und inwieweit sie dazu beitragen, die Entwicklung der Gesamtarbeiterschaft differenzierter anzugehen.

Dabei ist keinesfalls Vollständigkeit angestrebt⁸, sondern es sollen die verschiedenen Ansätze exemplarisch dargestellt und danach befragt werden, welchen Erkenntniswert sie über die Zusammenstellung regionaler Quellen und Fakten hinaus für die Geschichte der Arbeiterbewegung haben. Der unter Regionalgeschichte begriffene Raum variiert in diesen Arbeiten vom Gesamtterritorium Rheinland-Westfalens über das Industriegebiet im engeren Sinne bis hin zu einzelnen Städten.

Einer regionalen Geschichte der Arbeiterbewegung stellt sich eine ganze Liste von Fragen, die die Weite der Problemstellung andeuten:

- Wie entstehen die sogenannten Hochburgen der Arbeiterbewegung? Was befähigt das Proletariat etwa in den Städten des bergischen Landes zur frühzeitigen hochkomplexen politischen und gewerkschaftlichen Organisation? Welche Faktoren bestimmen den politischen Standort solcher Hochburgen auf der »Rechten« oder der »Linken« der Arbeiterbewegung?
- Wer ist innerhalb des Proletariats eigentlich der Träger der revolutionären Traditionen, bzw. Basis einer besonders gemäßigten, beharrenden Strömung? Woher rekrutieren sich die örtlichen Führungskader solcher Fraktionen, wie stellen sie Kommunikation und Zusammenhalt her (z. B. durch eine lokale Zeitung, vorgegebene Konzentration in Betrieb und Wohnsiedlung)?
- Welche Faktoren lösen Kämpfe für soziale oder politische Forderungen aus? Was bestimmt die Motive und Zielsetzungen der Kämpfenden? Wovon hängen Durchschlagskraft und Durchhaltevermögen ab?
- Warum weisen benachbarte Orte/Wohnsiedlungen/Landschaften mit weitgehend übereinstimmender sozialer Struktur signifikant unterschiedliche politische Verhaltensmuster auf? Man denke an den Einfluß der katholischen Arbeiterbewegung im nordwestlichen Ruhrgebiet, die linken Zentren im Duisburger Raum, die paternalistische Struktur in den Kruppbetrieben oder den gemäßigt-sozialreformerischen Trend in der Bochumer Bergarbeitergewerkschaft.
- Mit der Koexistenz differierender Verhaltensweisen ist die Frage nach den Faktoren aufgeworfen, die eine gewordene Konstellation der politischen Kräfte aufbrechen können, z. B. nach den Ursachen der katastrophalen Stimmenverluste der SPD bei den Reichstagswahlen 1920 nach der Zerschlagung der Roten Ruhrarmee, oder den Kräfteverschiebungen zwischen den christlichen, sozialdemokratischen und den syndikalistisch-kommunistischen Gewerkschaften im Ruhrbergbau.
- Nicht zuletzt stellt sich die Frage, welche Organisations- und Aktionstypen die Arbeiterschaft in den verschiedenen örtlich/zeitlichen Situationen hervorgebracht hat, auf welche spezifischen Bedürfnisse damit geantwortet wurde und welche Ziele damit angestrebt und realisiert wurden.
- Aber nicht nur der innere Aufbau der Arbeiterbewegung gewinnt im regionalen Ausschnitt an Konkretion, sondern auch ihr Verhältnis zu ihrer Umgebung, den anderen Klassen und Schichten, und der vor Ort faßbaren Struktur und Funktion des Staatsapparats. So können Analysen der Kommunalpolitik in Ruhrgebietsstädten Informationen darüber geben, inwieweit die Arbeiterschaft ihre quantitative Dominanz in gestaltenden Einfluß auf die örtlichen Lebensbedingungen ummünzte, inwieweit sie Positionen in den Gemeinden erringen und zur Erringung der politischen und ideologischen Hegemonie nutzen konnte⁹.

Diese Fragen sollen einige Problembereiche der Regionalgeschichte markieren. Sie erheben weder einen Anspruch auf Vollständigkeit, noch können bereits zu allen genannten Bereichen Untersuchungen vorgestellt werden, wenn auch die meisten der im folgenden behandelten Arbeiten in der einen oder anderen Weise darauf eingehen.

Regionalgeschichte als organisationsgeschichtlicher »Ausschnitt«

Ein Großteil der regionalgeschichtlichen Untersuchungen über das Rhein-Ruhrgebiet scheint solche spezifischen Fragestellungen allerdings kaum zu reflektieren, sondern definiert das Forschungsinteresse ausschließlich von der allgmeinhistori-

sehen, nationalen Ebene her. Es ist ihr im wesentlichen darum zu tun, am Orte das bereits im großen und ganzen Gewußte erneut aufzuspüren und als zusätzlichen Beleg, als Illustration, zu »verallgemeinern«. Interessanterweise bedienen sich dieser Methode Historiker ganz unterschiedlicher ideologischer Provenienz.

Als fast idealtypisch für diese Forschungsrichtung kann Kurt Koszyks Aufsatz über die regionale sozialdemokratische Arbeiterbewegung 1890–1914 gelten¹⁰. Sozialstruktur und Stand der Konstituierung des Proletariats als Klasse werden unter der Rubrik »Aktionsfeld« in wenigen einleitenden Sätzen abgehandelt; dann folgen einige eher anekdotische Hinweise auf Konkurrenz und Rivalität regionaler Parteidimensionen und organisatorischer Gliederungen, einige (regionalunspezifische) Bemerkungen über Gemeindepolitik, Preußenwahlrecht und zum Abschluß ein Faktenreferat über äußere Daten der Organisationsentwicklung und Parteipresse. Sicher ist eine Zusammenstellung solcher Daten auch nötig, aber sie bietet schon von der erkenntnisleitenden Fragestellung her nur einige erläuternde Fußnoten einer in großen Zügen schon ausformulierten Geschichte¹¹.

Der gleichen Methode bloßer Organisationshistorie bedienen sich aber auch die marxistisch-leninistischen Historiker Mannschatz und Seider in ihrer Analyse der KPD im Ruhrgebiet 1945–1947¹². Sie liefern in ihrer Pionierarbeit eine solche Fülle konkreter Daten, daß spätere allgemeinere Darstellungen wieder darauf zurückgegriffen haben¹³; sie bemühen sich auch, die Möglichkeiten und Grenzen kommunistischer Politik unter Andeutung der jeweiligen Kräftekonstellation der Klassen deutlich zu machen. In mehreren für die Nachkriegszeit entscheidenden Fragen aber bleiben ihre Ausführungen merkwürdig blaß, obwohl gerade sie mit Hilfe regionaler Untersuchungen geklärt werden müßten: So entstellen Mannschatz/Seider die konkreten Prozesse der Rekonstituierung der Arbeiterbewegung unmittelbar bei Zusammenbruch des NS-Regimes. Das weitverbreitete Phänomen der Antifa-Auschüsse bleibt genauso unterbelichtet wie die kontroverse innerparteiliche Diskussion um die Frage der antifaschistisch-demokratischen Strategie einerseits und die Alternative zwischen sofortiger Neubildung der eigenen Partei oder vorrangigem Aufbau breiterer Einheitsorgane. In beiden Fällen begnügen sich die Autoren mit einem Referat der vorherrschenden Interpretationslinie der DDR-Geschichtsschreibung und drängen die »abweichende« Wirklichkeit des Ruhrgebiets in die Fußnoten¹⁴.

Diese Furcht, daß die historische Konkretion die »Reinheit« des Geschichtsbildes beeinträchtigen könnte, zeigt sich noch deutlicher in dem willkürlichen zeitlichen Abschluß der Untersuchung, die mit der optimistischen Gegenüberstellung des »Aufschwungs der Volkskräfte« bis April 1947 gegen die »imperialistischen Mächtschaften« endet. Mit dem Verzicht auf die Untersuchung der nachfolgenden Wende im Kräfteverhältnis kann die Frage ausgeblendet werden, wieso sich die »Volkskräfte« im folgenden eigentlich so rapide zersetzen und die KPD aus einer relativ einflussreichen Position in die Isolierung entlassen¹⁵. Gerade eine regionale Untersuchung hätte die bedeutende Umstrukturierung der Arbeiterklasse durch die Bevölkerungsveränderungen und -verluste in der Kriegs- und Nachkriegszeit, das Auseinanderbrechen gewachsener Belegschaften und Nachbarschaften, die Integration von Millionen Vertriebenen nichtproletarischer Herkunft und den Bruch zur Arbeitertradition in der Sozialisation der HJ-Generation der Arbeiterjugend thematisieren müssen, um auf dieser Grundlage am Bild betrieblicher und örtlicher Aktivitäten die Chancen und Schwierigkeiten einer Neuformierung der Arbeiterbewegung aufzuzeigen¹⁶.

Diese Kritik soll einer Auffassung von Regionalgeschichte als bloßem »Ausschnitt« der allgemeinen Organisationsgeschichte nicht die Existenzberechtigung absprechen. Bei einer präzisen methodischen Begrenzung ist auch eine solche Problemstellung ergebnisreich. So beschränkt Horst Lademacher seine Untersuchung der sozialdemokratischen Partei auf den knappen Zeitraum unmittelbar vor dem Sozialistengesetz und die überschaubare Rhein-Ruhr-Region und liefert dann eine minutiöse Schilderung der Eskalation staatlicher Repression sowie der Versuche der Sozialdemokraten, dieser zu begegnen. Damit vermittelt diese Fallstudie ein eindringliches Bild des Kräfteverhältnisses der Klassen und von Spielraum und Grenzen der Arbeiterbewegung 1878¹⁷.

Auch die Epoche 1933 bis 1945, in der die zentralen Organisationen der Arbeiter weitgehend zerschlagen oder in die Illegalität gedrängt waren, verlangt nach der regionalen Forschung, um die verstreuten Quellen auffindig zu machen und eine so heterogene Erscheinung wie den antifaschistischen Widerstand adäquat darstellen zu können. Auch eine Untersuchung, die sich nur auf die politisch-organisierte Widerstandstätigkeit beschränkt und das ganze Umfeld passiver Resistenz, individueller Opposition, humanitärer Hilfe, usw. ausschließt, erfüllt hier wichtige Aufgaben der Aufbereitung von Grundinformationen. Wenn man den Wert der Untersuchungen von Klotzbach und Steinberg über den Widerstand in Dortmund und Essen in dieser Hinsicht anerkennt, so bleibt doch die Kritik, daß ihre bewußte Beschränkung auf die illegalen Organisationen der Arbeiterbewegung und die Darstellung ihres Aufbaus und ihrer Zerschlagung den Widerstand von seinem sozialen Umfeld trennt¹⁸. So ist es schon verwunderlich, wenn in einem Buch über Widerstand und Verfolgung in Essen keinerlei Informationen über die innerbetrieblichen Verhältnisse bei Krupp, die Lage der dortigen deutschen und – besonders im Kriege – der ausländischen Arbeiter, zu finden sind, wenn Klotzbach bei seiner Schilderung der Dortmunder Widerstandsbewegung in der zweiten Kriegshälfte einen Streik im Panzerwerk Phönix einfach übersieht, und wenn nicht einmal die detaillierten Gestapoberichte zur sozialen Lage und Stimmung der Arbeiterschaft 1934/1935 ausführlich dargestellt werden¹⁹.

Daß es möglich ist, engere analytische Vermittlungen zwischen organisiertem politischen Widerstand, unorganisierter Opposition und Stimmung und Lebenslage der (Arbeiter-)Bevölkerung aufzudecken, zeigt eine Untersuchung des Widerstands in Oberhausen durch Michael Zimmermann, die die bisher verwandten Quellengattungen vornehmlich der Prozeßakten und der Personendossiers der Gestapo durch interne Berichte aus Widerstandsgruppen, die monatlichen Lageberichte der Gestapostellen und die Akten der Sondergerichtsprozesse vornehmlich im Sektor der unorganisierten Opposition ergänzt²⁰.

Welche Verwirrungen hingegen ein regionalgeschichtlicher Ansatz anrichten kann, der sich auf die konkretistische Aufzählung ungeordneter Einzelfakten kapriziert, zeigt sich in der Aufnahme des Buchs von Bludau über den Widerstand in Duisburg. Horst Dähn etwa kritisiert zwar die konfuse allgemeinpolitischen Versuche Bludaus, lobt aber die Detailfülle der örtlichen Faktenangaben, nicht wissend, daß Bludaus Schluderigkeit gerade im Umgang mit den konkreten Ereignissen und Quellen wahre Triumphe feiert²¹.

Sicher wäre es ein methodischer Kurzschluß, wollte man die ungelösten Probleme der Geschichte der Arbeiterbewegung einfach durch den Rückzug auf die basisnähere

regionale Empirie angehen. Ohne die systematische Reflexion der Vermittlungskategorien zwischen der allgemeinen Klassenbewegung und ihren örtlich-konkreten Äußerungen entsteht eben nur jener bei Bludau kritisierte »Datensalat«.

Zumindest die Wechselwirkung zwischen den nationalen und den regionalen Tendenzen sollte also bei der Bestimmung des Untersuchungsgegenstands ausreichend thematisiert werden. Dazu gehören eine Begründung der Objektwahl nach verallgemeinerbaren, typischen Erscheinungen sowie charakteristischen Besonderheiten des Orts, des Zeitpunkts und des zu untersuchenden Aspekts der Arbeiterbewegung.

Soweit es darum geht, allgemeine Tendenzen am Ort aufzuspüren, muß methodisch zwischen den Fragen nach bloßer Verbreitung, somit der auch regionalen Gültigkeit einer überregional bereits angelegten Erscheinung, und den Fragen nach regional gegenläufigen Tendenzen, charakteristischen Abweichungen und Sonderformen unterschieden werden. So ließe sich zum Beispiel bei der Analyse der Auswirkungen der innerparteilichen Diskussionen in der Sozialdemokratie von 1914 auf das Rhein-Ruhrgebiet im ersten Einstieg danach fragen, wie stark und in welcher örtlichen Verteilung die Rechten, Linken und das Zentrum repräsentiert waren. Ein zweiter Zugriff würde dann auf die Ursachen für die Entstehung solcher Schwerpunkte und damit auf die besonderen Faktoren, die die innerparteiliche Differenzierung vorangetrieben haben, zielen.

Damit wäre der Rahmen der Vermittlung von Gesamtdarstellung und regionaler Spezialuntersuchung zunächst abgesteckt. Die Bedeutung eines solchen problemorientierten regionalhistorischen Ansatzes entfaltet sich aber erst dann vollständig, wenn es gelingt, aus der Analyse der spezifischen Weise der Transformation der gesamtnationalen Debatte auf die Parteibasis Erkenntnisse über die innere Struktur der Arbeiterbewegung in zweifacher Hinsicht zu gewinnen:

Erstens ließe sich untersuchen, welche Formwandlungen die politische Ideologie durchläuft, wenn sie sich mit den Massen verbindet, welche Sprache, welcher Bezug auf die Tagespraxis, die Erfahrungs- und Verhaltensmuster der Arbeiterklasse dabei entstehen.

Zweitens ließen sich auf dieser Grundlage verallgemeinerbare Erkenntnisse über die realen Vermittlungsmechanismen zwischen Herkunft, sozialer Lage, Arbeitsprozeß, Bewußtsein, Organisation und Aktion gewinnen.

Diese Sichtweise sprengt aber den Rahmen einer einfachen analytischen Beschränkung auf das Verhältnis von Gesamtorganisation und regionalem Ausschnitt. Hier könnten gerade aus der Analyse der örtlichen Besonderheiten differenziertere Erkenntnisse über die innere Struktur der Arbeiterklasse und -bewegung erarbeitet und typologisch verallgemeinert werden.

Regionale Fallstudien von Klassenkämpfen

Unter den Fallstudien regionaler Klassenkämpfe lassen sich nach der spezifischen Objektwahl an ihrer Relation zur gesamtnationalen Tendenz verschiedene Gegenstandsbereiche unterscheiden:

1. Der erste Themenbereich, noch am engsten dem Konzept von Regionalgeschichte als »Ausschnitt« verbunden, aber durch die systematische Reflexion der Objektwahl von dieser getrennt, umfaßt die lokalen und regionalen Teilbewegungen, bzw. organisatorischen Teilgliederungen z. B. die Rätebewegung in Nordrhein-Westfalen während der Novemberrevolution²². Hier werden das Örtliche als Beson-

derheit im Rahmen des Allgemeinen angegangen, Differenzen wie Gemeinsamkeiten zu den nationalen Formen der Rätebewegung festgestellt und das Gesamtbild durch örtliche Fallstudien bereichert.

Untersuchungen über die örtlichen Antifa-Bewegungen 1945²⁴ konzentrieren sich noch stärker zunächst auf das örtlich Besondere, nicht zuletzt, weil in dieser Phase der nationalen Zersplitterung das zusammenfassende Moment erst sekundär auftritt. Gerade in der Schilderung der vielfältigen Variationen und Widersprüche in den Entwicklungslinien der »Antifas« leuchtet dann ein Reichtum an Gestaltungskraft und Initiative auf, der die von 12 Jahren Faschismus ausgelagte Arbeiterbewegung im Moment ihrer Befreiung kennzeichnet. Die regionale Analyse läßt aber auch den vergleichsweise instabilen Masseneinfluß der »Männer der ersten Stunde« in den Antifas und die Weiterführung traditioneller Strukturen entgegen dem zeitgenössischen Augenschein plastischer hervortreten, als dies aus der Ideengeschichte der Parteispitzen von KPD und SPD 1945/1946 rekonstruierbar wäre.

2. Der Aspekt nationaler Zersplitterung in der Antifaphase 1945 verweist schon auf jene zweite Themengruppe, die sich mit den regional heterogenen Erscheinungen der Arbeiterbewegung befaßt. Dazu gehört der Prozeß der Herausbildung des Proletariats als Klasse, der sich, gerade weil sich auch die Struktur der kapitalistischen Gesellschaftsformation erst durchzusetzen beginnt, nur in seinen spezifischen Ausformungen nach Ort und Branche, Herkunft und Tradition untersuchen läßt²⁵. Als über längere Zeiträume selbständige Sonderformen könnten dann etwa die Bergarbeiter des Ruhrgebiets²⁶, die Textilarbeiter des Münsterlands, die Arbeiter einer um ein Einzelwerk herum entstehenden Retortenstadt wie Bayer-Leverkusen oder nationale und kulturelle Minderheiten, wie die Polen im Ruhrgebiet untersucht werden²⁷.

3. Besonders die regional begrenzten Klassenkämpfe, deren Bedeutung aber oft auf ganz Deutschland ausstrahlte, verdienen es, in Fallstudien untersucht zu werden, wie die großen Bergarbeiterstreiks von 1889, 1905 und 1912²⁸, der Kampf der Roten Ruhrarmee 1920²⁹ oder die schon erwähnten Hungermärsche 1947/1948.

Gerade der methodische Ansatz regionaler Fallstudien, der es erlaubt, Ursachen, Entwicklungen und Ergebnissen eines Konflikts bis in seine örtlichen Verästelungen nachzugehen, bietet die Chance, eine konkrete und differenzierte Vermittlung zwischen der Konstatierung des gesellschaftlichen Klassenantagonismus und seiner subjektiven Realisierung in Aktionen und Äußerungen von Parteien, Gewerkschaften oder Belegschaften zu leisten. Untersucht man etwa den Ruhreisenkonflikt von 1928, so ergibt sich an diesem Wendepunkt der Geschichte der Weimarer Republik aus der regionalen Konstellation schlaglichtartig ein Bild der gesellschaftlichen Hauptkräfte, der Option der Schwerindustrie für den Abbau der sozialen und demokratischen Sicherungen, der Sozialdemokratie und Gewerkschaften schwankend zwischen Verteidigung des Status quo und erstem Zurückweichen vor der Offensive der Rechten, und der KPD, die sich gerade der spalterischen RGO-Taktik zuwendet³⁰.

Auch Eva-Cornelia Schöck³¹ greift sich in ihrer Untersuchung der Gründe für die zunehmende Spaltung der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik neben den Metall- und Chemiarbeitern die Bergarbeiter des Ruhrgebiets heraus. Sie gibt sich nicht mit den Erklärungen für die RGO-Linie auf der Ebene der Parteiführung und -ideologien zufrieden, sondern fragt, welche sozialökonomischen Dispositionen und Erfahrungen einen Teil der Arbeiterschaft dafür aufnahmefähig machten. Die Ursache sieht sie in der verschärften Rationalisierungsoffensive der zwanziger Jahre, die

das Profil der Arbeiterschaft wesentlich verändert und zu verschärfter Arbeitsplatzunsicherheit, -fluktuation und Arbeitslosigkeit schon vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise führt. In der radikalisierten und aufgrund ihrer sozialpsychologischen Lage für eine längere politische Perspektive nicht mehr ansprechbaren Gruppe der Arbeitslosen sieht sie ein Hauptreservoir der Ultralinken in der KPD, was sie anhand der KP-Anhängerschaft an der Ruhr vielfältig belegt.

Am Beispiel solcher Fallstudien lassen sich die besonderen Leistungen regionaler Analysen für die Geschichte der Arbeiterbewegung verdeutlichen³²:

1. lassen örtliche Untersuchungen und ihr Vergleich die jeweiligen Ensembles von verursachenden Faktoren, begleitenden Bedingungen und Wirkungsformen herausarbeiten. Damit erhellen sich sowohl die besonderen Formen als auch die allgemeinen Grundtypen komplexer Entwicklungen, wie zum Beispiel der Formierung des Proletariats zur Klasse oder die Organisationsbildungen.
2. klärt die Regionalgeschichte die unterschiedlichen Modi langsamerer oder schnellerer, sprunghafter, stagnierender oder regressiver Entwicklungen. So könnten regionale Untersuchungen die Probleme erhellen, die das schnelle Wachstum der Gewerkschaften nach der Jahrhundertwende (viel mehr noch ihre plötzliche Vervielfachung nach der Novemberrevolution) für den inneren Zusammenhalt, die Organisationsformen und die Handlungskonzepte mit sich brachten. Anhand der Massenabwanderung von SPD-Mitgliedern und Wählern zur USPD 1920, sowie dann – teilweise – weiter zur KPD ließe sich das Problem der plötzlichen Verschiebung der Gewichte innerhalb des politischen Spektrums der Arbeiterbewegung untersuchen, während solche Phänomene wie die »Treue« vieler SPD-Anhänger zu lokal bekannten Parteiführern, die Mechanismen des fortwirkenden reformistischen Einflusses beleuchten³³.
3. Am Ort lassen sich auch spezifische historische Randbedingungen der Existenz der Arbeiterklasse in ihrer Wirkungsweise und unter dem Gesichtspunkt ihrer Bekämpfung oder Nutzbarmachung darstellen; so zum Beispiel der Einfluß der christlichen Arbeiterorganisationen im nördlichen Ruhrgebiet, am linken Niederrhein und im Köln-Aachener Raum; oder das Fortwirken der ständischen Traditionen des Bergbaus auf die »gewachsenen« Bergarbeiterstädte wie etwa Bochum.
4. Nicht zuletzt stehen die spezifisch proletarischen Traditionen, Muster von sozialem Verhalten und Identität zur Erforschung an, die sich am Ort herausbilden, mit unter vergleichbaren sozialökonomischen Rahmenbedingungen völlig unterschiedlichen Tendenzen, wenn man etwa an den paternalistisch integrierten Kruppianer oder an die selbstbewußten Roten Siedlungen, wie den Dortmunder Norden, den Bochumer Griesenbruch oder Dunkelschlag und Eisenheim in Oberhausen denkt³⁴.

Regionalgeschichte als integrierte Sozialgeschichte

Mit der Untersuchung von Erhard Lucas über den »Arbeiterradikalismus«³⁵ ist erneut jene notwendige Integration der Sozialgeschichte der Arbeiterklasse und der Geschichte der Arbeiterbewegung als Geschichte politischer Bewußtwerdung, Organisation und Aktion fruchtbar thematisiert worden, deren lange Vernachlässigung erst die an sich tautologische Forderung nach einer Geschichte der Arbeiterbewegung als Sozialgeschichte als berechtigt erscheinen läßt.

Lucas untersucht zwei Hochburgen des Arbeiterradikalismus zu Beginn unseres Jahrhunderts: Remscheid und Hamborn, die beide gleichen überörtlichen Bedin-

gungen (Teil des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, Regierungsbezirk Düsseldorf im Staat Preußen) unterworfen sind, einen hohen Arbeiteranteil an der Bevölkerung aufweisen und dennoch ganz unterschiedliche proletarische Lebensformen und ganz unterschiedliche Formen des Widerstands gegen das kapitalistische System hervorbringen. Remscheid mit seinen Klein- und Mittelbetrieben der Metallverarbeitung und seiner langen handwerklichen Tradition bringt ein Proletariat hervor, das sich durch ein hohes Niveau der Arbeiterkultur, der gewerkschaftlichen und politischen Organisation und ein Klassenbewußtsein, das auf stetige Teilnahme am proletarischen Organisationsleben, aber auch auf die geschlossene und disziplinierte Aktion zielt, auszeichnet. Hamborn hingegen, eine ohne Tradition, mit Arbeitsimmigranten aus den preußischen Ostgebieten, Polen und Böhmen aus dem Boden gestampfte Bergarbeiterstadt, bleibt zunächst in der gewerkschaftlichen und politischen Organisation der Arbeiterklasse völlig zurück, bis die Novemberrevolution die Schleusen der Radikalisierung öffnet und wuchtige spontane Massenstreikaktionen hervorbringt.

Lukas bleibt nicht bei der Konstatierung der sozialstrukturellen Unterschiede einerseits, der differierenden Formen des Klassenkampfes andererseits stehen, sondern er spürt den Vermittlungsgliedern zwischen Arbeiterleben und Klassenhandeln nach, untersucht Arbeitsformen, Wohnsituation, Lage der Frauen und Jugendlichen, Sexualität, Armenwesen, Freizeitverhalten und Kommunikation sowie die Formen der Kriminalität und der Auseinandersetzung mit den »Ordnungskräften« überhaupt, beschreibt ausführlich die Aktionen der Revolutionszeit 1918/1919, um dann im Vergleich der beiden Orte Erklärungsversuche anzusteuern, warum ein bestimmter Typ von Arbeiterklasse spezifische Aktionsformen, Bewußtseinsinhalte und Zielsetzung hervorbringt. Dabei gelingt es ihm, die Fülle der Daten in der Herausarbeitung von Typen der »proletarischen Lebensweise« zu konzentrieren und damit eine Verknüpfung zwischen objektiven Bedingungen, Verarbeitung dieser Lage und – politischer – Äußerung herzustellen. Es kann in diesem Zusammenhang nicht auf die einzelnen Aspekte dieser Methode eingegangen werden, mit der Lucas, auch seinem Selbstverständnis nach, Neuland betreten hat, und die sicher noch in vielem zu diskutieren und weiterzuentwickeln wäre; es bleibt aber der Anstoß hervorzuheben, der in einer Verknüpfung von Sozialgeschichte und explizit politischer Geschichte der Arbeiterbewegung liegt, die nicht die vielfältigen spezifischen Vermittlungsmechanismen überfliegt, sondern sich gerade aus der detaillierten Analyse der konkreten Äußerungen der Vermittlung beider Ebenen entfaltet.

Lucas bemüht sich besonders, auch den der dominanten deutschen Organisations-tradition zuwiderlaufenden spontanen »undisziplinierten« (im formalen Sinne) Äußerungen der Hamborner Bergarbeiter gerecht zu werden. Seine Polemik gegen pauschale Abqualifizierungen der »unteren« Arbeiterschichten durch die bisherige historische Literatur schießt jedoch dort über das Ziel hinaus, wo es ihm nicht mehr darum geht, einen vernachlässigten Aspekt der Arbeiterbewegung in sein Recht einzusetzen, sondern wo er, besonders in seiner abschließenden Reflexion über aktuelle Strategien der Arbeiterbewegung, in die Apologie des Spontaneismus hineingerät und jetzt seinerseits die organisierten Formen abwertet.

Klaus Tenfelde (»Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert.«)³⁶ bemüht sich, die Vermittlung von politischer und sozialer Geschichte sowohl in der Strukturanalyse als auch in der Untersuchung des rapiden historischen

Wandlungsprozesses zu leisten, der Bergbau und Bergarbeiter im Laufe weniger Jahrzehnte in der Mitte des 19. Jahrhunderts radikal veränderte. Er geht, ohne in seiner materialreichen Arbeit die konkrethistorischen Unterschiede und Sonderformen zu verwischen, von einem an Marx' »Fragebogen für Arbeiter«³⁷ orientierten analytischen Modell aus, das mit der Bestimmung der Eigentumsverhältnisse beginnt, dann den jeweiligen Stand der Produktivkräfte kennzeichnet, um daraus die Arbeitsbedingungen und die Lebenslage der Bergarbeiter aufzeigen und mit ihrem ideellen, verhaltensmäßigen und organisatorischen Ausdruck, kurz, der Konstituierung der Bergarbeiterbewegung, zu enden. Dieses vierstufige Gliederungsschema wendet Tenfelde nun auf die historische Entwicklung des Ruhrgebiets im 19. Jahrhundert an, an dessen Beginn ein staatsdirigistischer Bergbau auf vorindustrieller Stufenleiter, und an dessen Ende ein kapitalistisch »entfesselter« großindustrieller Bergbau steht, der zusammen mit der Schwerindustrie eine ganze Region nach seinem Bilde umgeformt hat. Tenfeldes Interesse gilt der Veränderung der Bergarbeiterschaft vom deutlich privilegierten Stand mit relativer sozialer Sicherung durch Knappschaftswesen, obrigkeitlich-fürsorgliche Bergbehörde, Formen der ständisch gebundenen »Mitbestimmung« (Beschwerdewesen, Teilnahme an der Knappschaftsverwaltung) und entsprechender Bodenständigkeit und Staatsloyalität, hin zur modernen Klasse, die sich gewerkschaftlich organisiert und politisch in der Sozialdemokratie zunehmend vertreten fühlt.

Am vergleichsweise ruhigen, auf die Ausnutzung der legalen Beteiligungsformen ausgerichteten Verhalten der Bergleute noch in der 1848er Revolution, als im benachbarten Wuppertal bereits die Textilarbeiter den Typus des Barrikadenkämpfers prägen, wird deutlich, daß es erst der Durchsetzung der kapitalistischen Struktur durch die Reformen des Bergrechts in den 1850er Jahren bedurfte, um den »doppelt freien Lohnarbeiter« auch im Bergbau hervorzubringen. Obwohl auch in der ersten Jahrhunderthälfte die Bergarbeiterschaft rapide anwuchs, folgt die explosionsartige Vergrößerung der Klasse erst im Gefolge des »entfesselten« kapitalistischen Aufschwungs der großen Bergbauproduktion nach der Jahrhundertmitte, der gegen Ende des 19. Jahrhunderts dann in der Masseneinwanderung aus den Ostgebieten gipfelt. Tenfelde zeigt minutiös auf, wie sich erste Formen neuen Kollektivbewußtseins und organisierten Handelns, zunächst unter beträchtlichem Einfluß der katholischen Arbeiterbewegung herausbilden. Entgegen der gängigen These vom bleibend konservativen Verhalten der Bergleute auch nach Auflösung der ständischen Bindungen, belegt Tenfelde, daß diese in erstaunlich kurzer Zeit zu den »klassischen« Formen proletarischer Aktion (erster großer Streik in Essener Revier: 1872; Massenstreik der Bergleute: 1889) und Organisation (Gewerkschaftsgründung des sog. Alten Verbands: 1889) finden.

Anhand dieser Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft wird deutlich, wie sehr die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise auch ein traditional geprägtes »Reservat« in kürzester Frist umgestaltet und insoweit egalisiert, als sich Logik der Produktion, Verhalten der Unternehmer sowie Verhalten und Organisation der Arbeiter aus ihrer neuen Stellung in der kapitalistischen Gesellschaftsformation ableiten. Gleichzeitig bleiben aber die besonderen Bedingungen der bergbaulichen Produktionsform und ihrer geschichtlichen Herkunft in spezifischer Brechung durch die neuen Verhältnisse in Kraft. Nicht zuletzt prägen sie die konkreten Wege, auf denen die Bergarbeiter zu politischen und gewerkschaftlichen Ausdrucksformen ihrer ver-

änderten sozialen Lage kommen. Ansätze übrigens, deren Intensität und Vielseitigkeit Tenfelde gegenüber jenen oftmals verkürzenden Darstellungen betont, die die nichtmarxistischen Organisationsformen häufig unterbewerten, obwohl sie dem tatsächlichen Stand der Entwicklung von Klassenbewußtsein zeitweise adäquat waren.

Die Arbeiten von Lucas und Tenfelde scheinen mir in großem Maße die eingangs erhobene Forderung nach der Integration der Geschichte der sozialen Lage der Arbeiterklasse und ihren politischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten zu erfüllen. Von ihren methodischen Überlegungen ausgehend, ließe sich für die Sozialgeschichtsschreibung der Arbeiterbewegung folgende schrittweise Herangehensweise vorschlagen:

1. Als Ausgangspunkt empfiehlt sich die konkrete Analyse der materiellen Bedingungen kapitalistischer Produktion in der zu untersuchenden Region oder Branche: die Ausformung der Produktionsverhältnisse vom Besitztitel bis hin zur Konzerngröße und den besonderen Bedingungen der Vermarktung einerseits, der Modalitäten der Beschäftigung und Entlohnung der Arbeiter andererseits. Damit verbunden wäre die Untersuchung des Stands der industriellen Produktivkräfte bis hin zu den daraus resultierenden Arbeitsbedingungen.
2. Sodann würde es darum gehen, die Genese des Proletariats als Klasse, die Besetzung ihres »Orts« in dieser kapitalistischen Struktur nachzuzeichnen. Dabei stände der Vereinheitlichungsprozeß einer zunächst nach sozialer wie regionaler Herkunft differenzierten Arbeiterschaft im Mittelpunkt.
3. Im nächsten Schritt hieße es, die Haupttypen der »proletarischen Lebensweise«, ihre verschiedenen Elemente wie Arbeit, Lohn- und Lebensstandard, Wohnen, Kultur, Tradition und Kommunikationsformen in charakteristischen Verknüpfungen aufzuzeigen.
4. Daraus ergäbe sich einerseits eine innere Struktur der Arbeiterklasse nach Typen und Gruppen, nach differenzierenden und integrierenden Elementen;
5. andererseits resultierten daraus auch Modelle verschiedener Formen kollektiven Bewußtseins und Handelns.
6. Daran würde sich die Untersuchung der konkreten Arten der Zusammenfassung und Vereinheitlichung der Arbeiteraktivitäten bis zur Entwicklung eines eigenen organisatorischen und politischen Ausdrucks ihrer Kämpfe anschließen.
7. Auf diesem Hintergrund ließe sich dann, wie dies Lucas und Tenfelde für ihre Bereiche durchführen, eine materialistische Geschichte der Arbeiterorganisationen und -kämpfe, der Herausbildung und Durchsetzung der spezifischen Ideologie der Arbeiterklasse und der Veränderung des Kräfteverhältnisses im Zuge dieser Kämpfe schreiben.

Damit erweist sich Geschichte der Arbeiterbewegung auf jeder der genannten Ebenen als dialektischer Prozeß, der die vier Aspekte erstens der Verselbständigung, zweitens ihrer Vereinheitlichung (und Organisierung), drittens der Entwicklung spezifischer politischer Alternativen für alle Sektoren der Gesellschaft, viertens der Entfaltung der politischen Aktion der Arbeiterklasse bis hin zur Erringung ihrer Hegemonie, umfaßt.

Der dauernde Rückgriff auf die differenzierte soziale Realität, wie sie sich etwa in der Regionalgeschichte äußert, würde es erlauben, die Gefahr des Schematismus zu umgehen, der historische Tendenz, erreichten Stand und Art und Rythmus der Ent-

wicklung der Arbeiterbewegung als determiniert betrachtet, dem dann also gegenüber Rückschlägen oder Niederlagen nur ein Fichtesches: »Um so schlimmer für die Wirklichkeit« bleibt. Statt dessen erschienen der erreichte Stand einer Arbeiterbewegung, die nationale Form der Partei, Gewerkschaft oder Aktionsweise und ihre Wirkungsmöglichkeiten und Einflußgebiete nicht als Emanation einer ideell präexistenten »Mission«, sondern als in der Praxis gefundene und theoretisch reflektierte Zusammenfassung der realen Klassenbewegung. In der Gewinnung der eigenen Tradition, in den Erfahrungen und materiellen Ergebnissen der eigenen Klassenkämpfe und der vergleichenden Reflexion der Erfahrungen anderer Regionen, Länder und Epochen schafft sich die Arbeiterklasse eines Landes ein unverwechselbares nationales Profil, das die Stärken, aber auch die spezifischen Schwächen ihrer Position in der Kräftekonstellation der Klassen widerspiegelt.

Eine solche Sozialgeschichte könnte auf dieser Grundlage auch in die theoretischen Kontroversen über die Strategie der Arbeiterbewegung eingreifen und ihnen ein materielles Korrelat in der Praxis der Klassenkämpfe sichern. So lassen sich die verschiedenen Konzeptionen zur Aktionseinheit der Arbeiterklasse (Einheitsfront von Oben, von Unten, von Oben und von Unten; RGO-Strategie auf eigene »rote« Gewerkschaften; Gegenüberstellung von Organisierten und Unorganisierten; Strategie der Einheitsgewerkschaft) vor Ort in ihrer realen Wirkungsweise überprüfen. Dabei kann die Regionalgeschichte nicht nur eine Differenzierung der Arbeiter nach ihrer parteipolitischen oder gewerkschaftlichen Option, sondern auch – und damit verknüpft – nach ihren sozialen Unterschieden, den Typen proletarischer Lebensweise durchführen. Die Aktionseinheitskonzeptionen sind dann zum Beispiel darauf zu befragen, wie sie die elementaren Aufgaben der Verselbständigung des Proletariats von paternalistischen Unternehmereinflüssen oder von sozialintegrativen Konzepten einerseits und der Vereinheitlichung der Klasse andererseits befördern. Dabei ließe sich auch die Frage nach den jeweils konkreten Lösungen beantworten, die die Arbeiter der unterschiedlichen Kategorien zur gemeinsamen Aktion bewegen können. Analysen etwa des exakten Verlaufs der Berliner Verkehrsarbeiterstreiks im November 1932 und ähnlicher Streikaktionen in diesem letzten Herbst der Weimarer Republik könnten dabei auch neue Erklärungen für die Wirkungslosigkeit der Generalstreikaufrufe am 20. 7. 1932 und am 30. 1. 1933 beisteuern.

In ähnlicher Weise könnten Regionalstudien, die bis in die proletarische Lebensweise »heruntersteigen«, die reale Resonanz jener in der Ideengeschichte der Arbeiterbewegung so heftig umstrittenen großen Wenden in der Taktik der Parteien (z. B. der verschiedenen Schwenks der KPD/Komintern in den Zwanziger Jahren) klären helfen und untersuchen, ob die differierenden Strategieangebote jeweils eine Basis in den Interessen und Erfahrungen der hauptsächlich angesprochenen Arbeitergruppen hatten, bzw. ob sich mit der strategischen Wende nicht das Feld von Arbeitergruppen verschob, auf das die Partei zielte.

Die relativ geringe Verbreitung marxistischer Positionen in der BRD findet sicher ihr Gegenstück im unentwickelten Stand der heutigen Arbeiterbewegung, der es nahelegt, sich auf die immer erneute Herausarbeitung der Grundsätze der marxistischen Theorie und der Grundzüge der Geschichte der Arbeiterbewegung zu konzentrieren. Aber so wenig eine solche Selbstbeschränkung der tatsächlich reichen und vielfältigen historischen Entwicklung gerade auch in Deutschland gerecht wird, so hilft sie auch nicht genug bei der so notwendigen Stärkung der Arbeiterbewegung in der

Gegenwart. Gerade der Verzicht auf das Schema und die Hinwendung zu den vielfältigen Ansätzen von Verselbständigung, Vereinheitlichung und Formulierung eigener Alternativen in den elementaren Bewegungen wird dazu führen, die heterogenen Bestrebungen zusammenzuführen und mit einem aus der Verarbeitung der eigenen Erfahrungen entwickelten politischen Bewußtsein zu artikulieren. Zu dieser strategischen Aufgabe der sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik liefert die Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung eine noch kaum ausgeschöpfte Fülle von Erfahrungen und Anregungen.

Sozialistische »Heimatgeschichte«?

Daß die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung durch den doppelten historischen Bruch der faschistischen Diktatur und der Nachkriegsrestauration weit hinter den einstmals erreichten Stand zurückgeworfen wurde, spiegelt sich in der verbreiteten Traditionslosigkeit selbst der demokratischen und sozialistischen Bewegung in der BRD, von der schlichten Unkenntnis über die Geschichte der eigenen Klasse bei der großen Mehrheit der Arbeiter einmal abgesehen. Ein konstruktives Selbstverständnis der eigenen Aufgaben impliziert für die Linke aber gerade auch ein positives Verhältnis zur nationalen Tradition der Arbeiterbewegung. Dieses historische Kollektivbewußtsein zurückzugewinnen – und es kann kein Zweifel sein, daß die systematische Auslöschung jeder Erinnerung an die demokratisch-sozialistische Linie der deutschen Geschichte ein herausragendes Element der ideologischen Restauration in der Bundesrepublik war – kann nicht nur heißen, die entsprechenden Lektionen der Geschichte der Arbeiterbewegung akademisch aufzuarbeiten.

Eine bewußte und dauerhafte Identifikation, die zum aktiven Handeln anregt, verlangt Bezugspunkte auf der Ebene der Anschaulichkeit, der Emotion, der personalen Relation und der Einbeziehung der Tradition in die eigene alltägliche Lebenssphäre, damit sie nicht als äußerliches Wissen, sondern als tradierte Erfahrung, als Ensemble von Antworten auf Fragen, die auch dem eignen aktuellen Interessenstand (immer noch) entspringen, verstanden wird. Hier liegt eine noch oft unterschätzte, manchmal sogar belächelte Aufgabe für eine »Heimatgeschichtsschreibung« der Arbeiterbewegung, die im überschaubaren und der eigenen Existenz unmittelbar verbundenen Rahmen agiert.

Unter dem heimatgeschichtlichen Aspekt der Traditionsgewinnung bekommen auch jene Regionalgeschichten ihre Bedeutung, die sich methodisch nur als »Ausschnitte« nationaler Geschichte definieren. Am Orte selbst gewinnen die Personennamen und Organisationsdetails, die additive Aufzählung von Aktivitäten ihr eigenes Gewicht.

Der Begriff »Heimatgeschichte« ist zwar weitgehend durch eine extrem reaktiönäre Variante bürgerlicher Geschichtsschreibung okkupiert, in der er mit Volkstümelei und Identifikation mit dem »Bodenständigen« gegen die industrielle »Massenkultur« gewendet wird, aber es gilt für die Arbeiterbewegung dennoch, gerade die von ihrer eigenen Arbeit geprägte engere Lebenswelt als Ort der eigenen Kampftradition zu reklamieren. Klassenbewußtsein erwächst zwar erst aus der praktischen Erfahrung mit den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft und läßt sich durch eine noch so wohlgemeinte Propagierung der revolutionären Arbeitstraditionen nicht einfach induzieren. Aber umgekehrt bedürfen auch die Erfahrungen, die sich in sozialen Kämpfen herausbilden, der langfristigen Verknüpfung mit der Ideologie und

Tradition der Arbeiterbewegung, um bewußte Strategien der Veränderung hervorzubringen. Der Bezugsrahmen für diese produktive Verwertung aktueller Erfahrungen ist sicherlich die Geschichte der Arbeiterbewegung. Die Vermittlung gerade der örtlichen und regionalen Historie hilft dabei in besonderem Maße, denn in ihr finden sich unmittelbare Bezüge auf schon Bekanntes, auf vertraute Plätze oder Personen. Hier gewinnen einzelne Ereignisse, aber auch die persönlichen Vertreter der kämpfenden Klassen an Kontur, werden sie benennbar, Gegenstand emotionaler Zustimmung oder Ablehnung. Schlüsselereignisse der Geschichte werden plastisch, erinnerbar und damit auch für den aktuellen Kampf nutzbar. Das gilt für Kampfstätten der Roten-Ruhrarmee 1920 genauso wie für traditionelle Demonstrationsplätze, »rote« Arbeiterviertel, für die Stätten faschistischen Terrors wie für Personen und Aktionen des Widerstands. Heimatgeschichte der Arbeiterbewegung ist dabei keine nostalgische Schwärmerie für vergangene, »revolutionärrere« Zeiten, sondern thematisch und auch durch ihre Träger und die Formen der Erforschung und Vermittlung unmittelbar mit der Gegenwart verbunden.

Gerade auch außerhalb der akademischen Institutionen leisten hier historisch interessierte Veteranen der Arbeiterbewegung einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung von Erfahrungen ihrer Klasse. Am bekanntesten dürften noch die Aktivitäten der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), ihre Erforschung der örtlichen antifaschistischen Traditionen und ihre Weitervermittlung besonders im persönlichen, einprägsamen Zeugnis ehemaliger Widerstandskämpfer sein. Aber auch andere Epochen der regionalen Arbeiterbewegung wurden von nicht-professionellen Arbeiter-Historikern schon zu einer Zeit angegangen, als die offizielle Regional- und Heimatgeschichtsschreibung noch vor der industriellen Revolution haltmachte und sich die Sozialgeschichte an den Hochschulen erst formierte.

Als Haupttätigkeitsfelder für die Erforschung und Vermittlung der Heimatgeschichte der Arbeiterbewegung im Rhein-Ruhrgebiet wären zu nennen:

1. Die Sammlung schriftlicher Quellen (Zeitungen, Broschüren, Prozeßdokumente, interne Schriftstücke), von Sachquellen (Fahnen, Abzeichen, Fotos) und Erinnerungen. Für den Bereich des antifaschistischen Widerstands haben hier u. a. Karl Schabrod in Düsseldorf, Walter Kuchta in Köln, Aurel Billstein in Krefeld umfangreiche Sammlungen zusammengetragen, die nicht nur der Auswertung durch die Forschung, sondern auch für Ausstellungen zur Verfügung stehen. Herausragend und in ihrer Art ohne Vergleich ist sicherlich die Sammlung zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Essen und im Ruhrgebiet, die Ernst Schmidt zusammengestellt hat.
2. Die Erarbeitung von Dokumentationen über Epochen und Geschehnisse des antifaschistischen Widerstands und der Arbeiterbewegung³⁸.
3. Die polemische Auseinandersetzung mit anderen Darstellungen zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung³⁹.
4. Die Durchführung von Vorträgen in Schulen, Verbänden, Parteien und Jugendorganisationen.
5. Die Herausgabe öffentlichkeitswirksamer populärer Darstellungen⁴⁰, Durchführung von Ausstellungen⁴¹, Vorführung selbstgefertigter Diavorträge und, in Köln, sogar eines Films mit Interviews ehemaliger Widerstandskämpfer⁴².

Der Wirkungsgrad solcher Aktivitäten reicht weit über den eigentlichen Raum der veranstaltenden Organisationen hinaus, wenn er auch insgesamt natürlich vom relativ niedrigen Stand des Klassenbewußtseins in der Bundesrepublik abhängig bleibt

und gegen die Übermacht der offiziellen Massenmedien kaum aufkommen kann.

Die Tatsache, daß Teilnehmer der Arbeiterbewegung selbst die Heimatgeschichte ihrer Klasse angingen, sollte auch die Studenten und Wissenschaftler an den Universitäten motivieren, ihr fachliches Handwerkzeug verstärkt zur Überwindung jener historischen »Gedächtnislücke« einzusetzen, die immer noch zwischen der Kampftradition der deutschen Arbeiterbewegung und der Mobilisierung dieser Erfahrungen für die Gegenwart klafft.

Zur bisherigen Argument-Diskussion

Da dieser Aufsatz schon vor Erscheinen des Artikels von Heer, Hemje-Oltmanns und Ullrich über »Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung; Neuere Tendenzen« (in *Argument* 106) fertiggestellt war, sei darauf und auf die Antwort Abendroths (in *Argument* 108) in einer Nachbemerkung eingegangen.

So begrüßenswert es ist, daß Heer u. a. »neuere Tendenzen« der Sozialgeschichtsschreibung vorstellen wollen, so hinderlich für eine weitere Diskussion ist die Form, in der das geschieht. Erstens steht der Rigorismus der geübten Kritik in keinem Verhältnis zu dem Standard der von den Autoren angebotenen Alternativen. Die Widersprüche und Unebenheiten in den verschiedenen Teilen einmal beiseitegelassen, wird die eigene Position immer nur implizit aus Kritiken und verstreuten Bemerkungen rekonstruierbar, nirgends aber systematisch ausgewiesen. Zweitens vermißt der Leser eine stringente Herleitung der methodischen Maßstäbe, die den Einzelkritiken zugrunde liegen. Hier schwanken die Autoren zwischen der Ebene des Faktischen (»Fehler«-Kritik), des Immanent-Logischen, der Ideologiekritik und der Stilkritik. Dies alles läßt man sich bei Einzelrezensionen gefallen, nicht aber in einem auf Systematik angelegten Text. Daraus resultiert auch die Unangemessenheit der Kritik selbst dort, wo es, wie bei Fülberth/Harrer, viel zu kritisieren gibt; denn einer 270seitigen Überblicksdarstellung läßt sich nicht vorwerfen, daß die sozialökonomischen Hintergrundinformationen nicht sehr detailliert sind, oder daß sie sich weniger auf eigene monographische Forschungen als auf die vorhandene Literatur stützt. Was man kritisieren kann, ist hingegen, daß sich Fülberth/Harrer der notwendigen Oberflächlichkeit mancher ihrer Urteile nicht bewußt zu sein scheinen, zumindest jedoch die offenen Probleme nicht thematisieren. Drittens läßt die Tendenz der Argumentation von Heer u. a. befürchten, daß die Autoren den Nutzen politisch-ideologischer Organisationsgeschichte generell in Frage stellen wollen und für eine ausschließlich »basisnahe« Betrachtung plädieren (wenn auch in der Besprechung von Lucas auf den »gesamten Klassenkampf der damaligen Periode« verwiesen wird; S. 879). Das aber würde den gerade erreichten Stand der Methodenvielfalt und der Mehrstufigkeit der Forschungsansätze in der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung wieder aufgeben wollen. Sozialgeschichte, zumal »basisnahe«, ist ein notwendiges Korrelat von Ideen- und Organisationsgeschichte, in ihr liegen die Schlüssel zur Beantwortung vieler Fragen, längst aber nicht aller. Gerade bei zentralistisch und oft auch autoritär geführten Arbeiterorganisationen versteht es sich von selbst, daß eine Betrachtung der »Basis« zwar Informationen über die Handlungspositionen der Anhängerschaft gibt, daß jedoch die Strategie und Ausrichtung konkreter Aktionen von den Auseinandersetzungen in den Führungszirkeln abhängt.

In diesen Kritikpunkten stimme ich mit der Tendenz von Wolfgang Abendroths Replik überein. Einige seiner Bemerkungen fordern jedoch zum Widerspruch heraus. Erstens: läßt sich die bisherige Beschränkung der marxistischen Historiker in der DDR und BRD auf Organisationsgeschichte nur von oben (Jürgen Kuczynskis 40 Bände Sozialgeschichte mußten in Ein-Mann-Betrieb entstehen!) nur aus den

schlechten Startbedingungen der marxistischen Historiker erklären? Sicher spielte das in der Bundesrepublik eine Rolle – für die DDR müßte man schon fragen, warum der Sozialgeschichte die Mittel nur spärlich zufließen, während prestigeträchtige Projekte der Parteigeschichte und jetzt das marx-philologische Jahrhundertwerk der MEGA riesige Summen verschlingen. Aber in erster Linie handelte es sich doch wohl darum, daß auch das Erkenntnisinteresse der marxistischen Historiker auf Ideologie- und Organisationsgeschichte fixiert war. Hier haben Gramscis Bemerkungen über die »Aufgaben einer Parteigeschichtsschreibung« (in: Philosophie der Praxis. Frankfurt 1967, S. 302f.) ihre Aktualität:

»Was ist die Geschichte einer Partei? Die bloße Erzählung vom inneren Leben einer politischen Organisation? (. . .) die Geschichte einer Partei kann nur die Geschichte einer bestimmten Gesellschaftsklasse sein. (. . .) Der Sektierer wird im innerparteilichen Kleinkram schwelgen, der für ihn eine geheimnisvolle Bedeutung hat und ihn mit mystischem Enthusiasmus erfüllt. Der Historiker, der zwar jedem Faktum die Wichtigkeit beimessen wird, die ihm im größeren Zusammenhang gebührt, wird vor allem den Akzent auf die reale Wirksamkeit der Partei legen.«

Wenn Wolfgang Abendroth erklärt, die Quellen zur Organisations- und Ideengeschichte seien leichter zugänglich als zur regionalen Sozialgeschichte, dann stimmt das nur teilweise. Gerade unter seinem Patronat sind in Marburg von Link, Tjaden, Drechsler, Ihlau u. a. exzellente organisations- und ideengeschichtliche Arbeiten entstanden, die auf einer unendlich mühsamen Quellensuche basieren. Daß dabei z. B. mehrere Arbeitsjahre zur Erforschung einer nur nach einigen Dutzend Mitgliedern zählenden Sekte wie den »Roten Kämpfern« investiert wurden, ist eine – achtenswerte – allein politische Entscheidung. Ich meine, den marxistischen Historikern in beiden deutschen Staaten stände die selbstkritische Einsicht recht gut an, daß sie sich oft mit einer Partei- und Ideengeschichte vor der abstrakten Folie der Arbeiterklasse zufriedener gegeben haben, statt sich mit den realen Lebensbedingungen und politischen Optionen der Arbeiter abzugeben, was sicherlich auch mit der relativen Isolierung der deutschen Marxisten nach 1945 vom Alltag und mehrheitlichem Fühlen der Arbeiter zu tun hat.

Zweitens stimme ich Abendroths Appell zu, vor einer polemischen Kritik an Kollegen zu bedenken, ob diese nicht von unberufener politischer Seite zu beruflichen Pressionen ausgenutzt werden kann. Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß damit die Empfehlung verbunden sein sollte, auf die begründete Kritik auch an miserablen Arbeiten berufsverbotsgefährdeter Kollegen gänzlich zu verzichten. Wenn man die Geschichte einer Partei wie der deutschen Sozialdemokratie durchgängig nur an dem einen Leisten mißt, wieweit sie den – als richtig vorausgesetzten – kommunistischen Ansprüchen entgegenkommt und sich auf deren Strategieangebote einläßt, so ist das für einen kommunistischen Autor eine legitime, wenn auch sehr enge Fragestellung. Dennoch scheint es mir notwendig zu sein, auf ein von marxistischer Seite oft allzu schnell durch »parteiliche« Wertung verleugnetes methodisches Prinzip hinzuweisen, zuerst und vor aller Wertung einmal die inneren Triebkräfte und das Selbstverständnis der untersuchten Partei auszuloten, ihnen – auch im Sinne schlichter Hermeneutik – zunächst Gehör und Verständnis (was nicht Zustimmung heißen muß) zu verschaffen, bevor durch die historische Konfrontation mit den gesamtgesellschaftlichen Konstellationen und den realen Wirkungen einer Konzeption die wertende Kritik entfaltet wird. Man lese nach, was Fülberth/Harrer zu den innerparteilichen Diskussionen vor 1914, zu den Erfolgen und Grenzen sozialdemokratischer Reformpolitik in den zwanziger Jahren und etwa zu den bis heute relevanten Konzepten der »Wirtschaftsdemokratie« und des WTB-Plans des ADGB zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise zu bemerken haben, um zu erkennen, daß hier die methodische

Einheit von Verstehen und Kritik zugunsten einer von außen herangetragenen bloßen Abwertung aufgegeben wird.

Drittens kann ich die pauschale Wertung nichtmarxistischer Autoren als in der Regel braver Faktenlieferanten, deren Interpretationsangebote aber für den Marxisten weitgehend unzulänglich seien, nicht nachvollziehen. Das mag in der auch wissenschaftsinternen Kalten-Kriegs-Konfrontation der fünfziger Jahre so gewesen sein. Heute jedoch tragen gerade viele gute Arbeiten von Sozialhistorikern, die sich nicht – oder jedenfalls nicht primär – auf Marx berufen, nicht nur zur besseren Faktenkenntnis über Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung bei, sondern auch zu einem tieferen theoretischen Verständnis, während es eben auch unter den marxistisch firmierenden Autoren solche gibt, die mit floskelhafter »theoretischer« Verbrämung eines empiristischen Faktenagglomerats nicht gerade erkenntnisfördernd sind. Die Fronten verlaufen heute glücklicherweise quer zu den wissenschaftstheoretischen Optionen. Daher würde m. E. die im Argument begonnene Diskussion sehr gewinnen, wenn in ihr das ganze Spektrum der Sozialgeschichtsschreibung der Arbeiterbewegung vertreten wäre.

Redaktionelle Anmerkung

Der bearbeitende Redakteur schlug zunächst vor, die Nachbemerkung »Zur bisherigen *Argument*-Diskussion« wegzulassen, weil Peukerts Kritik an den Positionen von Fülberth/Harrer und Abendroth nicht in der konkreten und ableitenden Weise durchgeführt ist, die seinen Aufsatz auszeichnet. Seine Wertung der Arbeiten von Fülberth/Harrer macht den Eindruck, sie verfare in genau der Weise, die er ihnen vorwirft, d. h. sich nicht zunächst konkret um ein Verständnis ihrer historiographischen Maßstäbe sich bemühend. Der Autor erhob Protest, und die Redaktion entschied, die Nachbemerkung trotz aller Einwände zu bringen. Vordringlich scheint der Redaktion der Versuch, das kritische Gespräch zwischen den divergierenden Richtungen der wissenschaftlichen Linkskräfte aufrechtzuerhalten bzw. z. T. erst in Gang zu bringen. Wir werden versuchen, den Fortgang der Diskussion über Arbeitergeschichtsschreibung so zu organisieren, daß die Differenzen scharf zwer, aber materialbezogen und das heißt zugleich: erwidierbar ausgetragen werden. Auch leuchtet uns Peukerts Vorschlag ein, die Diskussion nicht auf marxistische Sozialhistoriker zu beschränken. Wir sind davon überzeugt, daß die am historischen Material geführte Diskussion die Fruchtbarkeit marxistischer Methodologie ebenso steigert, wie sie ihre Überlegenheit im Vergleich zu konkurrierenden Methodologien deutlich machen wird.

Anmerkungen

1 Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1–38, Berlin 1961–1972.

2 Überdies liegt der Schwerpunkt der Monographien deutlich im 19. Jahrhundert. Kaum erforscht sind bisher außerdem Fragen der Arbeiterkultur und der Wohn- und Kommunikationsformen. Einen bibliographischen Gesamtüberblick bietet trotz einiger Lücken: Hans-Ulrich Wehler: Bibliographie zur modernen deutschen Sozialgeschichte (18.–20. Jahrhundert), Arbeitsbücher zur modernen Geschichte. Bd. 1. Göttingen 1976. Nicht mehr ausgewertet wurde die wichtige Aufsatzsammlung: Fabrik – Familie – Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter. Hrsg. v. Jürgen Reulecke u. Wolfhard Weber. Wuppertal 1978 (mit weiterführenden bibliographischen Angaben).

3 Die beiden marxistisch-leninistischen Standardwerke: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Berlin 1966, und Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Grundriß, Berlin 1974, bieten zwar eine entsprechende allgemeine Orientierung, verweisen damit aber um so deutlicher auf die Forschungslücken.

4 Karl Heinz Roth: Die »andere« Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland. München 1974; Eckhard Brockhaus: Zusammensetzung und Neustrukturierung der Arbeiterklasse vor dem ersten Weltkrieg. München 1975.

5 Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis. Eine Auswahl. Frankfurt 1967, bes. S. 300 ff.; s. a. Luciano Gruppi: Gramsci – Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats. Hamburg/Westberlin 1977.

Gramsci betont gleichzeitig die prägende und initiative Rolle des Führungskerns. Gegenüber der vorherrschenden Tendenz in der deutschen Historiographie muß m. E. aber gerade auch die Vermittlung mit der Basis und die Herausarbeitung des historisch konkreten Umfelds berücksichtigt werden, im Sinne Gramscis, daß auch Parteiengeschichte letztlich »nur aus dem vollständigen Bild des gesamten gesellschaftlichen und staatlichen Ensembles« resultiert (Gramsci, a.a.O., S. 303).

6 Beinahe klassisch formuliert Krause dies Erkenntnisinteresse primär von »oben« her: . . . »wären in weiteren Detail- und Regionaluntersuchungen die in dem Netz (der Gesamtentwicklung) sichtbar werdenden weißen Flecken mit Daten auszufüllen«. Hartfrid Krause: USPD. Frankfurt 1975, S. 29.

7 Ein beachtenswerter Versuch, dieses Dilemma zu überwinden, ist die Kollektivarbeit: Arbeiterinitiative 1945. Hrsg. von Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf, Peter Brandt, Wuppertal 1976 (dort auch Belege der Einzelveröffentlichungen des Autorenkollektivs). Die Autoren stützen dabei ihre konzeptionell aufeinander abgestimmten, aber nicht schematisch angeglichenen Beiträge auf eigene Dissertationen und Staatsexamensarbeiten mit örtlicher Thematik, lassen aber auch die übergreifenden Überlegungen plastisch werden.

8 Die »Mitteilungen der Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung«, Heft 1, 1977, Ruhr-Universität Bochum, machen hingegen den Versuch, nicht nur Publikationen zur Regionalgeschichte der Arbeiterbewegung in Nordrhein-Westfalen bibliographisch zu erfassen, sondern auch Staatsexamensarbeiten, Magisterarbeiten und Dissertationen.

9 In diesem Bereich versucht sich Beate Herlemann: Kommunalpolitik der KPD im Ruhrgebiet 1924–1933. Wuppertal 1977. Sie bleibt jedoch trotz allen Faktenreichtums in politisch-organisatorischer und ideologischer Parteiengeschichte stecken.

10 Kurt Koszyk: Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung 1890 bis 1914. in: Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen. Hrsg. Jürgen Reulecke. Wuppertal 1974, S. 149–173.

11 Ähnlich angelegt im gleichen Band: Siegfried Bahne: Die KPD im Ruhrgebiet in der Weimarer Republik (S. 315–354), und Hans Peter Ehni: Der Wiederaufbau der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg (S. 415–440), bei Ehni auch eine sehr formale Definition der »regionalen Partei« (S. 416 f.).

12 Gerhard Mannschatz/Josef Seider: Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren 1945–1947. Berlin 1962. Vergl. die scharf antikommunistische, jedoch ähnlich wie Mannschatz/Seider in Organisations- und Ideologiegeschichte verbleibende Diss. von Gudrun Schädel: Die kommunistische Partei Deutschlands in Nordrhein-Westfalen von 1945 bis 1956. Bochum o. J.

13 Z. B. Huster, Kraiker, Scherer, Schlotmann, Welteke: Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949. Frankfurt 1972; Ute Schmidt, Tilmann Fichter: Der erzwungene Kapitalismus. (West)Berlin 1971.

14 Leider konnte die umfassende materialreiche Dissertation von Hartmut Pietsch über den Neubeginn des politischen Lebens im Ruhrgebiet 1945 bis 1948 für diesen Aufsatz nicht mehr ausgewertet werden. Sie wird 1978 im Braun-Verlag, Duisburg, erscheinen.

15 So sank der Stimmenanteil der KPD in NRW von 1947 bis 1950 von 14% auf 5,5%.

16 Erste Überlegungen dazu bei Peter Brandt: Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau – Ausprägung – Politik in Bremen 1945/1946. Hamburg 1976. Christoph Klessmann und Peter Friedemann greifen in: Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946–1948. Frankfurt/New York 1977, das Thema von Mannschatz/Seider erneut auf, beschränken ihr Erkenntnisinteresse aber nicht auf die örtliche Konkretisierung der fraglos »richtigen« ZK-Linie, sondern bemühen sich, das ganze Bedingungsgeflecht von Besatzungsprärogativen, Organisationsgrad der Arbeiterbewegung, politischer Programmatik und sozialer und psychologischer Lage der Arbeiter zu berücksichtigen. Sie sehen in den Kämpfen von 1947/1948 einen »Protest

aus Verzweiflung mit rudimentären politischen Akzenten«, der »von der Gewerkschaftsführung nicht aufgegriffen« wurde zur Durchsetzung gesellschaftlicher Reformen (S. 77).

17 Horst Lademacher: Wirtschaft, Arbeiterschaft und Arbeiterorganisation in der Rheinprovinz am Vorabend des Sozialistengesetzes 1878, in: Archiv für Sozialgeschichte, XV, 1975, S. 111–145.

18 Kurt Klotzbach: Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover 1969; Hans-Josef Steinberg: Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg. 2. Aufl. 1973.

19 Wilma Gensinger/Richard Albrecht: Neue Tendenzen in der Widerstandsforschung der BRD, in: Sozialistische Politik, Nr. 23, April 1973, S. 37–62, unterschätzen mit ihrer im Inhalt gleichgerichteten Kritik, aber die schwierige Quellenlage, so daß sie zum »Beweis« ihrer Thesen unter der Überschrift »Über wissenschaftliche Redlichkeit« einen Text als »Gestapo-rundbrief Heydrichs« abdrucken, bei dem es sich in Wirklichkeit um eine KPD-Tarnschrift handelt, wie eine etwas »redlichere« Lektüre des von ihnen zitierten Bandes R 58/226 des Bundesarchivs erweisen würde.

20 Michael Zimmermann: Opposition und Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Oberhausen (unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterklasse), Staatsexamensarbeit, Bochum 1977 (soll 1978 im Röderberg-Verlag, Frankfurt erscheinen). Während sich meine eigene Darstellung: Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933–1945, Frankfurt 1976, weitgehend auf die politische Geschichte beschränkt und das soziale Umfeld nur anzudeuten sucht, wird meine Dissertation über die KPD im Widerstand 1933–1945 systematischer auf diese Fragestellungen eingehen.

21 Kuno Bludau: Gestapo geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933–1945, Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg 1973; Rezension von Horst Dähn in: Archiv für Sozialgeschichte, XVI, 1976, S. 729–732; vergl. Detlev Peukert: Widerstand im Zerrspiegel, in: die tat, Frankfurt, Nr. 22, 1. 6. 1974.

22 Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Hrsg. Reinhard Rürup, Wuppertal 1975.

23 entfällt

24 Borsdorf, Niethammer, Brandt (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945, a.a.O.; dort auch weitere Belege zu Einzelstudien.

25 Helmut Zwahr: Die Struktur des sich als Klasse konstituierenden deutschen Proletariats als Gegenstand der historischen Forschung. In: Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft. Hrsg. Ernst Engelberg, Köln 1972/Berlin 1972, S. 235–270; ders.: Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchungen über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution. In: Die großpreussisch-militaristische Reichsgründung 1871. Voraussetzungen und Folgen. Hrsg. von Horst Bartel und Ernst Engelberg, Bd. 1, Berlin 1971, S. 501–551; Klaus Tenfelde: Arbeiterschaft, Arbeitsmarkt und Kommunikationsstrukturen im Ruhrgebiet in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts, in: Archiv für Sozialgeschichte XVI, 1976, S. 1–60.

26 Zur Bergarbeiterbewegung siehe Hans Otto Hemmer und Hans Mommsen, in: Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, a.a.O., S. 81–110 und 275–314.

27 Hans-Ulrich Wehler: Die Polen im Ruhrgebiet bis 1918. In: ders. (Hrsg.): Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1975, S. 437–455.

Christoph Kleßmann: Klassensolidarität und nationales Bewußtsein. Das Verhältnis zwischen der Polnischen Berufsvereinigung (ZZP) und den deutschen Bergarbeiter-Gewerkschaften im Ruhrgebiet 1902–1923. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz (IWK) 10, 1974, S. 149–178.

28 Albin Gladen: Die Streiks der Bergarbeiter im Ruhrgebiet in den Jahren 1889, 1905 und 1912, in: Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, a.a.O., S. 111–148.

29 Erhard Lucas: Märzrevolution 1920. Bisher 2 Bde., Frankfurt 1970, 1973.

30 Ursula Hüllbusch: Der Ruhreisenstreit in gewerkschaftlicher Sicht, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, hrsg. v. Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod, Düsseldorf 1974, S. 271–289; Michael Schneider: Auf dem Weg in die Krise. Thesen und Materialien zum Ruhreisenstreit 1928/1929. Wentorf b. Hamburg, o. J.;

ders.: Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918–1933. Bonn-Bad Godesberg 1975.

31 Eva Cornelia Schöck: Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920–1928. Frankfurt/New York 1977.

Völlig im Gegensatz zu seinem theoretischen Anspruch, die Wende der KPD zur RGO-Politik statt aus Differenzen in den Führungszirkeln der Komintern aus der Analyse der Verschärfung der realen Klassenkämpfe in Deutschland abzuleiten, verzichtet hingegen Steffen Lehndorff (Wie kam es zur RGO? Frankfurt 1975) auf eine selbständige Untersuchung eben dieser Kämpfe und gibt sich damit zufrieden, daß zeitgenössische KPD-Quellen bzw. daran orientierte historische Überblicksdarstellungen dies behaupten, während es gegolten hätte, gerade diese Texte auf ihre richtige Lageeinschätzung hin zu befragen.

32 Ich folge hier in manchem den Überlegungen Wolfgang Köllmanns: Zur Bedeutung der Regionalgeschichte im Rahmen struktur- und sozialgeschichtlicher Konzeptionen, in: Archiv für Sozialgeschichte XV, 1975, S. 43–50.

33 Vergl. etwa auch die Biographie des Bochumer SPD-Kommunalpolitikers Heinrich König: Johannes Volker Wagner: . . . nur Mut, sei Kämpfer, Bochum 1976.

34 Siehe etwa: Projektgruppe Eisenheim: Rettet Eisenheim!, Westberlin 1975; Projektgruppe Schalke: Wer macht Schalke kaputt? Westberlin 1975.

35 Erhard Lucas: Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Frankfurt 1976.

36 Klaus Tenfelde: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Band 125. Bonn-Bad Godesberg 1977.

37 Karl Marx: Fragebogen für Arbeiter, in: Marx/Engels: Werke, hrsg. v. IML b. ZK der SED, Band 19, Berlin 1969, S. 230–237.

38 Karl Schabrod: Widerstand an Rhein und Ruhr 1933–1945. Hrsg. v. Landesvorstand der VVN. Düsseldorf 1968; Aurel Billstein: Der eine fällt, die andern rücken nach. Dokumente des Widerstands und der Verfolgung in Krefeld 1933–1945. Frankfurt 1973; Ernst Schmidt: Erster Massenstreik der Bergleute, Essen im Jahre 1872. In: Das Münster am Hellweg 25, 1972, S. 107–128; ders.: Franz Schwenniger 1822–1867. Leben und Wirken eines Revolutionärs der frühen deutschen Arbeiterbewegung, in: ebenda, 27, 1974, S. 83–124.

39 Daß auch die Heimatgeschichte der Arbeiterbewegung ein Feld scharfer politischer Kontroversen um Inhalt und Richtung der Emanzipation der Arbeiterklasse werden kann, zeigt die polemische Auseinandersetzung der Arbeitskreises Geschichte beim DKP-Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen mit einer 1976 erschienenen SPD-offiziellen Broschüre: 100 Jahre SPD in Essen. Ihr werden nicht nur Fälschungen von Namen, Daten und Ereignissen, sondern auch die Verleugnung der eigenen kämpferischen Traditionen der Sozialdemokratie angekreidet.

Auch beim Erscheinen der Bücher von Steinberg und Klotzbach über den Widerstand in Essen und Dortmund kontextuellen Stellungnahmen der örtlichen VVN-Organisationen manche Aussagen der Autoren besonders über den Charakter des kommunistischen Widerstandes.

40 Eine Publikation, die dokumentierende und anekdotische Elemente zu einem so anschaulichen und eindringlichen Bild verknüpft, wie die Broschüre: »Die Stadtfarbe ist rot!«. Berichte aus der Arbeiter- und Sportgeschichte Mörfeldens. Hrsg. v. DKP Mörfelden, o. J., liegt für das Ruhrgebiet noch nicht vor. Vergl. aber: die kleine Bildbroschüre »30 Jahre Befreiung vom Faschismus.« Hrsg. v. VVN Essen, 1975. Demgegenüber bleibt der Prachtband der IG Bergbau: Der Bergarbeiterstreik von 1889 und die Gründung des »Alten Verbands« in ausgewählten Dokumenten seiner Zeit, hrsg. v. Wolfgang Köllmann und Albin Gladen, Bochum 1969, in vornehmer und sicher nicht breitenwirksamer Zurückhaltung stehen. Für eine interessante neue Form der Heimatgeschichtsvermittlung gibt es m. W. erst Beispiele aus Hamburg und Kassel: den Stadtplan, der den Weg zu den örtlichen Stätten der demokratischen und Arbeiterbewegung weist und diese kurz erläutert.

41 So entwickelten Bochumer Studenten mit Hilfe von Widerstandskämpfern wie Karl Schabrod und anderen Mitgliedern der Verfolgtenorganisationen eine Ausstellung zum regionalen Widerstand. Vergl. Detlev Peukert: Die Ausstellung »Antifaschistischer Widerstand im Ruhrgebiet 1933–1945« – ein Beitrag zur »demokratischen Heimatgeschichte«. in: Geschichtsdidaktik H. 1, 1978, S. 24–38.

42 Widerstand und Verfolgung in Köln 1933–1946. Regie Dietrich Schubert (Ausleihe über VVN-Köln, Neusser Str. 35).

Kongreßberichte

»Ist die Rundfunkfreiheit bedroht? Für den Ausbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems.«

Medienpolitische Konferenz des DGB, Bonn 18.–19. 4. 1978

Rund 250 Journalisten, Politiker, Gewerkschafter und Medienwissenschaftler waren der Einladung des DGB gefolgt, um an der mit der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) in der Gewerkschaft Kunst veranstalteten medienpolitischen Konferenz teilzunehmen. Die Tagung diente einer Bestandsaufnahme der innergewerkschaftlichen medienpolitischen Diskussion im Hinblick auf den einen Monat später beginnenden 11. DGB-Bundeskongreß, dem mehrere Anträge zu Rundfunk, Presse und neuen Medien vorlagen.

Wohl die Mehrheit der Konferenzteilnehmer war sich einig, daß die Rundfunkfreiheit gegenwärtig von mehreren Seiten bedroht ist. Günter Stephan vom DGB-Bundesvorstand und zuständig für Medienpolitik: »Es waren in letzter Zeit zunehmend Parteienproporz bei Personalentscheidungen, eine Übergewichtung der Parteien in den Aufsichtsgremien und eine Bevormundung der Journalisten in der Programmgestaltung durch die Parteien, die unser öffentlich-rechtliches Rundfunksystem nicht nur in Mißkredit, sondern schon fast an den Rand der Diskriminierung gebracht haben. Die Rundfunkfreiheit sichern, heißt deshalb nicht nur, ihm, den Rundfunk, finanziell völlig unabhängig zu machen, sondern ihn auch von jeglicher Abhängigkeit von Staat, Parteien oder anderen Gruppen zu befreien.«

So eindeutig wollten es weder Freiherr Friedrich Wilhelm von Sell, Intendant der größten Länderanstalt in der Bundesrepublik und Vorsitzender der ARD, noch sein Kollege Reinhard Apel, stellvertretender Intendant und Chefredakteur des ZDF, bestätigen. Während sich Apel lediglich hinter das Teilmotto der Konferenz »Für den Ausbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems« stellte und über die Versuche, die Rundfunkfreiheit einzuschränken, schwieg, machte von Sell einige bemerkenswerte wie fragwürdige Äußerungen. So konstatierte der WDR-Intendant einerseits die voranschreitende »Enteignung des Bürgers, dem nach Verfassung und Rundfunkgesetzen dieses Rundfunksystem in der Bundesrepublik Deutschland gehört«, wunderte sich aber andererseits darüber, »daß gewiß nicht unbedeutende Teile der Gesellschaft diesen Kampf um ihr Eigentum nicht einmal bemerken oder doch dessen Bedeutung unterbewerten«. Gerade unter von Sells Ägide haben Zensureingriffe und die Absetzung von kritischen Fernsehbeiträgen – auch ein Film über diese medienpolitische Tagung wurde aus dem WDR-Programm herausgenommen – die Glaubwürdigkeit des Rundfunksystems, das der Intendant bereits als »vollvergesellschaftet« sieht, unterlaufen. Augenfällig demonstrierten dies auch Mitglieder der Initiative »Rettet die Rundfunkfreiheit im WDR«, die die Kongreßteilnehmer in einer Informationsschrift auf »massive Programmeingriffe«, »Einschüchterungsversuche gegen kritische Mitarbeiter« und den Abbau sozialer Leistungen für die WDR-Mitarbeiter hinwiesen.

Professor Harry Pross ging in einem beachtenswerten Vortrag indirekt auf von Sell ein, als er feststellte, daß nach 30jähriger Rundfunkpraxis in der BRD die »Sollensvorschriften« der Rundfunkgesetze weitgehend auf dem Papier geblieben sind. »Das Sein hat sich von den Vorschriften entfernt.« Einen der Gründe dafür sieht Pross neben dem verstärkten Zugriff der Parteien in einem wachsenden bürokratischen Anteil an Entscheidungen der Selbstverwaltung des Rundfunks, dem eine sinkende Teilnahme des Bürgers gegenübersteht. »Die in Festreden regelmäßig gefeierte Mündigkeit der Bürger bleibt Unsinn, wo Mündigkeit nicht mitentscheiden kann. Halbwegs

intelligente Leute beteiligen sich doch nicht, wenn sie wissen, daß »die da oben sowieso machen, was sie wollen«. Das »tägliche Plebiszit« findet nicht statt.« Pross empfahl eine Umorientierung des Rundfunks, in dem sich die »Bedürfnisse der Basis, nicht nur die der regional vorherrschenden politischen Parteien artikulieren können«. Das Programm müsse das zur Sprache bringen, »was im Volk umgeht und nicht nur das, was seine Repräsentanten verlautbaren«. Eine Voraussetzung zur Überwindung des gegenwärtigen Zustands sieht Pross in der Änderung des Begriffes der »gesellschaftlich relevanten Gruppen« in den Gremien der Rundfunk- und Fernsehanstalten.

Die Vertreter der drei großen Parteien, Christian Schwarz-Schilling (CDU), Peter Glotz (SPD) und Gerhard Baum (FDP) erneuerten die bisher bekannten Standpunkte ihrer Organisationen; nicht einer sah eine Bedrohung der Rundfunkfreiheit. Schwarz-Schilling plädierte offen für den Einstieg der Verleger in das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem etwa bei den geplanten Kabelpilotprojekten und drohte bei anhaltendem Widerstand gegen solche privatwirtschaftlichen Beteiligungen eine »Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit« des Rundfunkbegriffes an. Senator Glotz sah zwar, daß ein Mißbrauch der »Ausgewogenheit« die Informationsfreiheit beeinträchtigen könne, verzichtete aber auf jegliche Initiative, gegen die lähmende Proporzpraxis an den Anstalten einzuschreiten. Auch er sprach sich nicht gegen private Beteiligungen an den neuen Medien aus. Baum – im April noch Staatssekretär im Innenministerium – stellte sich hinter das öffentlich-rechtliche System, befürwortete aber einen »freien Zugang« zu den neuen elektronischen Medien.

Der leider erst zum Konferenzschluß angereiste DGB-Vorsitzende Vetter bewertete die Tagung als einen Ausdruck des »allgemein gestiegenen Medienbewußtseins«, das besonders durch die Vorgänge im Bereich der gedruckten Medien geschärft wurde. Diese hätten allen offenbart, »daß die Verleger als Unternehmer genauso rigoros handeln wie die Unternehmer in Industrie und Handel, wenn es – selbst unter größtmöglicher Verletzung elementarer Arbeitnehmerinteressen – um die Steigerung der Gewinnchancen geht«. Auch Vetter beklagte die »immer unverhohlener werdenden Bestrebungen von CDU-Politikern und Arbeitgeberverbandsfunktionären, direkt in einzelne Sendungen einzugreifen«, wie etwa bei verschiedenen Jugendsendungen, bei Berichten über die Arbeitswelt oder über Brokdorf und Whyl. »Stets wurde Zensur ausgeübt oder auszuüben versucht.« Vetter bedauerte, daß sich der Rundfunk in der seit Jahren anhaltenden Auseinandersetzung mit der privaten Presse in der Defensive befindet. Statt zum Gegenangriff überzugehen und Mißstände in der Presse aufzudecken, halte man sich in den Rundfunkanstalten vornehm zurück. Neben einer offensiveren Programmpolitik müsse das Mitbestimmungsrecht der Rundfunk-Mitarbeiter verbessert werden, um Unabhängigkeit von Wirtschaft, Staat und Parteien zu sichern. Ernsthaft müsse auch geprüft werden, ob bestehende Zeitungsmonopole durch Entflechtungsmaßnahmen beseitigt werden können. Der DGB-Vorsitzende schloß mit dem Appell, »mehr als bisher die Arbeitnehmer zum Engagement zur Verteidigung der Meinungsvielfalt und Informationsfreiheit« aufzufordern.

Leider war die Zeit für diese Tagung mit den Vorträgen und Statements bereits erschöpft. Eine knappe halbe Stunde Diskussion reichte nicht aus, um beispielsweise an die Erklärungen der Parteienvertreter oder der ARD- und ZDF-Repräsentanten anzuknüpfen und wichtige Erfahrungen der anwesenden Funkjournalisten zu erörtern, vielleicht sogar in Arbeitsgruppen Denkanstöße für die gewerkschaftlichen Positionen und deren Verwirklichung zu geben. So wurde die Chance vertan, über den Rahmen der offiziellen Erklärungen hinaus gerade jene stärker in die gewerkschaftliche Willens- und Bewußtseinsbildung einzubeziehen, die als Subjekte einer Demokratisierung von Funk und Fernsehen den Angriffen auf die Rundfunkfreiheit am stärksten ausgesetzt sind.

Manfred Rey (Berlin/West)

Ökonomische Krise und Strategien der Arbeiterbewegung

Prokla-Arbeitskonferenz, Berlin/West 27.–28. 5. 1978

Was sind die ökonomischen Gründe der gegenwärtigen Krise, was die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten, die Massenarbeitslosigkeit abzubauen und den »sozialen Besitzstand« der abhängig Arbeitenden vor weiterer Demontage zu schützen? Welche Chancen hat die Arbeiterbewegung auf politischer Ebene, die Tendenzen zur Einengung ihres Bewegungsspielraums zurückzudrängen? Welche Möglichkeiten haben die linken Intellektuellen, in diesen Prozeß einzugreifen? Auf der Prokla-Tagung beschäftigten sich über 100 in- und ausländische sozialistische Wissenschaftler mit diesen Fragen. Leider zerfiel sie entgegen der Intention der Veranstalter faktisch in zwei separate Tagungen – eine ökonomische und eine politische.

In der Arbeitsgruppe 1 *Krisentheorie und alternative Wirtschaftspolitik* wurde versucht, die in der wissenschaftlichen Diskussion mehr und mehr als bloße Sprechblasen fungierenden Klassifikationen »Überakkumulations-«, »Unterkonsumtions-« und »Überproduktionstheorie« mit ökonomischem Leben zu erfüllen. Dabei wurde schnell klar, daß eine geschlossene Form der Analyse, die widerspruchsfreie Auskunft über Ursache und Gang der Krise gibt, für keinen der Ansätze vorliegt. So läßt die *Überakkumulationstheorie* Fragen offen, insbesondere hinsichtlich des Realisierungsproblems und der Entwicklung der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Die *Überproduktionstheorie* kann nicht ausreichend belegen, warum die Reallohnentwicklung systematisch hinter der Produktivkraftentwicklung herhinken soll, und die *Unterkonsumtionstheorie* bleibt gänzlich unbefriedigend, weil sie unterstellt, Investitionsgüter seien letztlich nur dazu da, Konsumgüter zu produzieren.

Zentraler Diskussionsgegenstand war wie erwartet die »Lohnfrage«, die Frage also, inwieweit Lohnerhöhungen in der Krise erstens legitime Forderung und zweitens krisenüberwindendes Moment sein könnten (wie im *Memorandum* vertreten), wenn auch diese beiden Dimensionen des Problems meist nicht auseinandergehalten wurden. Daß höhere Löhne zu fordern sind, war Konsens.

Kontrovers dagegen wurde über die krisenüberwindende bzw. -verschärfende Funktion der Lohnerhöhungen debattiert. »Kosten«-Argument stand gegen »Nachfrage«-Argument. Und da beide vom jeweiligen Theorieansatz her konsistente Standpunkte darstellen, verwunderte es nicht, daß es zu keiner Annäherung kommen konnte. Deutlich herausgearbeitet wurde, daß Überakkumulationstheorien gleich welcher Provenienz nicht zur Forderung nach konstanter oder gar sinkender Lohnquote führen müssen, weil es *keine* zwingende Beziehung gibt zwischen Krisenanalyse und wirtschaftspolitischen Forderungen.

Andererseits – und auch hier war man sich einig – sind Theorieansätze nicht danach zu bewerten, ob sie zur expansiven Lohnpolitik führen oder nicht. Diese Frage, die Klärung des Zusammenhangs von ökonomischer Theorie und Gewerkschaftspolitik, sollte nach dem Wunsch der Diskussionsteilnehmer im Vordergrund eines Folgetreffens stehen.

Anders als die krisentheoretische konnte die Arbeitsgruppe 2 *Krise, soziale Bewegungen und politische Strategien* auf keine ausgearbeiteten Theorien zurückgreifen; entsprechend heterogen und disparat waren die Diskussionsbeiträge. Man kann sie am ehesten auf folgenden gemeinsamen Nenner bringen: es ging um den Versuch, die lange Zeit dominierenden ökonomistischen Ansätze zur Erklärung politischer Prozesse (insbesondere in Form der vorliegenden »Staatsableitungen«, an die bezeichnenderweise nicht angeknüpft wurde) durch eine *eigenständige* Theorie des Politischen zu ersetzen, die dabei nicht die Determinationszusammenhänge zwischen

Ökonomie und Politik aus dem Auge verliert. Die Notwendigkeit der Erarbeitung einer politischen Theorie – ihr Fehlen wurde in einem Beitrag geradezu als »Krise des Marxismus« bezeichnet – war unter den Teilnehmern Konsens. Was jedoch fehlte, war eine analytische Fragestellung, unter der das Problem einer allgemeinen »Theorie des Politischen«, die sich in Ansätzen bei Gramsci findet, hätte angegangen werden können. Was bestimmt die Handlungs- und Interessenstrukturen, in denen die ökonomischen Prozesse auf gesellschaftlicher bzw. politischer Ebene ihren Ausdruck finden? Unter welchen objektiv-ökonomischen und politischen, also auch subjektiven Bedingungen führt eine Krise zur Stabilisierung oder Destabilisierung des kapitalistischen Systems? Mangels eines theoretischen Ansatzes schlug der Anti-Ökonomismus zuweilen in den Politizismus um – so in dem »Paradox«, das anfangs die Diskussion stark bestimmte: einerseits sei es erstaunlich, daß die ökonomische Krise nicht eine analoge des politischen Systems produziere; andererseits habe die Krise für die herrschende Klasse die Funktion (um nicht zu sagen: wurde zu dem Zweck inszeniert), die Arbeiterklasse politisch zu disziplinieren.

Ein anderes Beispiel: die Zerstörung der Umwelt und neue Formen politischen Protests (z. B. Bürgerinitiativen), die bestimmte ökonomische und politische Schranken kapitalistischer Vergesellschaftungsformen anzeigen, wurden nicht im Rahmen einer Theorie der Schranken der bürgerlichen Gesamtstruktur und der Bedingungen ihrer Überwindung diskutiert, sondern unter der hilflosen Kategorie »Rebellion des Gebrauchswerts und der Bedürfnisse«.

Ein erster Ansatz für eine weitertreibende politologische Fragestellung zeigte sich in der Diskussion um den Begriff des *Korporatismus*, der sich wie ein Zauberwort durch die Beiträge zog. Gemeint sind damit jene Tendenzen, die Klassenauseinandersetzungen in den kapitalistischen Staaten zu »verstaatlichen« (z. B. durch Lohnleitlinien oder die konzertierte Aktion) mit dem Zweck, die Klassenspaltung der Gesellschaft auf politischem Wege unwirksam zu machen. Zwar wurde der Begriff von beinahe jedem Diskutanten anders gebraucht, auch konnte man sich nicht einigen, ob er ein gesellschaftspolitisches Konzept bezeichne oder ein analytischer Begriff sei – gleichwohl dürfte die systematische und empirisch-historische Untersuchung korporativistischer Tendenzen etwa in der BRD eine erfolgversprechende Herangehensweise zur Ausarbeitung einer politischen Theorie sein. Ein weiterer Grund für die Zerfaserung der Diskussion war, daß sich die Diskutanten so gut wie gar nicht mit dem wirtschaftswissenschaftlichen Memorandum auseinandersetzten und so auf einen konkreten politischen Bezugspunkt der Diskussion verzichteten (was sicher auch daran lag, daß Sozialdemokraten und Kommunisten auf der Tagung nicht anwesend waren).

Trotzdem: die Konferenz – die zweite dieser Art nach der des Arbeitskreises Westeuropäische Arbeiterbewegung vom November 1977 – erfüllte eine wichtige und nützliche Funktion, insofern sie die Diskussion kontroverser Themen innerhalb der Linken ermöglichte. Folgekonferenzen sind geplant (sowohl speziell zur Krisentheorie als auch zu politisch-strategischen Fragen, die sich mit der BRD bzw. der SPD befassen sollen), auf denen die wohl unvermeidlichen Anfangsschwierigkeiten durch eine bessere inhaltliche Vorbereitung reduziert werden dürften.

Karl-Ernst Lohmann und Albert Statz (Berlin/West)

1. Arbeitstagung Pädagogisches Museum

der Arbeitsgruppe Pädagogisches Museum in der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft.
Berlin/West 28.–30. 4. 1978

Wie lassen sich Kenntnisse über die Geschichtlichkeit aktueller Erziehungsprozesse und -institutionen so der breiten Öffentlichkeit vermitteln, daß sie als gewordene und damit als bewußt veränderbare sinnlich und begrifflich erfahrbar werden? Kann ein pädagogisches Museum dazu beitragen, daß die vorwiegend unbewußt erlebten und vollzogenen Sozialisationsprozesse auch von der breiten Öffentlichkeit als für die Durchsetzung gesellschaftlichen Fortschritts nutzbare Handlungsfelder erkannt werden? (Auf der Tagung wurde das Plebiszit gegen die KOOP-Schule in Nordrhein-Westfalen als erschreckendes Beispiel für die bildungspolitische Manipulierbarkeit der Bevölkerung genannt.) Diese Problemstellungen beschäftigten die seit 1½ Jahren bestehende Arbeitsgruppe Pädagogisches Museum, die zur Selbstverständigung über die Voraussetzungen, Möglichkeiten, Ziele, Aufgaben und Aufbauschritte eines pädagogischen Museums diese Tagung initiiert hatte. Überraschend war das ungewöhnlich breite und positive Echo: über 30 Teilnehmer aus Wissenschaft (Erziehungs-, Geschichts-, Literaturwissenschaft, Historische Pädagogik, Volkskunde, Soziologie), Museumsarbeit und Schule informierten sich, diskutierten und betonten gemeinsam 1. die Dringlichkeit der Realisierung eines pädagogischen Museums, 2. die Wichtigkeit dokumentierender, archivierender Aufarbeitung des pädagogischen Bereichs, 3. die Notwendigkeit einer koordinierten Sammlung, 4. die Chance, konzeptionelle Ansätze museumspädagogischer Arbeit zu realisieren, die auch eine Rückwirkung auf die Präsentation anderer Sammlungen haben sollte, 5. die Notwendigkeit, das Konzept eines pädagogischen Museums in Form eines Pilotprojekts (Ausstellung) der Öffentlichkeit zur Beurteilung vorzustellen. Die drei Hauptreferate zu den wissenschafts- und bildungspolitischen, theoretisch-methodischen und museumsdidaktischen Aspekten eines pädagogischen Museums boten die Grundlage für die Selbstverständigung der Teilnehmer über ihren Gegenstand. W. Strzelewicz, Hannover, wies an erziehungsgeschichtlichem Material die eminent politische Funktion der öffentlichen Erziehung nach, um den bildungs- und gesellschaftspolitischen Stellenwert eines pädagogischen Museums zu begründen, das Erziehung und Sozialisationsprozesse systematisch beobachtet und erforscht und die Resultate dieser wissenschaftlichen Arbeit einer breiten Öffentlichkeit präsentiert. I. Dahmer, Hannover, entwickelte auf der Grundlage des Erklärungsansatzes von Bourdieu und Passeron eine theoretische Konzeption für ein pädagogisches Museum, in der Erziehungswissenschaft, pädagogische Historiographie, Exponatbeschaffung und -präsentation und der Museumsbesucher so in einen systematischen Zusammenhang gebracht sind, daß daraus Handlungsanleitungen für Museumsmacher bezogen werden können. Zu einem dritten Hauptreferat entwickelte sich ein Bericht von D. Hoffmann, Historisches Museum Frankfurt/Main, der, unter Verwendung von Bildbeispielen, neuere Entwicklungen der internationalen Ausstellungsdidaktik vorführte und Hoffnungen belebte bzw. weckte, daß mit Hilfe moderner Präsentationsformen, die z. B. nicht mehr das originale Exponat unbedingt in den Mittelpunkt stellen, sondern bis zur Rekonstruktion historischer Lebenszusammenhänge in exemplarischen Inszenierungen gehen (z. B. Lebens- und Arbeitsbedingungen Stockholmer Arbeiter gegen Ende des 19. Jahrhunderts im Nordiska Musset in Stockholm), die eingangs gestellten Fragen durchaus positiv zu beantworten seien. G. Rückriem, Berlin (West), referierte über die Entstehungsgeschichte, Entwick-

lung, gegenwärtigen Diskussionsstand und Zukunftsperspektiven der Arbeitsgruppe Pädagogisches Museum. Kurzreferate und Berichte wurden eingebracht von I. Weber-Kellermann, Marburg (Indikatoren für die historische Sozialisation von Kindern), D. Claessens, Berlin (West) (Zur Geschichte der Sozialisation in der Familie), D. Richter, Bremen (Wie Kinder früher gelebt haben – ein Thema für Kinder, die heute leben), W. Janecke, Frankfurt/Main (Zur Geschichte pädagogischer Museen und Schulmuseen in Deutschland), C. P.-C. Groß, Berlin (West) (Erfahrungen eines Ausstellungsgestalters und Sammlers von historischem Spielzeug), J.-G. Muhri, Nürnberg (Über die Schulbuchsammlung und schulgeschichtliche Dokumentationsstelle an der Universität Erlangen-Nürnberg), K. Klattenhoff, Oldenburg (Über pädagogische Sammlungs- und Museumsinitiativen in Oldenburg) und W. Drechsel, Bremen, die ein Konzept regionaler pädagogischer Ausstellungen/Museen einbrachte und begründete, das anknüpft an subjektiven Erfahrungen und Interessen, z. B. Schulerinnerungen.

Als wichtigstes Ergebnis dieser ersten Arbeitstagung kann der folgende Aufgabekatalog eines pädagogischen Museums benannt werden: 1. Sicherung zentraler Quellen und Archivalien für die historisch-pädagogische Forschung, 2. Dokumentation der geschichtlichen Entwicklung aktueller Probleme im Bildungswesen, 3. Veranschaulichung geschichtlicher Zusammenhänge in der Entwicklung von Schule und Erziehung, 4. Suche nach und Zusammenstellung von exemplarischem Material für diese Zwecke, 5. Aufklärung über Sozialisationsgeschichte und Bildung von Geschichtsbewußtsein. Der (West-Berliner) Arbeitsgruppe Pädagogisches Museum wurden bis auf weiteres die Koordination des vorläufig noch nicht institutionalisierten überregionalen Arbeitszusammenhangs übertragen.

(Eine vollständige Dokumentation der Tagung wird in der in den nächsten Tagen erscheinenden Nummer 3 der »Mitteilungen & Materialien der Arbeitsgruppe Pädagogisches Museum« enthalten sein. Die Zeitschrift ist zu beziehen bei: Christa Kersting, Fuggerstr. 4, 1000 Berlin 30.)

Klaus Wiese und Ilona Wiese-Zeuch (Berlin/West)

Die Alltagskultur der letzten 100 Jahre. Überlegungen zur Sammelkonzeption kulturhistorischer und volkskundlicher Museen

4. Arbeitstagung der Arbeitsgruppe »Kulturhistorische Museen« in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde e. V., Berlin/West 29. 5.–1. 6. 1978

Die Museumsdiskussion in Volkskunde und Kulturwissenschaft ist mit einer neuen Situation konfrontiert. Etliche akademische Kritiker einer selbst museal gewordenen Museumspraxis sind inzwischen in Museen tätig und suchen dort Reformkonzeptionen umzusetzen; die bequeme Scheidbarkeit in »weltfremde kritische Theorie« und traditionelle, aber handfeste Praxis ist dahin. Verstärkte staatliche Prüfung der Effizienz von Museumsarbeit und verstärkte Nachfrage nach alltags- und gegenwartsbezogenen Kulturangeboten haben überdies diejenigen Kräfte vermehrt, welche Stichworte wie Verwissenschaftlichung, didaktische Orientierung und Demokratisierung der Museumsarbeit nicht mehr unter Revolutionsverdacht stellen und an die Stelle pauschaler Abwehr die selektive Nutzung von Reformvorschlägen setzen. Freilich läßt sich nur mit Vorbehalt von einem größer gewordenen Konsens sprechen: Zum einen fehlten in Berlin Vertreter einiger prominenter kulturhistorischer Museen, die sich in jüngster Zeit teilweise wieder dem Priesterdienst an »abendländischer Hochkultur« verschrieben zu haben scheinen; zum andern treten sich

zwar heute die Gegenpositionen nicht mehr so deutlich in »zwei Sprachen« gegenüber, die heute vielen gemeinsame »Reformsprache« ist jedoch relativ vieldeutig und läßt sich mitunter zu gänzlich verschiedenen Zwecken benutzen.

Das neue Stadium der Fachentwicklung wurde bereits in der Reaktion auf das Einleitungsreferat von W.-D. Könenkamp deutlich. Dem Plädoyer für eine stärkere Beachtung der Alltagskultur, der Kultur der unteren städtischen Sozialschichten, der Arbeiterkultur wurde nicht mehr widersprochen. Ebenso wenig der Forderung nach einer nicht nur alte Sammelgebiete ergänzenden, sondern theoretisch reflektierten, auf die Präsentation »exemplarischer Totalität« ausgerichteten Sammelpraxis – ihrer Notwendigkeit kann sich auch kaum verschließen, wer nicht nur aus Bauertrachten seiner Region, sondern aus heutigen, ebenso universellen wie fluktuierenden Kleidermoden Sammelstücke auszuwählen vorhat. Doch daß die Stichworte der Reform, die Könenkamp noch einmal versammelte, nun fast einhelligen Applaus fanden, darf wohl nicht nur als Zeichen einer erfreulichen Veränderung genommen werden, sondern indiziert auch die Gefahr, daß die Reizworte von gestern zu den Leerformeln von heute werden könnten. Dies dann, wenn nicht inhaltlich konkretisiert wird, welche »gesellschaftliche Funktion« der Exponate es denn nun jeweils ist, die man durch kommentierende »Flachware« herausstellen will; wenn nur »sozialwissenschaftliche Theorie« gefordert, aber nicht gesagt wird, welche der auf diesem Feld widerstreitenden Theorien zu welchem Zweck vertreten werden soll; und wenn nicht die Gründe der insgesamt spärlichen Verwirklichung der nun schon nimmer taufrischen Reformpostulate angesprochen bzw. ihre widersprüchlichen Verwirklichungen thematisiert werden, sondern nur der noch relativ abstrakte good will der ersten Stunde wiederbeschworen wird.

Die Tagung, so läßt sich kritisieren, leistete keine verallgemeinernde Aufarbeitung der jüngsten Museumsentwicklung und verzichtete auch auf den Versuch, die neuere Diskussion um den Alltags- und Kulturbegriff aufzunehmen und für die Zwecke des Fachs nutzbar zu machen. Sie erfüllte jedoch, gerade da die Teilnehmer sich aus Universitäts- und Museumsleuten zusammensetzten, einen nützlichen Zweck, insofern sie sich – außer mit Dokumentationen zur Festkultur und zu Sammelbeständen an »Warenästhetik und Alltagskunst« – vor allem mit vollzogenen und geplanten Neukonzeptionen in einzelnen Museen beschäftigte. (Der Bericht beschränkt sich im folgenden auf die im engeren Sinn volkskundlichen Museen und läßt H. Nixdorffs und B. Mundts Ausführungen zu völkerkundlichen bzw. kunstgewerblichen Sammlungen außer acht.) So stellte Peter Schirmbecks Referat die 1976 eröffnete Abteilung »Industrialisierung« im von ihm geleiteten Museum der Stadt Rüsselsheim vor. Durch – von der Sach- und Quellenlage mit begünstigte bzw. mit erzwungene – thematische Beschränkung gelang hier eine bei aller Differenzierung doch übersichtliche Darstellung; mit Hilfe einer engen Verbindung von dreidimensionalen Objekten wie Maschinen, verschieden verwendeten Fotos, Textdokumenten und analytischen Kommentaren wurde versucht, industrielle Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, die Arbeitswelt und die Arbeiterbewegung, das Lokalspezifische und das Epochentypische zu zeigen. Eine Demonstration dessen, daß in durchaus attraktiver Weise realisiert werden kann, was häufig mit nur gespielter Bedauern als »im Museum leider unmachbar« abgetan worden ist. Einleuchtend auch Gottfried Korffs Analyse der – auch wider bessere Absicht der Aussteller – idyllisierenden Rezeption heutiger Freilichtmuseen (Frage eines amerikanischen Besuchers: »Warum sind die Deutschen denn aus diesen schönen Dörfern ausgewandert?«); einleuchtend seine Empfehlungen, was dagegen zu unternehmen sei: Aufbrechen des »Herbarium-Charakters« solcher Museen durch Informationszellen; Hervorheben der gesellschaftlichen Einbindungen, der Markt- wie Herrschaftsabhängigkeit der Dörfer; dem Eindruck von Statik und Simplität früherer Volkskultur entgegenarbeitende Betonung

z. B. des Rationalisierungsprozesses, der sich im Genossenschafts- und Versicherungswesen ebenso ausdrückt wie im Übergang von religiösem zu profanem Wanderschmuck. In vergleichbarer Weise bemüht sich Hans-Ulrich Roller, in der zukünftigen volkskundlichen Abteilung des Württembergischen Landesmuseums in Waldenbuch keinen Guckkasten in die Vergangenheit, sondern bis in die jüngste Geschichte weiterführende Entwicklungen z. B. der Wohnweise oder der Hausratsherstellung zu präsentieren; vollständige Interieurs, welche erworben wurden, sollen »Lebensweise« zeigen, wobei einer exotisch-folkloristischen Wirkung u. a. durch das Pointieren von Gebrauchs- und Veränderungsspuren und das Hereinnehmen von biographischem Material über die Benutzer gegengesteuert werden soll.

Die Diskussionen über diese Praxismodelle litten freilich unter Beschränkungen, die nicht nur für diese Tagung signifikant waren. Gemeint ist etwa das weitgehende Ausparen inhaltlicher Auseinandersetzung über kulturhistorische Abläufe und kulturpolitische Zwecke des Museums, das allzugern als Signum von Wissenschaftlichkeit gilt; mitunter führt es zu einem Schattenboxen, bei dem dann – das Beispiel ist erfunden – die Frage »Kritik oder Verehrung für Bismarck« als Frage »Beschriftung oder Nichtbeschriftung der Bismarckstatuette« behandelt wird, oder auch zu schiefen Frontstellungen, indem zum Beispiel die Verherrlichung vordemokratischer Verhaltensweisen als »Beibehalten der Aura« oder »Ansprechen von Emotionen« kritisiert wird, was den Kritiker dann auf aseptisch-distanzierte Darstellungsweise auch bei der Behandlung demokratischer Bewegungen festlegt. Die Frage nach Präsentations- und Rezeptionsweisen wiederum wird allzugern nur als Problem von Art und Nutzungsweise der im Museum verwendbaren Medien traktiert, weit weniger als Frage auch danach, mit welchen gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen außerhalb des Museums auf welche Weise kooperiert werden müßte und könnte, um eine tatsächlich wirksame Museumsarbeit zu machen. Solche Aspekte kamen lediglich bei Peter Schirmbeck etwas eingehender zur Sprache, der die Zusammenarbeit des Rüsselsheimer Museums mit örtlichen Gewerkschaften, Volkshochschulen und Schulen skizzierte.

Eine solche Kooperation zu intensivieren, erfordert freilich nicht nur guten Willen, sondern auch Arme und Beine: nämlich mehr Personal. Auch solche Punkte blieben auf der Tagung vornehm oder resignativ ausgespart. Die politisch und kulturpolitisch Verantwortlichen hätten, wenn sie dagewesen wären, das für sie beruhigende Bild eines Fachs nach Hause nehmen können, das eine durch veraltete Infrastrukturen und mangelhafte Gelder geschaffene Misere allein durch interne Hilfsmittel der Museumsarbeit zu lösen versucht; das Bild einer Versammlung, in der sich eher Theoretiker und Praktiker gegenseitig vorwerfen, die rettungbringende Sammel- und Ausstellungsformel noch nicht gefunden zu haben, als daß sie sich gemeinsam und offensiv einmal gegen die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit wendeten. Denn wie soll das Sammeln verwissenschaftlicht werden, wenn kaum Geld für Werkverträge bereitsteht? Wie die Didaktik, wenn keine repräsentative und qualitativ ausreiche Rezeptionsforschung ermöglicht wird? Wie soll guten Gewissens »exemplarisch« gesammelt werden, wenn nicht ein Mehr an Sammelkapazität und eine planmäßige Arbeitsteilung zwischen den Museen dafür sorgen, daß der unendliche Rest nicht den Weg alles Irdenen, nämlich in den Mülleimer, geht? Am Rande der Tagung hörte man, Naivität sei, wenn einer den Kulturbegriff erweitere, ohne daß der Kulturetat erweitert werde. Der Spruch könnte als Motto über kulturpolitischen Resolutionen und Gutachten stehen – Äußerungsformen, welche die Arbeitsgruppe Kulturhistorische Museen ins Arsenal der für Museumsarbeit geeigneten Medien aufnehmen sollte.

Bernd Jürgen Warneken (Tübingen)

zwar heute die Gegenpositionen nicht mehr so deutlich in »zwei Sprachen« gegenüber, die heute vielen gemeinsame »Reformsprache« ist jedoch relativ vieldeutig und läßt sich mitunter zu gänzlich verschiedenen Zwecken benutzen.

Das neue Stadium der Fachentwicklung wurde bereits in der Reaktion auf das Einleitungsreferat von W.-D. Könenkamp deutlich. Dem Plädoyer für eine stärkere Beachtung der Alltagskultur, der Kultur der unteren städtischen Sozialschichten, der Arbeiterkultur wurde nicht mehr widersprochen. Ebenso wenig der Forderung nach einer nicht nur alte Sammelgebiete ergänzenden, sondern theoretisch reflektierten, auf die Präsentation »exemplarischer Totalität« ausgerichteten Sammelpraxis – ihrer Notwendigkeit kann sich auch kaum verschließen, wer nicht nur aus Bauerntrachten seiner Region, sondern aus heutigen, ebenso universellen wie fluktuierenden Kleidermoden Sammelstücke auszuwählen vorhat. Doch daß die Stichworte der Reform, die Könenkamp noch einmal versammelte, nun fast einhelligen Applaus fanden, darf wohl nicht nur als Zeichen einer erfreulichen Veränderung genommen werden, sondern indiziert auch die Gefahr, daß die Reizworte von gestern zu den Leerformeln von heute werden könnten. Dies dann, wenn nicht inhaltlich konkretisiert wird, welche »gesellschaftliche Funktion« der Exponate es denn nun jeweils ist, die man durch kommentierende »Flachware« herausstellen will; wenn nur »sozialwissenschaftliche Theorie« gefordert, aber nicht gesagt wird, welche der auf diesem Feld widerstreitenden Theorien zu welchem Zweck vertreten werden soll; und wenn nicht die Gründe der insgesamt spärlichen Verwirklichung der nun schon nimmer taufrischen Reformpostulate angesprochen bzw. ihre widersprüchlichen Verwirklichungen thematisiert werden, sondern nur der noch relativ abstrakte good will der ersten Stunde wiederbeschworen wird.

Die Tagung, so läßt sich kritisieren, leistete keine verallgemeinernde Aufarbeitung der jüngsten Museumsentwicklung und verzichtete auch auf den Versuch, die neuere Diskussion um den Alltags- und Kulturbegriff aufzunehmen und für die Zwecke des Fachs nutzbar zu machen. Sie erfüllte jedoch, gerade da die Teilnehmer sich aus Universitäts- und Museumsleuten zusammensetzten, einen nützlichen Zweck, insofern sie sich – außer mit Dokumentationen zur Festkultur und zu Sammelbeständen an »Warenästhetik und Alltagskunst« – vor allem mit vollzogenen und geplanten Neukonzeptionen in einzelnen Museen beschäftigte. (Der Bericht beschränkt sich im folgenden auf die im engeren Sinn volkskundlichen Museen und läßt H. Nixdorffs und B. Mundts Ausführungen zu völkerkundlichen bzw. kunstgewerblichen Sammlungen außer acht.) So stellte Peter Schirmbecks Referat die 1976 eröffnete Abteilung »Industrialisierung« im von ihm geleiteten Museum der Stadt Rüsselsheim vor. Durch – von der Sach- und Quellenlage mit begünstigte bzw. mit erzwungene – thematische Beschränkung gelang hier eine bei aller Differenzierung doch übersichtliche Darstellung; mit Hilfe einer engen Verbindung von dreidimensionalen Objekten wie Maschinen, verschieden verwendeten Fotos, Textdokumenten und analytischen Kommentaren wurde versucht, industrielle Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, die Arbeitswelt und die Arbeiterbewegung, das Lokalspezifische und das Epochen-typische zu zeigen. Eine Demonstration dessen, daß in durchaus attraktiver Weise realisiert werden kann, was häufig mit nur gespielter Bedauern als »im Museum leider unmachbar« abgetan worden ist. Einleuchtend auch Gottfried Korffs Analyse der – auch wider bessere Absicht der Aussteller – idyllisierenden Rezeption heutiger Freilichtmuseen (Frage eines amerikanischen Besuchers: »Warum sind die Deutschen denn aus diesen schönen Dörfern ausgewandert?«); einleuchtend seine Empfehlungen, was dagegen zu unternehmen sei: Aufbrechen des »Herbarium-Charakters« solcher Museen durch Informationszellen; Hervorheben der gesellschaftlichen Einbindungen, der Markt- wie Herrschaftsabhängigkeit der Dörfer; dem Eindruck von Statik und Simplität früherer Volkskultur entgegenarbeitende Betonung

z. B. des Rationalisierungsprozesses, der sich im Genossenschafts- und Versicherungswesen ebenso ausdrückt wie im Übergang von religiösem zu profanem Wanderschmuck. In vergleichbarer Weise bemüht sich Hans-Ulrich Roller, in der zukünftigen volkskundlichen Abteilung des Württembergischen Landesmuseums in Waldenbuch keinen Guckkasten in die Vergangenheit, sondern bis in die jüngste Geschichte weiterführende Entwicklungen z. B. der Wohnweise oder der Hausratsherstellung zu präsentieren; vollständige Interieurs, welche erworben wurden, sollen »Lebensweise« zeigen, wobei einer exotisch-folkloristischen Wirkung u. a. durch das Pointieren von Gebrauchs- und Veränderungsspuren und das Hereinnehmen von biographischem Material über die Benutzer gegengesteuert werden soll.

Die Diskussionen über diese Praxismodelle litten freilich unter Beschränkungen, die nicht nur für diese Tagung signifikant waren. Gemeint ist etwa das weitgehende Ausparen inhaltlicher Auseinandersetzung über kulturhistorische Abläufe und kulturpolitische Zwecke des Museums, das allzugen als Signum von Wissenschaftlichkeit gilt; mitunter führt es zu einem Schattenboxen, bei dem dann – das Beispiel ist erfunden – die Frage »Kritik oder Verehrung für Bismarck« als Frage »Beschriftung oder Nichtbeschriftung der Bismarckstatuette« behandelt wird, oder auch zu schiefen Frontstellungen, indem zum Beispiel die Verherrlichung vordemokratischer Verhaltensweisen als »Beibehalten der Aura« oder »Ansprechen von Emotionen« kritisiert wird, was den Kritiker dann auf aseptisch-distanzierte Darstellungsweise auch bei der Behandlung demokratischer Bewegungen festlegt. Die Frage nach Präsentations- und Rezeptionsweisen wiederum wird allzugen nur als Problem von Art und Nutzungsweise der im Museum verwendbaren Medien traktiert, weit weniger als Frage auch danach, mit welchen gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen außerhalb des Museums auf welche Weise kooperiert werden müßte und könnte, um eine tatsächlich wirksame Museumsarbeit zu machen. Solche Aspekte kamen lediglich bei Peter Schirmbeck etwas eingehender zur Sprache, der die Zusammenarbeit des Rüsselsheimer Museums mit örtlichen Gewerkschaften, Volkshochschulen und Schulen skizzierte.

Eine solche Kooperation zu intensivieren, erfordert freilich nicht nur guten Willen, sondern auch Arme und Beine: nämlich mehr Personal. Auch solche Punkte blieben auf der Tagung vornehm oder resignativ ausgespart. Die politisch und kulturpolitisch Verantwortlichen hätten, wenn sie dagewesen wären, das für sie beruhigende Bild eines Fachs nach Hause nehmen können, das eine durch veraltete Infrastrukturen und mangelhafte Gelder geschaffene Misere allein durch interne Hilfsmittel der Museumsarbeit zu lösen versucht; das Bild einer Versammlung, in der sich eher Theoretiker und Praktiker gegenseitig vorwerfen, die rettungbringende Sammel- und Ausstellungsformel noch nicht gefunden zu haben, als daß sie sich gemeinsam und offensiv einmal gegen die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit wendeten. Denn wie soll das Sammeln verwissenschaftlicht werden, wenn kaum Geld für Werkverträge bereitsteht? Wie die Didaktik, wenn keine repräsentative und qualitativ ausreichende Rezeptionsforschung ermöglicht wird? Wie soll guten Gewissens »exemplarisch« gesammelt werden, wenn nicht ein Mehr an Sammelkapazität und eine planmäßige Arbeitsteilung zwischen den Museen dafür sorgen, daß der unendliche Rest nicht den Weg alles Irdenen, nämlich in den Mülleimer, geht? Am Rande der Tagung hörte man, Naivität sei, wenn einer den Kulturbegriff erweitere, ohne daß der Kulturetat erweitert werde. Der Spruch könnte als Motto über kulturpolitischen Resolutionen und Gutachten stehen – Äußerungsformen, welche die Arbeitsgruppe Kulturhistorische Museen ins Arsenal der für Museumsarbeit geeigneten Medien aufnehmen sollte.

Bernd Jürgen Warneken (Tübingen)

Dokumentation

Erklärungen zu den »schwarzen Listen« des Bundesgrenzschutzes

Gleich ob wir nun in der neuesten, von Maihofer herausgegebenen Ausgabe des jahrhundertalten »index librorum prohibitorum« unter dem falschen Namen »Argumente« verzeichnet stehen oder nicht – indem darin beinahe alle Argumente für eine demokratische und soziale Gesellschaft samt derer, die sie vertreten, inkriminiert wurden, sind wir in jedem Fall voll und ganz betroffen. Die folgende Dokumentation von drei Erklärungen zu den Registrierungsaktivitäten des Grenz- und Verfassungsschutzes, die uns zugesandt wurden, deutet trotz ihrer Zufälligkeit den Umfang des Theorie- und Politikverbots im vorgeblich freiesten Land Europas an: Es reicht von demokratischen Wissenschaftsorganisationen bis zu den Pfadfindern.

(Die Redaktion)

Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung Marburg e. V.

Durch jüngste Darstellungen in der Presse wurde der Öffentlichkeit eine Liste des Innenministeriums mit »linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Organisationen« bekannt. Laut »Frankfurter Rundschau« vom 30. 5. 1978 wurden alle Personen, die als Mitglieder der betreffenden Organisationen »identifiziert wurden«, von Bundesgrenzschutz und Verfassungsschutz überwacht und an den Grenzübergangsstellen registriert.

Unter den aufgelisteten Organisationen befindet sich auch die »Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Marburg e. V.«. Da alle Personen registriert wurden, die »entsprechendes Schrifttum mit sich führten«, ist zu vermuten, daß von diesen Maßnahmen auch die wissenschaftlichen Veröffentlichungen der Studiengesellschaft betroffen sind. Die Studiengesellschaft gibt eine wissenschaftliche Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung heraus. Sie verfolgt dabei als Ziel: »die kritische Erforschung, Beurteilung und Darstellung des realen Verlaufs der Geschichte und der sozialen Bewegung, der Theorie und Praxis der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung«. (Grundsätze der Studiengesellschaft) Damit wird deutlich, daß heute in der BRD bereits die wissenschaftliche Beschäftigung mit Geschichte und Theorie der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung ausreichen kann, sich geheimdienstlicher Bespitzelung auszusetzen. . . .

Bund demokratischer Wissenschaftler

Der Vorstand des Bundes demokratischer Wissenschaftler wendet sich mit allem Nachdruck gegen die Praktiken des Bundesgrenzschutzes und des Verfassungsschutzes an Grenzübergangsstellen, nach denen neben mehreren anderen Organisationen auch über Mitglieder der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds), der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und unseres Verbandes (BdWi) insgeheim Material gesammelt wird.

Es erfüllt uns mit großer Sorge, daß hier in scheinbar selbstverständlicher Manier, die erst verspätet und durch Zufall entdeckt wurde, eine Gesinnungsschnüffelei in einem Ausmaß und in einer Planmäßigkeit betrieben wurde und wohl noch betrieben wird, die nur einem Polizeistaat zur Ehre gereichen würde.

Der Vorgang ist verfassungswidrig, er stellt einen weiteren Baustein auf dem Weg zum Demokratieverbot in der Bundesrepublik dar. Wenn der BdWi mit anderen demokratischen Organisationen durch Diffamierung – nämlich durch glatte Ignorierung seiner Satzungen und seines Grundsatzprogramms – als »linksextrem« eingestuft und auf dieser Grundlage zum Gegenstand willkürlicher Überprüfungspraktiken gemacht wird, so ist es nicht nur für seine Mitglieder, sondern auch im Interesse aller anderen Betroffenen lebensnotwendig, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Offener Brief des Bundes Deutscher Pfadfinder e. V. im Bund Demokratischer Jugend/Landesverband Hessen an den Bundesminister des Inneren.

Hallo, Herr Minister,
die Landesdelegierten-Konferenz des Hessischen BDP/BDJ hat der »Frankfurter Rundschau« entnommen, daß die Zeitung »Hessischer Landbote«, die Gruppen unseres Landesverbandes in

Zusammenarbeit mit zahlreichen Jugendzentrumsinitiativen und anderen selbstorganisierten Projekten herausgeben, Verfassungsschutz und BGS offensichtlich derart gefährlich erscheint, daß sie in deren Liste der »linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Druckwerke« aufgenommen wurde. . . . Der Name »Hessischer Landbote« ist zugegebenermaßen verdächtig, denn eine Namensgleichheit mit Büchners Darmstädter Landboten ist unverkennbar, ja sogar beabsichtigt; die Fortsetzung einer demokratischen Tradition für uns Programm. Und vielleicht steht der Landbote schon seit 1834 in den schwarzen Listen der Polizeibehörden und ist später nur vergessen worden rauszunehmen, wie früher so mancher Gestapo-Mann aus dem Verfassungsschutzdienst. . . . Daß wir diesen Verfassungsschützern als verfolgungswürdig gelten, soll uns ein steter Ansporn bleiben im Kampf für eine demokratische Gesellschaft, die der übergesetzlichen Notstände, der Spitzel, der Herrschaft von Menschen über Menschen nicht mehr bedarf.

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

AS 21

Schule und Erziehung (VI)

Reformpädagogik: Versuch einer Orientierung

- *A. Rang, B. Rang-Dudzik*: Elemente einer historischen Kritik der gegenwärtigen Reformpädagogik
- *G. Rückriem*: Zur Kritik der Gegenschulbewegung
- *B. Rang-Dudzik*: Pädagogischer Subjektivismus und objektive Notwendigkeit. Zur Kritik an der Reformpädagogik in der SBZ und in der frühen DDR
- *A. Hopf*: Zum ambivalenten Charakter situationsorientierter Ansätze in der neueren Curriculum-Entwicklung
- *J. Held*: Visuelle Kommunikation und Kunstgeschichte
- *J. Hoffmann*: Visuelle Kommunikation
- *H. Karl, K. Wanner*: Anmerkungen zum bedürfnis- und erfahrungsorientierten Ansatz in der außerschulischen Jugendbildungsarbeit

Berufspädagogik: Einführung und Überblick

- *M. Ehrke*: Berufspädagogik als arbeitsorientierte Sozialwissenschaft
- *P. Faulstich*: Das Persönlichkeitsproblem und die Berufspädagogik
- *J. Dikau*: Berufliche Weiterbildung als arbeitsorientierte Erwachsenenbildung
- *M. Mende, W. Quitzow*: Die Verbindung von Technik und Naturwissenschaft im Unterricht als schulpolitisches und didaktisches Problem
- *M. Kipp, G. Miller*: Theorie und Praxis der Berufserziehung im Nationalsozialismus

Einzelpreis: 15,50 DM, im Abo 13,- DM · Schüler und Studenten 12,- DM, im Abo 10,- DM

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65

Besprechungen

Philosophie

Griechische Atomisten. Texte und Kommentare zum materialistischen Denken der Antike. Aus dem Griechischen und Lateinischen übersetzt und hrsg. von Fritz Jürss, Reimar Müller und Ernst Günther Schmidt. Verlag Philipp Reclam jun., Leipzig 1977 (624 S., Ln., 5,- M).

Der Band beinhaltet Texte und Textfragmente der griechischen Philosophen, die in der Zeitspanne zwischen der Mitte des 5. Jh. v. u. Z. und dem Ende des 2. Jh. u. Z. den Begriff des Atoms und die Vorstellung einer korpuskularen Materiestruktur erdachten und davon ausgehend die ersten umfassenden Ansätze einer materialistischen Natur- und Welterklärung entwickelten. Das sich hier herausbildende Bemühen zur gedanklichen Systematisierung der naturphilosophischen Grundannahmen des Atomismus stellt den frühesten nicht-mythischen Versuch des europäischen Kulturbereiches dar, die erscheinende Wirklichkeit als in sich begründeten, einheitlich materiellen Zusammenhang rational zu erfassen. Die Möglichkeit zu dieser inneren Naturbegründung schien den Atomisten gegeben in der spekulativen, gleichwohl rationalen Reduktion der sich ständig verändernden, unendlichen Mannigfaltigkeit der sinnlich wahrnehmbaren Welt auf elementare materielle Grundeinheiten, die in ihrer universalen Allgemeinheit dem konkreten materiellen Prozeß zugrunde lagen. Im vorliegenden Band sind fast alle wesentlichen griechischen Originaltexte und Werkreste der bekannten Atomisten zusammengetragen. Die Sammlung beginnt mit Leukipp, dem später schnell vergessenen Begründer der atomistischen Theorie. Viele seiner Schriften und Ansichten sind so dem bekannteren Demokrit zugeschrieben worden, der als der Schöpfer des ersten ausgearbeiteten atomistischen Systems gilt. Alle zugänglichen Texte von und über Demokrit bieten in dem vorliegenden Band umfangreiches Studienmaterial seiner Lehre, über die Aristoteles bemerkt, sie behaupte, es gebe eine räumliche und zeitliche Unendlichkeit aller Dinge, aber »dennoch ist die gemeinsame materielle Substanz ihrer aller Ursprung« (114). Das Verständnis der z. T. sehr scharfsinnigen aristotelischen und platonischen Kritik der atomistischen Materiebegründung von Leukipp/Demokrit, die aus den Texten ebenfalls hervorgeht, läßt die wichtigen naturtheoretischen Korrekturen einleuchten, die die atomistische Lehre schließlich bei Epikur und seinen Schülern erfuhr. So ist Epikur nicht allein der große Erneuerer des atomistischen Denkens nach Plato/Aristoteles, sondern vor allem der Theoretiker, der in der Verteidigung der materialistischen Anschauungen Demokrit die Atomistik zur »Grundlage eines Systems von größter methodischer Konsequenz und innerer Geschlossenheit« (49) entwickelt hat. In den Schriften Epikurs und seiner Schule findet sich die Atomistik zu einem differenzierten Weltbild universalisiert, in dem schließlich – aus Gründen, die Marx in seiner Doktorarbeit behandelt – das theoretische Interesse an der Ethik sogar über die eigentliche Naturtheorie dominiert. Die weitere Entwicklung der Theorie ist durch Texte der Epikureer dokumentiert, die von Metrodoros, Hermarchos über Polystratos bis zu jenem Diogenes vertreten sind, der in der Steininschrift von Oinoanda dem antiken Epikureismus sein letztes großes Denkmal setzte.

Die Oinoanda-Inschrift ist, wie auch einige andere Texte, in dem vorliegenden Band erstmals ins Deutsche übertragen. Die meisten Textstellen sind neu übersetzt und vollständiger aufgeführt, als in den bislang vorliegenden deutschen Teilübersetzungen. So sind nun auch die wichtigsten und am besten entzifferten Fragmente der 37 Bücher Epikurs »Über die Natur«, die erst durch den Papyrusfund von Herculaneum Ende des letzten Jahrhunderts wiedergewonnen wurden, geschlossen in einer

deutschen Zusammenfassung zugänglich. Neben ausführlichen Anmerkungen, Literatur- und Quellenverzeichnis/Konkordanz, Sach- und Personenregistern ist der sorgfältig edierte Band mit einer 100seitigen Einleitung versehen, die eine knappe historische Einordnung des Atomismus in die Entwicklung der griechischen Naturphilosophie und ihrer gesellschaftlichen Grundlagen gibt. Da die Herausgeber nicht beanspruchen wollen, »den im Gang befindlichen Prozeß der Bloßlegung der gesellschaftlichen Wurzeln des antiken Atomismus abzuschließen« (7), erscheinen so Hinweise auf noch offene Fragen der Philosophie- und Wissenschaftsgeschichtsschreibung – z. B. das Problem der vermeintlichen Identifizierbarkeit des Epikureismus als einer Philosophie der »gesellschaftlichen Krise der Polis« (53) – nur folgerichtig. Denn trotz einiger weniger materialistischer Arbeiten, wie z. B. von Thomson, steht eine umfassende Analyse der Texte der antiken Atomisten, die über das staunende Konstatieren »genialer Antizipationen« der modernen Elementarteilchenphysik hinauszureichen beansprucht, noch aus. Eine solche materialistische Rekonstruktion, für die der vorliegende Band wichtiges Studienmaterial beinhaltet, hat dazu jedoch über die Untersuchung der sozial-ökonomischen Voraussetzungen hinauszugehen. Sie hat vor allem auch die Bedingungen mit zu berücksichtigen, die für die Theoriebildung vorgegeben sind in dem historischen Niveau der materiellen Naturaneignung, die jede objektive Erkenntnismöglichkeit materieller Wirkzusammenhänge bedingt.

Jens Brockmeier (Berlin/West)

Blumenberg, Hans: Die Genesis der kopernikanischen Welt. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1975 (803 S., Ln. 72,- DM).

Das vorliegende Werk faßt Aussagen, die Blumenberg in früheren Schriften über Copernicus und Neuplatonismus getan hat, zusammen und weitet sie zu einer Gesamtdarstellung aus. Für Blumenberg beginnt die Genesis der Theorie des Copernicus im 5./6. Jh. v. Chr. in Griechenland und endet bei der Erforschung des Kosmos mit Instrumenten im 18. Jh. Dazwischen liegt eine Zeitspanne, in der die Besonderheit der Astronomie darin liegt, daß sie das Verhältnis Weltall-Mensch zu ihrem Thema hat. Damit wird zugleich die Konstitutionsgeschichte der neuzeitlichen Wissenschaft geschrieben.

Als Vehikel in »die Zweideutigkeit des Himmels« (1. Teil) dient Blumenberg ein Gedankenexperiment des franz. Mathematikers H. Poincaré, der die Frage aufwarf, ob es jemals einen Copernicus gegeben hätte, wenn unsere Erde ständig von einer undurchdringlichen, niemals aufreißenden Wolkendecke umgeben wäre. Poincaré bejaht diese Frage und legt das Fälligkeitjahr eines verspäteten Copernicus auf 1737. In jenem Jahr ließ die franz. Akademie der Wissenschaft durch Gradvermessungen in Lappland und Peru die Abplattung des Erdkörpers feststellen. Dieses von Huygens 1637 vorausgesagte Ergebnis war noch für Galilei (1564–1642) undenkbar. Doch erst die Deformation der Erde, die die von Copernicus noch behauptete »Natürlichkeit« der Erdkugel und ihrer Kreisbewegung zerstört, läßt auf die wahre Realität der Kräfte schließen und macht den copernicanischen Wahrheitsanspruch erfüllbar. »Seit sich für Kepler ergeben hatte, daß die Planetenbahnen nicht kreisförmig und die Bewegungen auf ihnen nicht gleichförmig sind, war der nächste Schritt schon unausweichlich, daß auch die kosmischen Körper nicht mehr die vermeintliche Rationalität der reinen Kugelform darstellen könnten. Nach Newton sind Rotationen und Revolutionen als die Grundphänomene des gestirnten Himmels nicht mehr die Grundzustände und Normvorgänge einer »verkörperten« Rationalität, sondern Resultate von Zuständen und Kräften, die sich in ihnen überlagern.« (590)

Das dem Buch zugrundegelegte Konzept ist, die copernicanische Reform nicht als Produkt verschiedener Faktorenreihen darzustellen, die in dem epochalen Werk »De

revolutionibus orbium coelestium« ihren Konvergenzpunkt hatte, sondern es kommt Blumenberg darauf an, die Liquidation dieses Systems von innen her aus dem Zentrum seiner theologischen Motivation heraus aufzuzeigen. Diese Darstellung gelingt Blumenberg gut. Da er zugleich störende Trennungen zwischen Vor- und Wirkungsgeschichte des Copernicus aufheben möchte, sind die Kapitel und Teile seines Buches auch nicht zeitmäßig oder namensmäßig aufgeteilt, sondern inhaltlich nach wissenschaftsgeschichtlichen Vorgängen. Der »Eröffnung der Möglichkeit eines Kopernikus« (2. Teil) folgt eine »Typologie der frühen Wirkungen« (3. Teil). In beiden Teilen ist ein Prozeß der Einräumung eines Spielraumes durch Lockerung der Systemstruktur, durch Akzentuierung spezifischer Theologumena beschrieben (171). Zugleich grenzt sich Blumenberg von einem erkenntnistheoretischen Realismus ab, der politischen Systemen mit Ausschließlichkeitsanspruch (365) innewohnt und der »in jeder Gegenwart, also auch der gegenwärtigen, das logische Resultat des Gesamtprozesses ihrer Vergangenheit sieht« (366). Aber wie Blumenberg die immanente Entwicklungsgeschichte der copernicanischen Theorie entwickelt, kommt er einer Einheit von Logischem und Historischem sehr nahe. Er zeigt auf, daß Copernicus nur deshalb Erfolg haben konnte, weil er seinen Beweis aus der Sphärenanordnung führte und nicht beispielsweise aus der Tagesumdrehung der Erde. Vollständigkeithalber und für den interessierten Leser sei noch angeführt, daß in den weiteren 3 Teilen des Buches auf die Wirkungen des Copernicanismus auf die Philosophie ausführlich eingegangen wird. Blumenberg setzt beim Leser viel Wissen voraus, insbesondere um das aristotelisch-platonische Erbe. Ekehard Schmidt (Berlin/West)

Blumenberg, Hans: Aspekte der Epochenschwelle: Cusaner und Nolaner. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1976 (187 S., br. 10,- DM).

Das Buch ist eine erweiterte und überarbeitete Neuauflage des vierten Teils von Blumenbergs Werk »Die Legitimität der Neuzeit« (Frankfurt 1966). Der Verfasser hat sein Werk um das Kapitel »Die Epochen des Epochenbegriffs« (Kap. I) vermehrt, das eine beachtliche begriffsgeschichtliche Untersuchung zur Wandlung des Epochenbegriffs bietet. Nach einer kritischen Reflexion über geschichtliche Herkunft und wissenschaftliche Gültigkeit des Epochenbegriffs stellt der Autor fest: »Es gibt keine Zeugen von Epochenumbrüchen. Die Epochenwende ist ein unmerklicher Limes, an kein prägnantes Datum oder Ereignis evident gebunden. Aber in einer differentiellen Betrachtung markiert sich eine Schwelle, die als entweder noch nicht erreichte oder schon überschrittene ermittelt werden kann« (20). Vor diesem Hintergrund wird die Gegenüberstellung zweier philosophischer Systeme sinnvoll, die – trotz ihrer geringen chronologischen Distanz – verschiedenen historischen Epochen zuzuordnen sind. Als systematischer Bezugspunkt einer Konfrontation von cusanischer und nolanischer Lehre fungiert die kopernikanische Wende. Blumenberg stellt sich quer zur philosophiegeschichtlichen Tradition, wenn er den Cusaner nicht als Vorläufer des Kopernikus gelten läßt. In einer sehr detaillierten und kenntnisreichen Analyse bemüht er sich um den Nachweis, wie sehr das Denken des Nikolaus von Cues noch dem Strang der mittelalterlichen Philosophie zugehört, auch wenn sich der Cusaner gegen die aristotelischen Grundlagen des traditionellen Stufenkosmos wendet (36). Aus dem Werk des Cusaners, insbesondere seiner Inkarnationslehre, spricht letztlich »die Sorge um den Erhalt der mittelalterlichen Welt« (34). Bruno – die Bezeichnung »Nolaner« rührt von Brunos Geburtsort Nola in der Nähe von Neapel her – hat die Epochenschwelle zur Neuzeit überschritten, wenn er die von dem Cusaner behauptete Personalität Gottes verwirft. Nicht weil er als Anhänger des Kopernikus den Grundsatz von der Bewegung der Erde und der Unendlichkeit des Universums vertritt, sondern wegen seiner Angriffe auf die Inkarnationslehre wird dem No-

laner der Prozeß gemacht, wie Blumenberg anhand der Gerichtsakten belegt (110). Brunos pantheistische Schlußfolgerung lautet: Da die Gottheit in der Erschaffung eines unendlichen Universums alle Möglichkeiten realisiert hat, kann sie nicht mehr als eigenständige Person neben der Schöpfung existieren (123 f.). Ein persönliches Eingreifen Gottes in die geschichtliche Welt wird damit für unmöglich erklärt. Vom Standpunkt der Inquisition aus war eine Verurteilung Brunos nur konsequent, denn seine Lehre richtete sich in der Tat »gegen das Zentrum und die Substanz des christlichen Systems« (109). Freilich ließ sich dadurch ein Aufleben des Pantheismus für die Zukunft nicht verhindern, wie das Beispiel des Spinozismus bezeugt.

Jürgen Maruhn (Marburg)

Wagner, Fritz: Isaac Newton im Zwielficht zwischen Mythos und Forschung. Studien zur Epoche der Aufklärung. Verlag Karl Alber, Freiburg/München 1976 (237 S., Ln. 49,- DM).

Mit dem Namen Isaac Newton verbindet sich die Vollendung der sog. klassischen Mechanik, deren Entstehungsgeschichte im Zuge verstärkter wissenschaftshistorischer Untersuchungen in letzter Zeit zunehmendes Interesse gewann. In der vorliegenden Studie, die sich überwiegend aus schon früher veröffentlichten Artikeln zusammensetzt, steht jedoch nicht der Naturwissenschaftler Newton im Mittelpunkt, sondern – wie es heißt – der »ganze« oder der »echte« Newton, der ebenso sehr Naturphilosoph und Theologe gewesen ist. Die seit dem Zweiten Weltkrieg begonnene Erschließung des zuvor unbekanntes Nachlasses theologischer Schriften scheint dieses Vorhaben zu begünstigen, führt jedoch schließlich dazu, daß Newtons wissenschaftliche Leistung in den Hintergrund tritt und kaum behandelt wird. Dahinter steht das Programm, Newton für gegenwärtige Auseinandersetzungen zwischen Wissenschaft und religiösem Glauben zu aktualisieren. Es soll gezeigt werden, wie sehr in der heutigen Zeit die Selbstbeschränkung von Wissenschaft not tue, um der anderen Seite menschlicher Existenz, die um die »letzte Sinnfrage« ringe, wieder mehr Geltung zu verschaffen (7/8). Wagner läßt diese Frage keineswegs offen: Es geht um die Verteidigung des katholischen Offenbarungsglaubens gegen die Gefahren wissenschaftlicher Überheblichkeit. Dazu scheint Newton, der neben der naturwissenschaftlichen Forschung ebenso intensiv theologische Studien betrieb, zunächst ein geeignetes Beispiel zu sein. Insbesondere Newtons Nachträge zu seinen physikalischen Hauptschriften, worin er eingesteht, die Ursache der Schwerkraft noch nicht entdeckt zu haben, und daher Gott als mögliche Ursache einräumt, gaben in der Geschichte der Newton-Forschung Anlaß, das Verhältnis von Wissenschaft und Religion widerstreitend zu interpretieren. Wagner schließt sich im Referat dieser Kontroverse vorbehaltlos der These des französischen Jesuiten A. Koyré an, das Newtons religiöses Bekenntnis für dessen gesamtes Denken und damit auch für dessen Naturwissenschaft *konstitutiv* sei (38 ff.), womit die seit dem 17. Jh. erreichte Selbstständigkeit der Wissenschaft gegenüber der Theologie rückgängig gemacht werden soll.

Informativ sind lediglich einzelne, wenig systematische Ausführungen über Newtons Bibelforschung und über den Newton-Kult des 18. Jahrhunderts. Newton hatte (ohne Erfolg) eine nach Maßstäben der exakten Naturwissenschaft genaue Chronologie des Alten Testaments versucht, um die Anglikanische Staatskirche in unmittelbare Nachfolge zu stellen. In systematischen Erörterungen erweist sich Newton trotz einiger Abweichungen vom offiziellen Glauben im Vergleich zu seinem Freund Locke als konservativer Theologe (76 ff.). – Eine Fülle durchaus interessanter Details enthalten die Kapitel über die zeitgenössische Rezeption und Popularisierung Newtons: in der bildenden Kunst (Blake und Zick), in der Architektur (Boullée), in der

Literatur (Saint-Simon und Lessing) und vor allem in Voltaires philosophischer »Überhöhung« (34 ff.). Mit der überschwenglichen Newton-Verehrung korrespondiert nach Meinung des Autors ein im 18. Jahrhundert verbreitetes »Krisenbewußtsein«, das in der Einsicht in die prinzipiellen Grenzen menschlicher Vernunft bestehe (188 ff.).

Allerdings erweisen sich diese Ausführungen für den Beleg der abschließenden These, daß »mathematische Naturwissenschaft letzten Endes nur metaphysisch (. . .) begründet werden kann« (229), als untauglich. Es trifft zwar zu, daß die Mechanik für eine wissenschaftliche Weltanschauung nicht ausreicht, und daß Newton wie auch einige Zeitgenossen dies gespürt haben, aber es kehrt die historische Entwicklung geradezu um, wenn allein dieser spezifische Mangel hervorgehoben und zur Charakterisierung von Wissenschaft überhaupt verallgemeinert wird, statt den entscheidenden Schritt der Newtonschen Physik in dem Versuch zu sehen, die Selbstbewegung der Materie aus immanenten Kräften zu erklären. Auch wenn Newton selbst diese Konsequenz noch nicht zu ziehen wagte, schuf er doch im Gegensatz zu Wagners These die Grundlage für eine Erweiterung des Geltungsanspruchs der neuzeitlichen Wissenschaft.

Johannes Rohbeck (Berlin/West)

Losee, John: *Wissenschaftstheorie. Eine historische Einführung.*
Verlag C. H. Beck, München 1977 (218 S., br., 24,- DM).

Bis vor einigen Jahren konnte in der Wissenschaftstheorie der logische Positivismus nahezu unumstritten als die philosophische Leitkonzeption gelten. Der Wissenschaftsbegriff dieser Konzeption (Wissenschaft ist ein System logisch miteinander verbundener Sätze) war ebenso unhistorisch wie das Selbstverständnis der philosophischen Disziplin »Wissenschaftstheorie«, deren Begründung erst mit Entstehung der symbolischen Logik möglich geworden sei. Die Geschichte der Wissenschaftstheorie vor dem Wiener Kreis konnte demzufolge bestenfalls als Vorgeschichte aufgefaßt werden. Die vorliegende Darstellung der Geschichte der Wissenschaftstheorie von John Losee wurde daher erst möglich vor dem Hintergrund des seit einigen Jahren neu erwachten Interesses an Wissenschaftsgeschichte. Losee stellt die wissenschaftstheoretischen Auffassungen wichtiger Autoren über die Struktur der Wissenschaft dar. Dabei geht es vor allem um vier Fragen: »(1) Wodurch unterscheiden sich wissenschaftliche von anderen Untersuchungen? (2) Welche Methoden sollen Wissenschaftler bei ihren Untersuchungen anwenden? (3) Welche Bedingungen muß eine korrekte wissenschaftliche Erklärung erfüllen? (4) Welche Rolle spielen wissenschaftliche Gesetze und Prinzipien bei der Naturerkenntnis?« (S. 12). Mit diesem Problemkomplex kommen zwar Fragestellungen in den Blick, die über den Horizont des logischen Positivismus hinausweisen, wird aber dennoch eine Beschränkung auf *methodologische* Fragen der Wissenschaft vorgenommen, die wesentliche Dimensionen des Gegenstandes der Wissenschaftstheorie ausklammert. Daß etwa die Wissenschaftskonzeptionen von Hegel oder Marx nicht einmal der bloßen Erwähnung für wert befunden werden – daran hat man sich schon beinahe gewöhnt. Aber auch bei solchen Autoren, deren Auffassungen breit dargestellt werden, sind wesentliche Aspekte ihres Wissenschaftsverständnisses ausgeblendet, soweit diese Aspekte über den Rahmen methodologischer Überlegungen hinausgehen. In dem Abschnitt über Descartes z. B. findet sich nicht die leiseste Andeutung über jenes bis heute für den gesamten Wissenschaftsbetrieb fundamentale Prinzip der Naturbeherrschung mit Hilfe wissenschaftlicher Erkenntnis, das von Descartes in seinem »Discours« mit den Worten formuliert wurde, man könne »anstelle der spekulativen Philosophie, die in den Schulen gelehrt wird, eine praktische finden«, durch die wir »zu Herren und Meistern der Natur« werden würden. Sieht man davon ab, daß mit der Beschränkung

auf methodologische Fragestellungen wesentliche Teile der Evolution wissenschaftstheoretischen Denkens aus dem Blickfeld gerückt werden, so gelingt Losee ein insgesamt instruktiver Überblick über die wichtigsten methodologischen Konzeptionen von der Antike bis heute. Wenn bei der Darstellung eines so großen Zeitraumes die einzelnen Abschnitte etwa über Aristoteles, Galilei oder Newton recht dürftig bleiben, so muß dies der Fülle des Materials zugeschrieben werden, die auf knapp 200 Seiten kaum zu bewältigen ist: mehr als eine Einführung kann der Leser daher nicht erwarten. Doch auch diese bringt immerhin noch zahlreiche Informationen und auch Überraschungen, denn eine ganze Reihe von methodologischen Problemen, die die Wissenschaftstheoretiker seit den Tagen des Wiener Kreises beschäftigt haben, erweisen sich als in Wahrheit uralte. So hat etwa Duns Scotus schon im 13. Jahrhundert die Unterscheidung von Erkenntnis- und Begründungszusammenhang des Wissens teilweise vorweggenommen und Poppers Methode der Falsifikation mit Hilfe des *modus tollens* ist schon bei Robert Grosseteste (1168–1253) angedeutet. Trotz gewisser Einschränkungen stößt der Band von Losee in eine empfindliche Lücke in der wissenschaftstheoretischen Literatur, die durch das lange Zeit vorherrschende Desinteresse an der Geschichte der eigenen Disziplin entstanden ist; daß er diese Lücke keineswegs ausfüllt, kann ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden. Der Überblickscharakter des Bandes, die Fülle an Information und die klare Darstellung machen ihn zu einem brauchbaren und geeigneten Einstieg in die Thematik.

Kurt Bayertz (Köln)

Kuhn, Thomas S.: Die Entstehung des Neuen.

Studien zur Struktur der Wissenschaftsgeschichte. Herausgegeben von Lorenz Krüger. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1977 (473 S., Ln., 68,- DM).

Thomas Kuhns 1962 erschienener (und seit 1967 in deutscher Übersetzung vorliegender) Essay »Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen« ist zweifellos eines der einflußreichsten und meistdiskutierten Werke der zeitgenössischen Wissenschaftstheorie. Im Zuge der Rezeption dieses Werkes hat die angelsächsische (und – mit entsprechender Verzögerung – inzwischen auch die kontinentale) Wissenschaftstheorie den Übergang von einer ausschließlich logisch-strukturellen Betrachtungsweise zu einem historisch-pragmatischen Verständnis der Wissenschaft vollzogen – ein Übergang, der aus marxistischer Sicht nur die längst überfällige Korrektur positivistischer Verengungen des Wissenschaftsverständnisses darstellt, der aber im Rahmen der analytischen Wissenschaftstheorie revolutionär genug wirkte, um den Herausgeber der vorliegenden Sammlung von Aufsätzen Thomas Kuhns zu einer Unterscheidung von »vor-Kuhnscher« und »nach-Kuhnscher« Wissenschaftsbetrachtung zu veranlassen (7).

Die im vorliegenden Band zusammengefaßten Studien Kuhns liefern keine prinzipiell neuen Gesichtspunkte für die Interpretation seiner Wissenschaftstheorie, sind jedoch gleichwohl geeignet, die Konzeption Kuhns in ein deutlicheres Licht zu rücken und einzelne ihrer Aspekte zu präzisieren. Dies gilt für den Zentralbegriff der Kuhnschen Konzeption, für den Begriff des Paradigmas, leider nur in geringem Maße, wohl aber für Kuhns Verständnis der Wechselwirkung zwischen »internen« und »externen« Faktoren der Wissenschaftsentwicklung. In der gegenwärtigen wissenschaftstheoretischen Diskussion wird Kuhn gewöhnlich das Verdienst zugesprochen, »kognitive und im weitesten Sinne soziale Einflußgrößen zu einem einheitlichen Ansatz verbunden« (12) zu haben. In der Tat hebt Kuhn hervor, daß »die Autonomie des wissenschaftsinternen Ansatzes in wesentlichen Punkten irreführend« (186) sei; zwar komme dem wissenschaftsinternen und dem wissenschaftsexternen Ansatz in der Wissenschaftsgeschichte jeweils »eine Art natürliche Eigenständigkeit

zu, doch ihre Absichten ergänzen sich durchaus. Solange sie nicht in diesem Sinne zum wechselseitigen Nutzen betrieben werden, dürften wichtige Seiten der Wissenschaftsentwicklung unverstanden bleiben« (187). Gleichwohl bleibt die Forderung nach Analyse der Wechselwirkung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft bei Kuhn weitgehend Programm; seine materialen Analysen, etwa über die Entstehung der neuzeitlichen Wissenschaft, bleiben durchweg an der Oberfläche der ihr zugrundeliegenden gesellschaftlichen Prozesse: ohne Bezugnahme auf den Hauptinhalt der Epoche, die beginnende Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise, werden lediglich Veränderungen in der sozialen Herkunft und Stellung der Wissenschaftler und die Entwicklung eines für die Wissenschaft günstigeren »Ethos« als externe Faktoren in Betracht gezogen (105 ff.). Der von marxistisch orientierten Wissenschaftstheoretikern schon mehrfach konstatierte verkürzte Gesellschaftsbegriff, der der Kuhnschen Konzeption zugrundeliegt, läßt die externen Faktoren offenbar als bloßes »Milieu« einer im übrigen durchaus autonom aufgefaßten Wissenschaft erscheinen. Statt die Gesellschaftlichkeit von Wissenschaft aus ihrer sozialen Funktion als Teilbereich der gesellschaftlichen Arbeitsteilung abzuleiten, wird sie auf die *Gemeinschaftlichkeit* des Erkenntnisprozesses einer scientific community reduziert. Im Grunde macht schon die von Kuhn benutzte Begrifflichkeit eine Lösung des von ihm in Angriff genommenen Problems unmöglich: mit der Gegenüberstellung von »internen« und »externen« Faktoren ist letztlich ein ungesellschaftlicher Wissenschaftsbegriff unterstellt, vor dessen Hintergrund sich die gesellschaftlichen Determinanten der Wissenschaftsentwicklung nur als *äußere* Ansprüche darstellen können, denen ein im übrigen »intern« regulierter Erkenntnisprozeß konfrontiert wird.

Diese Kritik dementiert nicht den Anteil Kuhns an der Überwindung des positivistischen Logizismus und Empirismus in der Wissenschaftstheorie; sie dementiert ebensowenig die Bedeutung einzelner in die vorliegende Sammlung aufgenommener Aufsätze (die Studie über »Die Funktion des Messens in der Entwicklung der physikalischen Wissenschaft« (254 ff.) z. B. gehört zweifellos zu den instruktivsten Untersuchungen über das Verhältnis von Theorie und Erfahrung). In Frage gestellt werden muß aber das Kuhn zugeschriebene Hauptverdienst: kognitive und soziale Determinanten der Wissenschaftsentwicklung in einem geschlossenen Ansatz organisch miteinander verbunden zu haben.

Kurt Bayertz (Köln)

Lecourt, Dominique: Proletarische Wissenschaft? Der »Fall Lyssenko« und der Lyssenkismus. VSA, Berlin/West 1976 (219 S., br., 14,80 DM).

Lecourt unternimmt zum ersten Male den Versuch, auf marxistischer Grundlage aus westeuropäischer Perspektive eine dramatische und für die europäischen kommunistischen Parteien folgenschwere Episode der Stalinzeit nach 1945 zu analysieren. Der Autor untersucht den Fall »Lyssenko«, der in der UdSSR 1948 zur Proklamation einer proletarischen Biologie durch Partei und Staat führte sowie zur Theorie von der Existenz zweier Wissenschaften: einer proletarischen und einer bürgerlichen, und der UdSSR große materielle Schäden zufügte. Wie kam es in der Sicht Lecourts zum Fall »Lyssenko«? In der zweiten Hälfte der 20er Jahre sah sich die noch junge Sowjetmacht dem existenziellen Problem einer Steigerung der Agrarproduktion gegenüber, da der überwiegende Teil der volkswirtschaftlichen Ressourcen für den Aufbau einer Schwerindustrie benötigt wurde, ohne die auch die Industrialisierung der Landwirtschaft nicht hätte erfolgen können. In dieser Situation standen sich zwei methodisch völlig verschiedene Schulen der Agrarwissenschaft gegenüber. Zum einen gab es Genetiker, die zwar über theoretische Erkenntnisse und experimentelle Versuche verfügten, die jedoch in der praktischen Umsetzung ihrer bisherigen Resultate noch keine verallgemeinerbaren Erfolge für den Bereich der Landwirtschaft auf-

weisen konnten; auf der anderen Seite gab es Agrartechniker (z. B. Lyssenko), die unter Zuhilfenahme von seit Jahrhunderten bekannten Anbautechniken praktische Angebote machen konnten, mit denen sie partiell Erfolge erzielten. Zwischen beiden Positionen fanden politische Kämpfe statt, die 1948 zugunsten der Lyssenkisten administrativ entschieden wurden. Der Lyssenkismus wurde zur proletarischen Wissenschaft erklärt, die Genetiker hingegen als »trotzkistische« und »bürgerliche« Saboteure abgestempelt, ihnen wurde jegliche Basis für eine weitere wissenschaftliche Arbeit entzogen und es folgten physische Liquidationen. Aufgrund von praktischen Erfolgen ausländischer Genetikerschulen und Mißerfolgen der Lyssenkisten ist man in der UdSSR Ende der 50er Jahre schließlich stillschweigend vom Anti-Genetikkurs abgegangen. Diese oberflächliche Korrektur eigener Fehler kritisiert Louis Althusser in seinem Vorwort und fordert, daß man die Bedingungen des Irrtums analysieren muß, um ihn so mit Sachkenntnis berichtigen zu können. »Es ist schlimmer, über eine Niederlage oder einem Irrtum die Augen zu verschließen und zu schweigen, als sie zu erleiden bzw. ihn zu begehen.« (9)

Lecourt dokumentiert und kommentiert die Diskussion zwischen Genetikern und Lyssenkisten von 1927 bis 1948 (vgl. Kapitel II und IV sowie Dokumentenanhang 149 ff.) und analysiert auch die Folgen dieser Diskussion für die französischen Kommunisten in der Nachkriegszeit (vgl. Kapitel I). Der Lyssenkismus ist für ihn Folge einer »technizistischen« Schein-Lösung der technischen wie politischen Probleme bei der Intensivierung und Kollektivierung der Landwirtschaft in der UdSSR (vgl. Kapitel III). Im letzten Kapitel versucht der Autor, den ideologischen Nährboden des Lyssenkismus genauer zu analysieren: Er kritisiert die statische Version des dialektischen Materialismus als Ideologie einer Technokratenschicht, gekennzeichnet durch »Nötigung, Einschüchterung« und »Unterdrückung«, und verdeutlicht ihre praktischen Konsequenzen und Wirkungsweise, die bis zur physischen Liquidation führen konnte (vgl. S. 133 und 134).

Eberhard Göbel und Gerhard Herrgott (Berlin/West)

Graham, Loren R.: Dialektischer Materialismus und Naturwissenschaften in der UdSSR. 1. Teil (Quantenmechanik / Relativitätstheorie / Ursprung und Aufbau des Weltalls).

Verlag S. Fischer, Frankfurt/M. 1974 (255 S., br., 19,80 DM).

Eine große Bedeutung dieser Arbeit besteht darin, daß sie nicht von einem Marxisten stammt. Gerade weil Graham die Wechselwirkung zwischen »Parteiideologie« und Naturwissenschaften von einem bürgerlich-liberalen Standpunkt begutachtet, wirkt sein Nachweis um so überzeugender, daß der Dialektische Materialismus für die moderne Naturwissenschaft von heuristischem Wert ist. Vor allem bei Naturwissenschaftlern, die bewußt oder unbewußt gegenüber dem Dialektischen Materialismus eine neopositivistische Abwehrhaltung pflegen, könnte dieses Buch alte Vorurteile über Bremswirkungen der in der UdSSR herrschenden Weltanschauung auf den wissenschaftlichen Fortschritt aufbrechen helfen.

Graham, der in langjährigem Kontakt mit dem wissenschaftlichen Leben der UdSSR steht, demontiert aus eigener Erfahrung das Klischee, dort kämpfe sich der Fortschritt nur mühsam in einem zähen Medium ideologischer Bevormundung vorwärts. In seiner Darstellung unterscheidet Graham sehr willkürlich zwischen »ideologisch« (schlecht) und »philosophisch« (gut) und meint mit ersterem den Einfluß sowjetischer Fachphilosophen auf wissenschaftstheoretische Debatten. Doch zeigt selbst Grahams »antiideologisch« parteinehmender Bericht über den lebhaften Meinungsstreit der Quantenphysiker, daß auch unter Stalin und erst recht danach die Einschaltung marxistischer »Parteiphilosophen« die Diskussion nicht abwürgte, son-

dern eher anheizte. Gerade beim Durchsetzen der unter Stalin als idealistisch diskriminierten Quanten- und Relativitätstheorie waren die Physiker gezwungen, haltbare materialistische Interpretationen dieser positivistisch kontaminierten Theorien zu erarbeiten – wobei sich ihre Deutungen meist als haltbarer erwiesen als westliche. (Forscher wie Max Born und Werner Heisenberg sind mit der Zeit zu Kritikern des Positivismus geworden, wobei vor allem für Born die Argumente der sowjetischen Physiker eine Rolle gespielt haben dürften.)

Zur Aufnahme der Relativitätstheorie in der UdSSR stellt Graham für die Zeit bis zum Ende des 2. Weltkrieges fest: »Die Relativitätstheorie wurde jedenfalls, verglichen mit anderen Ländern, keineswegs einhellig abgelehnt, wenn es auch eine gewisse Opposition gab« (125). Dies entzieht der im Geist der Totalitarismus-These gern aufgestellten Behauptung den Boden, Einstein sei unter Stalin genau wie unter Hitler »verboten« gewesen. Zwar gab es in den 50er Jahren, als Stalin bereits den ganzen Wissenschaftszweig der Genetik tatsächlich »verboten« hatte und damit der sowjetischen Naturforschung und Wirtschaft schweren Schaden zufügte, heftige Angriffe auf den »reaktionären Einsteinismus«, doch wurde ihnen offen und deutlich widersprochen (131 ff.). Diese Debatte führte noch in den 50er Jahren dazu, daß die Relativitätstheorie akzeptiert wurde und die Kritik sich nur auf idealistische Fehldeutungen beschränkte. Darum geht ein Vergleich mit den Nazis völlig fehl, die unter dem Etikett »Deutsche Physik« einen gewissen Hasenöhl als arischen Einstein-Ersatz aufgebaut hatten. Schließlich ist in der UdSSR in den 60er Jahren die erste und noch immer einzige Gesamtausgabe der Arbeiten Einsteins erschienen (136).

Der fruchtbarste sowjetische Interpret der Relativitätstheorie, V. A. Fock, hat zugleich die wichtigsten Weiterentwicklungen der Allgemeinen Relativitätstheorie geschaffen. Sowohl seine Auslegung der Einsteinschen Theorien wie auch seine international diskutierte Weiterentwicklung der Gravitationstheorie begründet Fock ausdrücklich und überzeugend mit Argumenten des Dialektischen Materialismus (140 ff.). Besonders in Fragen der Kosmologie vermittelt Graham den Eindruck, daß der Dialektische Materialismus die Theoriebildung keineswegs behindert, sondern davor bewahrt, durch Überinterpretation des jeweils Neuen einer Hypothese in Sackgassen zu wandern. Gerade in der Kosmogonie wird ja der räumlich und zeitlich beschränkte Horizont unserer astronomischen Beobachtungen auf das Weltall als Ganzes extrapoliert. Hier erweisen sich oft idealistische Spekulationen als »ideologischer« und kurzlebiger als die vorsichtigen Aussagen der sowjetischen Forscher. So konnte es zum Beispiel der sowjetischen Kosmologie kaum einfallen, die Rotverschiebung des Fixsternlichts als Beweis eines zeitlichen Anfangs oder gar der göttlichen Schöpfung des ganzen Weltalls zu deuten; unterdessen verschwinden auch im Westen solch antiwissenschaftliche Interpretationen der »Urknall«-Hypothese langsam in der Rumpelkammer.

Michael Springer (Aachen)

Bartsch, Gerhard, Herbert Crüger und Christian Zak: Geschichte als gesetzmäßiger Prozeß. Herausgegeben im Auftrag des wissenschaftlichen Rates für philosophische Forschung der DDR von Wolfgang Eichhorn I, Erich Hahn, Frank Rupprecht. Dietz Verlag, Berlin/DDR 1976 (183 S., br., 3,40 M).

Möglicherweise kommen auch im Wissenschaftsbetrieb sozialistischer Länder Bücher zuweilen auf ähnliche Art zustande, wie das hierzulande immer häufiger geschieht: zwei, drei Autoren tun zusammen, was in ihrem Kopf oder in ihren Schubladen ohnehin schon vorhanden ist und versehen dieses Gemenge mit einem allgemein gehaltenen Titel, der aber Lücken in der wissenschaftlichen Bedarfsdeckung zu schließen verspricht. Man kann nicht ausschließen, daß das Buch von Bartsch, Crüger

und Zak über »Geschichte als gesetzmäßiger Prozeß« auf diese Weise entstanden ist, weil man in ihm viel über allerlei Probleme und Phänomene historischen Charakters, aber nur wenig über die Gesetzmäßigkeit historischer Prozesse erfährt. Gegenüber anderen Veröffentlichungen zum selben Thema – gerade auch von Autoren, die in der DDR erschienen sind (z. B. Zelený, Bollhagen, Hörz) – kann diese Arbeit daher keinen Fortschritt erbringen. Gleichwohl ist die Lektüre wegen einer Reihe einleuchtender Einzelüberlegungen von Nutzen.

Der erste Teil befaßt sich (abgesehen von einer etwas unbeholfenen Kritik an einigen idealistischen Positionen) mit dem Verhältnis von »Einheit und Mannigfaltigkeit des Geschichtsprozesses«. Es wird gezeigt, daß der formationspezifische Prozeß der Auseinandersetzung von Mensch und Natur die Einheit des geschichtlichen Geschehens einer Gesellschaftsform bildet, wobei die Beziehungen zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkraftentwicklung sowie zwischen der Produktionsweise überhaupt und der sich entwickelnden Totalität einer Gesellschaftsformation (wie sie von Marx im »Vorwort« von »Zur Kritik der Politischen Ökonomie« skizziert wurden) nicht allein als »grundlegendes Gesetz« der Entwicklung einer Formation (35), sondern mit einem Wort von Engels als »Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte« überhaupt (35) dargestellt werden. Die Ausarbeitung des Unterschieds zwischen dem Entwicklungsgesetz einer Gesellschaftsformation und möglichen Gesetzen der Aufeinanderfolge von Gesellschaftsformationen sowie eine entsprechende Erläuterung der verschiedenen Bedeutungen dieser Gesetzesbegriffe werden leider nicht versucht. Der Begriff der Gesetzmäßigkeit bleibt schon aus diesem Grunde recht unscharf. Die Verschiedenheit der erkenntnismäßigen Ebenen »Gesellschaftsformation« und »geschichtliche Ausprägungen einer Gesellschaftsformation« wird allenfalls angedeutet und ist den Verfassern anscheinend nicht hinreichend bewußt. Insofern wird die in der Kapitelüberschrift angesprochene »Mannigfaltigkeit des Geschichtsprozesses« nicht eigentlich zum Problem. Wichtig sind aber bestimmte Einzeleinsichten, so die Charakterisierung des Arbeitsprozesses als »seinem Wesen nach gesellschaftlich vollzogener Naturprozeß« (16) oder die Forderung, es gelte vor allem, »die Gesetze der Ablösung von Gesellschaftsformationen zu finden, um schließlich den Gesamtprozeß der Gesellschaftsentwicklung rekonstruieren zu können« (21), wozu der interessante, aber problematische Gedanke geäußert wird, daß »die Abfolge der Gesellschaftsformationen selbst. . . einer umfassenden naturgeschichtlichen Notwendigkeit« unterliegt (23). Welcher Notwendigkeit? Will man nicht den Unterschied zwischen Weltgeschichte und Formationsgeschichte unzulässig verwischen (wozu die Verfasser manchmal neigen, vgl. z. B. 32), dann bedarf es hierzu theoretischer Anstrengungen auf einer anderen Ebene als derjenigen, auf der sich die Betrachtung der Gesellschaftsformationen als Orten des Prozesses zwischen Naturmomenten bewegt. Hierzu wird mit Überlegungen über die Aufeinanderfolge verschiedener Formen der Mehrwerterzeugung und Mehrwertverwendung (23 ff.) lediglich angesetzt; eine Explikation des möglicherweise weiterweisenden Satzes »Wenn sich die Gesellschaft entwickelt, entwickelt sich daher auch die Natur weiter« (22) erfolgt jedoch leider nicht.

Der zweite Teil des Buches beschäftigt sich allerdings eingehender mit dem Thema »Weltgeschichtliche Entwicklung und ökonomische Gesellschaftsformation«. Im Anschluß an eine breite Diskussion des Formationskonzepts und der Konzeption der Formationsabfolge, die unter Historikern sozialistischer Länder (und übrigens auch bei den Archäologen und Ethnologen) geführt wurde, wird hier – u. E. zu Recht – die Idee einer Hauptlinie der gesellschaftlichen Entwicklung vertreten. Allerdings wird über die formelle Bestimmung, daß der Wechsel der Formationen ein Fortschreiten hin zum Kapitalismus (und dann zum Sozialismus) verwirklicht, kaum hinausgegangen. Vielmehr irrt die Überlegung zu der hier unerheblichen Frage ab, inwieweit die

einzelnen Formationen »universellen Charakter« (57) trugen, sich also bei den verschiedenen Bevölkerungen auf der Erdoberfläche im Zuge der Weltgeschichte verwirklicht haben oder nicht. Hieran schließt sich eine sehr breite Erörterung des Begriffs soziale Gemeinschaften an, worunter unter anderem Gentes, Stämme, Völkerschaften und (zweierlei Arten von) Nationen verstanden werden, ohne daß die Gesetzmäßigkeit von Geschichte hierdurch eine weitere Klärung erführe.

Ein dritter Teil beschäftigt sich mit der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaftsformation. Hier wird vor allem versucht zu verdeutlichen, daß diese Formation »kein ein für allemal gegebener, unveränderlicher Endzustand der Gesellschaft. . . ist, sondern. . . wie alle bisherigen Gesellschaftsformationen der Veränderung und Entwicklung« unterliegt (130). Wichtig scheint mir der Gedanke zu sein, daß die Unterscheidung zweier Phasen der Entwicklung dieser Formation nicht allzu verkniffen gesehen werden dürfe und daß es nach diesen möglicherweise »weitere, also wiederum höhere, Phasen geben wird« (102). Als Grundgesetz der Formation wird die Lösung des immer wieder neu auftretenden Widerspruchs zwischen »der jeweils erreichten realen geschichtlichen Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung und den auf dieser Stufe entspringenden gesellschaftlichen Bedürfnissen« (141) gesehen. Es fehlt aber leider jeder Versuch, dieses Grundgesetz als Entwicklungsgesetz der sozialistischen Gesellschaft auszuarbeiten, also die Entwicklung dieser Formation systematisch als gesetzmäßige zu beschreiben und zu begreifen.

Der vierte und letzte Teil des Buches handelt vom Begriff des Fortschritts. Die einleitende kurze Abhandlung des bürgerlichen Fortschrittsbegriffs ist etwas grobschlächtig – beispielsweise wird ausgerechnet dem differenziert historisch argumentierenden Condorcet eine bornierte Verabsolutierung der Vernunft vorgeworfen (153). Als Grundlage des Fortschritts entsprechend dem historischen Materialismus wird in einem vielversprechenden Ansatz die »Entwicklung der Mensch-Natur-Beziehung« (163) vorgestellt, die mit der Entwicklung der Produktivkräfte gleichgesetzt wird. Letzteres kann, unterstellt man einen vernünftigen Produktivkraftbegriff, durchaus sinnvoll sein. Leider identifizieren die Autoren, wohl nicht ohne Mitverschulden Lenins, die Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte mehrfach mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Hier wäre eine Beschäftigung mit den Grundzügen der Wirtschaftsstatistik von Nutzen. Die Kollegen Gesellschaftswissenschaftler in den sozialistischen Ländern sollten sich vielleicht – allen diesbezüglichen Lenin-Worten zum Trotz – klar machen, daß die Relation »Produktionswert: Aufwand an Produktionsarbeit« zur Wiedergabe des Entwicklungsstands gesellschaftlicher Produktivkräfte und insbesondere zum Systemvergleich grundsätzlich nicht taugt (und zwar auch dann nicht, wenn »ein längerer Entwicklungsabschnitt zugrunde gelegt wird« 168), wobei sie sich verschiedener Argumente bedienen können, die die Autoren im gegenwärtig behandelten Abschnitt (insbesondere 164–170) verdienstvollerweise selbst anführen, ohne daraus terminologische Konsequenzen zu ziehen. – Abschließend wird noch auf den »antagonistischen Charakter des gesellschaftlichen Fortschritts in der Ausbeutergesellschaft« aufmerksam gemacht, wobei als Beleg für die Ausbeutung von Arbeitern im gegenwärtigen Kapitalismus die Relation von Bauarbeiter-Ersparnissen und Preisen für Münchener Eigentumsappartments, zitiert nach Rolf Hochhuth, genannt wird (175); ein zumindest stark verkürzter Ausbeutungsbegriff.

Alles in allem: der Band enthält manche einleuchtenden und weiterführenden Überlegungen, aber auch allerlei Überflüssiges und Verkehrtes. Ich glaube nicht, daß ein Historiker durch die Lektüre dieses Buches davon überzeugt werden kann, daß Geschichte als gesetzmäßiger Prozeß verläuft; auch kein Historiker in der DDR.

K. H. Tjaden (Kassel)

Sprach- und Literaturwissenschaften

Wilkins, D. A.: *Linguistik im Sprachunterricht*. Quelle Meyer Verlag, Heidelberg 1976 (317 S., br., 22,80 DM). (zit. a)

Hausmann, F. J.: *Linguistik und Fremdsprachenunterricht*. 2. um einen Anhang erw. Aufl., TBL Verlag Gunter Narr, Tübingen 1977 (417 S., br., 29,80 DM). (zit. b)

Sprache ausländischer Arbeiter. Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik. Heft 18, Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 1975 (152 S., br., 16,80 DM). (zit. c)

Hartnäckig hält sich die These, die Linguistik sei (zusammen mit der Lernpsychologie) die Grundlagenwissenschaft für den Fremdsprachenunterricht. Es scheint auch auf der Hand zu liegen: im Fremdsprachenunterricht werden Sprachen vermittelt, Sprachen werden von der Linguistik beschrieben, diese wissenschaftlichen Sprachbeschreibungen bilden die Grundlage für den Fremdsprachenunterricht. Weiterhin sieht es so aus, als hätten Entwicklungen der Linguistik direkte Konsequenzen für die Fremdsprachenpraxis: die traditionelle Grammatik um die Jahrhundertwende führte angeblich zu einem grammatisierenden Unterricht, in dem Übersetzungsfähigkeit und Regelkenntnis gefördert wurden. Das Aufkommen des amerikanischen Strukturalismus brachte einer neuen Unterrichtsmethode Erfolg: dem audio-lingualen Unterricht, in dem die Automatisierung von Sprachgewohnheiten durch das Einüben von sprachlichen Mustern das erklärte Ziel ist. Einige Anwender der generativen Transformationsgrammatik, die ihrem eigenen Anspruch nach den Strukturalismus überwunden und ein neues Paradigma in der Linguistik konstituiert hat, proklamieren heute das Ende der audio-lingualen Methode und die Suche nach neuen Unterrichtsverfahren allein schon deshalb, weil die Linguistik die Grundlagen der alten Methode erschüttert hat.

Zumindest drei Überlegungen widersprechen jedoch der These von der Abhängigkeit des Fremdsprachenunterrichtes von der Linguistik. Zum einen gibt es nicht *die* Linguistik, sondern eine Vielfalt von Versuchen, die verschiedenen Aspekte von Sprache und Sprechen zu erfassen. Auf dem Teilgebiet der Sprachsystembeschreibung führte die Konkurrenz mehrerer formaler Ansätze zu methodischen Diskussionen auf einer Ebene, die für den Fremdsprachenunterricht uninteressant ist. Zum anderen sind Anstöße zur Sprachbeschreibung und zum Sprachunterricht immer schon von Praktikern gekommen. Zum dritten reicht aber auch eine einheitliche Linguistik, die vollständige Beschreibungen von Ausgangs- und Zielsprachen bereitstellt, nicht aus, um die Praxis des Fremdsprachenunterrichtes zu determinieren.

Zur Bestimmung des jeweils besten Unterrichtsvorgehens braucht man, neben Informationen über die Sprache als Unterrichtsgegenstand, Wissen über situationale Faktoren (Zahl der Schüler in einer Klasse, Verhältnis Lehrer-Schüler, Ausstattung mit Medien und vorhandene Zeit) und über die Lernenden (ihr Alter und der Stand ihrer kognitiven Entwicklung, ihre Motivation für das Fremdsprachenlernen, den sozialen Status der Fremdsprache usw.). Beschäftigt man sich mit der Rolle der Linguistik im Fremdsprachenunterricht, kann es daher nicht darum gehen, linguistische Forschungsergebnisse unhinterfragt anzuwenden. Zu überlegen ist vielmehr, welche Aspekte der Linguistik für einen interdisziplinären Ansatz zur Erforschung des Fremdsprachenlernens verwendbar sind.

Ein Versuch dazu ist das Buch von D. A. Wilkins. Seine These, daß »der Einfluß der Linguistik in einigen Fällen direkt greifbar ist, in anderen. . . noch mit einer Beeinflussung zu rechnen (ist), während in den übrigen Fällen keine Auswirkungen auf den Sprachunterricht zu erwarten sind« (a 12), wird in acht Kapiteln konkretisiert. Aus der grundlegenden Sprachauffassung der linguistischen Theoriebildung tauchen

u. a. die Betonung der Priorität von gesprochener Sprache gegenüber der geschriebenen und die Unterscheidung von *langue* und *parole* auch im Sprachunterricht wieder auf. Die Beschreibung der Artikulationsvorgänge durch Phonetiker ist von großem Wert für den Sprachlehrer, die generative Phonologie hat für ihn dagegen nur akademisches Interesse, da »der Sprachlehrer. . . nur mit der phonetischen Form arbeiten (kann), die den Wörtern in einer tatsächlichen Äußerung zukommt« (a 88). Die modernen Arbeiten zur Syntaxforschung enthalten nach der Auffassung des Autors »kaum irgendwelche Ergebnisse, die wirklich neu sind« (a 119), lenken aber mit der Systematisierung traditionell bekannter Ergebnisse die Aufmerksamkeit der Lehrer wieder auf die Differenziertheit von Satzstrukturen. Weiter beschäftigt sich Wilkins u. a. mit der Relevanz individueller Faktoren wie Sprachlerneignung, Motivation und Alter für den Unterrichtserfolg. Die sprachpsychologische Diskussion um eine behavioristische oder mentalistische Erklärung des Spracherwerbs wird referiert und für noch nicht geklärt genug gehalten, um den Unterricht ausschließlich auf einer der beiden Theorien aufbauen zu können.

Die angesprochenen Problembereiche bleiben jedoch größtenteils unverbunden. Wilkins hält sich mit Wertungen so weitgehend wie möglich zurück, vermeidet es, Sonderangebote und Ladenhüter seines Linguistikataloges zu benennen. Seine Feststellung, daß »die Strukturen der Zweitsprache. . . nicht um ihrer selbst willen gelernt (werden), sondern um dem Lernenden die Möglichkeit zu geben, sich gegenüber Sprechern dieser Sprache verständlich zu machen« (a 191), gebraucht er kaum als kritischen Maßstab für die Ansätze, die er referiert. Die Diskussion von Fällen verselbständigter Anwendungen linguistischer Theorien auf die Fremdsprachenpraxis unterbleibt leider völlig, so daß zwar ein im einzelnen kritisch, aber insgesamt doch recht wohlwollend gezeichnetes Bild der Relevanz der Linguistik für den Fremdsprachenunterricht entsteht. Das Buch ist ausdrücklich als Einführung geschrieben und soll zukünftigen Sprachlehrern als Entscheidungshilfe bei der Frage dienen, ob es sich für sie lohnt, sich intensiver mit der Linguistik zu beschäftigen. Als Einführung in die Linguistik hat der Wilkinssche Versuch im Vergleich zu vielen anderen (vgl. z. B. die in Argument 95 rezensierten Einführungen) zumindest drei Vorteile: 1. Wilkins hängt nicht, wie das öfters getan wird, einem verselbständigten Abriss der Linguistik ein paar Bemerkungen zur Didaktik an, sondern diskutiert intensiv und kritisch die Bedeutung der vorgestellten Linguistik für den Sprachunterricht. 2. Die Beschränkung auf die grundlegenden, allgemein interessierenden Aspekte der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Sprache macht es möglich, trotz der Vielfalt der angeschnittenen Themen illustrierend einzuführen und nicht katalogartig unverständliche abstracts verschiedener Theorieansätze aneinanderzureihen. 3. Die Übersetzung, die ohne Anglizismen in Wortwahl und Stil auskommt und erfreulicherweise keinerlei Ehrgeiz entwickelt, einen anschaulichen Text in unlesbares Wissenschaftsdeutsch zu transportieren, und die Ersetzung der üblichen Aufzählung von Literaturmassen durch wenige, aber kommentierte Hinweise auf weitere Texte zu bestimmten Themen machen das Buch äußerst leserfreundlich.

In die gleiche Richtung wie Wilkins zielt H. Christmann in der Einleitung zu Hausmanns Bibliographie »Linguistik und Fremdsprachenunterricht« mit seiner Feststellung, daß »die Linguistik für den Fremdsprachenunterricht jetzt die Rolle eines unter mehreren Lieferanten (spielt)« (b, 5). Da es eine fächerübergreifende wissenschaftliche Erforschung des Fremdsprachenunterrichts noch nicht gebe, müsse der Sprachlehrer die Integration der verschiedenen einzelwissenschaftlichen Ergebnisse leisten. Ihn sich im Supermarkt »Linguistik« ein wenig weniger schlecht zu rechtfinden zu lassen – dazu ist die von Hausmann verfaßte Bibliographie geeignet.

Etwa 2000 Bücher und Aufsätze aus Zeitschriften und Readern hat Hausmann in der durch einen Anhang für die Jahre 1975–1977 erweiterten zweiten Auflage seiner

Bibliographie dokumentiert und z. T. ausführlich kommentiert. Wenn auch manchmal die Kommentierung zu stark in den Vordergrund tritt und den Informationen den knappen Raum vorenthält, ist es im Prinzip erfreulich, daß Hausmann keine Sammlung von abstracts bietet, sondern versucht, »die gesammelten Titel so präzise zu charakterisieren und zu bewerten, daß der Benutzer mit den bibliographischen Angaben auch wirklich etwas anfangen kann« (b 7 f.). Eine Hälfte der Titel befaßt sich allgemein mit dem Verhältnis von Linguistik und Fremdsprachenunterricht, die andere ausschließlich mit dem Französischlernen. Mit Hilfe der Kommentierung wird man als Romanistikstudent viele Aufsätze, denen man aufgrund ihrer anspruchsvollen Titel vielleicht nachgegangen wäre, gleich wieder beiseite lassen können. Ein nützliches Buch also, daß durch ein paar Hinweise auf Probleme der Curriculumforschung, ein Zeitschriften- und Bibliographienverzeichnis, ein Namens- und ein (zu) knappes Sachregister vervollständigt wird. Allerdings wundert es, daß unter den siebzehn Titeln der Rubrik »Vorweg zu empfehlen« alleine zehn in verschiedenen Fachzeitschriften publizierte Aufsätze von Horst Arndt erscheinen. Auch ein paar Querverweise mehr hätten nichts geschadet, um zusammengehörende Aufsätze als solche zu kennzeichnen. Die angeführten Artikel von Günther, Helbig, Hofmann, Motsch aus der DDR-Zeitschrift »Deutsch als Fremdsprache« zum Beispiel gehören zu einer konzentrierten Diskussion über das Verhältnis von Linguistik und Fremdsprachenunterricht. Trotz dieser vielleicht etwas becmesserischen Mäkeleien: Es lohnt sich, bei Arbeiten im Bereich Linguistik/Fremdsprachenunterricht, Hausmanns kommentierte Bibliographie zu Rate zu ziehen.

Speziell um das Lernen des Deutschen als Fremdsprache durch ausländische Arbeitskräfte in der BRD, um eine Analyse deren sprachlichen Verhaltens als Voraussetzung für eine zielgruppenorientierte Fremdsprachenpraxis geht es bei den im Heft 18 der »Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik« publizierten Aufsätze. Da immer mehr der ausländischen Arbeitskräfte längerfristig in der BRD bleiben, ist ihre am Fließband nicht weiter störende (Deutsch-)Sprachlosigkeit disfunktional geworden; für ihre formelle Integration ist ein bestimmter Grad an Beherrschung des Deutschen sehr nützlich. So ist es wohl kein Zufall, daß gerade in den letzten Jahren eine Reihe von Forschungsprojekten zum Deutsch-Sprachverhalten ausländischer Arbeitskräfte initiiert worden sind. Die meisten stellen sich in dem vorliegenden Heft vor. Jürgen Meisels Beitrag diskutiert auf gut vierzig Seiten das Problem, ob man das Deutsch, das die ausländischen Arbeiter sprechen, als »Pidgin-Deutsch« bezeichnen kann und bemüht dazu die formalen Merkmale klassischer Pidgins. Dies ist ein Vorgehen, das Wilfried Stöltzing, der in seinem Beitrag recht anschaulich das bilinguale Chaos schildert, in das die Kinder einer jugoslawischen Arbeiterfamilie durch den häufigen Landes- und Schulwechsel und eine damit verbundene Heimatlosigkeit geraten, einordnet in »ein verstärktes internationales Interesse für »Gastarbeiterdeutsch«, einzig mit der Absicht der Verbreitung der Datenbasis für die Pidgin-Forschung, eine Forschung, die souverän über die konkreten Nöte und Bedürfnisse der ausländischen Arbeiter hinweggeht« (c 56). Das Heidelberger Projekt »Pidgin-Deutsch« definiert für sich »Pidgin« als »eine relativ niedrige Stufe des Zweitsprachenerwerbs. Mithilfe des Pidgin-Deutsch können nur die dringendsten sozialen Bedürfnisse kommunikativ befriedigt werden« (c 83). Nachdem es mit Hilfe einer Teilgrammatik aus fünfzehn kontext-freien Ersetzungsregeln, in denen dreiunddreißig Kategorien vorkommen, vier Abbildungen und fünf Tabellen im einzelnen die »weltbewegende« Erkenntnis darstellt, daß »komplexere Strukturen der deutschen Sprache erst in den fortgeschrittenen Stadien des Zweitsprachenerwerbs erlernt werden« (c 101), stellt das Heidelberger Projekt eine vorläufige These über die Bedingungen des Lernerfolgs auf: Alter, Bleibeabsicht und vor allem der soziale Kontakt mit Deutschen sind die entscheidenden Faktoren für ein günstiges ungesteuertes

Deutschlernen. Im weiteren beschreibt der Aufsatz die Ergebnisse von teilnehmender Beobachtung des kommunikativen Verhaltens in bestimmten sozialen Kontexten: auf der Ausländerbehörde, in der Kneipe, beim Sport (vgl. zur weiteren Information über dies Projekt die folgende Rezension).

Um die Beobachtung von sprachlicher Interaktion geht es auch in dem Aufsatz von Bodemann/Ostow. Sie nehmen besonders das Sprachverhalten Deutscher Ausländern gegenüber (»hier nix kaputt«) aufs Korn und charakterisieren es als Code, der benutzt wird, »um Verachtung auszudrücken und die Herabsetzung des ausländischen Arbeiters immer wieder zum Ausdruck zu bringen« (c 145). Die Gefahr, daß brennende soziale Probleme zu glatten wissenschaftlichen Forschungsmanövern umfunktioniert werden, ist bei linguistischen Ansätzen zum Deutsch ausländischer Arbeiter gegeben. Mich würde interessieren, wie sich die interviewten Ausländer verhalten, wenn sie erfahren, daß es bei den Gesprächen, in denen »der ausländische Arbeiter in der Rolle eines »Experten« über seine Erfahrungen und Probleme berichtet« (c 79), »vor allem darauf ankam, deutsche Äußerungen des Informanten zu elezieren« (ibd.), wenn sie also erfahren, daß man ihren Mitteilungen konkreter sozialer Probleme zugehört hat, um ihre syntaktischen Fähigkeiten zu analysieren. Wahrscheinlich rief dies ein bekanntes Gefühl hervor: wieder einmal ausgebeutet worden zu sein.

Dietmar Rösler (Berlin/West)

Heidelberger Forschungsprojekt »Pidgin-Deutsch«: Sprache und Kommunikation ausländischer Arbeiter. Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1975 (161 S., br., 18,- DM).

Untersuchungen zum hier behandelten Thema sind dringend erforderlich. Die Arbeits- und Freizeitsituation ausländischer Arbeiter, »Arbeitsimmigranten« von den Autoren genannt, mit Gettobildung und Diskriminierungen, die problematische Situation ausländischer Kinder in deutschen Schulen, die Hilflosigkeit von Lehrern und Behörden vor diesen Problemen verlangen eine Auseinandersetzung und die Entwicklung von Veränderungsmöglichkeiten. Die Beschäftigung mit der Sprache ausländischer Arbeiter kann dabei nur einen Teil der Probleme erfassen, obwohl Sprache (als Medium zwischenmenschlicher Kommunikation) eine wesentliche Rolle bei der Vermittlung zwischen den verschiedenen Formen menschlich-gesellschaftlicher Tätigkeit spielt. Diese These liegt auch der vorliegenden Untersuchung zugrunde: »Das Sprachproblem liegt im Kern fast aller sozialen Probleme, mit denen Ausländer täglich konfrontiert werden. Ohne die deutsche Sprache sind sie weitgehend hilflos und werden nie fähig sein, ihre Interessen wahrzunehmen.« (11) Aus dieser Erkenntnis resultieren die Ziele der Autoren: 1. linguistische Analyse der gesprochenen Sprache ausländischer Arbeiter. 2. Erarbeitung von Empfehlungen für ihren Sprachunterricht. Das Erlernen der deutschen Sprache wird dabei nicht als Ziel verstanden, sondern als Voraussetzung für die Durchsetzung der Interessen ausländischer Arbeiter. Von diesem Verständnis ausgehend besteht der Arbeitsauftrag, den sich das Heidelberger Team (A. Becker, N. Dittmar, M. Gutmann, W. Klein, G. Meyer, B.-O. Rieck, W. Steckner, E. Thielicke, W. Wildgen, P. Ziegler) gestellt hat, darin, aufbauend auf einer Analyse der Situationen und Prozesse, in denen sich der ungesteuerte Zweitsprachenerwerb abspielt, vier Aspekte zu untersuchen: 1. Probleme des Bilingualismus und der sprachlichen Interferenz, 2. soziolinguistische Probleme der sog. »restringierten« Kommunikationsmittel, 3. Probleme des ungesteuerten Zweitsprachenerwerbs, 4. Probleme der Beschreibung sprachlicher Varietäten. Dazu werden in drei Kapiteln die theoretischen und empirischen Grundlagen des Heidelberger Projekts dargestellt, die drei folgenden Kapitel berichten über erste Arbeitsergebnisse. In einem Anhang werden das von W. Klein formulierte Trans-

kriptionssystem und einige nach diesem System aufgezeichnete Interviewpassagen vorgestellt.

Die Arbeit zeigt das Dilemma, in dem Untersuchungen zum Thema stecken: Das methodische und theoretische Instrumentarium fehlt oder ist unzureichend, so daß Theoriebildung und die Entwicklung von Methodologien in größerem Umfang erforderlich sind; gleichzeitig ist das Problem so drängend, daß langwierige theoretische Diskussionen nicht vertretbar erscheinen. Daher verspricht der Titel des Buches mehr, als tatsächlich eingelöst wird. Konkrete Ergebnisse liegen nur in ersten Ansätzen vor, den größten Raum nehmen die Ansätze einer sozialstatistischen Darstellung der Situation ausländischer Arbeiter und die Protokolle von Situationen und vom Vorgehen in diesen Situationen ein, in denen Daten und Sprachproben gewonnen wurden. Die theoretischen und methodischen Überlegungen und Klärungen, die hier geliefert werden, z. B. die Diskussion des Begriffs »Pidgin« oder die Bemerkungen zu Interviewsituation und -technik, rechtfertigen allerdings bereits diese Publikation, da sie Anregung und Hilfestellung für ähnlich gelagerte Untersuchungen sein können. Die Autoren verstehen ihre Arbeit entsprechend (10) und verweisen darauf, daß es sich bei ihren Ergebnissen um »Hypothesen selektiv und subjektiv wahrgenommener Sachverhalte« (60) handelt. Die Ergebnisse sollten indes – trotz schmaler empirischer Basis – nicht zu gering eingestuft werden, denn immerhin scheinen sie mehr als nur eine Tendenz anzudeuten, so z. B. der Zusammenhang, der zwischen Verweilabsicht und Spracherwerb, zwischen Kontaktdichte mit Deutschen und Spracherwerb oder zwischen Art und Prestige der Arbeitstätigkeit und Spracherwerb besteht. Trotzdem: »Diese Annahmen werden anhand weiterer empirischer Belege zu überprüfen sein.« (131)

Die positive Beurteilung dieser Untersuchung soll aber nicht ihre kritischen Punkte vergessen lassen. Ausführlicher Diskussion bedarf z. B. die »teilnehmende Beobachtung« in der hier praktizierten Form, auch der Transkriptionsvorschlag kann nicht als endgültig betrachtet werden. Die Willkürlichkeit des Samples, der Beobachtungsdauer, der Auswahl der einzelnen Probanden etc. fällt auf. Gravierender als diese Punkte, die sich noch vermehren ließen, sind allerdings zwei grundlegende Einwände: Die Verwendung des Begriffs »Kommunikation« in dieser Untersuchung ist irreführend, da nur die sprachlichen Mittel der kommunikativen Kompetenz untersucht werden. Die extraverbalen und paralinguistischen Kommunikationsmittel werden explizit ausgeklammert, »obwohl sie während der Arbeit (und nicht nur dort! U. St.) eine wichtige Funktion« (75) erfüllen, und obwohl die begründete Vermutung besteht, daß gerade für nicht-kompetente Sprecher diese Kommunikationsmittel Möglichkeiten bieten, ihre kommunikative Tätigkeit effektiv zu gestalten, die im nur-sprachlichen Bereich scheitert. Eine Begründung für diese Beschränkung des Untersuchungsgegenstands fehlt, ebenso wie für die Entscheidung der Autoren, als Maßstab für Sprachbeherrschung ausländischer Arbeiter die sprachliche Varietät des »Standarddeutsch« (26) und nicht etwa die Kommunikationsweise deutscher Arbeiter zu wählen, was – auch unter funktionalen Gesichtspunkten – dem Erfahrungs- und Tätigkeitsbereich der ausländischen Arbeiter eher angemessen wäre.

Ulrich Steinmüller (Berlin/West)

Bogdal, Klaus-M., Burkhardt Lindner und Gerhard Plumpe (Hrsg):

Arbeitsfeld: Materialistische Literaturtheorie. Beiträge zu ihrer Gegenstandsbestimmung. Fischer Athenäum Taschenbuchverlag, Frankfurt/M. 1975 (287 S., br., 14,80 DM).

Der Titel des Buches bezeichnet den kleinsten gemeinsamen Nenner, auf den die Herausgeber die einzelnen Beiträge noch bringen konnten. Dabei kann die Reihenfolge der Aufsätze nach der historischen Abfolge ihrer Themen nicht über die feh-

lende methodische, theoretische und intentionale Konsistenz hinwegtäuschen. So spannt sich der Bogen von einem Forschungsbericht zur »Sickingen«-Debatte (R. Schnell / F. Vassen) über eine ideologiekritische Einschätzung der Literaturkritik Mehrings (K.-M. Bogdal) und eine an der Lukács-Kritik entwickelten und Althusser verpflichteten Theorie der »Literatur als Ideologie« (Chr. Glucksmann) zum Nachweis von Brechts Anreicherung der marxistischen Literaturtheorie durch strukturelle Elemente einer semiotischen Kommunikationstheorie (Z. Kanyó). Hinzu kommen eine produktionsästhetische Würdigung Majakovskijs und der russischen Avantgarde (K. Hielscher), Aratovs und Lu Märzens (G. Plumpe) sowie eine Interpretation der Verfremdungstechnik Brechtscher Faschismusparabeln als Beispiel »avantgardistischer Ideologizertrümmerung« (B. Lindner). Die in ihrem Niveau sehr unterschiedlichen Aufsätze – die ausländischen Autoren Glucksmann und Kanyó liefern noch die fundierteren Beiträge – gehen jedoch in ihren Ergebnissen über den bereits bekannten methodischen und inhaltlichen Stand der jeweiligen Theorieansätze nicht hinaus.

Bemerkenswert wird das Buch erst durch den Versuch. Die Herausgeber versuchten in einer vorangestellten theoretischen Positionsbestimmung, die Beiträge unter einer »materialistischen« Flagge im Kampf gegen die marxistische Literaturtheorie zu vereinigen. Dies erscheint ihnen insofern notwendig, als sie »auf das Phänomen der Dominanz bürgerlicher Kunst- und Literaturauffassungen im Kontext der Arbeiterbewegung« (7) stoßen: »Das Verhältnis von Kontinuität bürgerlicher Kunstautonomie und der Diskontinuität verschiedener Neuansätze ihr gegenüber steht deshalb im Mittelpunkt des Buches.« (7) Innovative Qualität wird literaturhistorisch z. B. der linken Avantgarde der 20er und 30er Jahre zugesprochen, literaturtheoretisch der Orientierung an Linguistik, Psychologie und Soziologie, während der traditionelle Marxismus dogmatisch erstarre. Ohne sich auf die Ebene einer adäquaten Kritik einzulassen, welche die gnoseologischen Grundlagen und Spezifika ästhetischer Aneignung in der Theorie des sozialistischen Realismus hinsichtlich ihres Erkenntniswertes zu hinterfragen hätte, um auch ihre Position der Kritik selbst transparent und damit überprüfbar zu machen, verläßt man sich auf die heute noch in der BRD gegebene Aussagekraft von antimarxistischen Postulaten, kurzgeschlossenen »Beweisen« und gängigen Klischees. So konstatieren sie bei der marxistischen Literaturtheorie eine unkritische, normative Kanonisierung von Klassikerzitaten, die das Fortleben bürgerlicher Kunstautonomie und des Geniekults ermöglichten, welche durch dogmatische Parteiinteressen juristisch abgesichert und festgeschrieben seien, als Beispiel für eine »offensichtliche Fixierung an die bürgerliche Kunstideologie« (26). Etwas detaillierter fällt die Polemik gegen die Widerspiegelungstheorie aus, welche durch den Aufweis überhistorischer Widerspiegelungsgesetzmäßigkeiten nicht in der Lage sei, Kunst historisch und klassenmäßig konkret zu bestimmen. Außer der immer wieder gern gehörten Dummheit, daß eine gnoseologische Begründung des Ästhetischen keine »eigentlich« kunstspezifischen Kategorien entwickeln könne (was die Kritik an Metscher ergibt!), halten die Herausgeber die Widerspiegelungstheorie wegen ihres fragwürdigen Rückbezugs auf das Grundaxiom vom Primat der Materie wie wegen der von Hegel übernommenen Subjekt-Objekt-Dialektik für eine ontologische (John) bzw. anthropologische (Kagan) Variante der bürgerlichen Kunsttheorie. Besonders unübersichtlich und auch widersprüchlich wird ihre Position, wenn sie versuchen, jeweils ein Theorem jedes Beitrages in ihre Revidierung des Marxismus einzubauen. Da wird der Erbetheorie mit der Forderung nach Kulturliquidation begegnet, der Widerspiegelungstheorie gegenüber abwechselnd der spezifische Ideologiekarakter von Literatur oder ihr Produktionsaspekt behauptet. Alle diese Unzulänglichkeiten werden noch in positive Eigenschaften umgedeutet, indem sie einen im starren Gegensatz zum Marxismus begriffenen Materialismus-Begriff einführen, der

in seiner »Unbestimmtheit« eine innovative Position eines linken nicht festgelegten Pluralismus ideologiekritischer Ausprägung bezeichne. Dieser »materialistischen« Ideologiekritik »sind gerade jene erkenntnistheoretische Garantien ideologieverdächtig, die der »wissenschaftliche Sozialismus« als Grundaxiome benötigt: die der total definierten Gesellschaftsformation und die Vorgegebenheit einer prinzipiell geklärten materiellen Widerspiegelung des Seins im Bewußtsein« (22 f.). So fehlen denn auch alle die Literaturtheorie erkenntnistheoretisch fundierenden Aufsätze aus der Deutschen Zeitschrift für Philosophie in der den Band abschließenden (spärlich) kommentierten Bibliographie.

Josef Schültke (Berlin/West)

Lehmann, Hans-Thies (Hrsg.): Beiträge zu einer materialistischen Theorie der Literatur. Verlag Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1977 (558 S., br., 19,80 DM).

In einer Zeit, in der es immer unmöglicher erscheint, Gesellschaft und Geschichte im Medium aufklärerischer Vernunft zu reflektieren und entsprechende Handlungsstrategien und Ziele zu entwickeln, wird gegenaufklärerisches Bewußtsein auch im Bereich der Literatur- und Kunsttheorie manifest. Ein solches Bewußtsein, das sich einen (literatur-)theoretischen Ausdruck geben möchte, muß zu diesem Zweck nicht von vorn beginnen, sondern reproduziert als objektive Gedankenformen jene Topoi, wie sie vornehmlich der Tradition der Romantik (v. a. Schelling) und der radikalen Kulturkritik und Theorie der Moderne (Nietzsche, Adorno/Horkheimer) entstammen. Der nicht immer bewußt erfolgende Rückgriff auf diese Traditionen artikuliert das Ausgegrenzte jener marxistischen Literatur- und Kulturtheorie, die sich vornehmlich auf einen optimistischen Rationalismus und das »humanistische Erbe« stützt.

Beim vorliegenden Buch handelt es sich um eine Sammlung von Texten, die bewusst disparat sein wollen (z. B. Hegel, Mercier, Diderot, Marx, Lenin, Lunačarskij, Mao, Kristeva), Texte, die »am Rand dessen angesiedelt (sind), was als materialistische Theorie gilt. Sie sollen die Überprüfung gerade der Ränder fördern, die auch Grenzen sind, auch Blindheiten sein können.« (10) Interessant werden diese Texte erst im Kontext der vorangestellten Einleitung Lehmanns, die ihre oft unerwartete Lesart provoziert. Der Subjekttheorie Lacans, der Theorie des Zeichens von Tel Quel und der Ideologie-, Diskurs- und Sprachtheorie Foucaults und Althusserers verpflichtet, muß L.s Text als Gegenentwurf zu den verschiedenartigen Bemühungen der marxistischen Literaturtheorie auf diesem Gebiet verstanden werden (vgl. die Rez. zu Barck/Burmeister in: Arg. 106/1977). Seine Hauptthese geht auf die Problematik des Verhältnisses von ästhetischer und politischer Kritik: Literatur sei nur dann »revolutionär«, wenn sie – wie v. a. die »textes de rupture« – jede Bedeutung unterminiere, Eindeutigkeit und Identität des Sinns als auch des Subjekts zerstöre. Das »a-soziale Moment des Textes« (58), seine Wendung gegen die »Tyrannei des Wissens«, »gegen den Versuch, alle Regungen unter die Herrschaft des Logos zu bringen« (56), sei das, was die literarische von anderen Praxis-Arten unterscheide. Die gesellschaftliche Funktion von Literatur bestehe nicht in direkter Propaganda, sondern stelle sich her über die Artikulation der prekären Gespaltenheiten, Verdopplungen, Ängste und destruktiven Leidenschaften der gesellschaftlichen Subjekte, in ihrem Engagement für den »Kult des Barbarischen, den Trieb, die moralische Verworfenheit« (263). Kunst könne ihre Aufgabe, politisch-moralisch zu wirken, nur erfüllen, »indem sie selbst sich moralisch ambivalent konstituiert und die Widersprüche am Rande des Wahnsinns artikuliert.« (ebd.) »Materialistische Literatur« weise also notwendig Züge auf, die gemeinhin als »pathologisch« gelten: die Orientierung auf »das extreme« (65), »explizit abgegrenzt gegen das Nachdenken« (73), auf »die wilde Sprache des Lei-

dens«, auf dessen unmittelbar sinnlicher Erfahrung insistiert und das zum Erkenntnismittel hypostasiert wird (65), auf das »amoralische Begehren«, das »Blutrünstige« (65), »die Verrücktheiten« (60), auf eine Textpraxis, welche »die Rechte des »Wirrwarr« gegen eine falsche Ordnung« vertritt (60), kurz: das »Werk« als »Grenze gegen das Wissen und gegen dessen Ort, das Subjekt« (59). Erst das »krankhafte« Moment habe ein literarisches Paradigma wie de Sade, Hölderlin, Bataille und Artaud hervorbringen können.

An keiner Stelle versucht Lehmann auch nur ansatzweise, diese Topoi aus der historisch-sozialen Konstellation heraus zu erklären und erst daraus ihre Legitimität für eine *aktuelle* literarische und politische Strategie zu erörtern. Das Verhältnis von Individuum (das in Wahrheit ein »Dividuum« sei) und Gesellschaft wird in offensichtlicher Analogie zur *Antipsychie* (Vgl. Arg. 71/1971, 78/1973 u. 89/1975) als dichotomisches konstruiert. In bloßer Umkehrung der Vorzeichen herrschender Bewertungsnormen hypostasiert L. zum Ideal literarischer Praxis ein Subjekt, das sich dem »Identitätszwang« dieser »Wirklichkeit« entzogen habe und seine Zerteilung als »subversive, unterhöhrende« Potenz offen artikuliere. Verwiesen wird auf Nietzsches Topos des Künstlers als Kranker, Verrückter oder Narr, der für uns »der Hierophant des Heiligen« (Laing) sein kann. Auch die literarischen Gegenstrategien, die Lehmann anbietet zur Überwindung des zerstörerischen Dualismus, sind durch Umkehrung gewonnen und im Prinzip identisch mit Preisendanz' Interpretation des romantischen »Humors« (z. B. bei Heine), bei dem das Moment des Weltvernichtenden und Unversöhnten als Ausdruck für die Diskrepanz zwischen Mensch und Welt eine Fragmentarisierung und Verzerrung fordere, eine Exzentrik des Weltverhältnisses, die Entstellung der Wirklichkeit, Zersetzung von Konsistenz und Kontinuität als Sprach- und Formkorrelat einer verrückten und zerrütteten, »*paradoxen* Welt«: »Ambivalenz, Spaltung, Zerrissenheit (sind) konstitutive Elemente des ästhetischen Produkts.« (68) Zu dieser Haltung rechnet Lehmann nun in bloß additivem Verfahren u. a. Althusser und Lacan, Brecht und Lenin. Der Synkretismus, der aus solchem Vorgehen resultiert, nötigt ihn, jene Theoreme bei Althusser z. B. zu eskamotieren, die seiner unhistorischen Schematisierung literarischer Gegenstrategien entgegenstehen, v. a. die These von der Materialität der ideologischen Staatsapparate, welche die grundlegende Frage nach dem Status impliziert, den Kunst und Literatur in den verschiedenen historischen Gesellschaftsformationen innehatten; anders gesagt: durch welche konkrete Produktionsweise Kunst und Literatur als autonom konstituierte Praxisbereiche überhaupt ermöglicht wurden.

Lehmans Thesen lassen sich leicht vereinnahmen vom Denken der Reaktion. Daß es nicht genügt, das vom Marxismus lange Zeit Verdrängte und »Vergessene« nur abstrakt zu positivieren, zeigt ein Blick auf die reaktionäre »Nouvelle Philosophie« in Frankreich, mit der Lehmann viele Grundpositionen und Denkfiguren gemeinsam hat: so den Topos von der Kunst als Grenze gegen das Wissen, der »Hypostasierung des Unmittelbaren« (Haug), der übermäßigen Betonung des *Leidens* der Subjektivität als Unmöglichkeit einer Lösung des großen Weltrisses, des Dichters als Kranker oder Narr, des *Außenseiters* überhaupt: »Wir, die Intellektuellen, müssen die Dissidenten des Westens sein« (Kristeva) usw. Im Einklang mit Benns Sturmflug gegen »die progressive Zerebration« gerät Lehmann die »Dialektik der Aufklärung«, wie sie noch von Horkheimer/Adorno theoretisiert wurde, unter der Hand zur abstrakten »Negation der Aufklärung«. Spätestens bei seiner (literatur-) politischen Perspektive wird die Hilflosigkeit eines Ansatzes sichtbar, aus dem jede ökonomische Kategorie oder Analyse der aktuellen politischen und literarischen Situation verbannt ist: seine Forderung nach der Aufhebung von Oppositionen wie Vernunft-Verrücktheit, wahr-falsch; die Hoffnung auf »das wieder erstarkende Interesse an *Festen*«, auf »die Veränderung des Charakters der theoretischen Schriften« (eine Forderung, der Leh-

mann selbst nicht nachkommt), kurz: auf das Niederreißen der »zwanghaften Grenzen zwischen den verschiedenen Kommunikationsebenen«, der »Entwicklung neuer Typen von Diskursen, die sich dem Gesetz der bürgerlichen Ideologie entziehen« (99).

Auf Lücken und Verdrängtes der marxistischen Theorie hingewiesen zu haben, das bis heute einer kritischen Bearbeitung harrt, darin besteht dennoch das Verdienst des suggestiv geschriebenen Buches. Zugleich verweisen die kritischen Anmerkungen auf die spürbaren Desiderate marxistischer Theorie: auf die Notwendigkeit einer *Subjekttheorie, die sich in einer »Kritischen Psychologie« gründet sowie einer historisch arbeitenden Theorie von der Ideologie der Literatur* (wie sie von Fontius und Plumpe angegangen wird).
Harold Woetzel (Heidelberg)

Christ, Hannelore: Literarischer Text und historische Realität. Versuch einer historisch-materialistischen Analyse von Jörg Wickrams »Knabenspiegel«- und »Nachbarn«-Roman. Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1974 (148 S., br., 26,- DM).

Hannelore Christ vereinigt zwei für die Literaturwissenschaft relevante Zielsetzungen: 1. Hinwendung zu einem Themengebiet, dessen literarhistorische Bedeutung – z. B. für die Genese des bürgerlichen Realismus – in den letzten Jahren in der BRD und DDR erkannt wurde; 2. Versuch einer Literaturinterpretation auf historisch-materialistischer Grundlage. Wer allerdings, besonders in bezug auf die zweite Zielsetzung, hohe Erwartungen stellt, wird gründlich enttäuscht. Christs methodologische Reflexionen bewegen sich auf einer sehr allgemeinen Ebene. In der Einleitung (S. 17–21: »Zu Erkenntnisinteresse und Methode der Untersuchung«) werden die Aussagen der Autorin gerade dort schwammig, wo man in Zusammenhang mit einer Zentralfrage der historisch-materialistischen Interpretation gerade größte Präzision verlangen muß: »Literatur als Medium, durch das hindurch (?) gesellschaftliche Realität vermittelt erscheint, und zwar nicht abbildartig (?), sondern in der spezifischen (?) Form der literarischen Transformation (?), kann somit zur Erkenntnis der Realität einen Beitrag leisten.« (18) Näheres über jene »spezifische Form« und über Christs Vorstellung von »Transformation« erfährt man nicht.

Den Hauptteil des Buches bildet eine Auseinandersetzung mit Jörg Wickrams »Knabenspiegel« (1554) und »Von guten und bösen Nachbarn« (1556). Der erste Roman propagiert, wie Christ in der Rekonstruktion der ideologischen Strukturen darlegt, eine vom Humanismus inspirierte »Adelsideologie der Handelsbourgeoisie« (38); der zweite Roman dagegen thematisiert »das Milieu von Kaufleuten und Handwerkern« (46). Er bricht mit der von Christ auf den Begriff »humanistische Adelsideologie« (34–45) gebrachten Vorstellung und stößt zur »calvinistisch-frühmanufakturellen Gedankenwelt« (70) vor. Nach einer eingehenden Analyse der sozioökonomischen Situation des Elsaß, Wickrams näherer Umgebung, (70 ff.) und unter Einbeziehung biographischer Fakten deutet Christ diesen ideologischen Bruch: Als Ratsdiener im überwiegend katholischen Colmar, der Vaterstadt Wickrams, mußte er auf die Interessen der handelskapitalistischen städtischen Oberschicht Rücksicht nehmen, während die Situation als Stadtschreiber im calvinistischen Burkheim für ihn eine andere war: »Die Ideologie untergeordneter bzw. im Aufstieg begriffener Gesellschaftsschichten kann er in dem Moment hervorkehren, in dem er selbst eine gewisse Unabhängigkeit erreicht hat und unter liberaleren Bedingungen, als Colmar sie bot, produziert.« (108) So gesehen ist Wickram nicht »Verfasser »bürgerlicher« Romane« (ebd.) schlechthin, sondern Autor zweier Romane, die unterschiedliche bürgerliche Ideologeme propagieren. Der Aufweis ideologischer Diskrepanz zwischen handelskapitalistischer und manufakturbürgerlicher Ideologie, Zentralthese

der Autorin, ist m. E. zu kraß. So enthält z. B. die von Christ als »humanistische Adelsideologie« bezeichnete Ideologie der Handelskapitalisten durchaus noch, trotz der partiellen Orientierung an adeligen Wertvorstellungen, objektiv antifeudal-progressive Elemente. Zu zeigen wäre hier, daß eine sich neu konstituierende Fraktion einer aufsteigenden Klasse – die noch kein genuines Selbstverständnis hat und haben kann – sich notwendigerweise in Adaption von Ideologemen der herrschenden Klasse sowohl selbst definiert wie in dieser Definitionsanstrengung auch eine Kritik der Klasse, gegen die sie sich durchzusetzen hat, leistet. Gerade aber die antifeudale Stoßrichtung einerseits und die Abgrenzung von plebejisch-bäuerlichen Vorstellungen andererseits bilden wichtige Gemeinsamkeiten der von Christ zu schematisch-idealtypisch unterschiedenen bürgerlichen Ideologieströmungen. Damit relativiert sich die Prägnanz der von ihr in den Mittelpunkt gestellten These.

Schließlich noch ein Wort zum Inszenieren der Arbeitsergebnisse dieses Buches: Der Rückendeckel verspricht plakativ: »Überprüfung an konkreten historischen Details (?)« und ausgewertetes »umfangreiches archivalisches Material«. Im Text realisiert sich dieses Versprechen als Zusammenfassung historischer Untersuchungsergebnisse, fast ohne Bezug auf archivalische Quellen. Dieser Mangel wird durch den Anhang (111–123) kaschiert, in dem neun unveröffentlichte Urkunden aus Colmar, fünf davon aus dem 17.(!) Jahrhundert, veröffentlicht werden. Ihr unkommentierter Abdruck, ohne Erläuterung bzw. quellenkritischen Hinweis für Germanisten und Historiker gleichermaßen unbrauchbar, verstärkt die Skepsis gegenüber den Ergebnissen dieser Arbeit.

Hermann Korte (Bochum)

Soziologie

Bader, Veit Michael, Johannes Berger, Heiner Ganßmann, und Jost v. d. Knesebeck: Einführung in die Gesellschaftstheorie. Gesellschaft, Wirtschaft und Staat bei Marx und Weber. Campus Verlag, Frankfurt/M. und New York 1976 (517 S., br., 36,- DM).

Das vorliegende Buch entstand als Arbeitsmittel für einen soziologischen Grundkurs an der Freien Universität Berlin. Die Verfasser beanspruchen, eine ausführliche Darstellung und Kritik der in Frage stehenden Theorien geleistet und ein Modell für reformierte Studiengänge und das Selbststudium vorgelegt zu haben. Die beiden Bände bieten zu drei Bereichen (Methodologie, Ökonomie und politisches Herrschaftssystem) jeweils eine Zusammenfassung der diesbezüglichen Aussagen von Marx und Weber. Eingangs jedes Abschnittes werden – der didaktischen Absicht folgend – die Lernziele formuliert, zu deren Überprüfung sich am Ende der Kapitel Diskussionsfragen finden. Erläuterungen und Zusätze dienen der Vertiefung und nehmen erfreulicherweise sehr oft Bezug auf Sekundärliteratur. Im Methodologieabschnitt werden bei Marx die Grundsätze der Basis-Überbau-Theorie dargestellt. Breiten Raum nehmen hier die Erörterungen zu falschem Bewußtsein, dem Verhältnis von freiem und bedingtem Willen und der, im Gefolge der Teilung der Arbeit auftretenden, Verselbständigung der gesellschaftlichen Verhältnisse ein. Max Webers Grundbegriffe der verstehenden Soziologie werden in Hinblick auf Handlung und Sinn, Erklären und Verstehen expliziert. Die sich daran anschließende erste »Vergleichende Diskussion« soll die »Grenzen des handlungstheoretischen Paradigmas« aufzeigen. In bezug auf Marx wird gezeigt, daß der allenthalben erhobene Determinismusvorwurf zurückweisbar ist. Eine Skizze der Elemente einer Theorie menschlichen Handelns hebt hervor:

1. Spezifische Differenz Mensch – Tier, da »sich die Selbstreproduktion in Akten

der Naturaneignung (vollzieht) ebenso wie erstere sich immer schon in gesellschaftlichen Verhältnissen vollziehen« (100).

2. Der technische Wandel ist zurückführbar auf die menschlichen Subjekte, die »jene geschichtlich-soziale Welt, die sie bis ins Innerste durchdringt, selbst hervorbringen« (101).

3. Die Redeweise vom Konflikt von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß Menschen mit ihrem Bewußtsein die Produzenten dieser »Kräfte« sind. Vorzüge der Weberschen Handlungstheorie sind, ihre Kritik am Objektivismus, an Erklärungen, die als entscheidende Variable Über-Individuelles heranziehen und die Einsicht, daß menschliches Handeln nicht vollständig determiniert ist. Die Grenzen der Handlungstheorie meinen die Verfasser an den folgenden beiden Punkten lokalisieren zu können: »Bei der Analyse solcher Formen der Vergesellschaftung, deren Ordnung nicht auf ›Vereinbarungen‹ beruht« und wo »die Verselbständigung und Versachlichung des gesellschaftlichen Zusammenhangs nicht adäquat« (108) erklärt werden kann.

Der anschließende zweite Bereich der Gegenüberstellung, die »Kritik der politischen Ökonomie« bzw. die »Soziologischen Grundbegriffe des Wirtschaftens«, ist, wo er nicht die Auffassungen von Marx und Weber referiert, der Versuch einer Beweisführung für die zitierten Thesen. Der Vergleich von »gesellschaftliche(r) Arbeit und wirtschaftliche(m) Handeln« vollzieht sich entlang der »Herausarbeitung des je spezifischen Verhältnisses von intentionalem Handeln und systembedingten (ökonomischen) Strukturen« (309). Übereinstimmung zwischen Marx und Weber wird bei zwei Fragen konstatiert: Soziales Handeln ist das Substrat gesellschaftlicher Verhältnisse und diese müssen (speziell in ihrer Form als Kapitalismus) unter dem Aspekt der Verselbständigung gegen dieses Handeln thematisiert werden. Die Konklusion der Marxschen Analyse lautet: »Ist diese – zunächst der kapitalistischen Produktionsweise historisch vorausgesetzte – Bedingung [Existenz freier Lohnarbeiter, C. F.] erfüllt, dann diktiert der kapitalistische Produktionsprozeß und sein Zweck, die Kapitalverwertung – selbst unbeabsichtigte Konsequenz des Geldgebrauchs – den Individuen bestimmte Handlungsformen, die wiederum zu strukturellen Bedingungen weiteren Handelns ›gerinnen‹: der gesellschaftliche Prozeß verläuft ›naturwüchsig‹, seine Formen hat niemand als solche ›gewollt‹ (bewußt herbeigeführt)« (311).

Gegen Weber wenden die Autoren ein, daß die Behauptung, die soziale Welt baue sich aus intentionalem Handeln auf, nicht durchgängig durch den Nachweis, wie dies geschehe, abgestützt wird. Auch sei Weber blind für die Frage, wie aus Subjektivem gesellschaftliche Objektivität, im Sinn realer Verdinglichung, entsteht.

Der abschließende Vergleich zur Frage der politischen Herrschaft kulminiert in der Feststellung, daß Marx die Vergänglichkeit der kapitalistischen Produktionsweise nachweisen wollte (und es auch getan hat), während Weber »in resignativem Gestus« meint feststellen zu müssen, daß die monokratisch-bürokratische Herrschaft universelle Geltung erlangte und eine Transformation derselben unmöglich sei.

Als Mangel dieses Buches muß – unter didaktischem Aspekt – vermerkt werden, daß eine Einführung, die (auch) zum Selbststudium gedacht ist, wesentlich an Wert verliert, wenn in den einzelnen Kapiteln die eingangs angegebenen Textstellen von Marx, Weber und anderen fast gleichlautend wiedergegeben werden. Inhaltlich ist zumindest die starke Betonung der »Grundbegriffe« zuungunsten anderer methodologischer Probleme anzumerken.

Christian Fleck (Graz)

Keller, Monika: Kognitive Entwicklung und soziale Kompetenz. Zur Entstehung der Rollenübernahme in der Familie und ihrer Bedeutung für den Schulerfolg. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1976 (303 S., br., 28,- DM).

Die Autorin untersucht in ihrer Heidelberger psychologischen Dissertation die

Entwicklung der Fähigkeit zur »Rollenübernahme«, die sie als »innere, symbolische Rekonstruktion« von Interaktionssituationen und von Perspektiven der handelnden Akteure definiert (17 f.). Ein Konzept solcher »sozialen Kompetenz« arbeitet sie in Auseinandersetzung mit *J. Piaget* und *G. H. Mead* heraus. Gleichzeitig präsentiert sie die Ergebnisse ihrer Untersuchung von 67 Schülern eines siebenten Gesamtschuljahrgangs. Sowohl der theoretische (13–153) als auch der empirische Teil (155–280) der Arbeit sind interessant, nicht zuletzt, weil die Autorin nach Abschluß der Empirie ein Stück weitergedacht hat. Sie prüft durchgängig aktuelle Argumente pro und kontra Piaget auf ihre sozialisationstheoretische Bedeutung. Leser mit Vorkenntnissen können einiges profitieren. Keller arbeitet gut heraus, wo Piagets Theorie zu eng und wo sie zu allgemein ist. Die Frage nach der sozialen Genese des Denkens und der Ich-Entwicklung sei bei Piaget abgeschnitten; mit einer Rekonstruktion der Beziehungen zwischen Rollenübernahme im Sinne Meads und kognitiver Entwicklung lasse sich dieses Defizit verringern (88 f.). Man könne dabei sinnvoll mit Piagets Entwicklungsgesetzen arbeiten, wenn man sie als allgemeine Regeln begreife. So ließen sich die Entwicklung von Rollenübernahme ebenso wie die der psychometrischen Intelligenz als Prozesse der »Dezentrierung« verstehen; doch müsse die Differenz zwischen der kognitiven Verarbeitung von Personwelt und der von Objektwelt herausgearbeitet werden (122, 149 f.). Der Doppelstrategie einer Erweiterung und Präzisierung folgt Keller auch in ihrer Diskussion der Egozentrikthese und des hierarchischen Modells Piagets (52 ff., 71, 101 ff., 207 ff.). Mit ihrer These, Piaget und Mead hätten in ihrem Streben nach Beschreibung eines »universellen Entwicklungsverlaufs« die Analyse spezifischer Bedingungen vernachlässigt (24), bezeichnet sie grundlegende soziologische Fragestellungen. In die gleiche Richtung zielt die Überlegung, ob der Begriff »Rollenübernahme« nicht ebenfalls zu allgemein sei, da er Fähigkeiten zur Anpassung und zur Kritik einschließe (131–138). Ärgerlich ist Kellers Flucht aus dem Begriffs- und zugleich Sachproblem in akademisches Abkanzeln »gegenwärtiger Schulkritik«: Mit der Abwehr abstrakt-kognitiver Fähigkeiten als mittelschichtorientierter Entwicklungsziele werde »als repressiv verworfen . . ., was zugleich eine der Grundlagen für Kritikfähigkeit und Autonomie darstellt« (137). Daß das Problem gerade in der Bestimmung *individueller* Fähigkeiten als Sozialisationsziel steckt, ist ein ihr fremder Gedanke. Das Konzept des empirischen Teils beruht noch auf einem einheitlichen Begriff der Rollenübernahme. Doch gelingt es Keller, mit Hilfe einer Batterie von Tests zu allgemeiner und sprachlicher Intelligenz, zum »erlebten Erziehungsverhalten« und zur Rollenübernahmefähigkeit einige neue Zusammenhänge zwischen familialer und schulischer Sozialisation zu erhellen. Vermutlich aus arbeitsökonomischen Gründen verwendet sie keine Piaget-Tests. Wie Piaget unterscheidet sie jedoch beobachtbares Verhalten und grundsätzliche Fähigkeiten und nutzt damit die Möglichkeiten kompetenztheoretischer Argumentation. So lautet das erste wichtige Ergebnis: Nahezu alle befragten Kinder sind grundsätzlich zur Rollenübernahme in der Lage, aber sie machen unterschiedlich oft und intensiv von dieser Kompetenz Gebrauch (187). Solche Performanzen lassen sich typischen familialen Milieus zuordnen (207 ff., 114). Überraschend ist das zweite wichtige Ergebnis der Untersuchung: Stärker als die Faktoren Intelligenz und Schicht korrelieren die Rollenübernahme-Häufigkeiten nicht nur mit den »Kopfnoten« der Zeugnisse, sondern auch mit der Schulzweizugehörigkeit (240 ff.). (Die Gesamtschule hat einen Haupt- und einen Realschulzweig.) Soziologische Annahmen über den Zusammenhang von Sozialverhalten und Selektion in der Schule lassen sich damit psychologisch erhärten (251). Wenn man im Sinne der Verfasserin Autonomie und Anpassung trennt, wird man diese Vermutungen präzisieren können.

Traugott Schöfthaler (Berlin/West)

Schoeck, Helmut: Schülermanipulation. Herder Verlag, Freiburg 1976 (157 S., br., 5,90 DM).

Helmut Schoeck, Professor für Soziologie in Mainz, wurde erst kürzlich in vielen Zeitschriften und Zeitungen zitiert als Urheber der Weisheit, daß die Marxisten das Berufsverbot für Unternehmer forderten; womit er wohl glaubte, einen besonders geistreichen Beitrag zur Diffamierung der demokratischen Linken geleistet zu haben. In dem vorliegenden Buch, von dem bis April 1977 bereits drei Auflagen erschienen waren, geht es ihm um eine Anleitung zur Verhinderung der »unverkennbar angestrebte[n] Gleichschaltung unserer Kinder« (9), wie sie von marxistischen Pädagogen betrieben werde. Sein Ziel ist es, dazu beizutragen, die Kinder vor »seelischer Verkrüppelung« (9) zu schützen. Als Gegner hat Schoeck einen »gut verankerten, weit verzweigten Apparat der Marxisten im Unterrichtswesen der Bundesrepublik« ausgemacht (10). »Die Schlüsselfiguren in diesem Apparat haben ein Gesamtkonzept für den Umbau der Persönlichkeit unserer Kinder ausgearbeitet.« (ebd.)

Mit solch abgeschmackter Verschwörungstheorie kommt er daher und kann doch darauf vertrauen, nicht ausgelacht zu werden. Die politische Situation in der BRD garantiert ihm dies, nicht etwa die Methode, der er sich bedient. Schoecks Ziel der Enttarnung linker Manipulatoren ist nicht so schwer zu erreichen, weil die Linken, so befindet er, oft »äußerst wehleidige, unsichere Personen« sind (18). Er fährt fort: »Viele sind Mitläufer; manche von diesen sind für jeden Grund dankbar, der es ihnen gestattet, unter Wahrung ihres Gesichts«, auszusteigen. Andere wiederum, die keine opportunistischen Mitläufer sind, haben längst Zweifel, ob das, was sie tun, menschlich ist. Sie sehen Kinder vor ihren Augen als Folge ihrer Manipulationen psychisch erkranken.« Dergleichen ertragen nur »abgebrühte Psychoterroristen« (ebd.). Sind diese aber erst einmal als solche identifiziert, lassen sie sich auf Elternabenden leicht festlegen, denn aus Angst vor Disziplinierungen durch »die Partei, die Gesinnungsgenossen, die rote Zelle« (19) sind sie zu diplomatischem Umgang mit den ihnen als Feind gegenüberstehenden Eltern nicht fähig.

Im 2. Kapitel (»Manipulation: Ziele und Methoden«) stellt Schoeck fest, daß die Linken eine »demokratische und sozialistische Bewußtseinslenkung« planen. »Das nennen sie natürlich nicht mehr Manipulation, sondern Emanzipation, d. h. »allseitige Persönlichkeitsentfaltung« hinein in die sozialistische Gesellschaft vom Muster der DDR oder UdSSR.« (21) Nach der Entdeckung der Identität von Manipulation und Emanzipation erklärt er die Begriffe »politisch-ökonomisch« und »marxistisch-leninistisch« für Synonyma. (23) Weitere Beweise für sein »wissenschaftliches« Niveau gibt der Autor zur Frage der Intelligenz:

»Es ist heute in der Fachwelt gesicherte Kenntnis, daß ungefähr 80 Prozent der Intelligenz eines Menschen von seinen Erbanlagen abhängen.« (26) Schoeck hofft offenbar, daß seine Leser niemals ein weiteres Buch mit »gesicherten Kenntnissen« gelesen haben. In Kapitel 5 (»Lernziel: Arbeit ist ekelhaft«) empört er sich über die Darstellung von Fließbandarbeit in Schulbüchern und beklagt, daß »der Landwirt, der Bauer, der Farmer und seine Arbeit« aus den Lesebüchern verschwunden sind. (61) Beweis nicht nur für sein mäßiges Deutsch, sondern auch für seine Sehnsucht nach der alten Fibel, die ganze Generationen von Schülern manipulierte, freilich in einer Weise, die Schoecks lobende Anerkennung finden mag. Ein letztes Beispiel für Schoecks Unfähigkeit, eine andere wissenschaftstheoretische Position zu begreifen: »Drängt man einen Linken, einmal zu sagen, was nun wirklich so ein [gesellschaftlicher, H. E. J.] Widerspruch ist, dann erhält man Klagen vorgesetzt, die sich auf einen Nenner bringen lassen: In der Welt fahren ununterbrochen zahllose Eisenbahnzüge herum, ihren Gesamtfahrplan kann kein Mensch im Kopf haben, und es gibt immer einige Leute, die zu spät merken, daß sie nicht den für sie günstigsten Zug genommen haben. Hätten aber alle den richtigen Zug zur selben Zeit genommen, und

das begreifen Linke eben nie, so wäre er wegen Überfüllung nie abgefahren. Auf dieses Grundmuster lassen sich fast alle »gesellschaftlichen Widersprüche« der Linken zurückführen.« (116 f.)

Infamie und Absurdität prägen den »Charakter« dieses Schunds. Es ist ein Buch, das nicht aufklärt, sondern selber manipuliert, das Vorurteile bestätigen soll. Schoeck argumentiert nicht, er diffamiert und er tut dies mit so viel Dreistigkeit, daß man sich fragt, wie niedrig das Niveau noch werden kann, das die Gegenaufklärung uns zumutet. Da Schoecks »Argumentation« von anderen Theoretikern der bundesdeutschen Rechten allerdings bereits intelligenter vorgetragen wurde, lohnt die Lektüre nicht.

Harald E. Jost (Marburg)

Brownmiller, Susan: Gegen unseren Willen. Vergewaltigung und Männerherrschaft. Verlag S. Fischer, Frankfurt/M 1978 (351 S., br., 28,- DM).

»Eine überwältigende Anklage« (Los Angeles Times); »Ein großes Werk der Geschichte, ein Klassiker« (The Village Voice); »Erregend und monumental« (New York Times Book Review); »Ein sehr bewegendes und nachdenklich stimmendes Buch« (Die Zeit); »Monumentale historische und aktuelle Untersuchung« (Der Tagesspiegel) –

Was ist von den Begeisterungsrufen zu dem Mitte Februar in deutscher Sprache erschienenen Buch zu halten? Der Titel läßt schon ahnen, was zumindest die Übersetzerin meint. Der amerikanische Titel heißt etwas neutraler: »Against our Will: Men, Women and Rape« (New York 1975). Aber bereits wenige Blicke lassen einen schnell zu der Einsicht kommen, daß die Autorin auch inhaltlich unterstützt, was ihre Übersetzerin mit »Männerherrschaft« im Titel benennt. Nach einer persönlichen Erklärung, in der die Autorin sich selber lobt: »Ich habe für keine Sache bisher soviel Energie aufgebracht und mir noch niemals mit dem methodischen Aufbau soviel Mühe gegeben« (16) folgt das erste Kapitel mit dem Titel »Massenpsychologie der Vergewaltigung: Eine Einführung«, in dem sie sich u. a. darüber beklagt, daß die sozialistischen Klassiker bis auf Bebel sich nicht über Vergewaltigung geäußert haben: »Hört man sonderbarerweise nichts über Vergewaltigung, die sie offenbar nicht in ihre ökonomischen Konzepte einbauen konnten« (19). Bebels These, daß Frauen erst vergewaltigt wurden, als die Männer Arbeitskräfte brauchten, bezeichnet sie als einen nicht ganz richtigen Erkenntnisblitz. Nach ihrer Meinung ist richtig: »Die im Mann angelegte Fähigkeit zu vergewaltigen und die entsprechende Verletzlichkeit der Frau liegen ebenso in unserer Physiologie begründet wie der eigentliche Geschlechtsakt selbst« (21) und »Ich glaube, daß Vergewaltigung seit eh und je eine überaus wichtige Funktion innehat. Sie ist nicht mehr und nicht weniger als eine Methode bewußter systematischer Einschüchterung, durch die *alle Männer alle Frauen* in permanenter Angst halten« (22). Als Grundlage einer Untersuchung entspricht eine solche These etwa der Behauptung: alle Menschen seien potentielle Mörder.

Kapitel II und III bestehen aus einer Ansammlung von historischen Fakten und Zitaten (z. B. erfährt man, daß es im April 1746 war, als Scotts Leute Christie Montgomery und Marion MacLeod vergewaltigten). In dem Kapitel »Krieg« liest man: »Als Propaganda war Vergewaltigung höchst wirkungsvoll, wirkungsvoller als der eigentliche deutsche Terror. Das hat wesentlich zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den ersten Weltkrieg beigetragen« (50). Mit keinem Wort erwähnt sie, daß die »Vergewaltiger« hauptsächlich in den Schichten zu finden sind, die am meisten von den gesellschaftlichen Verhältnissen »vergewaltigt« werden. Frauen leiden und haben zweifelsohne unter den grausamsten Behandlungen einschließlich Vergewaltigung mit Todesfolge gelitten, aber durch das Aufzählen und Beschreiben von Leiden allein be-

seitigt man es noch nicht. Man kann nur hoffen, daß schon der hohe Preis die Verbreitung dieses wenig nützlichen Buches verhindert. Irmgard Feesche (Berlin/West)

Becker, Gabriele, u. a.: *Aus der Zeit der Verzweiflung. Zur Genese und Aktualität des Hexenbildes*, edition suhrkamp, Frankfurt/M. 1977 (542 S., br., 12,- DM).

Nachdem sich in den letzten Jahren, hervorgerufen durch die Frauenbewegung, ein breites Interesse an der heutigen gesellschaftlichen Situation der Frau ergeben hat, muß nun der Blick auch auf ihre geschichtlichen Bedingungen gerichtet werden. Dies versuchen die Autoren des vorliegenden Buches, indem sie es sich zum Ziel setzen, eine systematische Aufarbeitung der weiblichen Lebensinteressen in dem Zeitraum zwischen 500 und 1600 anzugehen. In der Hexenproblematik sehen sie einen Schlüssel für die Stellung und für das Bild der Frau im Mittelalter. Ihre Darstellung ist allerdings nur als erster Versuch in Form einer systematisch aufgebauten Aufsatzsammlung zu werten.

Das Buch ist in drei Abschnitte gegliedert: der Erste stellt die reale Situation der Frau und ihr kulturelles Bild dar, der Zweite geht auf die Hexenproblematik ein und bildet eine Überleitung von der historischen Hexe über den Hexenmythos zur »aktuellen Hexe«, im dritten Teil stellt Helmut Brackert Daten und Materialien zusammen.

Die Autoren versuchen, die Situation der Frau anhand der Aussagen der mittelalterlichen Kirche und Theologie, mit Hilfe der Geschichtsschreibung und Aufzeichnungen aus dem Bereich der Medizin darzustellen. In den benutzten Quellen wird keine Trennung zwischen der realen und fiktiven Situation der Frau vorgenommen – hier hätte es einiger sorgfältiger Studien bedurft, um zwischen dem Wirkungszusammenhang von Realität und verarbeiteter Realität unterscheiden zu können. Positiv ist die Menge an Informationen, Fakten und Materialien, die es ermöglicht, auf diesem Gebiet weiterzuarbeiten. Ausführlich und sorgfältig ist die Behandlung der Frau in der Medizin – als weise Frau, als Hebamme, als Ärztin. Insgesamt ist es gelungen, die Verbindung zwischen Frauenproblematik und gesamtgesellschaftlicher Struktur aufzuzeigen (zunehmende Verdrängung der Frau aus allen öffentlichen, gesellschaftlichen Bereichen und Zurückführung in den abgeschlossenen, familiären Raum, in Gang gesetzt durch ökonomische Veränderungen). Fragwürdig ist die Übertragung gängiger Vorstellungen auf die sozio-kulturelle Struktur des Mittelalters (». . . bot schon damals die »Berufstätigkeit« der Frau einen ersten Ansatzpunkt für ihre Befreiung . . .«, 49). – Mit Hilfe einer Betrachtung der wichtigsten Hexenbücher wird der Abriss über die Hexenproblematik eingeleitet (Helmut Brackert) – knappe Inhaltsangaben und Folgerungen weisen nach, daß einem großen Teil der Hexenbücher eine frauenfeindliche Tendenz zugrundeliegt. Frauen dienen als Feindbilder. Ihnen wird die Schuld an ungelösten oder unlösbaren Problemen gegeben. Die Kirche versucht, innerhalb eines gewandelten Weltbildes der Verhältnisse Mensch – Natur und Mensch – Gesellschaft, »welches sich in Zusammenhang einer nicht mehr feudalen, sondern frühkapitalistischen Ordnung anbahnt« (177), ihre alte Macht wiederzuerlangen. Ebenso dient die Hexenverfolgung im staatlichen Bereich als Mittel der Disziplinierung, »und hier waren es offenbar die Frauen, die stellvertretend büßen mußten für die allgemeine Emanzipation« (177).

Der anschließende Aufsatz (Ines Brenner, Gisela Morgenthal) belegt Widerstandsformen, die sich aus den Lebensformen des Mittelalters (fortschreitende Individuation, Atomisierung des Menschen und Entfremdung vom eigenen Körper) entwickelt haben. Sinnlicher Widerstand impliziert hierbei nicht ein bewußtes Sich-wehren ein-

zelter gesellschaftlicher Gruppen, sondern eine eher vorbewußte Verweigerung geforderter Anpassung an neue soziale Strukturen durch Regression auf ältere Lebens- und Kultformen. Die Morallehre der Kirche, die in ihrer Frühzeit noch keinen weitreichenden Einfluß auf das reale Verhalten der Menschen hatte, bekommt nun unter veränderten ökonomischen Bedingungen Einfluß auf das gesellschaftliche Leben.

Klaus Scheller unternimmt den Versuch, die Hexenvorstellungen des Paracelsus in die Philosophie des Mittelalters einzugliedern. Sein Versuch gerät über abstrakt philosophische Spielereien nicht hinaus.

Dagegen leistet Silvia Bovenschen nicht nur eine gute und verständliche Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse, sondern zeichnet mit ihrer Hilfe eine Verbindung zur »aktuellen Hexe«. Die Autorin zeigt auf, daß durch die Hexenpogrome des Mittelalters ein entscheidender Schritt zur Unterdrückung der Frauen für eine Absicherung der aufkommenden Gesellschaftsordnung getan wurde. Im Überleben der Hexe als Mythos werden kollektive Wunschträume aktualisiert und ein Widerstandspotential aufgebaut – die Aufnahme des Hexenmythos in die Frauenbewegung mahnt »an den notwendigen Widerstand heute« (203).

Ulrike Gerold (Berlin/West)

Gerhard, Ute: Verhältnisse und Verhinderungen. Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert. Mit Dokumenten. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1978 (476 Seiten, br., 14,- DM).

Es ist wenig bekannt über historische Lebens- und Arbeitsformen der breiten Bevölkerung, noch größer jedoch ist das Schweigen über die Situation der einfachen Frauen. Genau an diesem Defizit an »weiblicher Geschichte« setzt die Autorin an. Im einzelnen untersucht sie, wie und warum die Frauen, die doch auch zu Beginn des 19. Jahrhunderts aus feudaler Untertänigkeit entlassen wurden, mit dem Entstehen der bürgerlichen Gesellschaft verstärkt benachteiligt wurden, und in eine gleichsam feudale Abhängigkeit von ihren Ehemännern gerieten.

Die Antworten darauf sind unter Beibehaltung des wissenschaftlichen Charakters der Arbeit flüssig und interessant zu lesen sowie durch eindrucksvolles Material belegt, wobei die wichtigsten Dokumente in einem Anhang abgedruckt sind.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die breite ländliche Unterschicht. Ihre hauptsächlichliche Versorgungsgrundlage bildete die kleine Land- und Viehwirtschaft, die die Frau betrieb, sowie der Verdienst aus Heimarbeit, zu der alle Familienmitglieder herangezogen wurden. Der Beitrag des Mannes zum Familienunterhalt bestand aus dem meist kärglichen und unregelmäßigen Lohn aus Hofdiensten und Tagelohnarbeiten. Als nun nach der Bauernbefreiung die landwirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse reguliert wurden, verlor eine breite Bevölkerungsschicht ihr Ackerland und die Nutzungsrechte an der Allmende (gemeinschaftlich genutztes Weideland und Wald). Dadurch verloren die Frauen ihre bisherigen Produktionsmittel und gerieten erstmalig in die Position völliger wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Ehemann, der zum alleinigen Familienernährer wurde. Gleichzeitig begann mit der Gewerbereform die erneute Verdrängung der Frauen aus dem Handwerk (z. B. Kampf gegen die Schneiderinnen). Mitte des 19. Jahrhunderts betrug die Erwerbsquote der außerhalb beschäftigten Frauen 26%. Hauptarbeitsgebiet war immer noch die Landwirtschaft, aber die Zahl weiblicher Dienstboten stieg rasch an. Die feudalistische preußische Gesindeordnung, die erst 1918 abgeschafft wurde, gewährleistete die totale Ausnutzung der Arbeitskraft dieser Frauen, nicht zuletzt durch weitgehende Züchtigungs- und Aufsichtsrechte.

Parallel zur Entwicklung der Arbeitsbedingungen zeigt die Autorin die Veränderung der Familienformen. Sie versucht nachzuweisen, daß nicht, wie häufig ange-

nommen, die Großfamilie (große Haushaltsfamilie) die dominierende Familienform der vorindustriellen Zeit war. Die einfache Bevölkerung lebte auch damals in Kleinfamilien, schon allein deshalb, weil die wirtschaftliche Basis für eine Großfamilie nicht ausreichte. Das wichtigste Strukturprinzip dieser frühen Kleinfamilie war die gleichverpflichtete Mitarbeit und Ernährerrolle der Frau. Durch die zunehmende außerhäusliche Produktion verengte sich der Wirkungskreis der Frauen dann auf die Pflichten der »Nur-Hausfrau«. Die Kleinfamilie kam zwar bei der zunehmenden außerhäuslichen Produktion und der Trennung der Lebensbereiche den Erfordernissen der Industrialisierung entgegen, war aber keine Erfindung des Kapitalismus.

Als Querverbindung wird dann die Entstehung und Entwicklung der Familienideologie aufgezeigt, als quasi »patriarchale Reaktion« auf die veränderten Produktionsbedingungen. Die Ideologie vom »Wesen und der Bestimmung des Weibes« diente der Festigung der neuen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, und verschaffte sich unmittelbaren Eingang in die rechtlichen Bestimmungen dieser Zeit. Insbesondere die Ausgestaltung des Familienrechts zu einem »Sonderrecht« für Frauen zeigt den bürgerlich-patriarchalischen Machtzuwachs, der die Frauen von der allgemeinen Beanspruchung der Menschenrechte ausschloß und ihre Anerkennung als Rechtsperson verhinderte. Diese Tendenz setzte sich im BGB fort, das die Frau auf allen Rechtsgebieten benachteiligte, insbesondere durch ihren Ausschluß vom Eigentumserwerb und »freier Lohnarbeit«, und damit die Abhängigkeit der Frauen vom Mann verfestigte.

Ellen Keifer (Mannheim)

Erziehungswissenschaften

Bendit, René und Achim Heimbucher: Von Paulo Freire lernen – Ein neuer Ansatz für Pädagogik und Sozialarbeit, Juventa Verlag, München 1977 (272 S., br., 26,- DM).

Das vorliegende Buch bildet die vollständigste und gründlichste Untersuchung, die sich mit der Konzeption des brasilianischen Pädagogen Paulo Freire beschäftigt. Die Arbeit gliedert sich systematisch in drei Teile. Der erste Teil untersucht die Theorie der Erziehungskonzeption Freires und ihre praktische Anwendung in Lateinamerika. Als Chilene konnte René Bendit hier den kulturellen Hintergrund besonders gut wiedergeben. Freires neuere Versuche politischer Alphabetisierung in Afrika (z. B. in Zusammenarbeit mit der PAIGC in Guinea-Bissau) bleiben unerwähnt, die eine wichtige Weiterentwicklung der politischen Realisierbarkeit der Freireschen Konzeption in der »3. Welt« darstellen könnten. Eine Kritik an der unvollständigen Analyse der polit-ökonomischen Situation, an der fehlenden Beschreibung der Klassenauseinandersetzungen und der vernachlässigten Organisationsfrage bei Freire wird von Bendit und Heimbucher leider nicht geleistet.

Der zweite Teil behandelt die Übertragbarkeit der Konzeption Freires auf die industrialisierten Staaten, d. h. von der Peripherie auf die Zentren. Dabei werden insbesondere die universalen Aspekte dieser Pädagogik herausgearbeitet und die sozio-kulturellen und sozialpsychologischen Dimensionen des Übertragungsfeldes ermittelt. Bendit und Heimbucher analysieren einige emanzipatorische Bildungs- und erziehungswissenschaftliche Ansätze, die essentielle Problemfelder der Freireschen Pädagogik wie Herrschaft, Ungleichheit und Befreiung aufgreifen und diese Pädagogik als Teil einer umfassenderen Aktion zur Befreiung verstehen. Es wird ein eingehender Vergleich zwischen Freire und Negt bzw. Giesecke hergestellt.

Besonders interessant und relevant für die Praxis scheint der dritte Teil der Arbeit, der konkrete Adaptions- und Übertragungsversuche in Europa darstellt und bewert-

tet. Hier werden exemplarisch verschiedene Ansätze der Bewusstseinsbildung in der Erwachsenenbildung, in Schule, Gemeinwesen und in der Curriculumentwicklung analysiert. Für den Gebrauch in der Praxis wäre es sinnvoll gewesen, wenn auch andere wesentliche Ansätze, wenn schon nicht ausgiebig behandelt, so doch kurz vorgestellt worden wären (Weltschulen, Hasselt; INODEP, Paris; Friedensuniversität, Huy; Bürgerinitiativen, Volkshochschule Whyler Wald usw.). Ein Anhang bringt schließlich noch drei Dokumente aus der praktischen Arbeit. Ein ausführliches Literaturverzeichnis rundet die Untersuchung ab.

Die Arbeit macht deutlich, daß die Konzeption Freires nicht umstandslos von der Peripherie auf die Zentren übernehmbar ist. Sie muß vielmehr auf die jeweils konkrete historische politische, ökonomische, soziale, kulturelle Situation übertragen werden. Doch daß dies möglich ist, zeigt die Analyse der konkreten Ansätze. Dieses Buch ist aus der Praxis heraus entstanden: es entstand innerhalb des Curriculum »Soziales Lernen« (Jugendinstitut München). Darum ist es für alle, die sich engagiert mit Pädagogik und Erwachsenenbildung beschäftigen, von besonderem Wert. Leider ist der zweite Teil (von der Sache her allerdings begründet) nicht für jeden immer ganz leicht verständlich.

Hans-Martin Große-Oetringhaus (Münster)

Gamm, Hans-Jochen: Umgang mit sich selbst. Grundriß einer Verhaltenslehre. Ein Beitrag zur Pädagogischen Anthropologie. List Verlag, München 1977 (254 S., Ln., 24,- DM).

Das Buch behandelt Aspekte individuellen Verhaltens vor dem Hintergrund der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Es geht Gamm um den Spielraum zu rationalem Verhalten, den das Individuum auch unter den irrationalen Bedingungen kapitalistischer Herrschaft hat, und den es, zusammen mit anderen, schließlich zur Überwindung dieser Herrschaft nutzen kann. Der Mensch – so Gamm in Anlehnung an Pestalozzi – ist »auch das Werk seiner selbst« (12); jeder Mensch, unabhängig von sozialisatorischen Determinanten, kann grundsätzlich lernen, sein Leben zu erfassen – mit Hilfe von Verhaltensweisen wie: Selbstführung (39), Askese (41), Zeitbewußtsein (57), Umkehr (59) und subjektive Vollmacht (76). Selbstführung äußert sich etwa in der Distanz zum kapitalistischen Warenangebot: In der »Verweigerung des Belanglosen« (54). Die Durchbrechung des Konsumzwangs ist heute zunächst nur dem einzelnen möglich; der einzelne soll aber durch sein Vorbild auf andere wirken und so durch individuelle zur kollektiven Emanzipation beitragen. Notwendig ist die Einübung von Askese im Sinne von Bedürfnissteuerung. Subjektive Vollmacht ermöglicht u. a. den Abbau von Konfliktscheu und die Vermeidung von »wertloser Güte« und »billiger Solidarität« (81). Das Individuum soll das eigene Leben »proportionieren« (61), sich der verfließenden Zeit und der Totalität von Geschichte und Gesellschaft bewußt sein. Das kann zur Umkehr, zur Lebensänderung, führen.

Gamms Darstellung des dialektischen Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft ist ungewöhnlich. In der materialistischen Diskussion wird zwar im allgemeinen nicht nur die gesellschaftliche Bedingtheit des Subjektes, sondern auch die subjektive Bedingtheit der Gesellschaft anerkannt; letzten Endes aber, wenn es um die Konkretisierung dieses Prinzips geht, ist die Perspektive – in eigenartiger, nämlich Subjektivität und Gefühl verdrängender Weise – vorwiegend auf die »ökonomische Basis« des Subjekts gerichtet. Gamm geht umgekehrt vor: Er bleibt beim Prinzip, konkretisiert es aber auf der Subjektseite. Der Vorwurf des »Idealismus«, der ja leicht von der Zunge geht, ist hier naheliegend, kann jedoch nicht pauschal erhoben werden. Gamms Verdienst ist es, solche Bereiche menschlichen Verhaltens in der kapitalistischen Gesellschaft offenzulegen, die sowohl in der vorherrschenden affirmativen

als auch in der materialistischen Sozialwissenschaft oft von einer Schicht von Abstraktionen – »schichtenspezifische Sozialisation«, »Struktur«, »Klasse« – verdeckt sind. Begriffe wie Selbstführung und Umkehr müssen auch in materialistischem Kontext von Relevanz sein; die vorschnelle Beurteilung individueller Unsicherheit als nur kapitalistisch bedingt und primär kollektiv behebbar, ist unehrlich. Die Verdrängung des Gefühls hat mit Materialismus nichts zu tun. »Wertlose Güte« und »billige Solidarität« sind auch bei Materialisten vorkommende Verhaltensweisen. Sie müssen vom Individuum abgebaut werden.

Die gesellschaftliche Bedingtheit des Individuums bleibt in Gamm's Argumentation nicht immer deutlich. Gamm stellt sich in die Tradition der Aufklärung: Er betont den Willen des Menschen zum Lernen und zur Veränderung. Aber sind zur Lösung von Konflikten wirklich »nicht als ein wenig Mut und Entschiedenheit erforderlich« (34)? Kants individualistischer »Mut« wird doch gerade vom Historischen Materialismus, dessen Kategorien Gamm übernimmt, als ungenügend zur Veränderung erkannt.

Andreas Kunze (Hagen)

Lempert, Wolfgang und Reinhard Franzke: Die Berufserziehung.
Juventa Verlag, München 1976 (240 S., Br., 14,- DM).

Die notorische Benachteiligung der berufstätigen Jugendlichen gegenüber Gymnasiasten und Studenten ist in der Bundesrepublik augenfällig – gleichwohl scheint das pädagogische und soziale Gewissen der Öffentlichkeit deswegen nicht beunruhigt zu sein. Der Lehrlingsprotest, der noch vor wenigen Jahren Mißstände im Ausbildungswesen anprangerte und zugleich auch auf grundsätzliche Probleme der »vergesenen Majorität« aufmerksam machte, ist inzwischen verstummt, ohne daß sich die Verhältnisse im nennenswerten Umfang gebessert hätten. Eine Reihe empirischer Untersuchungen zur (mangelnden) Qualität der Lehrlingsausbildung unterstreicht die Notwendigkeit von Reformen, die aber einstweilen als nicht durchsetzbar gelten: Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit sind die wirksamsten Reformblockaden. Um diese Blockaden beseitigen und zugleich und danach beharrliche Reformarbeit leisten zu können, braucht man einen langen Atem und nicht zuletzt fundierte Reformperspektiven.

Wolfgang Lempert und Reinhard Franzke entwickeln »konkrete Vorstellungen über wünschenswerte und durchsetzbare Veränderungen der Berufsausbildung« (178), sie ergreifen Partei für die »Gleichheits- und Freiheitsrechte der Lernenden« (12) und wollen zur »Verringerung sozialer Ungerechtigkeit und politischer Unmündigkeit« (12) beitragen. Deshalb richten sie ihr Augenmerk auf die sozialstrukturellen Determinanten beruflicher Sozialisationsprozesse, deren gründliche Kenntnis unerläßlich ist, wenn ihre historisch-gesellschaftliche Prägekraft durch gezielte politische und pädagogische Einflußnahme transformiert werden soll: Es geht darum, das durch normative und faktische Stützen gefestigte Berufsbildungssystem unter Beteiligung der darin Tätigen und Leidenden gegen den Widerstand der Nutznießer so umzugestalten, daß materiale Chancengerechtigkeit gewährleistet ist und daß folglich auch für die derzeit Nichtprivilegierten berufliche, soziale und politische Autonomie erreichbar wird. Lempert und Franzke entwickeln im 1. Kap. Maßstäbe für die Beurteilung gegebener Ausbildungsverhältnisse: Qualifikation, Chancengleichheit, Emanzipation. Im 2. Kap. werden Ergebnisse repräsentativer empirischer Studien mitgeteilt, die erkennen lassen, daß das Berufsbildungssystem den Beurteilungsmaßstäben keineswegs genügt. Zur Erklärung dieses Mißstands und zur Begründung von Reformvorschlägen werden im 3. Kap. Ansätze einzelner wissenschaftlicher Disziplinen (Pädagogik, Psychologie, Rechtswissenschaft, Politologie, Soziologie, Öko-

nomie) kritisch vorgestellt. Im 4. und 5. Kap. werden problemorientierte Erklärungsversuche unternommen, um individuelle und gesellschaftliche Voraussetzungen und Konsequenzen beruflichen Lernens mit Hilfe fachübergreifender Theorien im Zusammenhang zu erfassen. Im 6. Kap. werden Zielvorstellungen »emanzipierender Berufserziehung« und »Grundzüge demokratisierender Berufsbildungspolitik« entwickelt. Das Buch zeichnet sich aus durch kritische und verständliche Formulierungen, durch großen Informationsreichtum und durch systematischen Aufbau. Deshalb ist es vorzüglich als Einführungsschrift in aktuelle Probleme der Berufs- und Wirtschaftspädagogik geeignet; dieser Vorzug wird noch unterstrichen durch den stattlichen Anhang (S. 199–240), der neben einem ausführlichen Literaturverzeichnis eine Fülle bildungsstatistischer Informationen und systematische Empfehlungen für vertiefende Lektüre enthält. Bedauerlich ist, daß die historische Entwicklung des Berufsbildungssystems unberücksichtigt bleibt. Trotz dieses Mangels kann das Buch von Lempert und Franzke als die bislang beste Einführung in die Berufs- und Wirtschaftspädagogik empfohlen werden.

Martin Kipp (Hamburg)

Eggers, Philipp B. und Franz J. Steinbacher (Hrsg.): Soziologie der Erwachsenenbildung (Handbuch der Erwachsenenbildung, hrsg. von Franz Pöggeler, Band 6). Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1977 (324 S., Ln., 54,- DM).

Kurze, Wilhelm und Kurt Tschennett: Zeitschriften der Erwachsenenbildung. Studienverlag Dr. N. Brockmeyer, Bochum 1977 (288 S., br., 24,80 DM).

Weymann, Ansgar: Lernen und Sprache. Empirische Untersuchungen zur Schichtenspezifität von Lernerfolg und verbaler Interaktion. Hermann Schroedel Verlag, Hannover/Dortmund/Darmstadt/Berlin 1977 (192 S., br., 28,80 DM).

Seitdem die Erwachsenenbildung zunehmend aus ihrem Schattendasein innerhalb des westdeutschen Bildungssystems heraustritt und Weiterbildung stärker als noch vor einigen Jahren finanziell gefördert wird, nimmt der Grad der Professionalisierung ebenso zu wie der der wissenschaftlichen Bearbeitung dieses Bildungsbereiches. Die vorliegenden Bücher sind, in je unterschiedlicher Richtung, Ergebnisse dieser nicht abgeschlossenen Entwicklung.

Dem Bedürfnis nach Übersicht und Zusammenfassung angesichts der wachsenden Zahl von Arbeiten aus der und über die Erwachsenenbildung (EB) will das von Pöggeler herausgegebene »Handbuch der Erwachsenenbildung« Rechnung tragen, dessen jetzt vorliegender sechster Band sich mit der soziologischen Analyse der EB beschäftigt. In sieben Kapiteln (Einleitung/Grundlegung/Institutionalisierung/Sozialer Wandel/Rollentheoretische Ansätze/Gesellschaft und individuelle Entwicklung/Betriebssoziologische und wirtschaftspädagogische Aspekte) sind insgesamt 19 Beiträge versammelt, deren theoretische Heterogenität kaum mit dem Begriff »Pluralismus« erklärt werden kann, sondern vor allem die ungleichmäßige Entwicklung der Erwachsenenpädagogik als Wissenschaft spiegelt. So zeigt etwa der ausgesprochen informative Überblick von Strzelewicz über die soziologischen Forschungen zur EB die Schwerpunkte des gegenwärtigen Wissensstandes auf, während im Kapitel »Sozialer Wandel« drei Beiträge (von Rassem, Groothoff und Gönner) zu finden sind, die alle zu sehr überholten soziologischen und bildungstheoretischen Traditionen – etwa dem Paradigma der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« – verhaftet sind, um wesentlich zu dem vieldiskutierten Problem der Funktion von Weiterbildung beitragen zu können.

Wichtige und nützliche Informationen dagegen sind in den Aufsätzen von Erling-

hagen/Vath (zur Professionalisierung), Blaschek (zum Berufsbild des »Erwachsenenbildners«) und – teilweise – Claude (Sozialarbeit und EB) enthalten, die seltsamerweise unter der Kapitelüberschrift »Rollentheoretische Ansätze« zu finden sind, aber wenig damit zu tun haben. Ebenso sind Fetten-Gschaiders Artikel zur außerschulischen Jugendarbeit und vor allem Brandenburgs Abriss der Problematik beruflicher Weiterbildung gelungene Einführungen in die jeweilige Diskussion. Dies kann leider weder von Haiders impressionistischen Bemerkungen über die »sozialen Aspekte der Krise im Werden des Erwachsenen« noch über Ruprechts Beitrag zur Erwachsenenbildung im Alter gesagt werden, wobei besonders auffällt, daß noch nicht einmal die zentrale Arbeit über »Lernerfolge bei Erwachsenen« von A. G. Brandenburg angeführt und verarbeitet worden ist. In Anbetracht der wichtigen Stellung der Erwachsenen in der Erwachsenenbildung ist die Unzulänglichkeit dieser Artikel besonders ärgerlich.

Vieles könnte noch gesagt werden über Mängel und Fehlendes, dennoch werden vor allem wohl Studenten und Dozenten der Erwachsenenpädagogik diesen Band zu nutzen wissen, gerade weil eine konsistente theoretische Durchdringung der EB erst in Ansätzen vorhanden ist.

Zu dieser Aufgabe trägt die Zusammenfassung der Magisterarbeiten von Kurze und Tschenett wohl kaum bei. Ihr Gegenstand sind die Jahrgänge 1968–1975 der im Untertitel angegebenen einflußreichen Zeitschriften der EB; ihre Untersuchungsmethode erschöpft sich in der Häufigkeitsauszählung von Beiträgen und Beitragsfläche. Außer einem immensen Zahlenberg bringt die Arbeit keinen Erkenntnisgewinn: das intensive Lesen der betreffenden Zeitschriftenjahrgänge würde vor allem auch inhaltlich mehr bringen, da auf eine Auseinandersetzung mit den Inhalten (sieht man von der Rubrizierung ab) fast ganz verzichtet wurde.

Im Gegensatz dazu ist Weymanns kommunikationstheoretisch fundierte empirische Studie vom Gesichtspunkt der politischen Bildung mit Erwachsenen ein dringendes Desiderat. Er untersucht – auch wenn es dem Titel nicht zu entnehmen ist – das Sprachverhalten von Teilnehmern an Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung unter der Hypothese, die mittelständische Orientierung der Institutionen der EB lasse sich im Sprachverhalten der Kursteilnehmer wiederfinden.

Im Verlauf seiner Untersuchung, die stark methodisch gerichtet ist (Fragebogen/semantisches Differential/Assoziationsstest/Tonbandaufzeichnung/Satzergänzungstest), kann Weymann die Richtigkeit dieser Hypothese nachweisen: in den Kursen dominieren, auch unter dem Einfluß der Dozenten, Sprachmuster, die hemmend auf die Beteiligung und den Lernerfolg der Arbeiter und Auszubildenden wirken. Die oft diskutierte Frage, warum Arbeiter sehr viel seltener an nicht berufsbezogenen Veranstaltungen der EB teilnehmen, wird in dieser Untersuchung wenigstens partiell beantwortet.

Der gewichtigste Mangel ist, daß Weymann weitgehend die inhaltlichen Probleme (Kursinhalte und -formen; Teilnehmermotivation etc.) zugunsten der kommunikationstheoretischen – und nicht neuen – Fragestellung ausblendet. Erst im Zusammenhang mit der Frage nach dem Stellenwert einer arbeiterorientierten politischen Bildung und ihrer inhaltlichen Ausführung erhalten die Ergebnisse dieser Untersuchung ihre eigentliche Relevanz.

Wilfried Kunstmann (Marl/Göttingen)

Hesse, Hans A., u. a.: Berufsbild und Studienplan. Empirische Beiträge zur Entwicklung von Hochschulcurricula. Hermann Schroedel Verlag, Hannover 1975 (281 S., br., 22,- DM).

Will man Hochschulcurricula entwerfen, benötigt man hierfür Entscheidungskri-

terien und Informationen. Diese für den Bereich der Gewerbelehrausbildung zur Verfügung zu stellen, ist Ziel und Inhalt eines Forschungsprojektes an der TU-Hannover, dessen Zwischenbericht in dem zu besprechenden Buch vorliegt. Die Autoren sind Hochschullehrer an der genannten Universität, das Projekt wird von der Stiftung Volkswagenwerk finanziert. Vorverständnis der Autoren und Ausgangspunkt der Untersuchung war, daß das Hochschulcurriculum auf die berufliche Praxis vorzubereiten habe. Wie lernten nun die forschenden Hochschullehrer die berufliche Praxis der Gewerbelehrer und ihre Probleme kennen? Hier, indem sie Fragebogen verschickten – um auf diese Weise der Curriculumplanung »das Maß an Rationalität zu sichern, das sozialwissenschaftliche Methodologie verheißt«. (13) »Die »Absolventenbefragung« wurde als Totalerhebung bei der Gesamtzahl von 2000 Absolventen durchgeführt, die in der Zeit von 1960 bis 1969 Studiengänge für das Lehramt in der BRD mit Erfolg durchlaufen haben.« (13) Die Fragen bezogen sich auf folgende Untersuchungsfelder: a) *berufliche Situation* der Befragten: Position, Tätigkeitsbereiche, Funktionen, Selbsteinschätzung, aber auch typische Verhaltensprobleme; b) *Studienverlauf* der Befragten: Studienfächer, Studiendauer, Examenshochschule usw. c) *Ausbildungskritik* der Befragten; d) *sozialstatistische Daten*: soziale Herkunft, Alter, Geschlecht usw. (13/14)

Einige Ergebnisse seien genannt: 50% der Gewerbelehrer sind Absolventen des 2. Bildungsweges, 70% von ihnen besitzen eine abgeschlossene Berufsausbildung. Der Anteil der Frauen beträgt lediglich 18%. Über 90% der Lehrer unterrichten 3 oder mehr Fächer, 75% 4 und mehr, 50% 5 und mehr. 80% der Lehrer unterrichten in 5 und mehr Klassen.

So problemlos diese und andere statistische Daten abgefragt werden können, so fragwürdig ist es, die berufspraktischen Probleme der Lehrer über Fragebogen ermitteln zu wollen.

Dies zeigt sich an ihren Antworten auf die Frage, welchen Stellenwert sie einzelnen Studienbereichen im Hochschulstudium zumessen. 53% halten den fachwissenschaftlichen Anteil, 38% den erziehungswissenschaftlichen für den wichtigsten. Welchen Wert aber hat eine solche Information, wenn eine Differenzierung nach Studienorten ergibt, daß die Bevorzugung eines fachwissenschaftlich orientierten Studienganges gerade von jenen Absolventen ausgesprochen wird, deren eigenes Studium fachbezogen ausgerichtet war? Umgekehrt maßen die Absolventen von erziehungswissenschaftlich orientierten Studiengängen auch den Erziehungswissenschaften die größere Bedeutung für das Hochschulstudium bei. Es zeigt sich also, daß die Vorstellungen der Lehrer darüber, wie das Hochschulstudium auszusehen habe, zum großen Teil nur Reproduktionen der jeweils eigenen Studienerfahrungen sind. Dennoch werden diese und ähnliche Vorstellungen der Lehrer über 50 Seiten mit zahlreichen Tabellen und genauesten Differenzierungen ausgebreitet. Zwar sehen die Autoren die Beschränktheit ihres Vorgehens selbst ein, und sie ziehen Konsequenzen, indem sie auf die Notwendigkeit ergänzender Untersuchungen hinweisen: Befragungen und – immerhin – auch Gruppendiskussionen und Intensivinterviews. Aber die eigentliche Voraussetzung, um die Probleme der Lehrerpraxis aufzuarbeiten, die unmittelbare Analyse des Berufsfeldes der Lehrer ist anscheinend nicht beabsichtigt.

Eggert Holling (Berlin/West)

Wagner, Wolf: Uni-Angst und Uni-Bluff. Wie studieren und sich nicht verlieren. Rotbuch Verlag, Berlin/W. 1977 (107 S., br., 6,- DM).

Wagner will mit seinem Buch den Studenten Vorschläge machen, wie sie sinnvoll studieren können trotz Undurchschaubarkeit der Uni-Situation und »Verschulung

des Studiums«. Das Haupthemmnis für ein sinnvolles Studieren sieht er in der Angst sowohl vor den Kommilitonen als auch vor den Dozenten. Er vergleicht die Studenten mit einfachen Warenproduzenten, die Angst haben, ob sie ihr Produkt auf dem Markt absetzen können. Das »Produkt« der Studenten sind seiner Auffassung nach die Diskussionsbeiträge in den Seminaren, die nur den Sinn hätten, Anerkennung zu gewinnen. Aus der Angst, diese Anerkennung nicht zu bekommen, entstehe der Uni-Bluff, das Reden in einer Sprache, die weder von den Teilnehmern noch von den Redenden selbst verstanden wird, aber den Eindruck des »Wissens« vermitteln soll.

Um die Angst und die daraus folgenden Verhaltensweisen zu überwinden, schlägt Wagner vor, Studienkollektive zu bilden, in denen sich Studenten mit gleichen Interessen zusammenfinden sollen, um bestimmte Projekte gemeinsam durchzuführen; vor allem sollen sie durch Diskussion des eigenen Verhaltens, der Ursachen der Angst, der jeweiligen Biographien »zu sich selbst finden« und »die Unterdrückung in uns selbst« (68) bekämpfen. Die Universität soll genutzt werden, indem aus der eigenen Biographie Interessen formuliert werden, die mit Hilfe des Studiums verwirklicht werden könnten. Wagner nennt dies den »Gebrauchswert« des Studiums, worunter er dessen Beitrag zur Lösung der je persönlichen Probleme verstanden wissen will. Das Buch endet mit Ratschlägen zu Arbeitstechniken, insbesondere für den Umgang mit Büchern und das Schreiben größerer Arbeiten.

Obwohl die Vorschläge nicht neu sind, hat Wagners Buch starke Zustimmung unter Studenten gefunden. Seine Stärke ist es, die Situation der Studenten so »hautnah« darzustellen, daß sie sich darin wiederzuerkennen meinen. Er bestätigt mit seinen Erklärungen die schon im Alltagsbewußtsein vorhandenen Vorstellungen: Die Angst entsteht laut Wagner aus der Angst vor dem Bluff, der Bluff entsteht aus der Angst vor den Leistungsanforderungen, Angst entsteht also aus Angst – und so wird es auch in der alltäglichen Erfahrung erlebt. Zugleich mit der Bestätigung des immer schon Gewußten verspricht Wagner eine Überwindung dieser Angst. Er verspricht ein konfliktfreies Leben und Studieren, in dem jeder seinen privaten Interessen nachgehen kann, ohne sich um die Veränderung der Lebensbedingungen bemühen zu müssen: denn wenn die Universität, so wie sie ist, schon als »Autowrack« (62) benutzt werden kann zur Erfüllung der eigenen Bedürfnisse, warum diese Universität noch ändern? Die Formen, in denen die Angst überwunden werden soll, entsprechen zudem unmittelbaren Bedürfnissen vieler Studenten: Die Verengung des Lebenskreises von der ganzen Universität oder gar der ganzen Gesellschaft auf eine Kleingruppe von 4–5 Gleichgesinnten beseitigt zunächst vordergründig die Angst vor den undurchschaubaren Mechanismen der gesellschaftlichen Institutionen, die es doch gerade zu durchschauen gilt, will man die Ursachen der Angst – die Unfähigkeit, die eigenen Lebensverhältnisse zu kontrollieren – wirklich beseitigen. Das Buch verspricht also, den Bedarf nach angstfreiem Leben auf zweifache Weise zu befriedigen: Die Angst soll nicht nur beseitigt werden, sie soll auch noch auf eine konfliktfreie Weise beseitigt werden. Indem es so Illusionen weckt und zugleich rationale Lösungen für die Verminderung von Angst verstellt, die nicht durch Rückzug aus der Gesellschaft, sondern allein durch Auseinandersetzung mit ihr und in ihr möglich ist, schadet es seinem Anspruch mehr als es ihm nützt.

Einen Nutzen kann das Buch dennoch haben: Es sollte Aufforderung an alle sein, die sich im universitären Bereich bewegen, die von Wagner beschriebene Problematik aufzugreifen und bessere Lösungsformen zu entwickeln. Gelingt dies nicht, so ist zu befürchten, daß sich unter dem steigenden gesellschaftlichen Druck ein großer Teil der Studenten entweder ins Abseits flüchtet oder an die bestehenden Verhältnisse unter Aufgabe der eigenen Interessen anpaßt.

Nora Rätzkel (Berlin/West)

Psychologie

Tinbergen, Niko: Das Tier in seiner Welt – Band 1: Freilandstudien. Piper Verlag, München/Zürich 1977 (371 S., br., 38,- DM).

Dies ist der erste Band einer zweibändigen Auswahl aus den Schriften eines der Begründer und namhaftesten Vertreter der Verhaltensforschung. Während der zweite Band Aufsätze enthalten wird, die im Zusammenhang mit Laborversuchen entstanden, beziehen sich die in diesem Band gesammelten Abhandlungen auf Material, das Versuchen in – formell zumindest – freier Wildbahn entstammt. Besonderes Interesse verdient die erste und mit Abstand umfangreichste Abhandlung über »Vergleichende Verhaltensbeobachtungen an Möwen (Laridae)«. Interessant ist sie nicht nur deshalb, weil die in ihr thematisierte Kategorie »Ausdrucksverhalten« das Grundphänomen der Ethologie überhaupt betrifft, sondern ebenso sehr deshalb, weil sie die Absichten und Erwartungen deutlich werden läßt, die der Verfasser mit der Ausbildung einer Ethologie vornehmlich verknüpft. Tinbergen präsentiert sich dabei als ein empiristischer Biologe, der »allgemeine Verhaltensmuster« wie etwa die »Ausdrucksbewegungen« (79) primär für taxonomische und klassifikatorische Zwecke nutzbar machen will. Darin, daß er tierische Verhaltensformen vor allem als Hilfsmittel für die Definition der Arten und die innerzoologische Systembildung in Betracht zieht, unterscheidet sich Tinbergen angenehm von der Mehrzahl seiner deutschen Kollegen, denen die lebensphilosophische Tradition zu tief in den Knochen sitzt, als daß ihnen die Wissenschaft vom Verhalten nicht 1) automatisch zum Musterexemplar einer phänomenologischen Ausdruckslehre, 2) in dieser Form unaufhaltsam zum Modellfall eines dem individualistischen Reflexzusammenhang des Behaviorismus entgegengesetzten kollektivistischen Spontaneitätskomplexes und schließlich 3) in dieser Bedeutung notwendig zur Projektionsebene für politisch-anthropologische Reflexionen und sozialstrategische Entwürfe geraten müßte. Von der demgegenüber wohlthuenden funktionalistisch-empiristischen Nüchternheit Tinbergens zeugen an sich auch die übrigen, kürzeren Abhandlungen, die der Band enthält. Sie verdanken sich insgesamt der »Erkenntnis, daß beim heutigen Stand der vergleichenden Verhaltensforschung vor allem Beschreibungen und experimentelle Analysen der Verhaltensweise vieler, möglichst verschiedener Arten erforderlich sind« (213). In der Mehrzahl rekapitulieren sie Versuche, die der mit statistischen Mitteln durchgeführten »experimentellen Analyse« von verhaltensbestimmenden Auslösern dient. Allerdings lassen die in diesem Zusammenhang verfolgten Fragestellungen und verwendeten Versuchsanordnungen nun deutlich werden, wie selbstverständlich auch der »vorurteilslose« experimentelle Empirismus Tinbergens den Grundinteressen und bestimmenden Strukturen der im abstrakten Gegensatz zum Behaviorismus sich konstituierenden Ausdruckswissenschaft Ethologie verhaftet bleibt. Bis in die raffiniertesten Erkenntnisanstrengungen und spitzfindigsten Problematisierungen des Experimentierens hinein verschreibt sich dieser Empirismus ebenso unwillkürlich wie zwanghaft der theoretisch vorgegebenen Aufgabe, die Verhaltenswirklichkeit als das Resultat eines selektiven Anpassungsprozesses dingfest zu machen, der nichts weiter darstellt als eine endlose Reihe von Kompromißbildungen zwischen äußeren Reizsituationen, die unmittelbar bedingte »Reflexe« fordern, und inneren Erwartungshaltungen, die zu schematisch vermittelten »Reaktionen« führen. Die Bornierung der Verhaltenswissenschaft auf diesen einen kommunikations- und interaktionstheoretischen Gegensatz zwischen den (gleich weit von allem Arbeitsverhältnis entfernten) Extremen eines durch objektive Reize bedingten Reflex- und eines durch subjektive Schemata bestimmten Reaktionsverhaltens gegenüber der Außenwelt ist höchst auffällig. Es würde sich zweifellos lohnen, einmal der Frage nachzugehen, was eigentlich

die Ethologie so geeignet erscheinen läßt, zum Hauptaustragungsort dieser, die Kommunikationstheorien seit je beherrschenden Kontroverse zu werden. Geht es im Tierreich wirklich so zu wie in eben den hochindustrialisierten Warengesellschaften, deren aus allem Zusammenhang mit der Produktion herausgerissenen und untereinander mehr und mehr sich verschränkenden Sphären der Zirkulation und der Konsumtion jene Theorien die Grunderfahrungen ihrer divergierenden Interaktionsmodelle entlehnen? Oder ist am Ende die Tierwelt doch nur das unglückselige Opfer einer von den Ethologen durchgeführten unerbittlich naiven Probe aufs Exempel der biologisch-vitalistischen Färbung, die der zur Bestreitung jener kommunikationstheoretischen Kontroverse aufgebotene kategoriale Apparat im Zuge der ihm von Anfang an eigentümlichen Metaphorisierung annimmt?

Ulrich Enderwitz (Berlin/West)

Foucault, Michael. Sexualität und Wahrheit. Bd. I: Der Wille zum Wissen. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1977 (190 S., Ln., 24,- DM).

In diesem Buch, dem ersten einer auf insgesamt sechs Bände geplanten »Historie de la sexualité«, geht es Foucault um die »Entschlüsselung der Beziehungen zwischen der Macht, dem Wissen und dem Sex« (8), darum, zu zeigen, wie die institutionalisierte Macht im Medium von Diskursen, in denen sich das Wissen der Sexualität über sich auseinanderlegt, »die alltägliche Lust durchdringt und kontrolliert« (21). Foucault hält jene »Repressionshypothese« (19 ff.), die ein simples Subordinationsverhältnis lustgehemmter Massen unter die Botmäßigkeit einer produktivitätskonformen Moral poniert, für unzulänglich. Statt dessen interessiert ihn die Sexualität als Paradigma der »Politische(n) Ökonomie eines Willens zum Wissen« (93), welcher nicht einfach gewaltsam niedergehalten und zensiert wird, sondern als Instrument der Macht seit dem 17. Jh. systematisch angereizt und zum Sprechen gebracht wird; dies vermittelt eines »Dispositivs der Sexualität« (Kap. IV), eines sich entfaltenden Ineinanders pädagogischer, kirchlicher, medizinischer Techniken, die zur gesellschaftlichen Produktion von Diskursen über den Sex zwingen. So wird auf die Entwicklung des katholischen Bußsakraments nach dem tridentinischen Konzil verwiesen (28 ff.), die die grausam subtile Selbstbeobachtung der Gläubigen einleitete, auf »skandalöse« und exhibitionistische Tendenzen in der Literatur (32 ff.), also auf sinnfällige Indikatoren für den stummen Zwang, den eigenen Sex in Diskursen zu verdoppeln. Mit dem 18. Jh. erfahren die Körper eine weitere Besetzung machtmittelten Wissens durch das Auftauchen der »Bevölkerung« als politisch-ökonomischer Kategorie eines demographischen Machtdiskurses, wenig später geraten sie unter die Messer von Medizin, Psychiatrie und Strafjustiz (43), kurz: es entfaltet sich allenthalben eine »grenzenlos wuchernde Ökonomie des Diskurses über den Sex« (49), ein engmaschiges Koordinatensystem strukturierender »Wissens- und Machttechniken« (171), in denen sich die sexgeladenen Körper derart verfangen, daß die Macht aufhört, über ihnen zu thronen, sich vielmehr an und zwischen ihnen niederläßt, um sich gleichsam hinterrücks durch einen Diskurs zu reproduzieren, »der bloß dadurch, daß er sich artikuliert, einen Rechtszustand schafft« (104) und uns darüber hinaus buchstäblich *einredet*, daß es in ihm »um unsere Befreiung geht« (190). Daß Foucaults Buch ausgerechnet an dieser Stelle abbricht, ist kein Zufall. Als folgenreicher erweist sich die einseitig strukturelle Ausrichtung seiner Methode, die eine Geschichte der Sexualität an der Geschichte von Diskursen (88), also an der »Geschichte« geronnener Bewußtseins sedimente festmacht, ohne im Fortgang der Analyse auf ihre materiell-geschichtliche Genesis zurückzuführen, – dazu müßte sich Foucault auf das von ihm so heftig befandete totalisierende Subjekt von Marx/Sartre

rückbesinnen. Allein er bescheidet sich konsequenterweise damit, Sex-Diskurse auf ihre *Funktionalität* in einem etablierten Lust-Macht-Universum zu untersuchen und die Frage, »welche-herrschende oder beherrschte-Ideologie sie repräsentieren« (124) bewußt auszuklammern. Somit verfehlt er notwendig das Ziel einer *kritischen* Geschichte der Sexualität, »Macht« und »Lust« in ihrer konkret-geschichtlichen Fülle durchsichtig zu machen.

Volker M. Heins (Bonn)

Hocquenghem, Guy: Das homosexuelle Verlangen. Hanser Verlag, München 1974 (164 S., br., 9,80 DM).

Hocquenghem, Philosophie-Dozent an der Universität Paris-Vincennes, Initiator der Front Homosexuel d'Action Révolutionnaire, erinnert in seinem Pamphlet an sozialpsychologische Modi, in denen gesellschaftliche Repression von Sexualität, insbesondere der homosexuellen Objektwahl, sich äußert. Die vielfältige traditionsgebundene Unterdrückung der Sexualität zwischen Männern führt er pauschal auf die kollektiv erwartete und individuell vollzogene Verdrängung des allgemeinen, weil jedem Menschen immanenten, homosexuellen Verlangens zurück.

Ihren sozialen und politischen Ausdruck findet sie als »paranoische Verfolgungssucht« (17), in welcher Hocquenghem einen Zwangsmechanismus sieht, um psychische Konfliktkonstellationen aggressiv zu entlasten. Diskriminierung homosexuellen Verhaltens zielt letztlich auf Repression latenter, individuell befürchteter Homosexualität, deren wiederholend erforderte Sublimierung zur lebenslangen Stabilisierung heterosexueller Objektwahl beiträgt.

Hocquenghem begnügt sich mit einer psychoanalytischen Beschreibung dieser – keineswegs unbekannt – Abwehrmechanismen. Seine Polemik richtet sich insbesondere gegen die Psychiatrisierung der Homosexualität, welche ihre strafrechtliche Unterdrückung flankiert, und sie dabei wechselweise als Abweichung von heterosexueller Objektwahl oder auch als Krankheit definiert. Er fragt weder nach den gesellschaftlichen Instanzen, die zwischen der heterosexuellen Trieborganisation und der Erhaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse vermitteln, noch versucht er Widersprüche zwischen den historisch entfaltenen Produktivkräften und dem Grad an Repression von Sexualität zu bestimmen. Ebenfalls nicht untersucht wird die Frage, ob Homosexualität in der bürgerlichen Gesellschaft, deren traditionelle Reproduktionsformen einem unaufhaltsamen Erosionsprozeß unterliegen, auch integriert werden kann, also nicht mehr im Widerspruch zu Verwertungsinteressen des Kapitals und zu den Herrschaftsverhältnissen stehen kann.

Aus diesem Analyse-Defizit resultieren gravierende Fehleinschätzungen: Hocquenghem wertet das homosexuelle Verlangen als ein anti-zivilisiertes, deshalb systemsprengendes Bedürfnis. Homosexuelle werden tendenziell als Avantgardisten gesehen, die das »traditionell-revolutionäre Denken und Handeln« (134) in Frage stellen, letztlich weil das homosexuelle Verlangen jene für die bürgerliche Gesellschaft wesentliche Trennung zwischen Privat und Öffentlich aufhebt, wie Hocquenghem meint. Seine Argumentation steigert sich in eine groteske Euphorie, weil er ebenso naiv wie mechanistisch von den gesellschaftlich unterdrückten Möglichkeiten sexueller Entfaltung auf ein unmittelbar zu aktivierendes Potential polit-kultureller Revolte schließt.

Hierbei gewinnt die Bezeichnung »homosexuelles Verlangen« zentrale Bedeutung, auch wenn Hocquenghem dessen präzise Definition verweigert, sie statt dessen metaphorisch füllt: »Das Verlangen tritt in vielfältiger Form hervor, deren einzelne Bestandteile nur im Nachhinein trennbar sind. . . Wie das heterosexuelle Verlangen ist auch das homosexuelle Verlangen eine willkürliche Ausgrenzung innerhalb eines un-

terbrochenen und vielschichtigen Stromes« (10). Die Nähe zur Freudschen Bestimmung polymorpher Sexualität – Kennzeichen frühkindlicher, prä-ödpaler Entwicklungsphasen –, in denen jeder Mensch ebenso zur gegen- wie gleichgeschlechtlichen Objektwahl fähig ist, wird erkennbar: »Heterosexualität und Homosexualität sind schwankende Ausdrucksformen eines Verlangens« (46). Hocquenghem übernimmt auch Freuds anthropologisch begründete Antizipation von Menschen, die aufgrund polymorpher Trieborganisation fähig sind, vielseitige Bedürfnisse frei zu artikulieren und in Gesellschaft umzusetzen.

Die in den verschiedenen Phasen primärer Sozialisation erfolgenden sozio-kulturellen Lernprozesse führen dann allerdings zu einer Organisation der polymorphen Triebe, welche eine Verlotung zwischen Sexualtrieb und gesellschaftlich erwünschtem Sexualobjekt ermöglicht. Dabei werden andere Strebungen dem Primat der Genitalien untergeordnet und das allgemeine Luststreben in die Sexualfunktion eingeordnet, welche jeweils funktional zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen und bürgerlichen Wertvorstellungen definiert ist. Innerhalb dieser Entwicklung stellt der Ödipus-Komplex einen ontogenetisch entscheidenden Konfliktverlauf dar, aus dem jene Triebmodellierung resultiert, die das allgemeine sexuelle Verlangen zur Heterosexualität einschränkt.

Ebenso kann dieses Entwicklungsmuster jene ausschließlich homosexuelle Objektwahl erzwingen. Sie wird von der herrschenden Psychoanalyse in der Regel als Mangel, als eine nicht vollzogene Leistung an sozio-kulturell erwarteter Trieborganisation gewertet. Die Fragwürdigkeit dieses Maßstabs liegt darin, daß er nicht als ökonomisch bedingter und historisch relativierbar kenntlich gemacht wird. So können psychoanalytische Erklärungsversuche homosexueller Objektwahl stets negative Wertzeichen tragen, weil konstitutiv gleiche Voraussetzungen, auf denen eine heterosexuelle Objektwahl beruht, verschwiegen bleiben. »Das Verlangen ist zu Beginn ein universell verbreitetes Ganzes, eine Einheit aus verschiedenen nicht-exklusiven Tendenzen, aus Erotismen, die auf koexistierenden Organverzweigungen beruhen, kombiniert nach dem Muster ›und-und‹, nicht nach dem Muster ›entweder-oder‹.« (106)

Jene ontogenetisch einmal vollzogene homo- oder heterosexuelle Eingrenzung hat stets Auswirkungen auf den ganzen Menschen, schränkt seine mögliche Vielfalt an produktiver Lebensverwirklichung ein, filtert und kanalisiert sie entsprechend den Verwertungsbedürfnissen kapitalistischer Produktionsverhältnisse, dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Deshalb liegt die Frage nahe, welche politischen und ökonomischen Bedingungen entwickelt werden müssen, damit diese konstitutiven Voraussetzungen der psycho-physischen Existenz von Menschen in soziale Realität umgesetzt werden können? Wenn sich herrschende Machtverhältnisse bis in jede individuelle Triebentwicklung vermitteln, müssen dann nicht die aus polymorphen Triebstrukturen resultierenden Bedürfnisse sich ebenso in der Entwicklung gesellschaftlich bestimmter Produktionsformen und -inhalte niederschlagen?

Hocquenghem ignoriert in toto Fragen nach dialektischen Bezügen zwischen Triebökonomie und Gesellschaftsstruktur; seine Argumentation will demgegenüber den idealistischen Schein wecken, daß mit der »Zersetzung« (146) des Kapitalismus und der Zivilisation – beide als getrennte und voneinander unabhängige ahistorische Systeme dargestellt – jenes polymorphe Verlangen bereits freigelegt wird. Mobilisierende Appelle wie: »Man . . . braucht nicht eine gute und richtige Theorie, sondern die Freisetzung der Leidenschaften« (146), sind nur dazu geeignet, jeden Versuch einer unmittelbaren Umsetzung zum Scheitern zu bringen. Jene undifferenzierte polymorphe Triebvielfalt ist, nachdem sie dem eingrenzenden Primat der Genitalität untergeordnet wurde, weder spontaneistisch freizulegen, noch zurückzugewinnen, wie Hocquenghem suggerieren will. Auch wenn Produktions- und Herrschaftsver-

hältnisse sich mit der Gesellschaftlichkeit von Produktion decken, auch wenn Bedürfnisse sich vielfältig und individuell entwickeln können, werden die dann zum Primat gesetzten Partialtriebe ebenfalls einer integrativen Modellierung bedürfen, müssen ebenfalls sozibel gemacht werden, damit sie als gesellschaftliche Bedürfnisse eingebracht und in Gesellschaft befriedigt werden können.

Jacob Hempel (Berlin-West)

Dannecker, Martin: *Der Homosexuelle und die Homosexualität.* Syndikat, Frankfurt/M. 1978 (122 S., br., 10.– DM).

Dieses kleine Buch ist ein leidenschaftlicher und nicht ungeschickt geschriebener Werbetraktat für die Psychoanalyse und ihre Anschauung von der Homosexualität der Männer. Zunächst werden eine Reihe von Theorien, die mit der Psychoanalyse konkurrieren oder früher einmal konkurriert haben, – vor allem Hirschfelds, Kinseys, Gieses und neuere Ansätze aus der amerikanischen Soziologie – widerlegt. Am Schluß bleibt dann als einzige die psychoanalytische Theorie übrig. Nur sie würde die Schwulen («die Homosexuellen») als »wirkliche Subjekte« betrachten; sie allein nimmt ihre Leiden, ihre Fähigkeiten und ihre unbewußten Wünsche ernst und versteht sie als veränderbar usw.

Gottseidank gibt es auf Seite 87 einen Satz, der mich doch wieder versöhnlich gestimmt hat, so daß mir die Lektüre leichter fiel. Er steht ganz einsam und isoliert inmitten der wortreichen Gefechte um die reine Lehre und folgt auf die Feststellung, daß laut Umfragen die Mehrzahl der Schwulen in der Hetero-Öffentlichkeit ihre sexuelle Orientierung verleugnen: »Ablesen läßt sich an diesem Befund aber auch, daß es sich durchaus lohnt, an der Erweiterung der Toleranzgrenzen zu arbeiten, und daß es töricht wäre, das dadurch Erreichbare zu diskreditieren.« Ein solcher schöner und unmißverständlicher Satz läßt hoffen, daß über allem Herumrätseln über das Wesen der Homosexualität, den Homosexuellen an sich, das beschädigte Leben und die Liebe überhaupt, die Schwulenunterdrückung nicht nur als Problem für Seelenärzte und Psychoanalysefans erscheint, sondern auch als ein politisches. Und das würde doch wohl heißen, Schwulenunterdrückung ist ein Problem, zu dessen Lösung vor allem die Schwulen selber durch organisierten Widerstandskampf beitragen müssen. In einer Vorbemerkung erwähnt Dannecker kurz, daß auch er früher einmal versucht hat, sich an diesem Widerstandskampf zu beteiligen: »Bis vor nicht allzu langer Zeit war ich selbst aktives Mitglied der sogenannten zweiten Homosexuellenbewegung, und darf wohl sagen, daß ich in den vorderen Reihen engagiert war« (13). Was ihn dann zum Aussteigen aus der Schwulenbewegung brachte, und was gerade in Frankfurt am Main zum Niedergang der dortigen Schwulenorganisationen führte, erfährt der Leser nicht.

Wie oft in solchen Fällen kommt die Sehnsucht nach der Utopie. Sie ist das wahre Ziel, vor dem der Kampf für demokratisches Recht reichlich mickrig erscheinen muß: »Diese Aufhebung [der Schwulen in einer allgemein-menschlichen Homosexualität, M. H.] zielt nicht nur auf eine bloß demokratische Aussöhnung zwischen einer Mehrheit, Heterosexuellen, und einer Minderheit, Homosexuellen, ab. In ihrem Kern ist sie utopisch« (48). Sein utopisches Ideal bezieht Dannecker aus der Psychoanalyse, und wenn man deren Bild vom Schwulen akzeptiert, das aus der Behandlung Verzweifelter in der analytischen Kur gewonnen und schlicht auf die Schwulen insgesamt übertragen wurde, dann bleibt wirklich nur noch die Hoffnung auf die Utopie, die im wesentlichen das abstrakte Negativ des Bestehenden ist. Das Schwulenbild der Psychoanalyse, das Dannecker, wenn auch mit kleinen Einschränkungen, wiedergibt, läßt an karikaturhafter Trostlosigkeit nichts zu wünschen übrig: Zwar ist Ho-

mosexualität nicht eigentlich eine Krankheit («Homosexualität ist ebensowenig oder ebensoschr generell eine Krankheit wie die Heterosexualität«, 97) aber sie ist immer nur »Zwangshomosexualität«, Ausdruck einer »Beschädigung«, Resultat einer »Störung« in früher Kindheit. Wenn Dannecker auf den Sex der Schwulen zu sprechen kommt, zeigt sich, daß er sie doch für krank hält, denn ihre Sexualität soll ihnen einen »sekundären Krankheitsgewinn« bescheren (105). Der Schwulensex verführt ihn auch sonst zu absonderlichen Verrenkungen. Mit dem Analytiker Morgenthaler glaubt Dannecker, daß Schwule im Gegensatz zu Heteros aus ganz anderen Gründen Sex machen als etwa wegen der Lust am Sex. Die »Triebbefriedigung« hat für Schwule nur den Zweck, »narzißtische Disharmonien zu kompensieren«, es ist »keineswegs Triebbefriedigung«, sondern sieht nur so aus (107 u. 111). Im Gegensatz zu Heteros sollen Schwule, von wenigen seltsamen Ausnahmen abgesehen, »liebesunfähig« sein. An keiner Stelle im Buch wird auch nur ansatzweise versucht, zu entwickeln, was unter Liebe verstanden wird. Die Liebe, die höher ist denn alle Vernunft und die irgendwas mit Leidenschaft und Stabilität zu tun hat und von Dannecker zum Maß für sein Urteil über »Beschädigung« und »Störung« der Schwulen dient, bleibt in geheimnisvolles Dunkel gehüllt. Nachdem er ausführlich seine mit Reiche durchgeführte Fragebogenaktion dahin interpretiert hat, daß »nur ein kleiner Teil der Homosexuellen von Störungen der Liebesfähigkeit frei« sind (103) und daß bei dieser kleinen radikalen Minderheit auch meist was nicht stimmt (weil sie Verliebtsein nur »imitieren« und weil ihnen »bei genauerem Hinsehen die Liebesfähigkeit nicht ohne weiteres zugestanden werden könnte« (103), wird gegen Schluß des Buches plötzlich in einer Fußnote versteckt Danneckers »Überzeugung« verkündet, »daß Homosexuelle glückversprechende, leidenschaftliche und dauernde Liebesbeziehungen haben können« (115). Wie das auf einmal doch noch möglich sein soll, kann wohl nur auf dem Wege von Danneckers Privatdialektik einsichtig gemacht werden.

Eindrucksvoll belegt er so unbeabsichtigt, daß die Psychoanalyse in ihrer derzeitigen Gestalt keinerlei Impulse für den Emanzipationskampf der Homosexuellen entwickeln kann. Solange sie praktizierte Homosexualität nur als zwanghaftes Resultat einer »gestörten« Kindheit beschreibt, ist auch sie nur eine der zahlreichen, wissenschaftlich formulierten Diskriminierungsideologien, die abzuwehren Inhalt des schwulen Emanzipationskampfes bildet. Manfred Herzer (Berlin/West)

Geschichte

Eder, Klaus: Die Entstehung staatlich organisierter Gesellschaften. Ein Beitrag zu einer Theorie sozialer Evolution. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1976 (209 S., br., 20,- DM).

Mit den Arbeiten Eders, sucht sich die Starnberger Schule eines Gegenstandsbereiches zu bemächtigen, der bisher vornehmlich von Ethnologen und Sozialanthropologen bearbeitet worden ist. Eder versucht verschiedene Traditionslinien zu einer kommunikationstheoretisch fundierten »Theorie sozialer Evolution« zu verknüpfen. Der bibliographische Rekurs auf gleich zwei unveröffentlichte Manuskripte von Jürgen Habermas, die – zwar nur gelegentlich zitiert – für die Überlegungen Eders offensichtlich eine große Rolle spielen, macht dabei den rationalen Diskurs mit dem Autor nicht leichter. Weitere Erschwernisse für den Leser sind die Abundanz der eingeführten Begriffe sowie mancherlei terminologische Unsicherheiten, besonders was Fragen der politischen Ökonomie betrifft.

Eder will »den Übergang von neolithischen Dorfkulturen zu hochkulturellen, staatlich organisierten Gesellschaften« erklären (13). Dabei geht es ihm nicht um »fachwissenschaftliche Forschung«, sondern um die »Illustration einer spezifischen

Interpretationsweise« (9). So ist es nur konsequent, daß Eder während der ganzen Untersuchung souverän über dem Boden der Tatsachen schwebt und nie auf historische Quellen Bezug nimmt. Im Folgenden entfaltet Eder seinen schon früher formulierten Problemlösungsansatz. Dieser Ansatz, der von der Prämierung kognitiver Innovationen ausgeht, ist neben explizitem Bezug auf Spencer zum einen eine Ausformung der lamarckistischen These von der adaptiven Entwicklung individueller Veränderungen, zum anderen wird eine Parallelisierung von Psychogenese und Soziogenese postuliert (134), die es erlaubt, für den behandelten Gegenstandsbereich auf ganzer Breite auf die Hypothesenbildung der Entwicklungspsychologie zurückzugreifen. Zum Parameter sozialer Entwicklung wird denn auch die Meliorisierung der »kognitiven Kompetenz«; der historische Materialismus dagegen wird verworfen, weil der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sich »nicht dazu (eignet), evolutionäre Strukturveränderungen abzuleiten« (49). So wundert man sich nicht mehr, daß diese Veränderungen »hinter dem Rücken der Beteiligten« stattfinden (ebd.).

Eder, dem soziale Konflikte wie ein Mirakel erscheinen müssen, erklärt – in Variierung der Parsonsschen »kulturellen Universalien« – Technik, Moral und Religion zu den »fundamentalen Entwicklungsdimensionen des gesellschaftlichen Systems« (132). In der Konsequenz wird der Systemcharakter von Gesellschaft holistisch verabsolutiert, wobei »Persönlichkeitssysteme« als Fundament supponiert werden (125). Karl Marx, auf dessen Rezeption Eder deutlichen Nachholbedarf hat, wird in eine Anmerkung auf der letzten Seite verbannt. Dort wird ihm vorgehalten, daß asiatische, antike und feudale Produktionsweise keine evolutionären Stufen darstellten (was er nie behauptet hat): »diese Diversifikation ist Resultat einer Systemgeschichte, nicht einer Evolutionsgeschichte. Die Entstehung kapitalistischer Systeme dagegen ist Evolutionsgeschichte; wir sind heute – 100 Jahre nach Marx – in der Lage, einige Stücke kapitalistischer Systemgeschichte zu schreiben: Imperialismus, Spätkapitalismus, internationaler Kapitalismus, Unterentwicklungskapitalismus . . . deuten die Diversifikation in der Systemgeschichte der kapitalistischen Gesellschaftsformation an.« (187, Anm. 3) Wer solches schreibt, hat schlechterdings gar nichts verstanden. Aber hier wird immerhin deutlich, wie Eder zu der These kommt, daß »die Rede von der Weltgesellschaft . . . unsinnig« sei (14, Anm. 1), denn: »Weltgesellschaft ist dasselbe wie Gesellschaft: nämlich die Gesamtheit aller füreinander erreichbarer Kommunikationen.« (ebd.) Bevor man solche offensichtlich unsinnigen Behauptungen aufstellt, sollte man wenigstens die einschlägige Diskussion (Wallerstein, Krippendorf u. a.) aufarbeiten.

Ernst Piper (Berlin/West)

Kippenberg, Hans G. (Hrsg.): Seminar: Die Entstehung der antiken Klassengesellschaft. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1977 (393 S., br., 16,- DM).

Kippenberg begreift die antike Klassengesellschaft als »Paradigma einer nicht-kapitalistischen Transformation traditionaler Verhältnisse« (9). Schon die empirisch vorzufindenden Formen der antiken, feudalen und asiatischen Produktionsweise, die sich ja nicht konsekutiv zueinander verhalten, machen deutlich, daß traditionale Verhältnisse sich unter sehr verschiedenen Bedingungen und mit sehr verschiedenem Ergebnis auflösen. Kippenberg geht dabei soweit, zu fragen, »ob der antike Fortschritt überhaupt in die Richtung der modernen Gesellschaft weist . . . oder ob er eine prinzipiell eigenständige Auflösung archaischer Sozialverhältnisse darstellt« (7). Auch wenn man dem Autor nicht darin folgen will, prinzipielle Eigenständigkeit für die antike Transformation zu postulieren, so ist es doch zweifellos richtig, daß diese Trans-

formation keine kapitalistischen Verhältnisse hervorgebracht hat. Im Gegenteil entwickelte sich in der historischen Konsequenz mit dem Feudalismus eine periphere Form der tributären Produktionsweise, bei der die hier in Rede stehenden geographischen Räume nur eine untergeordnete Rolle spielten. Kippenberg wendet gegen den objektivistischen Ansatz von Klaus Eder (ed. *Die Entstehung von Klassengesellschaften*, 1973) denn auch mit Recht ein: »Diese These (daß die Mechanismen der archaischen Evolution objektiv vorgegebene Probleme verarbeiten, E. P.) läßt gänzlich unberücksichtigt, daß die »Mechanismen« mit den sozialen Konstitutionen der am Prozeß beteiligten Völker vermittelt sind.« (51) Oder anders ausgedrückt, es besteht ein Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften. Wer dies berücksichtigt, vermag auch Determinanten für die Explikation sozialer Konflikte zu gewinnen, wie die im vorliegenden Band versammelten Aufsätze zeigen. Gegen Eder ist dabei weiter zu betonen, daß keine lineare Komplementarität zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den »Weltbildern« besteht.

Kippenberg arbeitet als Spezifikum der antiken Entwicklung heraus, daß durch eine Reorganisation der Interaktion der Arbeitenden (Sklavenhaltung) ohne eine Verbesserung der technischen Mittel zur Beherrschung der äußeren Natur potentielles Mehrprodukt mobilisiert werden konnte. Zur Materialisierung seiner Überlegungen hat der Herausgeber eine konsistente Auswahl von Aufsätzen zur Diskussion der antiken Ökonomie, zur Entwicklung des Agrarsystems und zur Frage der Klassenbildung zusammengestellt. Dankbar wird vom Benutzer vermerkt, daß der Herausgeber dem Band einen Anhang mit Quellentexten beigegeben hat und sich darüberhinaus der Mühe unterzogen hat, ein Register zu erstellen. Zum Register ist allerdings kritisch anzumerken, daß gerade bei wichtigen Stichworten (z. B. Aristoteles, Mehrprodukt, Stadt) nur etwa ein Drittel der einschlägigen Verweisziffern erfaßt ist. Schon angesichts der Obsoleszenz eines großen Teils der in diesem Lande produzierten althistorischen Literatur kann aber der vorliegende Band nur als erfreulich bezeichnet werden.

Ernst Piper (Berlin/West)

Schlumbohm, Jürgen: *Freiheit – Die Anfänge der bürgerlichen Emanzipationsbewegung in Deutschland im Spiegel ihres Leitwortes.* Schwann-Verlag, Düsseldorf 1975 (299 S., br., 38,- DM).

Untersucht werden die Bedeutungen, die das politische Leitwort »Freiheit« innerhalb der bürgerlichen Imanzipationsbewegung in Deutschland während des letzten Drittels des 18. Jh. annahm. Das soll gleichzeitig ein sozialgeschichtlicher Beitrag zu ihrer Entstehungsphase sein, insbesondere mit der Analyse der »Öffentlichkeit«, die Basis und Resonanzboden der politischen Begriffs- und Programmbildung des Bürgertums abgab. Material der Arbeit sind dementsprechend weniger die Theorien der bürgerlichen Bewegung, vielmehr deren publizistische Programmatik in relativ umfassender Breite. Die Arbeit gliedert sich nach der Annahme, daß der Freiheitsbegriff in der deutschen bürgerlichen Öffentlichkeit sich im Untersuchungszeitraum von »konservativen« zu »progressiveren« Positionen entfaltet hätte, legt also gleichsam einen »systematischen« Gang der Geschichte nahe (19). Daß dem nicht so ist, daß es in Deutschland nie zu einer von der Mehrheit der »Bewegung« getragenen radikalen Ausprägung des bürgerlichen Freiheitsbegriffs als Resultat einer kontinuierlichen politisch-theoretischen Entwicklung gekommen ist, kann aufgrund dieses Gliederungsprinzips aus der Darstellung nicht ganz klar hervorgehen; im übrigen auch deshalb nicht, weil nur selten deutlich wird, wie repräsentativ die von Schlumbohm zitierten Positionen für die »Bewegung« sind, welche Relevanz ihnen jeweils im Spektrum der »Öffentlichkeit« zukommt. Diese Ungenauigkeit führt dazu, daß schließlich die tat-

sächliche Entwicklung des bürgerlichen politischen Programms aus dem Auge verloren und der Anschein erweckt wird, als stände der jakobinische Freiheitsbegriff als Ergebnis an deren Ende, d. h. am Beginn seines Praktischwerdens.

Zunächst wird die sozial-ökonomische Situation des Bürgertums gegen Ende des 18. Jh. dargestellt: seine machtpolitische Einflußlosigkeit und wirtschaftliche Schmalbrüstigkeit suchte es in einer aufgeblähten Öffentlichkeit zu kompensieren. Hier käme es auf die genaue sozialpsychologische Erfassung dieses die nachfolgende Entwicklung nachhaltig beeinflussenden Zusammenhangs an. Schlumbohm leistet weder dies noch bestimmt er »bürgerliche Öffentlichkeit« begrifflich scharf genug, – etwa in Hinblick auf ihren dem Marktmodell analogen selektiven Charakter –, noch gibt er eine empirisch fundierte Analyse ihrer sozialen Zusammensetzung und Wirksamkeit (vgl. 39 f.). Dieser Mangel macht sich bei der eigentlichen begriffsgeschichtlichen Untersuchung so geltend, daß sie selten zu explikativem Wert gelangt. Kaum kann einigermaßen stringent aus der Verfassung des deutschen Bürgertums selbst erklärt werden, weshalb es zu Positionen nur gelangte, die den absolutistischen Staat nicht prinzipiell in Frage stellten. Dessen Apologie der alten feudalen, inhaltlich ausweisbaren »Freiheiten« (an Zitaten belegt in Kap. II) setzte die bürgerliche Öffentlichkeit einen Freiheitsbegriff entgegen, der auf formale Rechtsgleichheit, Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit unter einer das Bürgertum nicht unbedingt als Entscheidungsträger mit einschließenden »Gesetzesstaatlichkeit« abstellte (Kap. III). Daß die bürgerliche Emanzipationsbewegung als Ganzes im Grunde nie über die Formulierung dieses »Kerns« von politischen Forderungen hinauskam, deren Ausbau zu einem positiven konstitutionalistischen Modell (Kap. IV) und ihre Steigerung zum revolutionären Republikanismus (Kap. V) zwar unter dem unmittelbaren Einfluß der Französischen Revolution erfolgten, aber aus dem »allgemeinen Konsens« der deutschen bürgerlichen Öffentlichkeit als punktuelle und temporäre Einzelercheinungen herausfielen, wird im »Rückblick« des Buches zwar angesprochen (166), geht aber aus den o. a. Gründen aus der Darstellung nicht einwandfrei hervor. Vor allem deshalb gelangt sie selten über das Niveau einer zwar sorgfältig recherchierten (130 Seiten Anmerkungsapparat), ansonsten aber begriffslosen Zitatensammlung hinaus, weil sie von der Methode her nicht auf die Klärung der doch vorrangigen Frage hin angelegt ist, weshalb es in Deutschland nicht zu einer relevanten radikalen bürgerlichen Bewegung gekommen ist. Deren fundierte Beantwortung setzte voraus, daß der bürgerliche Freiheitsbegriff als ein historisches Konzept zunächst theoretisch durch begriffliche Auseinanderlegung seiner wesentlichen Elemente »Besitzautonomie« und »Allgemeinheit« in ihrem systematischen Zusammenhang rekonstruiert und seine prinzipielle Beschränktheit aufgewiesen wurde. Dann könnte an der realhistorischen Genese dieses Begriffs klar werden, inwieweit und weshalb sein praktisches Scheitern unter bestimmten historischen Bedingungen nicht allein diesen geschuldet, sondern in ihm selbst angelegt ist. Da Schlumbohm keinen solchen kritischen Begriff vorlegt, sondern stillschweigend von einem emphatischen, antifeudalen Freiheitsbegriff ausgeht, kann er dessen Scheitern in Deutschland nur sehr allgemein auf die Stärke des Absolutismus und die Schwäche des Bürgertums zurückführen. Wäre dagegen bei der theoretischen Entfaltung der Kategorie »Allgemeinheit« vorab klar geworden, daß, durch den Zwang, aus dem Defizit an Macht diese nach außen an den Souverän zu delegieren, Staatsfixiertheit und Internalisierung der äußeren Autorität *konstitutiv* für den bürgerlichen Freiheitsbegriff sind, dann hätte bei der realhistorischen Nachzeichnung der Entwicklung des Freiheitsbegriffs vielleicht plausibel gemacht werden können, unter welchen besonderen äußeren Bedingungen und bei welcher spezifischen psychischen Disposition des Bürgertums hier die Staatsfixiertheit solche Ausmaße annehmen konnte, daß der eigene

Freiheitsanspruch, bevor er politisch ausgetragen werden konnte, zu Grabe getragen wurde.
Peter Meisenberg (Köln)

Raitz, Walter (Hrsg.): Deutscher Bauernkrieg. Historische Analysen und Studien zur Rezeption. Westdeutscher Verlag, Opladen 1976 (234 S., br., 19,- DM).

Diese Beiträge – drei zur historischen Analyse, fünf zur Rezeption des Stoffes und zwei heterogene über die »Ziele des Bauernkrieges« und über »Bauernkrieg im Kinder- und Jugendbuch« – versuchen, für das einschneidendste Ereignis des deutschen Spätmittelalters historische Tatsachen und literarische Rezeption miteinander zu verbinden. Statt einer problemorientierenden Einleitung begnügt sich der Herausgeber mit einer Synopsis der drei zentralen Werke zum deutschen Bauernkrieg von bürgerlichen Historikern (Franz, Buszello, Blickle), wobei er der Frage, ob die Ziele des Bauernkrieges »reformistisch, konservativ-revolutionär oder revolutionär« gewesen seien, nicht recht auf den Grund kommt. Die drei historischen Analysen liegen alle auf der Ebene der Geistesgeschichte. Seiverth untersucht »Dogma und häretische Kritik als Voraussetzung des Bauernkriegs« (9–35) und zeigt den Ausbruch Müntzers aus den schriftfixierten Begrenzungen Luthers und damit die traditionelle Einbindung des ideologischen Führers der Bauern in die Häresien des Spätmittelalters. H. Fischer geht es in derselben Zielrichtung darum, bei »Thomas Müntzer: Religion und Kommunismus« (36–53) die allgemein christlichen Wurzeln des Diktums »Omnia sunt communia« im Denken Müntzers aufzudecken. Gegen Engels gewandt macht er klar, daß aus dieser Forderung keine »geniale Antizipation der Emanzipationsbedingungen der kaum sich entwickelnden proletarischen Elemente unter (den) Plebejern« (36) abzuleiten ist. Vielmehr seien kommunistische Vorstellungen immer schon bei christlichen Autoren virulent gewesen. Bei Müntzer sind unter dem Druck der Verhältnisse dieses Postulat und das Ziel aber erstmals in greifbare Nähe gerückt. Der Beitrag Dutschkes befaßt sich unter Rückgriff auf die Reformationsdialoge des Hans Sachs mit »Bauernkrieg und bürgerliche(r) Oppositor« (54–72) und kommt zum Ergebnis, daß Sachs als Literat der bürgerlich-zahmen Reformation charakterisiert werden kann, weil er sich stets nur kompromißlerisch mit den gerade aktuellen politischen Fragen befaßt. Alle drei Untersuchungen kennzeichnet eine Vernachlässigung der materiellen Bedingungen für die in ihnen studierten geistigen Bewegungen, wobei der Rekurs etwa auf Koflers Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft zeigt, wie wenig die Autoren von der jüngeren, meist regional differenzierten Historiographie zum Thema wahrgenommen haben. Allerdings macht diese Schwäche auch den Mangel an einer grundlegenden Zusammenfassung über die Geschichte der deutschen Gesellschaft zwischen 1450 und 1600 deutlich.

Eine ganz frühe literarische Rezeption des Stoffes arbeitet Kartschoke auf: Der »Ludus Martius« wurde schon 1526 in Köln aufgeführt, als hier noch die Prozesse gegen die Wortführer des Kölner Aufstandes von 1525 liefen. Dabei ist das Spiel von »bemerkenswerter Liberalität«, wobei »das antif feudale Potential . . . freilich durch den allegorischen Deutungsrahmen weitgehend neutralisiert« wird (92). Wieso der Rat der Stadt Köln solche »Liberalität« duldete, erklärt Kartschoke nicht.

Mit guter Kenntnis auch der sozio-ökonomischen Bedingungen schildert Si-blewski »bürgerliche Rezeption von Bauernkrieg und Reformation im Vormärz (96–123). Dabei unterscheidet er den »regressiv-konservativen«, den »progressiv-liberalen« und den »tendenziell sich ankündigenden . . . plebejischen« Rezeptionstyp (97 f.), der je nach den speziellen Gegebenheiten der deutschen Territorialstaaten mit den unterschiedlichen Perspektiven für die Rezipienten sich ausbildete. Ein Auto-

renkollektiv der TU Hannover fragt nach dem Charakter und der Funktion von *Friedrich Wolfs* Bauernkriegsdramen, die in die politischen und sozialen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik bewußtseinsbildend eingreifen sollten, aber ab 1926 hinter Zeitstücken zurücktraten (124–147). Erst nach dem Krieg und in der DDR schrieb *Wolf* wieder ein Bauernkriegsdrama, das allerdings nach Meinung der Autoren im Gegensatz zu seinem eigenen Anspruch »weder als ›Waffe‹ noch als ›Fakel‹ noch als ›Werkzeug‹ (dienen konnte), weil der gewählte Stoff (*Müntzer*) und die dramatische Struktur ein operatives Eingreifen gerade nicht ermöglichten« (146). Dieses Dilemma leiten die Autoren aus der Einsicht *Wolfs* in die Bürokratie der DDR und deren Trägheit ab (135). Daneben gibt es eine kurze Abhandlung *Siblewskis* über »*Martin Walsers* ›Sauspiel‹« (190–207), die mit der Forderung abschließt nach dem »Aufbau eines kategorialen Apparates, der fähig ist, (die) . . . komplexen Zusammenhänge spätkapitalistischer literarischer Bauernkriegsrezeption in systematischer Absicht« zu erkennen. Ferner stellt noch Schurigs Beitrag »Bauernkrieg im Geschichtsunterricht« (148–189) fest, wie wenig bisherige Schullesebücher die Ansprüche der Bildungspläne erfüllen, und stellt alternative Quellen zur Arbeit mit den Schülern vor. Die Untersuchung von B. Raitz über »Bauernkrieg im Kinder- und Jugendbuch – ein Monopol der DDR« hebt hervor, daß in der Jugendliteratur der BRD der Bauernkrieg nicht stattgefunden hat, während in der DDR eine Reihe beachtlicher Titel vorgelegt wurden, begnügt sich aber mit einer Reihe von Fragen zur Erklärung dieses Phänomens, ohne die Dinge beim Namen zu nennen: daß nämlich in der BRD die Geschichte der Unterdrückten verdrängt werden soll.

Insgesamt also ein recht inhaltsreicher Band, dessen historische Teile zwar nicht den neuesten Diskussionsstand erreichen, dessen literaturgeschichtliche Teile aber Anregungen geben können zur verstärkten Rezeptionsforschung, wobei der sozio-ökonomische Hintergrund der Rezipienten noch differenzierter und tiefergehender Durchleuchtung bedarf. Für den Historiker ist er deshalb weniger informativ als für den Literaturwissenschaftler, der oft vor dem Problem steht, die historische Vielfältigkeit in der Umgebung seines Untersuchungsobjektes richtig zu erfassen.

Klaus-J. Lorenzen-Schmidt (Krempe)

Blickle, Peter: *Die Revolution von 1525*. R. Oldenbourg Verlag, München 1975 (252 S., br., 56,- DM).

Blickles Analyse von Ursachen, Zielen und Resultaten der »Revolution von 1525« kommt deshalb so große Bedeutung zu, weil hier erstmals seit dem Franz'schen Standardwerk von 1933 wieder der Versuch einer Gesamtkonzeption unternommen wurde – und das in prononcierter Auseinandersetzung mit dem »gültigen« Geschichtsbild; weil ferner explizit an eine sozialwissenschaftliche Traditionslinie der bürgerlichen deutschen Geschichtswissenschaft angeknüpft wird, die seit der Erledigung Lamprechts im »Methodenstreit« abgeschnitten war und weil Blickle schließlich anstelle steriler Entgegensetzung zu einem Dialog mit der marxistischen Forschung gelangt, deren Ergebnisse in die Entwicklung seiner Methode und Fragestellung eingehen.

Gerade der von der bundesdeutschen Forschung mit dem Vorwand der »Quellenlage« verstellte Zugang zu den objektiven Ursachen des Bauernkriegs wird zum Kernstück der Arbeit Blickles: die »quellengetreue« Untersuchung des Verhältnisses von Bauer und Feudalherrn unter seinen verschiedenen Aspekten, der Auswirkung der Krise des Feudalismus auf die Lage der Bauernschaft, der Folgen der verstärkt einsetzenden Territorienbildung. Um die Hauptthese von G. Franz, wonach der Bauernkrieg in erster Linie aus dem Antagonismus »zwischen herrschaftlichem und

genossenschaftlichem Prinzip der Staatlichkeit« (11), also zwischen Rechtsprinzipien zu erklären sei und die wirtschaftlichen Beschwerden der Bauern als bloß subjektive Bewußtseinsinhalte zu werten seien, zu überprüfen, setzt Blickle mit einer Analyse der »Zwölf Artikel« ein.

Eine Untersuchung der Verbreitung der Zwölf Artikel im Aufstandsgebiet und der Gewichtung der einzelnen Forderungen führt zum Ergebnis, daß die Zwölf Artikel typische Beschwerden zusammenfassen, die Ausdruck des »krisenhaften Charakters der spätmittelalterlich-frühneuzeitlichen Agrarverfassung« (24) waren. Priorität räumten die Bauern überall der Beseitigung der Leibeigenschaft ein. Es gehört zu den frappierenden Einsichten der Blickle-Lektüre, man sei »berechtigt, von einer »zweiten Leibeigenschaft« nicht nur für Ostelbien, sondern auch für den oberdeutschen Raum zu sprechen« (109). Blickle erklärt den »herrschaftlichen Intensivierungsprozeß« aus der Krise der feudalen Agrarverhältnisse: die »Verschärfung der persönlichen Abhängigkeit« diente der Sicherung und Steigerung der feudalen Revenu (bedroht durch Preisverfall der Agrarprodukte und Mobilität der Bauern) und als Instrument der Territorienbildung. Blickle benennt präzise die Belastung der Bauern durch Rente und Steuer und zeigt, daß für die breite mittelbäuerliche Schicht gerade die unmittelbare Subsistenz gesichert war, daß der Anteil unterbäuerlicher Schichten bis auf 50% der ländlichen Bevölkerung answoll und kommt zu dem Fazit:

»Langfristig verschlechterte sich im 15. Jh. die Lage für den Landwirt – ein Prozeß, der sich in den letzten Jahrzehnten vor 1525 beschleunigte, weil Nutzungsbeschränkungen, Diensterhöhungen und steuerliche Belastungen voll auf den landwirtschaftlichen Betrieb durchschlugen.« (80)

Der Autor betont den revolutionären Charakter der Zwölf Artikel. Mit der Inanspruchnahme des göttlichen Rechts zur Begründung ihrer Forderungen kamen die Bauern über die restaurative Vorstellung vom Erhalten des »Alten Herkommen« hinaus. Hier war die Nahtstelle zwischen Reformation und Bauernkrieg, die allerdings von Blickle nur angedeutet wird – wie überhaupt die Ereignisse von 1525 zu punktuell gefaßt und aus dem Zusammenhang mit Reformation und vorausgegangenen bäuerlichen und innerstädtischen Kämpfen gerissen werden.

Im zweiten Teil – Ziele der Revolution – sucht Blickle die »Perspektiven einer neuen Staatlichkeit« aus dem Erfahrungshorizont des »gemeinen Mannes« zu entfalten. Die Modelle einer korporativ-bündischen Verfassung und einer landschaftlichen Verfassung in den Gebieten mit ständischer Verfassungsstruktur gingen vom genossenschaftlich gefärbten Erfahrungsbereich der Dorfgemeinschaft und städtischen Gemeinde aus. Die »Frage, ob der Begriff Bauernkrieg die soziale Struktur der Revolution von 1525 zutreffend umschreibt« (155), wird von Blickle mit dem Vorschlag beantwortet, Bauernkrieg durch »Empörung des gemeinen Mannes« zu ersetzen. Indes muß der Versuch, ein Gesamtbild der »Revolution von 1525« durch bloß exemplarische Einbeziehung innerstädtischer Auseinandersetzungen und des Verhältnisses verschiedener sozialer Kategorien in Stadt und gewerblichem Bereich zu den Bauern unzureichend bleiben, wenn eine Analyse der Krise im städtischen und gewerblichen Bereich fehlt. Unbeschadet weiterer möglicher Kritikpunkte, wird man dieser Arbeit zubilligen müssen, Fragestellungen, Methoden der Analyse und Ergebnisse vorgelegt zu haben, die neue Wege zur Bauernkriegsforschung weisen.

Ulrich Wacker (Bremen)

Kuchenbuch, Ludolf (Hrsg.): Feudalismus – Materialien zur Theorie und Geschichte. In Zusammenarbeit mit Bernd Michael. Verlag Ullstein, Frankfurt/M.–Berlin–Wien 1977 (779 S., br., 24,80 DM).

Wenn die Herausgeber »die sozialökonomische *Einheit des europäischen* Feuda-

lismus« (12) zum Gegenstand ihres Readers machen, so wollen sie die der tradierten Mediävistik inhärente Beschränkung auf regional- und landesgeschichtliche Forschung und deren negative Implikationen transzendieren. Gleichzeitig ist aber auch die Europazentrik des Feudalismusbegriffes ins Blickfeld gerückt. Denn unabhängig von der Frage, ob der europäische Feudalismus als »periphere Form der tributären Produktionsweise« (Greussing/Grevemeyer) letztgültig konzeptualisiert ist, ist unbestreitbar, daß die wie immer zu wertende Diskussion über die Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung auf der materialen Basis der europäischen Geschichte geführt worden ist. Durch den ausgezeichneten Beitrag von Kuchenbuch und Michael zur Marxphilologie (229 ff.) wird überdies deutlich, daß die ohnehin inkonsistenten Beiträge von Marx zur Frage, wie der Feudalismus unter dem Gesichtspunkt ökonomischer Organisationsprinzipien zu klassifizieren ist, »keine ausgearbeitete Theorie der feudalen Produktionsweise« (229) erkennen lassen. Zu Recht wird auch betont, »daß Marx mit dem Weg der Verallgemeinerung der feudalen Produktionsweise zur quasi ubiquitären Form innerhalb der vorkapitalistischen ›Weltgeschichte‹ . . . niemals einverstanden gewesen wäre« (236). Auch daß Engels' am deutschen Bauernkrieg entwickelte These vom notwendig unselbständigen Charakter der bäuerlichen Bewegungen innerhalb sozialer Konflikte zumindest keine universalhistorische Gültigkeit beanspruchen kann, ist mittlerweile durch die Arbeiten von Kippenberg u. a. hinreichend deutlich geworden.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen haben die beiden Herausgeber eine Reihe von Texten zur Theoriegeschichte sowie zu sozialökonomischen Aspekten des Feudalismus versammelt, wobei ihnen vor allem auch um die hierzulande bitter nötige Rezeption marxistischer Ansätze zu tun war. Dem zweiten Teil haben Kuchenbuch und Michael eine Schlußbemerkung beigefügt, die sich als veritabler Beitrag zu einer konsistenten Konzeptualisierung der bisher vorgetragenen Lösungsansätze zum Feudalismusproblem entpuppt. Nicht zuletzt auch die außerordentliche Sorgfalt der Herausgeber, die den Vorbemerkungen zu den Texten, den Übersetzungen sowie der Bibliographie in gleicher Weise zugute gekommen ist, lassen dieses Buch zu einem unentbehrlichen Arbeitsmittel werden, das dem Reader von Heide Wunder (1974) zum gleichen Thema eindeutig den Rang abläuft.

Nicht folgen kann ich allerdings dem explizit synonymen Gebrauch der Begriffe »Mehrarbeit« und »Mehrprodukt«, da sie nun einmal Verschiedenes bezeichnen. Auch wird es dadurch nicht gerade einfacher, sich über den qualitativen Unterschied zwischen Arbeitsrente und Produktenrente (vgl. MEW 25, 790 ff.) zu unterhalten. Davon abgesehen wird sich die Validität der eingeführten Nomenklatur (749 f.) ohnehin erst erweisen müssen. Schließlich ist eine methodologische Leerstelle anzumerken, deren Ausfüllung freilich Thema eines eigenen Buches wäre. Nicht thematisiert wird die m. E. entscheidende Rolle des Städtewesens, das den Feudalismus gerade zu einem europäischen macht und das nicht nur Katalysator sondern (vermittels der in den Städten sich entwickelnden Produktionsverhältnisse) Movers der Perforierung und schließlich Auflösung der feudalen Produktionsweise ist. Daß es hierzu keinen synthetisierenden Ansatz gibt (474), ist nicht richtig. Verwiesen sei etwa auf Erika Uitz' Aufsatz über die europäischen Städte im Spätmittelalter (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 21/1973), der u. a. die bisherige Arbeit der »Commission internationale pour l'histoire des villes« resümiert. Trotz dieser geringen Einschränkungen gehört das vorliegende Buch in die Hand eines jeden, der sich mit Gesellschaftsgeschichte beschäftigt.

Ernst Piper (Berlin/West)

Soziale Bewegung und Politik

Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik. Verlag Piper, München 1975 (849 S., br., 68,- DM).

Dieses Buch schließt insofern eine Lücke, als die historische und politikwissenschaftliche Literatur bislang nur über einzelne Zeitabschnitte oder strukturelle Details der Außenpolitik der Bundesrepublik informierte. Jetzt liefern die über fünfzig Autoren dieses Bandes der umfangreichen Dokumentation über »Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland«, die das Auswärtige Amt 1972 herausgab, das monographische Gegenstück nach. Ob der Titel des Buches den Inhalt trifft, ist eine Frage, auf die es keine eindeutige Antwort geben kann. Denn die Funktion eines *Handbuchs* erfüllt der Band gewiß, aber er erfüllt kaum die Erwartungen, die das Epitheton *deutsch* weckt. So als sei die DDR nur ein Annex der BRD, findet ihre Außenpolitik nur in einem knappen Anhang Erwähnung. Und dies auch nur in dem reflexiven Sinn, daß »ein vertieftes Verständnis der westdeutschen Politik ohne genauere Darstellung der entsprechenden Außenpolitik der DDR schwer möglich ist« (24). Das Buch eignet sich sowohl zur diskursiven Lektüre als auch zum wiederholten Nachschlagen. Zu ersterem, weil es die »Determinanten im Binnenbereich« (Diplomatie, Bundestag, Parteien usw.), die »Auswärtigen Bezugsfelder und Bezugseinheiten« (Nationalstaaten und UNO) und die »Problemkreise der westdeutschen Außenbeziehungen« (Außenwirtschaft, Ost-West-Konflikt, europäische Integration usw.), so die Überschriften der drei Hauptkapitel, systematisch und recht ausführlich behandelt. Zu letzterem, weil ein großes Register, viele bibliographische Hinweise und etliche Materialien die weitere Beschäftigung mit der Materie erleichtern.

Demgegenüber stellt sich als mißlich heraus, daß die generalisierende Anlage des Buches häufig zur Oberflächlichkeit führt. Nach der Devise, daß weniger manchmal mehr ist, hätte der Herausgeber den Gebrauchswert des Bandes vielleicht durch die Bildung von Schwerpunkten erhöhen können. Während die Kapitel über das genuin politische Milieu der Außenpolitik viel Bekanntes wiederholen und teilweise als zu weitschweifig erscheinen, vermitteln die Ausführungen über ihre wirtschaftlichen Aspekte im großen ganzen ein sehr viel dichteres Faktenwissen. Dabei wäre allein die Tatsache, daß die ökonomische Thematik überhaupt Eingang in die Darstellung gefunden hat, ein Gewinn gewesen. Denn unter den meisten Wissenschaftlern saßen noch vor nicht allzu langer Zeit die anti-materialistischen Vorurteile so tief, daß sie den Kausalzusammenhang von Ökonomie und Außenpolitik oftmals gar nicht sahen, geschweige denn den »Außenwirtschaftsbeziehungen auf der Prioritätenskala unserer Außenpolitik einen vorrangigen Platz« attestieren mochten, wie es Schwarz in seinem Vorwort (27) tut. Das gleiche gilt für den Umstand, daß die Erkenntnis, wie eng Innen- und Außenpolitik gerade im Fall der BRD verflochten sind, nach langen theoretischen Debatten hier ohne Umschweif in die Darstellung eingeflossen ist (z. B. 178). Und daß einige Autoren die Geburtshelferfunktion und stabilisierende Rolle des Antikommunismus für die Entwicklung der BRD im internationalen System nicht mehr tabuieren, sondern im Gegenteil besonders hervorheben (z. B. 179 f.), ist auch bemerkenswert. Und diese punktuellen Vorzüge zeugen allesamt davon, daß neuere Forschungsergebnisse, selbst wenn sie dem hier mehrheitlich repräsentierten traditionellen Verständnis von Außenpolitik als relativ wertfreiem System nationalstaatlicher Interaktionen zuwiderlaufen, wenigstens Beachtung finden. Aber eben auch nicht mehr! Die Anlage des Bandes mit ihren institutionssoziologischen und diplomatiegeschichtlichen Akzenten läßt die »Wurzeln der Außenpolitik« im Dunkeln. Und die inhaltliche Tendenz, die Außenpolitik der BRD, mit Ausnahme

der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition, in Bausch und Bogen gutzuheißen, bestätigt den offiziösen Charakter des Handbuchs, den schon die Namen der Autoren ahnen lassen. Aus diesen Gründen ist das Buch nur als gelungene Einführung in die Erscheinungsformen der westdeutschen Außenpolitik anzusehen. Wer wissen will, wie die westdeutsche Außenpolitik aus dem wirtschaftlich-politischen Interessengeflecht entsteht und wie sie sozialökonomisch wirkt, wird sich auch künftig aus verstreuten Quellen informieren müssen.

Frank Niess (Heidelberg)

Muszynski, Bernhard: Wirtschaftliche Mitbestimmung zwischen Konflikt- und Harmoniekonzeptionen.

Theoretische Voraussetzungen, geschichtliche Grundlagen und Hauptprobleme der Mitbestimmungsdiskussion der BRD. Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1975 (397 S., br., 29,- DM).

Muszynski will eine ordnende und wertende Zwischenbilanz ziehen (Vorwort) und beginnt mit der Darstellung der in der deutschen Geschichte praktisch oder theoretisch bedeutsamen Mitbestimmungskonzeptionen, angefangen bei den Knappschaftsorganisationen und Kranken- und Sterbekassen der Gesellen seit dem ausgehenden Mittelalter über die Paulskirchendiskussion (1848) und die kirchlichen und Fabrikatenvorstellungen (»konstitutionelle Fabrik«) der zweiten Hälfte des 19. Jh. bis zu den politischen und juristischen Kooperationsformen nach 1918 (Zentralarbeitsgemeinschaft, Rätekongreß- und Verfassungsdiskussion, Betriebsrätegesetz). Ausführlich werden unter Einbeziehung empirischer Untersuchungen die Montanmitbestimmungsregelungen seit 1951 und die gesetzlichen Rechte der Betriebsräte erläutert und am Ende des ersten Teils die privatrechtlichen Mitbestimmungsformen bei gewerkschaftlichen und anderen Unternehmen (Porst, Süßmuth u. a.) skizziert. Hiernach hat der Leser den Eindruck, daß sich die Mitbestimmungsidee als geradezu formationsunspezifische objektive geschichtliche Zielsetzung seit Jahrhunderten Schritt für Schritt durchsetzt. Notwendig wäre zumal bei einer historischen Einführung dieses Ausmaßes zweierlei gewesen: die »soziale Charakterisierung« dieser Zielsetzung als Schnittpunkt von Klassenauseinandersetzungen bzw. Instrument von Integrationsstrategien und die Begründung des in der Tat besonderen Gewichts dieser Forderung aus Konstitutions- und Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus in Deutschland und seiner Klassen. Die Trennung von Gesellschaftsanalyse und Beurteilung sozialer Erscheinungen wird jedoch als Prinzip entwickelt: Muszynski kennzeichnet den »sozialen Konflikt« als »universales Phänomen von Gesellschaft (und Träger des sozialen Wandels« (16) und definiert ihn in systemtheoretischer Reduktion als »Handlungssystem, (welches) zwei oder mehrere unvereinbare Interessenlagen vereinigt« (15). Dessen Einschätzung als paradigmatische Gesellschaftsanalyse erfolgt im Bereich der »Vortheorie aufgrund eschatologischer Entscheidungen am Maßstab moralischer Kategorien« (14), wogegen die Theorie sich um »Operationalisierung der gefundenen Grundsätze« bemüht (ebda).

Der Verfasser referiert im weiteren fünf Begründungszusammenhänge der Mitbestimmungsforderung (Liberalismus, Marxismus, demokratischen Sozialismus, katholische Soziallehre und evangelische Ethik), ohne auf ihre Stringenz und Bedeutung für die Mitbestimmungsaueinandersetzung in der Bundesrepublik einzugehen, auch nicht im Zusammenhang der Mitbestimmungskonzepte von Parteien und Gewerkschaften. Angesichts der auf betrieblicher, Unternehmens- und gesamtwirtschaftlicher Ebene nur geringer werdenden Möglichkeiten direkter Kontrolle und Einwirkung sieht Muszynski schließlich das eigentliche Feld »praktizipativer Mitbestimmung« in »teilautonomen Selbstbestimmungsmöglichkeiten« von Arbeitsgrup-

pen am Arbeitsplatz (304). »Die virtuellen Mit- und Selbstbestimmungsbereiche liegen in der bei vorgegebenem Ziel selbst (!) zu organisierenden Durchführung von Arbeitsaufgaben«, qualifizierten Mitspracherechten, »der selbständigen Verteilung von gemeinsam erarbeiteten Prämien, sowie in der Mitwirkung bei der Willensbildung in der Arbeitnehmervertretung auf Betriebsebene« (315). – Damit stellt Muszynski als entscheidenden Anknüpfungspunkt in der Mitbestimmungsfrage einen bereits in den sechziger Jahren entwickelten Vorschlag heraus, dessen Bedeutung als Mittel zur Leistungssteigerung und Integration sowie seine objektiv gegen die gewerkschaftliche Organisation gerichtete Tendenz die Unternehmer längst erkannt haben – was er zuvor selbst referiert (307).

Mitbestimmungsforderungen können hinreichend nur in ihrem Bezug zu den ökonomischen Entscheidungszentren kapitalistischer Unternehmen beurteilt werden. Der dieser Problemstellung gegenüber indifferente Ansatz einer »gegebenen System-Umwelt-Konstellation« (303), dessen Zielsetzung »symmetrischer Konfliktaustragung« (284, 321 und öfter) eine Analyse jener gesellschaftlichen Interessen ausschließt, die Grundlage und Motor dieser Forderung sind, bleibt hinter bisher zu diesem Thema erstellten Arbeiten zurück. Christian Seeger (Hamburg)

Greven, Michael Th.: Parteien und politische Herrschaft. Zur Interdependenz von innerparteilicher Ordnung und Demokratie in der BRD. Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1977 (414 S., Ln., 45,- DM).

»Der vermeintliche Wähler« schrieb Dolf Sternberger, ein Nestor der deutschen Politikwissenschaft, »hat nur noch die Wahl, mit seiner Stimme eben »piep« zu sagen oder »pap««. Daß diese Meinung sowohl verbreitet als auch begründet ist, führt Michael Greven in der vorliegenden Studie anhand einer eindrucksvollen Materialfülle vor. Es geht ihm nicht um eine eigene empirische Analyse des bundesdeutschen Parteiensystems, sondern um eine ideologiekritische Auseinandersetzung mit der schon vorhandenen Literatur – gerade auch mit deren Ausblendung von Fragestellungen, wie der nach den gesellschaftlichen Funktionen des Parteiensystems. Die Vertreter der etablierten bürgerlichen und sozialdemokratischen politischen Soziologie bestreiten in der Regel nicht, daß unsere Parteien charakterisiert sind durch ungleiche Machtverteilung innerhalb der Organisationen, asymmetrische Kommunikation, manipulierte Information, mangelnde Repräsentation usw. Sie fragen aber nicht nach der Notwendigkeit dieser »Defizite« für das Funktionieren des bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftssystems. Hier setzt Grevens Untersuchung ein.

Der Marburger Sozialwissenschaftler skizziert zunächst die sozialstrukturelle Realität der Bundesrepublik Deutschland und konfrontiert sie mit einem ihr in keiner Weise entsprechenden ideologischen Verständnis dieser Gesellschaft, das durch Vorstellungen von Pluralismus, Klassenlosigkeit, Herrschaftsfreiheit und Chancengleichheit bestimmt ist. Danach schildert er die Funktionen des Parteiensystems in der bürgerlichen Gesellschaft, die er zentral als Transmission, Selektion und Legitimierung beschreibt. Anschließend wendet er sich theoretischen Hintergründen der Parteienforschung in der BRD zu. In einer kritischen Diskussion von »Demokratisierung« und »Emanzipation« als Hintergrundkonzeptionen von Parteienforschung kommt er zu dem Schluß, daß die Vertreter beider Ansätze im Grunde mit idealistischen Modellen von »wahrer Demokratie«, »bürgerlicher Öffentlichkeit« usw. arbeiten. Ähnliche Resultate gewinnt er aus der Erörterung traditioneller Einzelfragestellungen aus der Erforschung innerparteilicher Demokratie wie Oligarchie, innerparteiliche Opposition, Parteienfinanzierung, Kandidatenaufstellung u. v. a. Abschließend formuliert er die These, »Gefährdungen der kapitalistisch-bürgerlichen

Herrschaft gehen kaum von Parteien oder Fraktionen in den Parteien aus, sondern können sich aus authentischen Sozialbewegungen ergeben, die nicht durch eine systemkonforme Politisierung integriert sind und die sich daher unmittelbar auf den Inhalt des gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisses richten können.« (S. 306)

So belegt und einleuchtend Darstellung und Kritik der Parteienforschung vorher auch waren, so lassen sie doch m. E. keine Konsequenzen dieser Tragweite zu. Der Verfasser übersieht, daß auch »authentische Sozialbewegungen« sich auf die Beeinflussung gesellschaftlichen und staatlichen Handelns richten müssen und von daher genauso der Gefahr »systemkonformer Politisierung« ausgesetzt sind wie Parteien. Gerade die Erfahrung mit manchen Bürgerinitiativen belegt, daß ganz im Gegenteil die Integration solcher Bewegungen in konformistisches Engagement ohne jede Schwierigkeit ist. Ein weiterer Einwand gegen die Studie besteht darin, daß Grevens methodisches Selbstverständnis nicht ganz klar wird. Er hätte deutlicher machen können, wo er Ergebnisse neopositivistischer Politikwissenschaft kritisch referiert, wo er sie methodisch für unergiebig hält und wo er sie einfach übernimmt. Diese Einwände mindern allerdings den Wert des Buches als bisher ausführlichster kritischer Auseinandersetzung mit der etablierten Parteienforschung in der Bundesrepublik Deutschland nur unwesentlich.

Volker Gransow (Bielefeld)

Butterwege, Christoph: Probleme der marxistischen Staatsdiskussion. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1977 (225 S., br., DM 12,80).

Die anfänglich emphatisch von Teilen der westdeutschen Linken betriebene »Ableitung des bürgerlichen Staates« ist mittlerweile nicht nur augenscheinlich an ihre Grenzen gestoßen, sie hat auch ihre spezifische Attraktivität eingebüßt. In dieser Situation legt Christoph Butterwege einen Band zur marxistischen Staatsdiskussion vor, der gleichermaßen ein erstes Resümee ziehen wie weitere Perspektiven der Staatsdiskussion weisen könnte. Nach einer knappen Darstellung wissenschaftstheoretischer Prämissen gibt Butterwege die »staatstheoretischen Grundlagen bei Marx und Engels« und ihre Weiterentwicklung durch Lenin wieder. Aufgabe marxistischer Staatstheorie sei es heute, diese Erklärungen auf ihre »generelle Validität hin abzuklopfen« und mit den Wandlungen der ökonomischen Basis zu konfrontieren. Relativ ausführlich werden die Früh- und Spätschriften von Marx und Engels untersucht, während die »Grundrisse« und das »Kapital« nur knapp abgehandelt werden. Immerhin verweist Butterwege auf die Notwendigkeit, die Staatstheorie auf die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Reproduktion zu beziehen und dabei die »spezifische ökonomische Form, in der unbezahlte Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird« (Kapital III, 799), zu berücksichtigen. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß Marx und Engels von einem historisch-materialistischen Begriff des Staates ausgehen, der – losgelöst von der Beziehung auf eine einzelne Gesellschaftsformation – erst die Basis abgibt, von der aus die Spezifik des bürgerlichen Staates zu entwickeln wäre. Stets ist der Autor bemüht, die Bestimmungen des Staates bezüglich der Strategie der Arbeiterbewegung samt ihrer historischen Modifikationen zu entfalten. Folglich wird an der neueren Staatsdiskussion kritisiert, daß »auf einem künstlich überhöhten Abstraktionsniveau . . . häufig ideologische Schattengefechte ausgetragen (wurden), die mit dem Stand der Kapital- und Klassenbewegung unseres Landes in keiner Weise vermittelt waren«. (95) Ein entscheidender Grund dafür wird darin gesehen, daß der Bezug zum staatstheoretischen Werk der Klassiker verlorengegangen ist. Zur Einlösung dieses Anspruchs wäre es allerdings notwendig, die auch von Butterwege als zentral begriffenen Eigentumsver-

hältnisse (97) systematisch zur Bestimmung des bürgerlichen Staates zu entwickeln. Doch Butterwege versucht nicht, selbst eine Theorie des Staates vorzulegen, sondern will die »Darstellung der Staatskonzeption Marxens, Engels' und Lenins mit der gegenwärtigen marxistischen Staatsdiskussion . . . verbinden«. (95)

Die neuere Staatsdiskussion, von der Butterwege die Beiträge von Müller/Neußüß, Altvater, Läßle, Hirsch, Projekt Klassenanalyse, Flatow/Huisken und Blanke/Jürgens/Kastendiek einbezieht, wird dargestellt und einer kritischen Würdigung unterzogen, wobei Butterwege vor allem immanente Schwächen aufweist und – gemäß seiner o. a. Aufgabenstellung – die zentralen Kritik Momente in der Staatsdiskussion selbst wiedergibt. Der Leser gewinnt in übersichtlicher Form nicht nur einen Überblick über die verschiedenen Konzeptionen, sondern erfährt auch etwas über die zugrundeliegenden theoretischen und strategischen Prämissen der jeweiligen Autoren. Anschließend wird das Verhältnis von Politik und Ökonomie in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus thematisiert, wobei Butterwege durchaus zutreffend feststellt, daß sie »keine geschlossene Staatstheorie abwirft«. (151) Allerdings sei sie vor allem bei ihren entwickeltesten, »hier vor allem durch Paul Boccara und Robert Katzenstein repräsentierten Varianten« jedoch »im Ansatz schlüssig« und leiste »einen überzeugenden Beitrag zur Erklärung staatlichen Handelns unter Zugrundelegung von Marxens Kritik der politischen Ökonomie und Lenins Imperialismusanalyse, um daraus eine sozialistische Strategie für die Organisationen der Arbeiterklasse abzuleiten«. (151) Die mitunter in der SMK-Theorie vertretene Auffassung einer »Verschmelzung von Staat und Monopolen« wird ebenso zurückgewiesen (154 f.) wie die Vorstellung eines »Primats der Politik« (162). In beiden Fällen wäre eine ausführlichere staatstheoretische Begründung wünschenswert. Gemäß seiner Zielsetzung, eine »Wiedervereinigung« von marxistischer Staatstheorie und Arbeiterbewegung« zu fördern, faßt Butterwege abschließend einige aus den Wandlungen des Kapitalismus resultierende strategischen Schlußfolgerungen zusammen. Bezüglich der »Diktatur des Proletariats« stellt Butterwege fest, daß dieser Terminus »heute einen anderen Klang als zu Lebzeiten der Klassiker des Marxismus (hat) und steht, nimmt man die SMK-Theorie und die strategischen Schlußfolgerungen aus ihr ernst, zur Disposition«. (171 f.) Insgesamt eignet sich dieser Band gut als Einstieg und Überblick in die neuere marxistische Staatsdiskussion und könnte dazu beitragen, ein bislang oftmals eher esoterisches Verständnis von Theorie der Politik zur Theorie politischen Handelns weiterzuentwickeln.

Heinz-Jürgen Axt (Berlin/West)

Broz Tito, Josip: Der jugoslawische Weg. Sozialismus und Blockfreiheit. Aufsätze und Reden. List Verlag, München 1976 (544 S., Ln., 29,80 DM) zit. I

Broz Tito, Josip: Ausgewählte Reden. Dietz Verlag, Berlin (DDR) 1976 (353 S., Ln., 8,50 DM) zit. II

An deutschsprachigen Tito-Biographien herrscht hierzulande kein Mangel, wohl aber bislang an deutschen Übersetzungen von Reden und Schriften des jugoslawischen Staatsmannes selbst. Es ist daher zu begrüßen, daß fast zur gleichen Zeit in BRD und DDR Sammelbände mit Aufsätzen und Reden Titos erschienen sind, allerdings mit abweichender inhaltlicher Schwerpunktsetzung und von unterschiedlicher Qualität.

Während sich die Herausgeber des umfangreicheren in der BRD erschienenen Bandes bemüht haben, eine repräsentative Auswahl politischer Arbeiten Titos zusammenzustellen, die zwischen 1942 und 1975 entstanden sind, sammelt die DDR-Ausgabe Reden aus der Zeit zwischen 1969 und 1976.

Ein Gewinn sind zweifellos die in der List-Ausgabe enthaltenen sechs Arbeiten

zum Befreiungskampf der Völker Jugoslawiens gegen die faschistische Okkupation, die zwischen 1942 und 1975 datieren und anhand derer der Leser einen groben Überblick über den Befreiungskampf aus jugoslawischer Sicht gewinnen kann. Den weitestgehend wichtigsten Teil der List-Ausgabe machen jedoch die Arbeiten Titos über Probleme der Entwicklung von Staat und Gesellschaft im Sozialismus (I, 133–402) aus, die zum Teil auch in der Dietz-Ausgabe enthalten sind. Schließlich umfaßt der Band noch einige kürzere Arbeiten, die sich mit Komplex »Blockfreiheit und aktive friedliche Koexistenz« (I, 405–544) befassen.

Der vom Dietz Verlag herausgegebene Band enthält an wichtigen Veröffentlichungen u. a. den Brief Titos und der Parteispitze des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) an die Parteimitglieder vom September 1972, in dem zu innen- und wirtschaftspolitischen Problemen in aller Deutlichkeit Stellung genommen wird (II, 119–128) und die Rede Titos auf der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas am 30. 6. 1976 (II, 336–345), die beide in deutscher Sprache aber bereits vorlagen. Die übrigen wichtigen Veröffentlichungen dieses Bandes sind auch in der List-Ausgabe enthalten. Bezüglich der Übersetzungsqualität ist zweifellos die Dietz-Ausgabe der List-Ausgabe vorzuziehen, der stellenweise schlicht das notwendige politische Vokabular zu fehlen scheint: so heißt es z. B. »anational« statt antinational (I, 182), »ideell« statt ideologisch (I, 186, 188, 198 usw.), »quasi-marxistisch« statt pseudo-marxistisch (I, 188), »dogmatisch« statt demagogisch (I, 190). Ferner wimmelt der ganz Band von holprigen Formulierungen, die einfach auf schludrige Übersetzerfertigkeit zurückgehen dürften.

Als in anderer Hinsicht qualitätsmindernd ist allerdings die Tatsache anzusehen, daß in der Dietz-Ausgabe recht großzügig Kürzungen an den Texten vorgenommen wurden. Macht man sich die Mühe, die Fassungen eines in beiden Bänden veröffentlichten Textes, etwa Titos Rede auf der Festsitzung des IX. Parteitags des BdKJ vom 11. 3. 1969 (I, 170–210 und II, 5–30), zu vergleichen, gelangt man zu interessanten Feststellungen. Zwar handelt es sich bei der in der Dietz-Ausgabe abgedruckten Fassung um *Auszüge* aus der Rede (II, 5), während in der List-Ausgabe offenbar der vollständige Text abgedruckt ist; die Dietz-Herausgeber haben aber scheinbar willkürlich Kürzungen am Text vorgenommen. Dies ist formal legitim, die Prinzipien wissenschaftlicher Redlichkeit verlangen allerdings, daß man auch kenntlich macht, wo man – z. T. längere – Textpassagen ausgelassen hat. Dies geschieht in dem genannten Text an keiner Stelle. Hinzu kommt, und dies kann keinesfalls auf Übersetzungsschwierigkeiten zurückzuführen sein, daß in einem Fall eine längere Passage einfach umformuliert und in ihrem Sinn völlig verändert wurde (II, 16, zweiter Abs.).

Dabei wurde keineswegs wahllos gekürzt, sondern vielmehr zielgerichtet diejenigen Passagen ausgelassen, in denen sich Tito unzweideutig mit dem »Stalinismus« auseinandersetzt bzw. Stalin auch nur erwähnt (nachzulesen in I, 176, 182 f., 196), von Einmischungen der Komintern und der KPdSU in innerjugoslawische Angelegenheiten spricht (I, 182 f., 185), sich gegen die »Allmacht des Staatsapparats und seines Plans« (I, 197) wendet, auf die Opfer der »Stalinschen Säuberungen« (I, 202) hinweist, die Ursachen und Auswirkungen der unmittelbaren Nachkriegspolitik der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder gegenüber Jugoslawien darstellt (I, 203 f., 205, 206, 207), seinen Internationalismus-Begriff erläutert (I, 208) und schließlich bedauert, daß einige kommunistische Parteien aus sozialistischen Ländern »unsere Einladung ignoriert und keine Delegationen weder zum neunten Kongreß des BdKJ noch zu dieser Jubelfeier entsandt haben« (I, 210). (Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß in der List-Ausgabe gegenüber der Dietz-Ausgabe ebenfalls zwei, allerdings unbedeutende, Sätze sowie die Anrede zu Beginn der Rede ausgelassen wurden.)

Der auf authentische Wiedergabe der Texte angewiesene Leser wird nicht umhin kommen, mit der teureren, aber auch umfangreicheren List-Ausgabe zu arbeiten, die man wegen der mangelhaften Übersetzungsqualität bei Vorliegen gleichwertigen Ersatzes lieber nicht empfohlen hätte. Auf jeden Fall aber ist die Dietz-Ausgabe als eine – allerdings mit größter Vorsicht zu genießende – Ergänzung anzusehen.

Klaus Priester (Frankfurt/M.)

Jura

Koch, Hans-Joachim (Hrsg.): Seminar: Die juristische Methode im Staatsrecht. Über Grenzen von Verfassungs- und Gesetzesbindung, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1977 (561 S., br., 19,- DM).

Der Herausgeber des Sammelbandes hat 13 Texte aus der Methodendiskussion der deutschen Staatsrechtslehre dieses Jahrhunderts zusammengestellt und in einer ausführlichen Einleitung den methodischen Bezugsrahmen für die Rekonstruktion und Kritik dieser Diskussion erarbeitet. Nach der Erörterung konkurrierender Forschungsansätze (Dogmengeschichte, kausale und funktionale Erklärungsmodelle) entscheidet sich Koch für die »Methode der rationalen Rekonstruktion«, d. h. den Versuch, »in Einklang mit den Grundideen des jeweiligen Theoretikers seine Thesen unter Zugrundelegung des heutigen Kenntnisstandes präzise und konsistent zu reformulieren«. (19) Ausgegangen wird von der Fragestellung, ob juristische Entscheidungen sich darstellen als bloße Vollzüge von bereits in der Verfassung getroffener Entscheidungen, die mit Hilfe der kanonisierten Auslegungsmethoden zu ermitteln seien, oder ob außerjuristische Gesichtspunkte etwa politischer, ökonomischer oder philosophischer Natur notwendig zur Begründung staatsrechtlicher Entscheidungen herangezogen werden müssen. Gegen die von der herrschenden deutschen Staatsrechtslehre eifertig gegebene Antwort von der Unmöglichkeit eines Gesetzes- und Verfassungspositivismus protestiert Koch, indem er die Rede von den Leerformeln, unpräzisen Begriffen, Gesetzeslücken usw., die zur Begründung der Notwendigkeit außerjuristischer Erwägungen benannt werden, mit der Schärfe der analytischen Sprachphilosophie konfrontiert. Die Ausführungen zu der Leistungsfähigkeit einer semantischen Theorie im Kontext juristisch methodischen Arbeitens sind ein gelungener Nachweis der Defizite jener Richtung im deutschen Staatsrecht, die im Namen der vorgeblichen Unhaltbarkeit eines Verfassungspositivismus das Verfassungsrecht öffnet zugunsten methodisch unkontrollierbarer politischer (Zweck-) Interpretationen. Vor dem Rückgriff auf außerrechtliche Erwägungen müßten jedenfalls – dies machen Kochs Darlegungen zum Problem semantischer Spielräume deutlich – zunächst einmal die Erkenntnisse semantischer Analyse zur Kenntnis genommen werden. Erst dann ließe sich die Frage nach der Haltbarkeit des Gesetzespositivismus wissenschaftlich diskutieren.

Die abgedruckten Texte von G. Jellinek, Kelsen, Heller, v. Laun, Triepel, v. Hippel, Smend, C. Schmitt, Heck, Forsthoff, Hollerbach, Ehmke und Friedrich Müller geben einen annähernd repräsentativen Überblick über den Stand der Methodendiskussion im deutschen Staatsrecht. Zu fragen wäre allenfalls, ob der staatsrechtliche Positivismus nicht zu kurz kommt, d. h. ob nicht sinnvollerweise ein Text von Anschütz oder Thoma hätte hinzugenommen werden können, und ob Erich Kaufmanns Positivismuskritik, die in der Weimarer Republik das Startzeichen für den in allen Schattierungen vorgetragenen Antipositivismus gab, nicht auch hätte Erwähnung finden können. Gerade weil der Sammelband beansprucht, eine Arbeitsgrundlage für die Seminardiskussion zu erstellen, wäre der Abdruck von je einem Text der staats-

rechtlichen Linken von Weimar (etwa Otto Kirchheimer) und der BRD (Abendroth oder Ridder) hilfreich gewesen. Auch wäre die Brauchbarkeit des Buches erhöht worden durch die Aufnahme einiger Sentenzen aus Urteilen des Bundesverfassungsgerichts, um die Auswirkungen der Tradition der deutschen Methodendiskussion auf die Praxis zu dokumentieren. – Bei der kurzen Kommentierung der einzelnen Texte beschränkt sich der Herausgeber bewußt auf die semantische Kritik, um die »Erforderlichkeit einer semantischen Theorie« (»Semantik tut not.« S. 90) zu belegen. Diese Selbstbeschränkung werden einige Leser als Mangel empfinden. Denn die methodische Schludrigkeit der antipositivistischen Fraktion der Weimarer Staatsrechtslehre war ja keineswegs nur der Ignoranz für methodische Fragestellungen geschuldet, vielmehr war das Gegeneinanderausspielen von Politik gegen Recht eher Ausdruck einer politischen Option, die, gegen alle methodischen Einwände immun, das Faktum der Weimarer Verfassung mit interpretativen Kunstgriffen rückgängig zu machen suchte. Der abgedruckte Smend-Text aus »Verfassung und Verfassungsrecht« belegt diese Option in aller gewünschten Deutlichkeit. Die Verfassung dient einzig der Integration in den Staat; versagt ihre Integrationskraft, dann erfolgt der Rekurs auf »extrakonstitutionelle Kräfte«, die notfalls auch ohne eine Korrektur des Wortlauts der Verfassung den »Inhalt der Verfassung im materiellen Sinne« ändern. Das Ergebnis dieser und verwandter Argumentationen ist evident: die Verfassung verrechtlicht nicht den Staat, sondern dieser verstaatlicht die Verfassung. Der antipositivistische Affekt, der sich in der Rede vom »lebensfremden Formalismus« des Positivismus in der Weimarer Debatte durchhält, kulminiert im Nationalsozialismus in der Zerstörung der Rationalität des Formalrechts. Gestritten wird lediglich noch darüber, ob Schmitts konkretes Ordnungs- und Gestaltungsdenken oder Hecks Interessenjurisprudenz sich rühmen darf, die Ernte des Antipositivismus in das »nationalsozialistische Rechtsdenken« eingebracht zu haben.

Die staatsrechtliche Nachkriegsliteratur ist gekennzeichnet von dem verlegenen Bemühen, die methodischen Positionen von Weimar aufzufrischen. Dies gilt sowohl für Hollerbachs und Ehmkes Rettungsversuche der Smendschen »geisteswissenschaftlichen Methode« als auch für Forsthoffs halbherzigen Positivismus. Schon aufgrund der Dürtigkeit der Nachkriegsdiskussion hätte Friedrich Müllers Anspruch, die gesetzpositivistische Trennung von Recht und Wirklichkeit zu überwinden und doch zugleich den unkontrollierten Einbruch der sog. Verfassungswirklichkeit in die Normativität der Verfassung in die Fesseln juristischer Methodik zu zwingen, also gegen die »abwägende Wertverwirklichung« der Verfassungsrechtsprechung auf der Forderung nach überprüfbarer, diskutierbarer Rationalität der Rechtsanwendung zu insistieren, eine differenziertere Analyse verdient als das vom Herausgeber gezogenen Fazit, eine semantische Rechtsnormtheorie erscheine leistungsfähiger.

Der Sammelband erfüllt zwei Ansprüche: Er informiert über die Leistung einer semantischen Theorie im Staatsrecht und eröffnet mittels der abgedruckten Originaltexte einen gelungenen Einstieg in die Seminardiskussion über die methodischen Richtungen in der deutschen Staatsrechtslehre. Volker Neumann (Villigst)

Brüggemeier, Gert: Entwicklung des Rechts im organisierten Kapitalismus. Band 1. Syndikat Verlag, Frankfurt/M. 1977 (426 S., br., 28,- DM).

Brüggemeier bemüht sich um eine Darstellung der historischen Herausbildung und Entwicklung von Wirtschaftsrecht. Er wendet sich dabei ausdrücklich nicht nur an juristisch vorgeprägte Leser, sondern an alle, die sich mit Gesellschaftswissenschaften beschäftigen. Im vorliegenden ersten Band beschäftigt er sich mit der Zeit-

spanne von 1873 bis 1932, indem er in zwei Abschnitten jeweils im Rahmen einer »Strukturskizze« einen Umriss der ökonomischen, politischen und sozialen Entwicklung zeichnet und diesen dann mit einer Dokumentation von »Materialien« füllt. Diese Materialien nehmen den weitaus größten Teil des Bandes ein. »Indem die Materialien den empirischen Wirtschaftsrechtsstoff zurückbeziehen auf die reale sozio-ökonomische Entwicklung, versuchen sie von dessen sozialer Funktion her einen Begriff des Wirtschaftsrechts zu entfalten; anders formuliert, sie wollen die sozialen Bedingungen angeben, die es für die bürgerliche Rechtsordnung nötig machten, modernes Wirtschaftsrecht auszubilden.« (18) Als Ziel seiner Arbeit benennt Brüggemeier eine »zeitgemäße Wirtschaftsrechtstheorie als Verfassungstheorie des Sozialstaates« (25), zu der der vorliegende Band als Vorstudium fungiert.

Die Entwicklung einer solchen Wirtschaftsrechtstheorie kann nur auf einer Gesellschaftstheorie basieren, die Aussagen über die Struktur- und Bewegungsgesetze der gesamten Gesellschaft möglich macht. Eine solche Theorie indes scheint für Brüggemeier nicht gegeben. Er findet über das Bedauern ihres angeblichen »Fehlens« (18) hinaus kein Wort der Auseinandersetzung mit Vertretern gegenteiliger Meinung. Stattdessen hält er sich eng an die Konzeption eines »organisierten Kapitalismus«, wie sie seit Hilferding in mancherlei Variante sozialdemokratisch-reformistischer Theorie und Politik zugrundelag. Der in die Vergangenheit gerichtete Blick auf die Entstehungsbedingungen bürgerlichen Wirtschaftsrechts wird unter dieser Prämisse eines Organisierten Kapitalismus äußerst unscharf. Teils fördert er in den wohl doch zu grob geratenen »Strukturskizzen« Verzerrtes zu Tage, teils ist er blind gegen Wesentliches. Als ein Beispiel sei genannt, daß für Brüggemeier die grundlegende Bedeutung der Herausbildung des Monopols unerkannt bleibt und er stattdessen ein »Drei-Sektoren-Modell« der Gesellschaft mit öffentlichem, oligopolistischem und Wettbewerbssektor (67) konstatiert. Ein so wesentliches Faktum wie die militärische Aufrüstung des deutschen Imperialismus am Ende des vergangenen Jahrhunderts und die sich hier entwickelnde Verzahnung von Staat und Monopolen als Anfänge der Herausbildung des Staatsmonopolistischen Kapitalismus findet in Brüggemeiers »Strukturskizze« keine Erwähnung.

Da wir im Recht nicht nur die Widerspiegelung gesellschaftlicher Verhältnisse finden, sondern dem Recht auch Instrumentfunktion in gesellschaftlicher Praxis, mithin auch gesellschaftlicher Entwicklung zukommt, ist Brüggemeier bemüht, seiner Arbeit auch politische Relevanz zu verschaffen. Er kommt in der Entwicklung strategischer Vorstellungen jedoch kaum über ein Spiegelbild der Mängel in seiner Analyse hinaus. Das Dilemma deutschen Privatrechts, »von Anbeginn an Privatrecht ohne Privatrechtsgesellschaft« (18) gewesen zu sein, das sich gegenüber ökonomischen Entwicklungen stets reaktiv verhielt, soll gelöst werden, indem »der evolutionäre Primat von der Ökonomie auf das planende politisch-administrative System übergeht« und sich dabei das »Rechtskriterium ›Gerechtigkeit‹« als »Sozialkriterium einer ›guten Ordnung‹« (27) durchsetzen möge. Auf die eigentlich interessante Frage, wie das geschehen soll, geht Brüggemeier kaum ein. Er bemerkt lediglich, daß es letztlich eine »soziale Machtfrage« sei (29). Brüggemeiers Übernahme der Konzeption des Organisierten Kapitalismus läßt im Gegensatz zum Ansatz der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus dies auch gar nicht mehr zu. Indem sie die Beziehungen zwischen Monopolen und Staat nur als funktionale Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Sektoren begreift, wird die relative Eigenständigkeit des Staates zur prinzipiellen Möglichkeit, eine sozialstaatliche Variante des organisierten Kapitalismus voranzutreiben, ohne die Frage nach ökonomischen (Besitz-) Verhältnissen überhaupt ins Blickfeld geraten zu lassen. – Das von Brüggemeier angegebene Problem ist wesentlich; seinem Beitrag zur Lösung gelingt es jedoch nicht, den selbst-

formulierten Anspruch einzulösen: Zum einen, weil für die Abfassung der »Strukturskizzen« ein zu grobes Raster angelegt wurde, andererseits aber auch, weil die Konzeption des organisierten Kapitalismus als methodisches Instrumentarium überfordert ist. Wen der relativ hohe Preis des Buches nicht stört, der mag jedenfalls Interesse an den Materialien finden, die umfangreich dargeboten werden.

Thomas Piegeler (Bremen)

Kerimow, Djangir Ali-Abbasowitsch: Philosophische Probleme des Rechts. Staatsverlag der DDR, Berlin/DDR 1977 (408 S., Ln., 35,- M).

Daß es sich bei der Rechtswissenschaft um eine *praktische* Wissenschaft handelt, ist ein altes Diktum und versteht sich eigentlich von selbst. Zumindest unter Marxisten kann es als ausgemacht gelten, daß dies auch auf den rechtsphilosophischen Bereich zutrifft. Beurteilt man das vorliegende Buch des sowjetischen Wissenschaftlers und Akademikers D. A. Kerimow, zu dem Karl A. Mollnau ein Nachwort verfaßt hat, unter diesem entscheidenden Gesichtspunkt, so sind in der Tat einige Zweifel angebracht. Kerimows grundlegendes Anliegen ist, wie er unter Berufung auf den »jungen« Marx (!) erklärt, nach einem System der Rechtsphilosophie zu suchen. Es geht ihm, wie er an einer anderen Stelle näher erläutert, um die Entwicklung der Methodologie, genauer der Gnoseologie der Rechtswissenschaft, also um so etwas wie eine juristische Erkenntnistheorie. Es ist klar, daß sich der Autor damit auf eine hohe Abstraktionsebene begibt. Dort wird die Gefahr erfahrungsgemäß übermächtig, daß die Theorie den Kontakt mit der gesellschaftlichen Praxis verliert und sich in Haarspaltereien verrennt. Anzeichen dafür, daß auch unser Autor einer solchen Gefahr erlegen ist, gibt es in diesem Buch genug. Nur so läßt sich die stellenweise schwer zu ertragende Phrasenhaftigkeit der Ausführungen erklären. Stellvertretend sei etwa auf die äußerst langatmige Behandlung der Problematik von »Wesen und Erscheinung im Recht und deren wechselseitige Beziehung« hingewiesen. Hier werden im wesentlichen nur altbekannte Sätze abgeklappert und in einen juristischen Zusammenhang gebracht. Neu und auffällig ist höchstens die Differenzierung zwischen dem »Wesen des Rechts und seinen Gesetzmäßigkeiten«, deren Sinn aber wiederum nicht einzusehen ist. In diesen Kontext ist auch eine tatsächlich deplaziert wirkende Abhandlung über Empfindung, Wahrnehmung, Vorstellung, Denken, Abstraktion und Begriffsbildung eingebaut, die an Weitschweifigkeit kaum zu überbieten ist. Dies alles dient der Vorbereitung einer Gnoseologie des Rechts, und damit sind wir wieder beim Hauptanliegen des Autors. Zum Glück nämlich ist der Plan, sich einseitig auf die Gnoseologie und die Methodologie zu konzentrieren, in entscheidenden Punkten mißglückt: »Die Logik der Erkenntnis selbst machte die Unzulänglichkeit des Versuchs, die Gnoseologie von der Ontologie zu trennen, sichtbar. Das staatlich-rechtliche Leben, die Wirklichkeit, die Praxis sind unaufhaltsam in den Prozeß der Forschungsarbeit eingedrungen.« (S. 35). Diesem »Eindringen« der Praxis ist es sicher zu verdanken, daß bei allen formalen Bedenken die inhaltlich positiven Seiten sicher überwiegen. Geradezu beispielhaft ist etwa die *gesellschaftliche* Bestimmung des Rechts, bei der sich Kerimow nicht mit der pauschalen Formel vom Willen der herrschenden Klasse begnügt, sondern auf die Bedürfnisstruktur dieser Klasse abstellt. Gerade von einem soziologischen Standpunkt ist Kerimow unbedingt zuzustimmen, wenn er formuliert, daß die *rechtliche* Regulierung objektive Gemeinsamkeiten im Bedürfnissystem der Subjekte, die zur herrschenden Klasse zählen, voraussetzt. Man kann im übrigen in dieser Darstellung des Willensproblems eine Form der Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Positivismus vermuten, der ja alles andere als überwunden ist. Allerdings wird diese Auseinandersetzung in quasi chiffrierten Be-

griffen geführt, die für den westlichen Leser schwer zugänglich sind. Ähnlich verhält es sich mit der alten und auch hier weitergeführten Debatte, ob das Recht nun ein System von Rechtsnormen oder ein System gesellschaftlicher Verhältnisse (Stutschka) darstellt. Auch hier könnte für den unbefangenen Leser der Eindruck scholastischer Spitzfindigkeit entstehen, der indes völlig falsch wäre. Denn Kerimow weist mit aller Klarheit nach, daß es nur dann, wenn man das Recht von den gesellschaftlichen Verhältnissen trennt, möglich ist, zwischen legalen und illegalen Akten, zwischen Gesetz und Willkür zu unterscheiden. Man würde sich wünschen, daß die Bedeutung der streitigen Begriffsbestimmungen, die oftmals an sattem bekanntes Professorenge-zänk erinnern, in allen Fällen so klar expliziert wird.

Die Darstellung der mit der Effektivität von Rechtsnormen verbundenen Probleme verdient es ebenfalls, positiv hervorgehoben zu werden. Man kann durchaus behaupten, daß es sich bei diesem Abschnitt zusammen mit den Ausführungen zu Möglichkeit und Wirklichkeit im Recht um eine Art *allgemeine Rechtssoziologie* handelt, auf die in Hinkunft unbedingt Bedacht zu nehmen sein wird. Es ist dies eindeutig der stärkste Teil des Buches, und man muß sich wünschen, daß diese Aussagen vom Autor ohne Verbindung mit den methodologischen und gnoseologischen Betrachtungen systematisch zusammengestellt und gesondert publiziert werden. Ihnen ist es schließlich zu verdanken, daß die mühselige Lektüre zuletzt doch einen Gewinn einbringt.

Johann J. Hagen (Salzburg)

Martiny, Martin: Integration oder Konfrontation? Studien zur Geschichte der sozialdemokratischen Rechts- und Verfassungspolitik.

Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1976 (248 S., br., 32,- DM).

Martiny unternimmt den Versuch, »die Chancen reformistischer Strategien (der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik) an einigen Beispielen zu überprüfen« (10). Dabei unterscheidet er eine Politik der Konfrontation mit dem staatlichen und Justizapparat, wie sie vor dem ersten Weltkrieg praktiziert wurde, und der Integration, die, von den »neuen Wirkungschancen« ausgehend, eine weitgehende Beteiligung an den Institutionen anstrebte mit dem Ziel, »diese von innen heraus zu verändern« (11). Im ersten Abschnitt analysiert Martiny Theorie und Praxis der sozialdemokratischen Wahlrechtspolitik seit dem Erfurter Parteitag 1891 (14–53). Für die Zeit seit 1918 verband sich mit der Frage des Wahlmodus, wie er betont, »nach der einschneidenden Erfahrung einer Fraktionsspaltung und weiteren innerfraktionellen (!) Kämpfen« (24) – für einen bestimmten Flügel der Partei, müßte präzisiert werden – das Bedürfnis, mit dieser Regelung zugleich ein Instrument »innerparteilicher Disziplinierung durch streng gebundene Wahllisten« (ebda) in die Hand zu bekommen. Dem wurde mit der Verabschiedung des Reichswahlgesetzes 1920 insgesamt Rechnung getragen, wie überhaupt das neue Wahlrecht Anknüpfungspunkt für die Erweiterung der Parteivorstands- und Bezirksverbandskompetenzen wurde. – Es stellt sich angesichts dieser dominanten Handlungsorientierungen die Frage, ob hier noch von einer reformistischen Strategie gesprochen werden konnte.

Den größten Teil der Arbeit nimmt die Auseinandersetzung mit den Gesetzgebungsplänen der SPD im Zivil-, Verfassungs- und Arbeitsrecht ein (55–150). Martiny schildert detailliert die Positionen der Partei bei der Entstehung des BGB, vom Angebot der Reichstagsfraktion zur konstruktiven Mitarbeit über die »(zu) fast allen relevanten Materien (erarbeiteten)« Alternativvorschläge (68), die er als Ausdruck eines »selbstbewußten und konsequenten Liberalismus« charakterisiert (69), bis zur Ablehnung des Entwurfs bei der Abstimmung, deren Widersprüchlichkeit Martiny im einzelnen entwickelt. – Inwieweit dann die mit dem Stinnes-Legien-Abkommen

und der Tarifvertragsordnung erreichte Durchsetzung der Tarifverträge auch in der Schwerindustrie – bis 1914 die Domäne der national organisierten Werkvereinsbewegung – sowie Schlichtung und Arbeitsnachweis »im Wege des großen reformerischen Sprungs« erreicht wurden (84), und welches Gewicht die »durch Behauptungswillen und Solidarität der Arbeiterschaft mitbestimmte selbständige Wirtschaftsverfassung neben der politischen Verfassung« (99) haben konnte, wird nicht einsichtig. Begreift man den Verzicht auf die Werkvereine und die Akzeptierung des Tarifvertrages durch die Unternehmer im unmittelbaren historischen Kontext der von gewerkschaftlicher Seite z. T. ja noch konsequenter geforderten Burgfriedenspolitik, ihrer kriegswirtschaftlichen Anforderungen folgenden Inkorporierung (Hilfsdienstgesetz) und der revolutionären Gärung seit 1916, so wird man darin zugleich die Strategie des Kapitals sehen müssen, die auch in den folgenden Jahren Stringenz und seit 1924, als die Unternehmer die Zentralarbeitsgemeinschaft verließen, die gesetzliche Sicherung des 8-Stundentages aussichtslos, die staatliche Zwangsschlichtung dagegen Wirklichkeit geworden war, unverkennbare Dominanz hatte gegenüber den zu permanenter Anpassung gezwungenen Gewerkschaften. – Den schließlich rasanten Abbau der auch juristisch höchst lückenhaften »Weimarer Sozialverfassung« insbesondere durch Rechtsprechung und Verordnungsexekutive dokumentiert Martiny an drei Beispielen aus der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung, die selbst »die äußerste Rückzugslinie der Gewerkschaften« (141) in Frage stellte, indem sie die sich mit prozessierender Krise häufende Entlohnung unter den Tarifsätzen, d. h. den Tarifbruch der Unternehmer legitimierte und – publizistisch begleitet von der bekannten Parole vom Gewerkschaftsstaat – den wieder aktivierten Werkvereinen die Tariffähigkeit bescheinigte (145, 142). Die Beispiele illustrieren die große Diskrepanz zu den gewerkschaftlichen Erwartungen eines »sozialen Arbeitsrechts«. Diese beurteilt Martiny im vorhergehenden Kapitel über die Entstehung der Arbeitsgerichtsbarkeit zwar als »rechtspolitische Illusionen« (102), »etwas irrational anmutende Zuneigung der Gewerkschaften zum Arbeitsrecht« (104) und »nachrevolutionäre Rechtseuphorie« (111), ohne jedoch den Ursachen dieser Haltung nachzugehen. Im Kontext dieser Desillusionierung begreift Martiny das Programm der Wirtschaftsdemokratie, dessen z. T. sarkastische Beurteilung unvermittelter Legitimierung weicht und dessen praktische Umsetzung für Martiny an der Defensivlage scheiterte, »in welche die Arbeiterbewegung insgesamt geraten war« (130).

Die der Darstellung der sozialdemokratischen Strafrechtspolitik (151–196) folgende »Bilanz« erklärt die Erfolglosigkeit der Justizpolitik von Partei und Gewerkschaften mit fehlendem Konsens in diesbezüglichen Grundsatzfragen und letztlich der ausgebliebenen »Juristenreform« als einem Hebel für Mentalitätsveränderungen der Weimarer Richter. Exemplarisch wird hierbei deutlich, daß zur Beurteilung reformistischer Rechtspolitik der von Martiny gesetzte Handlungsparameter »Justizkritik oder Juristenreform« nicht hinreicht. Notwendig ist ihre Interpretation als Bestandteil reformistischer Strategie (insoweit gibt es keine isolierte reformistische Rechtspolitik) und letztlich vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher politischer und ökonomischer Strukturen. Da Martiny dies – auch im Wege etwa rechtstheoretischer Problematisierung – nicht unternimmt, gewinnt er keine Kriterien zur Beantwortung seiner Themenstellung. Der Verweis auf den »langfristigen Charakter rechtspolitischer Zusammenhänge« (11) vermag die methodische Beschränkung nicht zu erklären, eher dagegen, wenn er das Wesen des Reformismus in der »Anpassung an vorgegebene Machtstrukturen« (10) sieht. Diese Definition legitimiert eine solche Isolierung juristischer von ökonomischen und politischen Strukturen, deren Veränderung an sich zu den Zielen auch reformistischer Politik gehört. Daher entgeht Martiny nicht der Gefahr, den erfolglosen Justizstrategien nur andere mit ver-

gleichbaren analytischen Defiziten gegenüberzustellen und andererseits Ansätze zu unterschätzen, in denen diese Defizite tendenziell aufgehoben sind, wie z. B. bei Franz Neumann. Dessen 1934 getroffene Einschätzung, »daß der Grundsatz des gewaltenteilenden Rechtsstaats nur noch in den Lehrbüchern des Staatsrechts und bei den Vertretern der deutschen Arbeiterbewegung existierte«, kann nicht nur als »von den Bedingungen der Illegalität und des Exils geprägt« (195, Fn. 210) angesehen werden. Vielmehr verweist sie auf die Notwendigkeit, den Funktionswandel des politischen Herrschaftsmechanismus seit Beginn des Jahrhunderts und besonders seit 1918 zu analysieren. Die Ignorierung dieses Problems enthält Martinys Erwiderung auf die weitere These Neumanns vom Versagen auch der Idee des sozialen Rechtsstaates, daß die Probe aufs Exempel noch kaum habe gemacht werden können.

Christian Seegert (Hamburg)

Ökonomie

Müller, Ludwig, und Fritz Rische: *Krise, Inflation, Arbeitslosigkeit. Probleme und Alternativen.* Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1975 (133 S., br., 6,- DM).

Vor dem Hintergrund der Krisenerscheinungen – Inflation und Massenarbeitslosigkeit – der Jahre 1974/1975 machen die Autoren Front gegen die »Wirtschaftssachverständigen der Regierung, Experten der Unternehmerverbände, Konjunkturforschungsinstitute, Publizisten und andere Parteigänger des Großkapitals«, die in Lohnsteigerungen die Ursache der Krise und in höheren Profiten den Ausweg erblicken (10). Damit wollen sie der Unterminierung der »Kampfbereitschaft der arbeitenden Menschen und ihrer Gewerkschaften« (48) entgegenwirken: »Wir zeigen die Ursache und die Verantwortlichen der Krisen: Macht und Herrschaft des Monopolkapitals und die auch in der Krise auf Höchstprofite gerichteten Maßnahmen der Monopolherren und der diesen Maßnahmen dienenden staatlichen Wirtschaftspolitik« (133).

Entsprechend ist die populär geschriebene Kampfschrift aufgebaut: unter dem Motto »Marktwirtschaft – Krisenwirtschaft« wird im 1. Teil in Kürze die zyklische Wirtschaftskrise »aus der Entfaltung des Grundwiderspruchs des Kapitals« und als »eine Gesetzmäßigkeit des kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses« (14) erklärt. Ausführlich wird anschließend – anhand von zahlreichen Zitaten – exemplifiziert, wie die Bourgeoisie es versuche, diese Tatsache zu verschleiern, indem sie auf die Lohnforderungen der Arbeiter, Wirtschaftspolitik, Ölscheichs usw. verweise. Am Beispiel der »chronischen Inflation« wird im 2. Teil gezeigt, wie »das Zusammenspiel von kapitalistischem Monopol und Staat« (59) Preissteigerungen vorantreibt. Die Autoren stellen aufgrund umfangreichen empirischen Materials drei Mechanismen fest: 1. das besonders schnelle Ansteigen der monopolistisch bestimmten Preise, bei denen der Staat der wichtigste Käufer sei; 2. das Anwachsen der unproduktiven Staatsausgaben (Rüstung, Subventionierung von Überschüssen an Wohnungen usw.) und 3. Aufblähung der Geldmenge durch staatliche Förderung und entsprechende Zunahme der Kreditfinanzierung der Monopole, durch Zunahme der Verschuldung von Gebietskörperschaften usw. Auch im 3. Teil – »Arbeiterklasse unter dem Druck der Krise« – wird dem Leser vor Augen geführt, daß die Arbeiter, Angestellten, Lehrlinge, Rentner usw. die Hauptlast der Krise zu tragen haben, während »die miteinander eng verfilzten Industrie-, Handels- und Bankkonzerne« auch in der Krise »einen großen Schluck aus der Pulle« nehmen (85). Im letzten Teil – »Der Abwälzung der Krisenlasten auf das werktätige Volk entgegenwirken« – resümieren

die Autoren: »Krisen gehören zum Kapitalismus und es gibt nur einen sicheren Weg, die Krise und ihre Erscheinungen, Inflation und Unsicherheit des Arbeitsplatzes ein für allemal zu überwinden, das ist die Zurückdrängung der Macht des Großkapitals, das ist eine antimonopolistische Demokratie, das ist die Öffnung des Weges zum Sozialismus auch für die Bundesrepublik. Das ist das erklärte Ziel der Deutschen Kommunistischen Partei, der Partei der arbeitenden Menschen in unserem Lande« (120). Es folgen dann nähere Erläuterungen über das Programm und Stellungnahmen der DKP mit dem Leitsatz, daß gerade in Krisenzeiten die Aktionseinheit von »sozialdemokratischen, kommunistischen, christlichen Arbeitern, von Deutschen und Ausländern eine dringende Notwendigkeit« sei. »Ohne eine solche vereinte Kraft ist die Arbeiterklasse dem Großkapital wehrlos ausgeliefert« (133).

Das Buch ist primär an linksorientierte Betriebsräte und Gewerkschafter gerichtet und liefert viele Argumentationshilfen und empirische Belege für die tagespolitische Diskussion über Wirtschaftsfragen. Es ist deshalb besonders nützlich in der aktuellen Lohnrunde, unabhängig davon, ob der Leser den Autoren in allen ihren Schlußfolgerungen – insbesondere ihrer Parteinahme für das Programm der DKP – folgen will oder nicht.

Sefik Alp Bahadir (Berlin/West)

Seifert, Hartmut, und Diethard B. Simmert (Hrsg.): *Arbeitsmarktpolitik in der Krise*. Mit einem Vorwort von Heinz O. Vetter. Bund-Verlag, Köln 1977 (296 S., br., 24,80 DM).

Der Sammelband versucht »die beschäftigungspolitischen Konsequenzen der ökonomischen Krise sowie die Möglichkeiten der Arbeitsmarktpolitik« unter dem Eindruck anhaltend hoher und der drohenden Gefahr dauerhafter Arbeitslosigkeit »kritisch zu durchleuchten« (13). Als Folge »einer totalen Ernüchterung über die beschäftigungspolitische Wirksamkeit einer hauptsächlich am privaten Investitions-, Produktions- und Exportzuwachs ausgerichteten Arbeitsmarktpolitik, . . . einer Krise der globalen Konjunkturpolitik (Globalsteuerung)« (9), sowie als Reaktion auf das Versagen bisheriger arbeitsmarktpolitischer Instrumente, werden Ansätze vorgestellt, von denen man hofft, daß ihre neuen Ziele und Instrumente eine Arbeitsmarktpolitik ermöglichen, die Arbeitslosigkeit mit ihren verheerenden individuellen, materiellen und psychischen Belastungen beseitigen helfen.

Im ersten Abschnitt werden die Auswirkungen von Krise und Arbeitslosigkeit auf besondere »Problemgruppen« (15 ff.) dargestellt (Jugendliche; Frauen; Ältere und Behinderte; Angestellte), wobei besonders für die Problemkomplexe Jugend- und Angestelltenarbeitslosigkeit – neben den allgemeinen konjunkturell-zyklischen Bedingungen – auf spezifisch neue Probleme verwiesen wird, die in den Veränderungen im Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem bzw. im Beschäftigungssystem selbst zu suchen seien. In dem darauffolgenden Abschnitt »Arbeitsmarktpolitik« unterbreiten die Autoren unterschiedliche Alternativkonzepte mittelfristiger und längerfristiger Arbeitsmarktpolitiken. Sie versuchen, mit Hilfe von »Arbeitsmarktrahmenplanung« (87), »Reduktion des Arbeitsangebots mit . . . dabei entstehenden Verteilungsproblemen« (103) bzw. – wie es an anderer Stelle heißt – »weniger Produktivitätssteigerung durch Leistungsverlangsamung« (93), den akuten Problemen zu Leibe zu rücken, wobei Fragen der Humanisierung der Arbeitswelt und der Qualifikationen inbegriffen sind. Im dritten Abschnitt »Qualifikation, Personalplanung und Arbeitsmarkt« (187 ff.) wird dann gesondert auf die letztere Problematik abgehoben. Der letzte Abschnitt »Internationale Arbeitsmarktpolitik« (229 ff.) beschäftigt sich mit der Internationalisierung der zuvor behandelten Probleme und ihrer gesellschaftlichen Implikationen. Dankenswert ist die abschließende Zusammen-

stellung ausgewählter Literatur, die eine weitergehende Beschäftigung mit den angesprochenen Themenkomplexen erleichtert.

Ist es einerseits begrüßenswert, die unterschiedlichen Arbeiten in der vorgelegten Form vorzustellen, so ließen sich andererseits Unstimmigkeiten und offensichtliche Widersprüche zwischen den einzelnen Beiträgen nicht vermeiden. Farthmann z. B. sieht in der »Förderung der beruflichen und regionalen Mobilität der Erwachsenen« (133) die Möglichkeit, »Wettbewerbsnachteile . . . durch verbesserte Ausbildung zu kompensieren« (129). Dadurch wird der Eindruck erweckt, als seien die Arbeitslosen – aufgrund von Vernachlässigung ihrer individuellen Qualifikationen – selbst für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen. Dagegen schreibt Jan Prieue zurecht: »Durch Mobilitätsförderung werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Überhaupt ist mangelnde Arbeitskräftemobilität angesichts der anhaltend ungünstigen Relation Arbeitslose/offene Stellen in der derzeitigen Arbeitsmarktkrise ein Problem nachrangiger Bedeutung« (161). Hieraus darf allerdings nicht der Schluß gezogen werden, die Verbesserung der beruflichen und allgemeinen Bildung sei nicht sinnvoll, jedoch müssen die theoretischen und politischen Implikationen stärker berücksichtigt werden, wie dies z. T. in den Beiträgen H. Kohls geschieht.

Die uneinheitlichen und widersprüchlichen Positionen bezüglich der Ursachenbestimmung der Arbeitslosigkeit und alternativer, neuer Konzepte ihrer Bekämpfung spiegeln sich wider in der Behandlung dessen, was als »strukturelle Arbeitslosigkeit« gefaßt und verstanden wird. Einerseits wird die »zur Zeit schwierige Entscheidbarkeit zwischen konjunkturell und strukturell bedingtem Abbau der Beschäftigung« als »Forschungslücke« (111) deklariert, andererseits wird relativ unreflektiert in den unterschiedlichsten Problemzusammenhängen von »strukturellen Problemen« und »struktureller Arbeitslosigkeit« gesprochen. So spricht F. Wiethold in ihrem Beitrag »Jugendarbeitslosigkeit – die konjunkturellen und strukturellen Probleme aus gewerkschaftlicher Sicht« (15 ff.) von struktureller Arbeitslosigkeit im Zusammenhang sich verschlechternder Ausbildungsbedingungen auf Grund zunehmender Diskrepanzen im Verhältnis von Berufsbildungs- und Beschäftigungssystem. Prieue dagegen spricht von »strukturell, technologischer Arbeitslosigkeit« (155) und Freiburghaus/Schmid unterscheiden darüberhinaus »traditionell – technologische Strukturprobleme« von »neuartigen« Strukturproblemen, da erstere neuerdings zusätzlich »mit externen, weltwirtschaftlichen Entwicklungen verbunden sind« (102). U. Engelen-Kefer spricht von »Strukturpolitik« und »sektoralen und regionalen Strukturförderungsmaßnahmen« (248) unter dem Gesichtspunkt regionaler Branchen- und Beschäftigungsgleichgewichte.

Auch bezüglich der Aussagen über die zukünftig zu erwartende Qualifikationsentwicklung herrscht keineswegs Einmütigkeit zwischen den Autoren. Hier stehen Aussagen, die als Rückfall in überholte, manpower'sche Denkmuster zu werten sind – »die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft hängt immer mehr von einer Umstellung der Produktion auf hochwertige Güter und Dienstleistungen und damit auch hochtechnisierte und -qualifizierte Arbeitsplätze ab« (Farthmann, 165) – kritiklosen Übernahmen der auf Hegelheimer zurückgehenden Annahme einer sich langfristig kumulierenden Facharbeiterlücke gegenüber.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß es an theoretischer Fundierung der vielfältigen Einzeltheoreme und Erklärungsmuster sowohl von ökonomischer als auch von sozialwissenschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Seite mangelt. Die Beziehung und Verknüpfung zwischen krisenhafter ökonomischer Entwicklung, Krise des Arbeitsmarkts und der Mobilitätsforschung sowie die innerbetrieblichen Durchsetzungsprozesse der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsmarkt- und Arbeitsmarktpolitikproblematik bleibt weitestgehend offen. Wen wundert es daher, daß angesichts des

geradezu universal scheinenden Theoriedefizits, sowohl was die Arbeitsangebots- als auch die Nachfrageseite betrifft, die bürgerliche Arbeitsmarkttheorie nicht in der Lage ist, die Ursachen der fortdauernden Massenarbeitslosigkeit in erster Linie in der Krise der Verwertung des Kapitals zu suchen? Die Lektüre des Buches ist aber genau aus diesem Grund außerordentlich wichtig, denn in der Widersprüchlichkeit der innergewerkschaftlichen Diskussion spiegelt sich die ganze Vielfalt der Erscheinungsformen der heutigen »Arbeitsmarktpolitik in der Krise« wider und nur in dieser Form sind sie auszudiskutieren und zu bewältigen.

Dieter Grünh und Reinhard Ost (Berlin/West)

Engelen-Kefer, Ursula: Beschäftigungspolitik. Eine problemorientierte Einführung mit einem Kompendium beschäftigungspolitischer Fachbegriffe. Bund-Verlag, Köln 1976 (365 S., br., 28,- DM).

Seit drei Jahren legen Autoren des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften in dieser Reihe eine Anzahl von Lehrbüchern vor, die – über die am WSI entwickelte Konzeption einer arbeitsorientierten Einzelwirtschaftslehre hinausgehend – relevante Bereiche der Wirtschaftspolitik und ihrer Theorie auch dem nicht modelltheoretisch – mathematisch vorgebildeten Leser unter dem Aspekt gesellschaftlicher Zweck – Mittel – Zusammenhänge erschließen und damit einen Zugang zu praktisch – politischen Fragen schaffen sollen. Vorliegender Band behandelt und kritisiert in sehr knapper Form Elemente ökonomischer und soziologischer Arbeitsmarkttheorie. Anschließend wird die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit global und nach Strukturmerkmalen dargestellt, sowie das vorhandene arbeitsmarktpolitische Instrumentarium in der Bundesrepublik und die Probleme seiner Handhabung. Es folgt eine Beschreibung der internationalen Problemlage, insbesondere der Arbeitsmarktpolitik der EG und schließlich ein Forderungskatalog bezüglich einer integrierten, d. h. die verschiedenen Ebenen gesellschaftlicher Eingriffe vermittelnden und aufeinander abstimmenen Beschäftigungspolitik.

Die Orientierung des Bandes auf die institutionellen Bedingungen von Arbeitsmarktpolitik gibt der Darstellung einen engen Rahmen vor, der angesichts der Zuspitzung der Krisenerscheinungen auf dem Arbeitsmarkt von anderen gewerkschaftlichen Autoren heute bereits wieder kritisiert wird. Das Material wird deskriptiv ausbreitet und ist z. T. veraltet; die Auseinandersetzung beschränkt sich neben Momenten von Ideologiekritik an der volkswirtschaftlichen Theoriebildung auf das kritische Abwägen einzelner Einflußfaktoren und institutioneller Hebel, die ausschließlich auf Wachstum, Investitionssteigerung, Einkommensmaximierung usw. zielen, entgegen dem von der Autorin postulierten Ziel der »Wiederbeschäftigung des einzelnen von Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeitnehmers« (170). »Beschäftigungspolitik« wird als eine nicht an ökonomischen Kennziffern orientierte Strategie gefaßt: »Im Mittelpunkt der Beschäftigungspolitik im hier definierten Sinn stehen vielmehr die Arbeitnehmer, ihre Struktur, beruflichen Qualifikationen und persönlichen Merkmale einerseits, sowie die verfügbaren Beschäftigungsmöglichkeiten nach Qualität und Quantität andererseits« (25). Dieser »individuenzentrierte« Ansatz impliziert neben der Ablehnung einer Theoriebildung, die von der »Nutzbarmachung der Arbeitsleistung zur Erhöhung des gesamt- und einzelwirtschaftlichen Produktionsergebnisses« (25) ausgeht, um die Bedingungen der Wiederbeschäftigung freigesetzter Arbeitskräfte zu bestimmen, folgenden Begriff von interessenorientierter Wissenschaft: Interessen sind nicht »wissenschaftlich ableitbar . . . (sondern als) normative Wertvorstellungen vorgegeben« (53) und pluralistisch – lebensbereichsspezifisch zu bestimmen. Konsequenz ist ihr pragmatistisches Verständnis wissenschaftlicher Po-

litikberatung. Damit ist ein deutliches Mißverhältnis zwischen dem analytischen Zugang zum Phänomen Arbeitslosigkeit und dem gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruch gegeben, das sich durch den gesamten Band hindurchzieht, und das auch von der großbürgerlichen Presse in ihrer hämischen Kritik an der institutionellen »Herumbastelei« (FAZ) als ein Grundzug gegenwärtiger gewerkschaftlicher Strategiediskussion treffsicher identifiziert wird. Andererseits entspringt aus diesem Mißverständnis die Hilflosigkeit in der Auseinandersetzung mit Neoliberalen und Monetaristen, die die Lohnquote als zentralen Krisenverursachungsmechanismus bestimmen. Es bleibt daher zu erklären, wie Engelen-Kefer in einer Situation, in der die traditionellen Globalsteuerungsmaßnahmen nicht greifen und in der die Vorstellung, die herrschenden Arbeitsmarkt»ungleichgewichte« seien lediglich auf unterschiedliche Strukturprofile von freigesetzten und wiederinzugliedernden Arbeitskräften zurückzuführen, schon angesichts der Relation von Arbeitslosen und offenen Stellen abenteuerlich erscheint, sich auf die Forderung nach einer Synthese aus beiden Instrumenten, nach einer stärkeren regionalen, branchen- und gruppenspezifischen Differenzierung der Maßnahmen zurückzieht. Der theoretische Verdrängungsprozeß, der sich darin äußert, daß mit der Verschärfung der Krise die WSI-Autoren auf detaillistische Kritiken des Instrumentariums der Wirtschaftspolitik ausweichen, führt schließlich dazu, alle möglichen Erscheinungsformen der Krise der staatlichen Politik unmittelbar anzulasten, und eine alternative Wirtschaftspolitik und deren mögliche Träger nicht mehr identifizieren zu können. So gelangt die Autorin zu dem Schluß, daß es für die ihr vorschwebende sozialpolitische Konzeption »bisher noch kaum Anhaltspunkte« (164) in der Realität gibt.

Hans-Jürgen Weißbach (Berlin/West)

Oertzen, Peter von, Horst Ehmke und Herbert Ehrenberg (Hrsg.): Thema: Wirtschaftspolitik. Materialien zum Orientierungsrahmen 1985. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1974 (215 S., br., 12,- DM).

Die Herausgeber weisen darauf hin, daß die veröffentlichten vierzehn Beiträge Schwerpunkte im Diskussionsprozeß der Kommission und der künftig zu lösenden wirtschaftspolitischen Fragen widerspiegeln. – Einen breiten Raum nehmen die Beiträge zu den Strukturproblemen, wie sie sich aus der nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung ergeben, ein. Volker Vinnai befaßt sich mit den Konsequenzen der Preispolitik der OPEC-Länder für die Entwicklungshilfe und deren strukturpolitischen Folgen. Da die Zeit der billigen Rohstoffe vorüber sei, komme es in einigen Industrieländern aufgrund der sich für sie verschlechternden terms of trade zu Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Dies dürfe aber nicht zur Rückkehr zu einer liefergebundenen Hilfe führen. Vinnai schlägt eine »echte internationale Arbeitsteilung durch strukturelle Änderungen im industriellen und landwirtschaftlichen Bereich der Industrieländer bei gleichzeitiger Handelsliberalisierung« (200) vor, deren negative Wettbewerbsauswirkungen die staatliche Regional- und Strukturpolitik vermeiden soll, indem sie den Unternehmern Produktionsalternativen aufzeigt. – Auch Fritz Scharpf sieht massive industrielle Strukturkrisen auf die entwickelten Länder zukommen. Einmal finde durch die Kartellbildung der Erdölländer eine Veränderung der Austauschrelationen und damit eine entsprechende Einkommensverlagerung statt, zum zweiten schließen sich tendentiell die technischen Lücken zwischen den Industrieländern, und ihre Technologien lassen sich auf die weniger entwickelten Länder übertragen. Damit zeichne sich eine Verlagerung der industriellen Produktion in Länder mit niedrigen Lohnkosten ab. Aufgrund dieser Krisentendenzen sei mit der Gefahr eines rechten politischen Extremismus zu rechnen. Zur Verhinderung

der Krise komme es darauf an, der deutschen Wirtschaft wieder einen technologischen Vorsprung zu sichern. Sozialdemokratische Krisenpolitik bedeute Vermeidung oder Überwindung wirtschaftlicher Strukturkrisen in planvollem Zusammenwirken mit Unternehmern und Gewerkschaften und zugleich die Verwirklichung strategischer Ziele in der Struktur-, Verteilungs- und Mitbestimmungspolitik. – Ähnlich wie Scharpf befuchtet Reimut Jochimsen einen zunehmenden Konservatismus durch das Gefühl der Bevölkerung, die etablierten Politiker hätten für den bestehenden Problemdruck keine überzeugenden Lösungen anzubieten. Es komme darum darauf an, »die Fähigkeiten des Systems so zu erweitern, daß vorhandene Möglichkeiten in stärkerem Maße auch in realisierte Problemlösungen umgesetzt werden können« (32). Dabei führe die Diskussion über den Grundwiderspruch zwischen der gesellschaftlichen Produktionsweise und der privaten Aneignung nicht weiter, da er ein Phänomen jedes arbeitsteiligen Gesellschaftssystems sei: Selbst eine Vergesellschaftung bedeute keine Aufhebung des Problems. Eine der wesentlichsten Schwächen bisheriger Politik liege in der unzureichenden Festlegung des Bezugsrahmens für die Lösung struktureller Schwierigkeiten. Die unternehmerische Funktion müsse gestärkt, gleichzeitig der Rahmen, in dem ihre Entscheidungen wirken, politisch bewußter beeinflußt werden.

Ein anderer Themenbereich des Buches befaßt sich mit der Investitionslenkung. Thilo Sarrazin gibt zunächst einen Überblick über die verschiedenen Ansätze mit dem Ziel, die direkte Investitionslenkung nach den Vorstellungen von Meißner/Wieczorek/Zinn auf ihre »Brauchbarkeit, Voraussetzungen und Implikationen hin« erklärtermaßen destruktiv zu untersuchen, was auf eine recht polemische Art geschieht. Schließlich kommt es zu dem von ihm gewünschten Schluß, daß eine direkte Investitionslenkung überflüssig ist. Herbert Ehrenberg plädiert in seinem Aufsatz: »Probleme der Investitionslenkung« für das indirekte Modell, bei dem der Staat die Rahmenbedingungen der Produktion setzt und zwar umso enger, je konkreter er bestimmte Ziele ansteuert. Der Staat gibt einen Datenkranz mit Ge- und Verboten, innerhalb dessen die Investitionsentscheidungen bei den einzelnen Unternehmen liegen. Eine Veränderung dieses Datenkranzes beeinflusst Richtung und Qualität der Produktion. Dazu müssen für alle wichtigen Infrastrukturbereiche langfristige Programme entwickelt und regional sowie sektoral aufeinander abgestimmt werden.

Insgesamt wird bei dem Bemühen der Autoren um eine theoretische Aufarbeitung der wirtschaftspolitischen Probleme, die durch die sogenannte Ölkrise und die »gespaltene Konjunktur« aufgeworfen wurden, die Unzulänglichkeit der bisherigen Globalsteuerung ebenso deutlich wie die Tatsache, daß konservative Ordnungsvorstellungen von »freier Marktwirtschaft« mit der Realität nicht in Übereinstimmung stehen. Zur Lösung der Krisenerscheinungen wird eine Strukturpolitik empfohlen, die im Wesentlichen über eine Profitbeeinflussung abläuft. Das »Unternehmerrisiko« schaltet der Staat weitgehend durch Rahmenplanungen aus. Inwieweit das Privateigentum an Produktionsmitteln Einfluß auf Struktur und Entwicklung einer Volkswirtschaft hat, wird nicht weiter untersucht, es wird vielmehr als Institution nicht nur anerkannt, sondern auch als selbstverständlich vorausgesetzt. Fraglich bleibt daher, ob mit den vorgestellten Konzeptionen der als Leitmotiv gewählte Anspruch aus dem Godesberger Programm, wonach u. a. das Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ein Leben ohne unwürdige Abhängigkeit und Ausbeutung ist, material eingelöst werden kann.

Jörg Bohnsack (Berlin/West) und Jürgen Hutterer (Hamburg)

Eick, Jürgen: *Das Regime der Ohnmächtigen*. Societäts-Verlag, Frankfurt/M. 1976 (176 S., br., 16,80 DM).

Das Buch besteht im wesentlichen aus wirtschaftspolitischen Leitartikeln und Kommentaren der »Frankfurter Allgemeinen«, deren leitender Wirtschaftsredakteur Eick ist. Von einer Vertiefung, von wissenschaftlicher Verallgemeinerung hat der Verfasser von vornherein Abstand genommen. Woran liegt die Malaise dieses Landes? Eick bemängelt das Fehlen eines »strategischen Konzepts« (13), er stellt die Frage, ob »die westlichen Demokratien noch vor sich selbst zu retten« sind (9). Wie die Geier über das Aas machen sich Mikroben über den geschwächten Körper unseres Wirtschaftslebens her: nacheinander die Mikrobe des Demokratismus (68), die Mikrobe der Inflation (74), die wiederum von der Mikrobe der Vollbeschäftigung »nur schwer« zu unterscheiden ist (ebd). Vom Parlament ist die Macht an die Parteien übergegangen (45 ff.), von diesen an die Gewerkschaften (57 ff.). Dies mit dem schließlichen Effekt, daß die Machtausübenden wahlweise den Wählern bzw. den Gewerkschaftsführern nach dem Munde reden. Und das gründlich! Denn: »Wir Deutschen« scheinen offenbar »nur die Extreme zu kennen« (175).

Eicks Buch erscheint im dritten Krisenjahr, für das selbst bürgerliche Betrachter nicht umhin kommen, eine »gespaltene Konjunktur« festzustellen. Monströse Gewinne des Großkapitals vertragen sich glänzend mit einer Arbeitslosigkeit, die Ende dieses Jahres möglicherweise zum fünftenmal bei durchschnittlich über einer Million liegt. Daß die hierin sich ausdrückende Planlosigkeit des Kapitalismus am System und nicht an den Personen liegt, muß auch Eick in bestimmten Passagen seiner Schrift einräumen. So ist z. B. per 1976 nicht möglich, vorherzusagen, wieviel Physiker in der Bundesrepublik 1980 benötigt werden (122). Die Vergesellschaftung der Produktion verlangt nach gesellschaftlicher Planung, gesellschaftliche Planung verlangt aber nach gesellschaftlichem Eigentum. Und weil er dies nicht sieht und nicht sehen darf, polemisiert Eick unentwegt gegen die »Systemveränderer«, »die sich nach dem Chaos sehnen« (62). Die Mitbestimmung hat es ihm besonders angetan. Denn Unternehmen müssen eine Verfassung besonderer Art besitzen, »wenn sie funktionieren wollen, wie denn auch ein Schiff nur einen Kapitän haben kann und nicht sechs; die Bundeswehr würde sich selbst lahmlegen, wenn es keine klaren Über- und Unterstellungsverhältnisse mehr gäbe« (65). In bewegten Worten schildert er die Gleichmacherei der modernen Gesellschaft und ihres Bildungssystems insbesondere, die nur noch »Fabrikware« (Jacob Burckhardt) hervorbringt. Auch im Krankenhauswesen. Eick wendet sich über mehrere Seiten (165 ff.) gegen das Projekt des klassenlosen Krankenhauses. Die philosophischen Grundlagen FAZ'scher Elitetheorie sind dabei nur als dürftig zu bezeichnen. Mit Genugtuung zitiert Eick die US-amerikanische »Business Week«: »Ein Blick auf die reale Welt beweist, daß einige Menschen smarter sind als andere« (164). Die über eine Million Arbeitslosen gehören wohl eher zu den Ungehobelten.

Matthias Dohmen (Wuppertal)

Katzenstein, Robert und Heinrich Peter (Hrsg.): *Marx/Engels/Lenin. Zur politischen Ökonomie des Kapitalismus*. Ein Nachschlagewerk. Verlag das europäische buch, Berlin/West 1977 (788 S., br., 24,80 DM).

Den Herausgebern ging es um ein problemorientiertes Nachschlagewerk, das der Erschließung der Werke von Marx, Engels und Lenin dienen sollte. Im Vorwort erklären sie sich dessen bewußt, daß sie »einen ersten Schritt in dieser Richtung unternehmen haben. Die Aufgabe ist so groß, daß zwei Mann sie nicht auf Anhieb bewältigen können.« (18) Der Untertitel ist enger als die Auswahl der behandelten Problemkreise. Nach 6 Kapiteln zur allgemeinen politischen Ökonomie des Kapitalis-

mus und 2 Kapiteln zu »Monopol« und »Imperialismus« folgen zwei Schlußkapitel über die nationalen Befreiungsbewegungen und zur Frage des demokratischen Kampfes und des friedlichen Übergangs zum Sozialismus. Die Nützlichkeit des Bandes wird durch ein knappes Sachregister erhöht, das allerdings fast ausschließlich auf inhaltlich-ökonomische Stichwörter beschränkt ist. Obwohl das 1. Kapitel sich mit »Gegenstand und Methode der politischen Ökonomie« befaßt, fehlen Stichworte zur Methode (wie auch das Stichwort »Methode« selbst) völlig. Im übrigen werden die Akzente im Methodenabschnitt folgendermaßen gesetzt: »Zum Verhältnis von ›Logischem« und ›Historischem«, »Wesen und Erscheinung / Innerer Zusammenhang und Oberfläche« und »Begriff und wirkliche Verhältnisse / Entwicklung des Kapitalbegriffs«. »Abstraktion«, »Analyse«, »Dialektik«, »Parteilichkeit«, »Kritik« usw. werden nicht eigens berücksichtigt. Das ist bedauerlich und könnte vielleicht bei einer zweiten Auflage geändert werden, zumal die Textauschnitte vor allem über das Verhältnis von Logischem und Historischem wohl nur für denjenigen Leser von Nutzen sind, der sich mit der Frage bereits eingehend beschäftigt hat. Erstaunlicherweise bleiben z. B. die reifsten Äußerungen von Marx zu diesen und unmittelbar angrenzenden Fragen, wie sie im Vorwort zur 1. Auflage und im Nachwort zur zweiten Auflage des »Kapital«, sowie in den »Randglossen zu A. Wagner« (MEW 19) niedergelegt sind, unberücksichtigt.

Interessant ist die Anordnung und Abfolge der Grundbegriffe der marxischen Theorie des *Kapital*. Die Herausgeber versuchen eine Umorganisation der marxischen Darstellungsweise. Während sie dem Aufbau des »Kapital« von Ware bis Geld folgen, schalten sie dann einen Abschnitt »Wertgesetz und Warenproduktion« ein, wo sie Ware und Geld als historische Voraussetzungen des Kapitals sowie »Einfache Warenzirkulation und Kapitalzirkulation« behandeln. Im 3. Kapitel »Kapital und Mehrwert – Der Arbeitslohn« entfernen sie sich völlig von Marxens Anordnung. Sie beginnen mit der »ursprünglichen Akkumulation«, die bei Marx den Anhang an den Abschnitt über Akkumulation bildet, und fügen dann – mit Ausnahme des Abschnitts über Akkumulation – den gesamten ersten Band ein. Das 4. Kapitel umfaßt den 2. Band, das fünfte den dritten – mit Ausnahme des Abschnitts über den »tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate«. Diesen integrieren sie zusammen mit dem Akkumulationsabschnitt des ersten Bandes in ein 6. Kapitel »Akkumulation und Krise«. Die Gründe für diese Umorganisation werden zwar im Vorwort nicht erörtert, springen aber in die Augen, denn auf diese Weise ergibt sich der Anschluß an die Theorie des Monopols (7. Kapitel) und an Lenins Imperialismus-Theorie (8. Kapitel). Es folgen die bereits erwähnten beiden Schlußkapitel. Hervorzuheben ist das Monopolkapitel, das die bisher zugänglichen Äußerungen von Marx und Engels zu diesem Thema umfaßt. Der Gebrauchswert des ganzen wird erhöht durch zusätzliche Quellenhinweise zu jedem Problemkreis; sie erlauben dem Benutzer eine Vertiefung anhand der MEW und erschließen auch Nebenstränge der Problematik und Querverbindungen zu anderen Gebieten.

Es wäre unbillig, den Herausgebern weggelassene Stellen vorzuhalten. Vielleicht wäre eher zu fragen, ob nicht Doppelaufnahmen hätten vermieden werden können. Querverweise hätten geholfen, Platz zu sparen. Aber solche Einwände sind nicht erheblich. Es bleibt, bei allem Unbehagen angesichts der Miß- und Unverständlichkeit so mancher abrupt beginnender oder endender Auszüge (für den Rezensenten besonders deutlich in dem Abschnitt über die Analyse der Wertform, »Die Wertformen«, wo unter Weglassung der Entwicklungsschritte bloß die Ergebnisse wiedergegeben sind), der Dank an die Herausgeber, die sich dieser Mühe unterzogen. Vielleicht wird es eines Tages möglich, in einem weiteren Nachschlagewerk andere bedeutende Theoretiker der marxistischen Arbeiterbewegung zu Wort kommen zu las-

sen. Wenn Lenin unvermittelt nach Marx und Engels kommt und nach ihm nichts mehr, so läßt ihn das manchmal (vor allem in seinen »Wendungen«) unverständlich werden. Daß er die »endgültige Gestalt« (die es nach seiner eigenen Lehre sowieso nicht oder nur in der Einbildung geben kann) der Theorie nicht ist, machen die Auszüge des vorliegenden Nachschlagewerks noch einmal deutlich. Daß auch die – vor allem methodischen – Selbsteinschätzungen von Marx und Engels mehr Interpretationsprobleme stellen als lösen, wird gleichfalls evident. Die Einsicht in die Notwendigkeit, sie im Lichte weiterentwickelter wissenschaftlicher Standards (wenn man so will: theoretischer Produktivkräfte) wie in jeder Epoche, so auch in der unsern neu sich anzueignen und zu »theorisieren«, wird durch die vorliegende Textzusammenstellung unterstrichen. Die Versuche, dieser Aufgabe gerecht zu werden, sind freilich mit der eigentümlichen Unsicherheit belastet, denen das problematische Verhältnis von Theorie und Praxis sie aussetzt.

Wolfgang Fritz Haug (Berlin/West)

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

AS 32

Gesellschaftsformationen in der Geschichte

Erstmalig wird von Gesellschafts- und Geschichtswissenschaftlern der BRD versucht, einen Überblick über den Diskussionsstand zum Problem der Gesellschaftsformationen in der Geschichte zu gewinnen und diese Kategorie in der forschenden Erörterung einzelner Gesellschaftsformationen zu erproben. Trotz unterschiedlicher Positionen im einzelnen, von denen aus auch die marxistische Theorie kritischer Reflexion unterzogen wird, erhärtet sich doch insgesamt die Aussage des historischen Materialismus, daß ohne die Aufarbeitung der Geschichte aus der Folge ihrer ökonomischen Strukturen heraus gesellschaftliches Sein und Bewußtsein nicht hinreichend erforscht werden können.

Die Beiträge behandeln die Periodisierungsfrage (L. Krader), archaische Gesellschaften (H. D. Seibel), die Antike (M. Schmidt), den Feudalismus (L. Kuchenbuch, B. Michael und H. H. Nolte) den Kapitalismus (K. H. Tjaden), die DDR-Diskussion (K. Naumann), Probleme des Kommunismus, der Plan-Kategorie und des Geschichtsbewußtseins (P. Brockmeier/B. Heidtmann/F. Tomberg).

Einzelpreis: 15,50 DM, im Abo 13,- DM, Schüler und Studenten 12,- DM, im Abo 10,- DM

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65

BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

4 '78

Ökonomisch-politische Reviews

Terrorismus und Arbeiterpolitik in der italienischen Krise (Interview mit Adalberto Minucci/KPI)

Italien 1978: Alternative Austerität

Berichte

H.-W. Franz / S. Tovar: Der 9. Parteitag der PCE

Veränderungen im Weltgewerkschaftsbund

Marxistische Theorie

Überwindung des Personenkultes? Der ZK-Beschluß der KPdSU von 1956

P. Togliatti: Interview 1956. Die wirklichen Probleme

Demokratie und Sozialismus – Zwischenbilanz seit 1956

1968 – Prager Frühling – gepanzerter August

Geplante Ökonomie und Arbeiterdemokratie. Zur Analyse des Despotismus im realen Sozialismus

J. Kanapa: Sozialgeschichte der Kommunistischen Bewegung

Literatur

Unternehmer im Roman

Kommentare / Zeitschriften

5. Jg. 1978

Redaktion: J. Bischoff, W. Breum, A. Zieher – Erscheint zweimonatlich – Einzelheft DM 9,-, Jahresabo DM 44,- VSA Verlag, Postfach 260 230, 2000 Hamburg 26

Blätter für deutsche und internationale Politik

6 '78

Kommentare und Berichte

G. Kade: UNO-Abrüstungstagung im Schatten des NATO-Gipfels

W. Roßmann: Zum 11. DGB-Bundeskongreß

H. J. Andel: Pyrrhus-Sieg am Nil

R. Falk: Hintergründe der Intervention in Zaire

Hauptaufsätze

G. Grünwald: Abrüstung und Arbeitsplatzsicherung. Zur Diskussion über Rüstungskonversion und Arbeitslosigkeit

G. Ahrweiler: Zur Krise des Parlamentarismus

N. Paech: Gesinnungsjustiz. Zur politischen Justiz der Radikalenverfolgung

U. Schröter: Anklage gegen das Berufsverbot. Wortlaut einer Stellungnahme vor dem Oberverwaltungsgericht Münster

R. de la Vega: Die spanische Gewerkschaftsbewegung und der Kampf um die soziale und politische Demokratie

A. Klingshirn / D. Kramer: Probleme der auswärtigen Kulturpolitik der BRD

Medienkritik

G. Giesenfeld: das Gesetz des Serials

Wirtschaftsinformation

J. Goldberg: Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 1. Vierteljahr 1978 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

23. Jg. 1978

Hg.: Frhr. v. Bredow, H. Deppe-Wolfinger, J. Hufschmid, U. Jaeggi, G. Kade, R. Kühnl, J. Menschik, R. Opitz, M. Pahl-Rugenstein, H. Rauschnig, H. Ridder, F. Straßmann, G. Stuby. – Red.: K. Bayertz, K. D. Bredthauer, P. Neuhöffer, J. Weidenheim. – Erscheint monatlich. – Einzelheft 5,30 DM, im Jahresabo 3,80 DM, für Studenten 3,50 DM. – Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51.

Demokratische Erziehung

2 '78

- K. Bunke: Arbeitslos – und alles ist zu Ende?
 R. Griep: 2. Phase der Lehrerausbildung
 W. Stöhr: Volksschullehrer und Republik
 G. Ricker: Lehrerkooperation
 K. H. Heinemann: Was können wir heute von Makarenko lernen?
 U. Koch / S. Romey: Antifaschistischer Unterricht
 B. v. Onna: Betreuungsverträge und Jugendarbeitslosigkeit
 W. Wehner: Dokumentation faschistischer Publikationen

3 '78

- W. Klafki: Erziehungswissenschaft und Restauration im Bildungswesen
 R. Kühnl: Auf dem Weg zum autoritären Staat?
 W. Rügemer: Wozu Erziehung und Erziehung wozu?
 G. Schefer: Gymnasialideologie und Gesamtschulfeindschaft
 K. H. Heinemann: Warum sich Hoesch-Arbeiter für Gesamtschulen interessieren
 K. H. Braun: Materialistische Behindertenpädagogik und Kritische Psychologie

4 '78

- G. Gerecht u. a.: Zur Lage arbeitsloser Lehrer
 K. H. Bönner: Zurück zur Familie
 F. Wißmann: 10. Schuljahr – Abstellplatz oder Reformfortschritt?
 L. Doormann: Zur sozialen Lage der Kinder in der BRD
 G. Ulmann: Arbeit und Erziehungskrise
 K. Klemm: Kinder ausländischer Arbeitnehmer
 K. Bader: Krippenerziehung – Erziehung zur Selbständigkeit?
 H. Lauer: Zur Neuordnung des elterlichen Sorgerechts
 S. Pukallus: Kinder und Comics
 H. Wenzel: Kindergruppenarbeit
 W. Jantzen: Replik auf K. H. Braun

4. Jg. 1978

Redaktion: K.-H. Heinemann, W. Rügemer. – Alle zwei Monate. – Einzelheft 5,- DM, im Jahresabo 3,50 DM, für Studenten 3,- DM. – Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51.

dialectiques

23

Louis Althusser: Entretien

La gauche malade des partis

Raymond Jean: Le mot et la ligne

Etienne Balibar: La responsabilité des communistes. Une réunion de communistes sur les travaux du C. C.

Rolland Pierre: Ce avec quoi il faut compter

Marc Martin: Qu'importe la pratique pourvu qu'on ait la ligne

Jean-Marie Demaldent: Pour un débat transorganisationnel

Daniel Bensaid: Le P. C. F. à la croisée des chemins

P. C. E.: Un congrès démocratique le léninisme en question

Jean Rony: Choses vues et entendues au IXe congrès

Manuel Azcarate: Lénine, dites-vous?

Lénine: Apprendre et comprendre... (annexe)

Joaquim Sempere: «Eurocommunisme» et léninisme

La tête dans les images cinéma, télévision, théâtre

Christian Metz, Pierre Sorlin, Marie-Claire Ropars, Danielle Kaisergruber, Sylvie Trosa, Michel Marie: Derrière l'écran

Pascal Bonitzer: Parler le cinéma

Marcel Bluwal: «Lulu» à la télé: la fin d'un mythe?

Olivier Chantraine: Représenter la petite bourgeoisie en 1978

7. Jg. 1978

Redation: B. Avakian-Ryng, M. Abeles, J.-C. Chauvette, Y. Mancel, D. Kaisergruber, S. Ouvrard, C.-A. Ryng, J.-L. Piel, P. de Lara, Y. Blanc, C. Lazzeri, N. Ouvrard. – Vierteljahresschrift. – Jahresabo 90 F. – 77 bis, rue Legendre 75017 Paris.

3. WELT MAGAZIN

6 '78

Für ein Verbot von Atomwaffen

M. O. Hinz: Versuch einer antiimperialistischen Alternative in Senegal

R. Meyer: Somalia am Scheideweg

G. Rauch: Trotz Schutz des Gesetzes. Zur Lage von Hausangestellten in Kolumbien

Äthiopien – Die Revolution des Militärs

D. Leitner: Ecuadors beschwerlicher Weg zu einer zivilen Regierungsform

B. Sommer: Die Palästinenser nach dem 5. Nahost-Krieg

U. Davis: Opposition in Israel

M. Caldwell: Thailand und Kampuchea. Die Sorgfaltspflicht westlicher Medien

G. Mackensen: Glückliches Samoa?

7 '78

M. O. Hinz: Mittelmeerkonferenz in Bremen

F. Eisenlöffel: Zur Fortsetzung des Krieges in Zaire

Interview mit Lelio Basso

D. Haude: Verhandlungen mit FRETILIN und Suharto

M. Caldwell: Export von Umweltverschmutzung

F. Halliday: Aufschwung in Aden

Interview mit Khaled Mohedine

B. Faßbender: Wahlen in Bolivien

E. Müller: Hungerstreik in Chile

U. Heide: Israelfilme in der BRD Themenblock: Korea

4. Jg. 1978

Redaktion: D. Habicht-Benthin, D. Haude, A. Hürter, N. Paech, B. Sommer, U. Stewen, D. Ziegert (Bildredaktion D. u. K. Kierzkowski. – Einzelheft 4 DM, Jahresabo 48 DM, vergünstigt 32 DM – pdw. Buschstraße 20, 5300 Bonn 1.

kritik

Zeitschrift für sozialistische Diskussion

17

Grüne Listen – Grüner Filz?

J. Steffen: Plädoyer für eine alternative Politik

H. Brandt: Die Grünen und die SPD

L. Mez / U. Wolter: Kommentar zu den Wahlen in Hamburg und Niedersachsen

H. v. Bernstorff: Die Anti-Atom-Bewegung und die Wahlen

V. Brandes / L. Fietzek: Neue Tendenzen in den Tarifrunden und Betriebsratswahlen 1978

Die französische Linke nach der Wahl

A. Münster: Die Krise der französischen Linken

L. Althusser: Was in der Kommunistischen Partei so nicht weitergeht

J. Elleinstein: KPF in der Krise

R. Garaudy: Für eine Zukunft mit menschlichem Antlitz

A. G. Frank / E. Mandel: Kontroverse über den Eurokommunismus

H. Weber: Entwicklungsbedingungen der DDR

6. Jg. 1978

Herausgeber: Ulf Wolter. Redaktionsbeirat: Rudi Dutschke, Ossip K. Flechtheim, Helmut Fleischer, Robert Jungk, Ekkehart Krippendorff, Ernest Mandel, Klaus Meschkat, Lutz Mez, Jacob Moneta, Arno Münster, Oskar Negt, Theo Pirker, Bernd Rabehl, Jochen Steffen. – 4 Nummern im Jahr. – Einzelheft 7,- DM, im Abo 6,- DM. – Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30.

MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME
DER GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT UND POLITIK

4 '78

Stärkt die Linkskräfte / Rolle der DKP

H. Gautier: 10 Jahre DKP

J. Schleifstein: Aufgaben und Perspektiven der Linkskräfte in der BRD

K. Pickshaus: Neue Aspekte der gewerkschaftlichen Kämpfe 1978

H. Bublitz: Die Bedeutung der DKP als revolutionäre Arbeiterpartei in der BRD

R. Eckert: Einige neue Gesichtspunkte der Aktionseinheitspolitik der DKP

R. Steigerwald: Im Namen Bernsteins: „Einheit“ – wofür und wogegen?

W. Bartels: Für das gemeinsame Handeln der Jugend

R. Schmucker: Aufgaben und Praxis der CDU/CSU-Sozialausschüsse

H. Bausch: Das 3. Russel-Tribunal

L. Schneider: Wo stehen die verschiedenen maoistischen Gruppen?

G. Judick: Wer gehört zu den Linkskräften in der BRD?

F. Krause: 11. Ordentl. Bundeskongreß des DGB

16. Jg. 1978

Hg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause, H. Lederer, W. Orczykowsky, U. Piepkorn, M. Schäfer, R. Steigerwald, O. Wagner. – Red.: F. Krause – Alle zwei Monate. – Einzelpreis 4,- DM, Jahresabo 18,- DM, Studenten 20% Ermäßigung. – Vlg. Marxistische Blätter, Hedderheimer Landstr. 67 a, 6000 Frankfurt/M. 50.

NEUBUS FORVM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT
ENGAGIERTER CHRISTEN
UND SOZIALISTEN

293/294

G. Nenning: Rote Brigaden machen Staat

R. Oberlercher: Es lebe der Imperialismus

F. Geyrhofer: Welt im Dreieck. Neutronenbombe, USA und Europa

H. Mahler: Staat muß sein. Briefe aus dem Kerker II

E. Piper: Majestätsbeleidigung. 100 Jahre Russelltribunal

R. Wiggerhaus: Niemand ist unschuldig. Zum 100. Geburtstag Erich Mühsams

H. Pataki: Biederschmidt. Bericht über ein antiquiertes Zeitalter

H. Küng: Ein Gott für Kreisky. Rede vor österreichischen Sozialdemokraten.

G. Nenning: Zwei Revisionismen. Antwort auf Küng

Rezensionen

25. Jg. 1978

psychologie heute

6 '78

M. Zuckerman: Warum manche den Nervenkitzel brauchen

H. Krauch: Wie Menschen zu Daten verarbeitet werden

R. Grossarth-Maticsek: Psychosoziale Faktoren der Krebserkrankung

T. Budzynski: Wege zum Unbewußten

H. Burk: Die „Kunst“ der Geisteskranken

F. Perls: Der Aberglaube von „Körper, Geist und Seele“

Sonderteil: M. Mahoney: Tendenzwende in der Verhaltenstherapie

7 '78

E. Wilke: Tanz – Erfahrung jenseits der Sprache

Psychiatrie: Ich sitz da so und hör mir das an

B. Schulz: Werbung

G. Salje: Wenn Kojak Dich zum Kind macht

H. Opaschowski: Animation

F. Torrey: Mythen über die Schizophrenie

Sonderteil: H. E. Richter: Hilfe für die helfenden Berufe

5. Jg. 1978

Herausgeber: Günther Nenning. – Redaktion: F. Geyrhofer, M. Hopp, H. Pataki. – 12 Hefte im Jahr. – Einzelheft 6,50 DM, 44 ÖS, Jahresabo 48,- DM, 320 ÖS, Studenten-Abo 36,- DM, 240 ÖS. – Neues Forum, Museumstr. 5, A-1070 Wien

Redaktion: S. Brockert, H. Ernst, M. Moebius, B. Nitzschke, A. Roethe. – Monatlich. – Einzelheft 5,- DM, Jahresabo 45,- DM. – Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

rote blätter

6' 78

B. Landefeld: Zur Lage im VDS
Gewerkschaften und Studienreform
Die DGH: Projekte aus Marburg und
Bremen

konkret oder: Die Unfähigkeit zur Dis-
kussion

WM '78: Argentinien – 2 Jahre Militärdik-
tatur

Berti Vogts und die FAZ

Interview mit Kevin Keegan

Festival der Jugend: Fotoreportage

Filmkritik: Deutschland im Herbst

7/8 '78

Streit um die HRG-Novellierung
Zur Ideologie und Politik der »Marxisti-
schen Gruppe«

Festival und marxistische Kulturpolitik
DKP-Programmwurf: Beiträge von
W. Abendroth und Th. Metscher

Afrika – ein neues Vietnam?

Die BRD und die Invasion in Zaire

E. Biondi: Terror in Italien

R. Krings: Gegen die Demagogie von der
»deutschen Einheit«

Zur Geschichte der Welfestspiele

Ruhrestspiele Recklinghausen

8. Jg. 1978

Hrsg.: Bundesvorstand des MSB Spartakus. – Redaktion: F. Sommerfeld, K. Deiritz, H. Ferber, D. Riechert. – Erscheint monatlich. Einzelheft 1,50 DM, Jahresabo 14,80 DM. – Bestellungen über Weltkreis-Verlag, Bruderweg 16, 4600 Dortmund

SOCIALISM IN THE WORLD

1 '77

Contradictions and Transformations in
the Present-day Capitalism and Pro-
blems of Strategy of the Socialist For-
ces

u. a.:

E. Altwater: Socialist Tendencies in the
Capitalist Countries of Western Europe

K. Coates: Prospects for Socialism in Bri-
tain

F. Deppe: The Crisis of Modern Capita-
lism and the Perspective of the Worker's
Movement

S. Ishida: The Way to Socialism in Ja-
pan

N. Poulantzas: The Current Transforma-
tion of the State

A. Sohn-Rethel: Capitalism and Socialism
in the World Today

Discussions

2 '77

Socialist Content of Anti-Colonial and
Anti-Imperialist Revolution

u. a.:

L. Basso: The Anti-Colonial and Anti-
Imperialist Revolution in Our Epoch

E. Farah: Socialist in the Arab World

F. Moursi: The Crisis of Nasser's Socialist
Forluma

Z. Trputec: Socialist Content of Anti-Im-
perialistic Peoples Revolutions

Discussions

Editor: International Conference „Socialism in the World“, Cavtat, and IC „Komunist“, NIP Komunist, Beograd, Jugoslavia. Auslieferung für BRD und West-berlin: Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65. Preise wie Argument-Sonderbände AS (ca. 300 S.).

de Gruyter Studienbuch



Grundlagen der Kommunikation

David Lewis

Konventionen

Eine sprachphilosophische
Abhandlung

XIV, 224 S. 1975. Kart. DM 28,-

Georg Henrik von Wright

Handlung, Norm und Intention

Untersuchungen
zur deontischen Logik

XXX, 158 S. 1977. Kart. DM 28,-

Dieter Cherubim (Hrsg.)

Sprachwandel

Reader zur diachronischen
Sprachwissenschaft

X, 368 S. 1975. Kart. DM 28,-

Franz von Kutschera

Einführung in die intensionale Semantik

XII, 187 S. 1976. Kart. DM 28,-

Peter Eisenberg (Hrsg.)

Maschinelle Sprachanalyse

Beiträge zur automatischen
Sprachbearbeitung I

VIII, 262 S. 1976. Kart. DM 32,-

Peter Eisenberg (Hrsg.)

Semantik und künstliche Intelligenz

Beiträge zur automatischen
Sprachbearbeitung II

VIII, 244 S. 1977. Kart. DM 32,-

Christoph Hubig/
Wolfert von Rahden (Hrsg.)

Konsequenzen kritischer Wissenschafts- theorie

VIII, 398 S. 1978. Kart. DM 34,-

Carl G. Hempel

Aspekte wissenschaftlicher Erklärung

X, 240 S. 1977. Kart. DM 28,-

Max J. Cresswell

Die Sprachen der Logik und die Logik der Sprache

ca. 320 S. 1978. Kart. ca. DM 28,-

Christoph Hubig

Dialektik und Wissenschafts- logik

Eine sprachphilosophisch-
handlungstheoretische Analyse

VIII, 274 S. 1978. Geb. DM 42,-

Ulrich Blau

Die dreiwertige Logik der Sprache

Ihre Syntax, Semantik und
Anwendung in der Sprachanalyse

X, 275 S. 1978. Geb. DM 64,-

G. E. Hughes/M. J. Cresswell

Einführung in die Modallogik

Teil I:
Modale Aussagenlogik

XII, 340 S. 1978. Lw. DM 86,-

<i>Graham, Loren R.</i> : Dialektischer Materialismus und Naturwissenschaften in der UdSSR (<i>M. Springer</i>)	583
<i>Bartsch, Gerhard, Herbert Crüger und Christian Zak</i> : Geschichte als gesetzmäßiger Prozeß (<i>K. H. Tjaden</i>).....	584

Sprach- und Literaturwissenschaften

<i>Wilkins, D. A.</i> : Linguistik im Sprachunterricht (<i>D. Rösler</i>)	587
<i>Hausmann, F. J.</i> : Linguistik und Fremdsprachenunterricht (<i>D. Rösler</i>)	587
Sprache ausländischer Arbeiter. Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik (<i>D. Rösler</i>).....	587
Heidelberger Forschungsprojekt »Pidgin-Deutsch«: Sprache und Kommunikation ausländischer Arbeiter (<i>U. Steinmüller</i>)	590
<i>Bogdal, Klaus-M., Burkhardt Lindner und Gerhard Plumpe (Hrsg.)</i> : Arbeitsfeld: Materialistische Literaturtheorie (<i>J. Schültke</i>)	591
<i>Lehmann, Hans-Thies (Hrsg.)</i> : Beiträge zu einer materialistischen Theorie der Literatur (<i>H. Woetzel</i>)	593
<i>Christ, Hannelore</i> : Literarischer Text und historische Realität. Versuch einer historisch-materialistischen Analyse von Jörg Wickrams »Knabenspiegel«- und »Nachbarn«-Roman (<i>H. Korte</i>).....	595

Soziologie

<i>Bader, Veit Michael, u. a.</i> : Einführung in die Gesellschaftstheorie (<i>C. Fleck</i>)... 596	596
<i>Keller, Monika</i> : Kognitive Entwicklung und soziale Kompetenz. Zur Entstehung der Rollenübernahme in der Familie und ihrer Bedeutung für den Schulerfolg (<i>T. Schöfthaler</i>)	597
<i>Schoeck, Helmut</i> : Schülermanipulation (<i>H. E. Jost</i>)	599
<i>Brownmiller, Susan</i> : Gegen unseren Willen. Vergewaltigung und Männerherrschaft (<i>I. Feesche</i>)	600
<i>Becker, Gabriele, u. a.</i> : Aus der Zeit der Verzweigung. Zur Genese und Aktualität des Hexenbildes (<i>U. Gerold</i>).....	601
<i>Gerhard, Ute</i> : Verhältnisse und Verhinderungen. Frauenarbeit, Familie und Recht der Frauen im 19. Jh. (<i>E. Keifer</i>).....	602

Erziehungswissenschaften

<i>Bendit, René und Achim Heimbucher</i> : Von Paulo Freire lernen – Ein neuer Ansatz für Pädagogik und Sozialarbeit (<i>H.-M. Große-Oetringhaus</i>).....	603
<i>Gamm, Hans-Jochen</i> : Umgang mit sich selbst. Grundriß einer Verhaltenslehre (<i>A. Kunze</i>)	604
<i>Lempert, Wolfgang und Reinhard Franzke</i> : Die Berufserziehung (<i>M. Kipp</i>).....	605
<i>Eggers, Philipp B. und Franz J. Steinbacher (Hrsg.)</i> : Soziologie der Erwachsenenbildung (<i>W. Kunstmann</i>).....	606

<i>Kurze, Wilhelm und Kurt Tschenett: Zeitschriften der Erwachsenenbildung (W. Kunstmann)</i>	606
<i>Weymann, Ansgar: Lernen und Sprache. Empirische Untersuchungen zur Schichtenspezifität von Lernerfolg und verbaler Interaktion (W. Kunstmann)</i>	606
<i>Hesse, Hans A., u. a.: Berufsbild und Studienplan. Empirische Beiträge zur Entwicklung von Hochschulcurricula (E. Holling)</i>	607
<i>Wagner, Wolf: Uni-Angst und Uni-Bluff (N. Rätzfel)</i>	608

Psychologie

<i>Tinbergen, Niko: Das Tier in seiner Welt, Bd. 1 (U. Enderwitz)</i>	610
<i>Foucault, Michel: Sexualität und Wahrheit, Bd. I (V. M. Heins)</i>	611
<i>Hocquenghem, Guy: Das homosexuelle Verlangen (J. Hempel)</i>	612
<i>Dannecker, Martin: Der Homosexuelle und die Homosexualität (M. Herzer)</i> .	614

Geschichte

<i>Eder, Klaus: Die Entstehung staatlich organisierter Gesellschaften (E. Piper)...</i>	615
<i>Kippenberg, Hans G. (Hrsg.): Seminar: Die Entstehung der antiken Klassengesellschaft (E. Piper)</i>	616
<i>Schlumbohm, Jürgen: Freiheit – Die Anfänge der bürgerlichen Emanzipationsbewegung in Deutschland im Spiegel ihres Leitwortes (P. Meisenberg)</i>	617
<i>Raitz, Walter (Hrsg.): Deutscher Bauernkrieg (K.-J. Lorenzen-Schmidt)</i>	619
<i>Blickle, Peter: Die Revolution von 1525 (U. Wacker)</i>	620
<i>Kuchenbuch, Ludolf (Hrsg.): Feudalismus – Materialien zur Theorie und Geschichte (E. Piper)</i>	621
<i>Borsdorf, Ulrich u. a. (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945 (D. Peukert)</i>	546
<i>Reulecke, Jürgen (Hrsg.): Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr (D. Peukert)</i> .	546
<i>Mannschatz, Gerhard und Josef Seider: Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet 1945–1947 (D. Peukert)</i>	546
<i>Klessmann, Christoph und Peter Friedemann: Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946–1948 (D. Peukert)</i>	546
<i>Klotzbach, Kurt: Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945 (D. Peukert)</i>	546
<i>Steinberg, Hans-Josef: Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945 (D. Peukert)</i>	546
<i>Zimmermann, Michael: Opposition und Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Oberhausen (D. Peukert)</i>	546
<i>Bludau, Kuno: Gestapo Geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933–1945 (D. Peukert)</i>	546
<i>Schöck, Eva Cornelia: Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920–1928 (D. Peukert)</i>	546

<i>Lucas, Erhard: Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung (D. Peukert)</i>	546
<i>Tenfelde, Klaus: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert (D. Peukert)</i>	546

Soziale Bewegung und Politik

<i>Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik (F. Niess)</i>	623
<i>Muszynski, Bernhard: Wirtschaftliche Mitbestimmung zwischen Konflikt- und Harmoniekonzeptionen (C. Seegert)</i>	624
<i>Greven, Michael Th.: Parteien und politische Herrschaft. Zur Interdependenz von innerparteilicher Ordnung und Demokratie in der BRD (V. Gransow)</i>	625
<i>Butterwegge, Christoph: Probleme der marxistischen Staatsdiskussion (H.-J. Axt)</i>	626
<i>Broz Tito, Josip: Der jugoslawische Weg. Aufsätze und Reden (K. Priester)</i>	627
<i>Broz Tito, Josip: Ausgewählte Reden (K. Priester)</i>	627

Jura

<i>Koch, Hans-Joachim (Hrsg.): Seminar: Die juristische Methode im Staatsrecht (V. Neumann)</i>	629
<i>Brüggemeier, Gert: Entwicklung des Rechts im organisierten Kapitalismus (T. Piegeler)</i>	630
<i>Kerimow, Djangir Ali-Abbasowitsch: Philosophische Probleme des Rechts (J. J. Hagen)</i>	632
<i>Martiny, Martin: Integration oder Konfrontation? Studien zur Geschichte der sozialdemokratischen Rechts- und Verfassungspolitik (C. Seegert)</i>	633

Ökonomie

<i>Müller, Ludwig und Fritz Rische: Krise, Inflation, Arbeitslosigkeit (S. A. Bahadir)</i>	635
<i>Seifert, Hartmut und Diethard B. Simmert (Hrsg.): Arbeitsmarktpolitik in der Krise (D. Grün/R. Ost)</i>	636
<i>Engelen-Kefer, Ursula: Beschäftigungspolitik (H.-J. Weißbach)</i>	638
<i>Oertzen, Peter von, Horst Ehmke und Herbert Ehrenberg (Hrsg.): Thema: Wirtschaftspolitik. Materialien zum Orientierungsrahmen 1985 (J. Bohnsack/J. Hutterer)</i>	639
<i>Eick, Jürgen: Das Regime der Ohnmächtigen (M. Dohmen)</i>	641
<i>Katzenstein, Robert und Heinrich Peter (Hrsg.): Marx/Engels/Lenin. Zur politischen Ökonomie des Kapitalismus (W. F. Haug)</i>	641

Über die Autoren

Axt, Heinz-Jürgen, Dr. phil., geb. 1946; Wiss. Ass. am Institut für Soziologie der TU Berlin. Veröffentlichungen: *Staat, multinationale Konzerne und politische Union in Westeuropa* (1978); zu Staats- und EG-Problemen. Arbeitsgebiete: Polit. Soziologie, internationale Beziehungen, Arbeiterbewegung. Mitglied der GEW und des BdWi.

Bahadir, Sefik Alp, Dr. rer. pol., geb. 1946; z. Zt. Habilitationsstipendiat der DFG. Veröffentlichungen: *Allokation der Produktivkräfte und gesamtwirtschaftliche Stabilität* (1978); Zeitschriftenaufsätze. Arbeitsgebiete: Wirtschaftstheorie, Außenwirtschaft, Vorderer Orient.

Bayertz, Kurt, Dr. phil., geb. 1948; Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Veröffentlichungen: *Karl R. Poppers Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie* (1977); *Zum Verhältnis von erkenntnistheoretischen und ontologischen Aspekten der materialistischen Naturdialektik* (1978). Arbeitsgebiete: Wissenschaftstheorie, Politische Philosophie.

Brockmeier, Jens, geb. 1951; Doktorand am Institut für Philosophie der FU Berlin. Veröffentlichungen: Aufsätze zu methodischen und inhaltlichen Problemen der Philosophie- und Wissenschaftsgeschichte. Arbeitsgebiet: Frühbürgerliche Naturphilosophie und Erkenntnistheorie.

Dohmen, Matthias, M. A. (Neuere Geschichte), geb. 1947; Redakteur der *UZ*, Freier Mitarbeiter zahlreicher in- und ausländischer Zeitschriften (u. a. *Gewerkschafts-Spiegel*, *Volksstimme*, Wien, *Internationales Leben*, Moskau, *Labour Monthly*, London, *Horizont*, Berlin/DDR).

Enderwitz, Ulrich, vgl. Argument 109

Feesche, Irmgard, geb. 1949; Studium der Ev. Theologie und Amerikanistik in Cambridge (Mass.), Göttingen, Tübingen und Berlin/W. Arbeitsgebiete: Emanzipation und Sozialisation von Frauen, Protestantismus und Frauenunterdrückung. Mitglied des Sozialistischen Frauenbundes Westberlin.

Gerold, Ulrike, geb. 1956; Studium der Germanistik, Theater- und Kunstgeschichte. Arbeitsgebiete: Feminismus, Medienwissenschaft (Video, Film). Mitglied der GEW und des Arbeitskreises Westeuropäische Arbeiterbewegung (AWA).

Göbel, Eberhard, Dipl.-Soziologe, geb. 1951; Doktorand an der FU Berlin. Veröffentlichungen: *Vom »Lebensstandard« zur »Lebensqualität«* (in: *Blätter für dt. und internat. Politik* 6/76); Rezensionen im *Argument*. Arbeitsgebiet: Medizinische Soziologie.

Gransow, Volker, Dr. phil., geb. 1945; Wiss. Ass. für Politikwissenschaft an der PH Bielefeld, Lehrbeauftragter an der GHS Paderborn. Veröffentlichungen: *Kulturpolitik in der DDR* (1975), *Viktor Agartz. Wirtschaftspolitik und Arbeiterbewegung* (Hrsg., mit M. Krätke, 1978); Aufsätze zur Kulturtheorie und DDR. Arbeitsgebiete: Westliche Kommunismusforschung, Eurokommunismus, Gewerkschaftspolitik, Politische Ökonomie. Mitglied in SPD, GEW und BdWi.

Große-Oetringhaus, Hans-Martin, Dr. phil.; 1973/1974 Aufbau einer Nachmittagsschule in der Obdachlosensiedlung Münster-Mecklenbeck; z. Zt. selbständiger Wissenschaftler und Schriftsteller. Veröffentlichungen: *Bildung zwischen Apartheid und Widerstand. Das Bildungssystem der nicht-weißen Bevölkerungsgruppen in Südafrika*. (1978); Zeitschriftenaufsätze.

Gröhn, Dieter, Dipl.-Kaufm., Dipl.-Soziologe; wiss. Ass. am Institut für Soziologie der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Bildungsökonomie, Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik.

Haug, Wolfgang Fritz, vgl. Argument 108

Hergott, Gerhard, Dipl.-Math., geb. 1952; FU Berlin. Arbeitsgebiete: Philosophie und Didaktik der Mathematik, Wissenschaftstheorie. Mitglied des AWA.

Holling, Eggert, Dipl.-Soziologe, geb. 1943; Lehrbeauftragter an der FU Berlin und Forschungstätigkeit bei einer empir. Untersuchung zur Berufsfeldanalyse für Dipl.-Handelslehrer.

Veröffentlichungen zus. m. anderen: *Qualifikationsentwicklung und Curriculumkonstruktion* (1976); *Lehrer zwischen Anspruch und Wirklichkeit* (1976); *Erziehung zu beruflicher Mobilität* (1976).

Jost, Harald Ernst, geb. 1956; Studium der Politikwiss., Soziologie, Philosophie und des Öffentl. Rechts in Marburg und Gießen. Arbeitsgebiete: Faschismus, Kirche und Staat. Mitglied der SPD und der VVN.

Kipp, Martin, Dr. phil., geb. 1945; gelernter Maschinenbauer, 2. Bildungsweg, wiss. Mitarbeiter an der Hochschule der Bundeswehr Hamburg. Veröffentlichungen: Wörterbuchartikel und Aufsätze zur Berufspädagogik, beruflichen Erwachsenenbildung, Technikgeschichte und Qualifikationsforschung.

Kunstmann, Wilfried, geb. 1949; Doktorand an der PHN Göttingen. Veröffentlichungen: *Erziehen ist nicht kinderleicht* (m. anderen, 1977); *Gesellschaft – Emanzipation – Diskurs* (1977). Arbeitsgebiete: Politische Erwachsenenbildung, Kritische Theorie, Schulsystem.

Kunze, Andreas, Dr. phil., geb. 1940; Redakteur beim Hessischen Rundfunk, wiss. Mitarbeiter am FB Sozial- u. Erziehungswissenschaften der Fernuniv. Hagen. Aufsätze in Zeitschriften und Sammelbänden zu historisch-erziehungswiss. Problemen, Theorie und Sozialgeschichte der Erziehung im Rahmen der Wirtschaftsgeschichte.

Leiser, Eckart, Dr. phil. habil. (Psychologie und Mathematik); Leitung der Arbeitsgruppe »Datenverarbeitung, Planung u. Organisation« an der Universitäts-Nervenlinik Frankfurt, Ass. Prof. am Psych. Institut der FU Berlin. Veröffentlichungen: *Die soziologische Dimension in der klinischen Psychiatrie* (1974); *Widerspiegelungscharakter von Mathematik und Logik* (1978); *Einführung in die statistischen Methoden der Erkenntnisgewinnung* (1978). Arbeitsgebiete: Methodologische Probleme der Kritischen Psychologie, Aufarbeitung der Piagetischen Konzeption und des systemtheoretischen Ansatzes. Mitglied der ADS und der ÖTV.

Lohmann, Karl-Ernst, vgl. Argument 108.

Lorenzen-Schmidt, Klaus-Joachim, M. A., geb. 1948; Studium der Vor- und Frühgeschichte. Veröffentlichungen: *Das Sozialverhalten früher Menschengruppen* (1975); Aufsätze zur nord-deutschen Stadtgeschichte. Arbeitsgebiete: Frühbürgerliche Revolution in Deutschland, Schleswig-Holsteinische und Hamburgische Landesgeschichte. Mitglied des BdWi.

Maruhn, Jürgen, geb. 1950; Studium der Germanistik, Philosophie und Politikwiss. an den Univ. Bochum und Marburg, Doktorand. Arbeitsgebiet: früher deutscher Sozialismus.

Meisenberg, Peter, Studium der Geschichte, Philosophie und Germanistik in Köln, z. Zt. Studienreferendar und Lehrbeauftragter an der VHS. Arbeitsgebiete: Genese bürgerlicher Subjektivität, Geschichte und Literatur im Deutschland des 16. Jh.

Neumann, Volker, geb. 1947; jurist. Assessorexamen, z. Zt. Studienleiter beim Evang. Studienwerk Villigst. Veröffentlichungen: Aufsätze und Buchbesprechungen zu jurist. Themen. Arbeitsgebiete: Konservatismus im Staatsrecht, Carl-Schmitt-Schule, Staatstheorien, Verfassungsrecht.

Niess, Frank, M. A., geb. 1942; 1972–1976 wiss. Ass. am Inst. für Politikwiss. der Univ. Stuttgart, z. Zt. freier Publizist, Mitarbeit bei Zeitschriften und Rundfunk. Veröffentlichungen: *Amerikanische Außenpolitik* (1977); *Cuba Libre* (Co-Autor, 1977); *Die Geschichte der Arbeitslosigkeit in Deutschland* (1978); Aufsätze und Rezensionen u. a. in *Das Argument*. Arbeitsgebiete: amerikanische und kubanische Geschichte, Geschichte der BRD, Frühgeschichte der europ. Integration. Mitglied in: ÖTV, Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft, Amnesty International, Heidelberger Spanien-Initiative.

Ost, Reinhard, geb. 1952; Student am Inst. für Soziologie der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Arbeitsmarkttheorie und -politik, Regionaltheorie und -politik.

Peukert, Detlev, geb. 1950; Studium der Geschichte und Germanistik, Doktorand an der Univ. Bochum. Veröffentlichungen: *Rubrarbeiter gegen den Faschismus* (1976); Zeitschriftenaufsätze zu Faschismus, Widerstand, dt. Arbeiterbewegung. Mitglied der GEW.

Piegeler, Thomas; Jura-Studium an der Univ. Bremen.

Piper, Ernst, geb. 1952; Doktorand (Geschichte und Germanistik). Veröffentlichungen: *Der Aufstand der Ciompi* (1978); Essays für den Hess. Rundfunk, Zeitschriftenaufsätze. Arbeitsgebiete: Mittelalterliche Sozial- und Stadtgeschichte, Sozialtopographie. Vorstandsmitglied des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier.

Priester, Klaus, Dipl.-Soziologe, geb. 1952; Doktorand. Veröffentlichungen: *Arbeitsbedingungen und gewerkschaftlicher Kampf* (mit E. Dähne, 1978); Aufsätze in: *Humanisierung der Arbeitswelt?* (Argument-Sonderband AS 14, 1977). Mitglied der ÖTV.

Rähzel, Nora, geb. 1948; wiss. Ass. am Psycholog. Inst. der FU Berlin, Mitarbeit am Projekt »Automation und Qualifikation«; dort Mitautorin des Buches *Entwicklung der Arbeit* (Argument-Sonderband AS 19, 1977); Beiträge im *Extra-Dienst*. Arbeitsgebiete: Wissenschafts- und Erkenntnistheorie, Produktivkraftentwicklung. Mitglied der GEW Berlin und der ADS.

Rey, Manfred, geb. 1948; gelernter Schriftsetzer, Redakteur bei der *Wahrheit*. Stellvertr. Landesvorsitzender der Deutschen Journalisten-Union (DJU) in der IG Druck und Papier, Berlin/W.

Ripalda, José-Maria, Dr. phil. (Madrid) 1972; Studium der Philosophie und Soziologie in Münster (1967/1968), Bochum (Hegel-Archiv 1970–1972), FU Berlin (1972–1976). Lebt zur Zeit in Madrid. Veröffentlichungen: *The Divided Nation* (Assen, Van Gorcum 1977); Ausgaben der Jugendschriften von Hegel (Madrid/Mexico, Fondo de Cultura 1978) und Marx (Barcelona, Crítica 1978). Mitglied der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE).

Robbeck, Johannes, Dr. phil., geb. 1947; Studienreferendar. Veröffentlichungen: *Rationalisierung und Arbeitskampf bei Fiat* (1974); *Egoismus und Sympathie: David Humes Gesellschafts- und Erkenntnistheorie* (1978). Arbeitsgebiete: materialistische Dialektik, Ethik, Wissenschaftsgeschichte.

Schöfthaler, Traugott, Dipl.-Soziologe, geb. 1949; wiss. Ass. am Inst. für Allg. Erziehungswiss. der FU Berlin. Veröffentlichungen: *Vergleichende Sozialisationsforschung* (in: *Kongressbericht 18. Dt. Soziologentag*, 1978). Aufsätze zu religionssoziologischen Themen. Arbeitsgebiete: Wissens- und Religionssoziologie, vergleichende Bildungsforschung. Mitglied der ÖTV.

Schültke, Josef, geb. 1951; Doktorand. Arbeitsgebiete: Kunst- und Literaturtheorie.

Seegert, Christian, geb. 1945; jurist. Assessorexamen. Wiss. Angestellter an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg. Arbeitsgebiete: Arbeits- und Verfassungsrecht, Gewerkschaftsgeschichte.

Springer, Michael, Dr. phil., geb. 1944; Studium der theoretischen Physik an der Univ. Wien, z. Zt. Schriftsteller. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, Hörspiele. Arbeitsgebiete: Wissenschaftstheorie, Ökologiebewegung.

Statz, Albert, Dr. phil., geb. 1946; wiss. Ass. am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, Veröffentlichungen: *Grundelemente einer politischen Ökonomie der westeuropäischen Integration* (1977). Arbeitsgebiete: Polit. Ökonomie der westeurop. Integration, Fachdidaktik der internat. Beziehungen, Linksunion in Frankreich. Mitglied des AWA.

Steinmüller, Ulrich, Dr. phil., geb. 1942; Ass. Prof. für Linguistik an der FU Berlin. Veröffentlichungen: *Kriterien effektiver Kommunikation* (1977); *Kommunikationstheorie* (1977); Aufsätze zu sprachsoziologischen Themen. Arbeitsgebiete: Sprachsoziologie, Kommunikationstheorie, »Gastarbeiter«-Deutsch.

Tjaden, Karl Hermann, vgl. Argument 107.

Wacker, Ulrich, geb. 1950; Referendar und Lehrbeauftragter an der Univ. Bremen, Veröffentlichungen: *Das Absolutismus-Problem. Staatsfeudalismus oder Frühform des bürgerlichen Staats?* (in: *Probleme der materialistischen Staatstheorie. Staat und Monopole (II)*), Argument-

Sonderband AS 16, 1977); Beiträge in Sammelbänden (EWG). Arbeitsgebiete: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des 16.–18. Jh., westeuropäische Integration. Mitglied der GEW.

Warneken, Bernd-Jürgen, Dr. phil., geb. 1945; wiss. Ass. am Ludwig-Uhland-Institut für empirische Kulturwiss. der Univ. Tübingen. Veröffentlichungen: *Zu Kritik positivistischer Literatursoziologie* (in: *Literaturwissenschaft und Sozialwissenschaften*, 1971); *Literarische Produktion. Einführung in die Theorie der Kunstliteratur* (erscheint 1979); Aufsätze zur Massenkultur und Literaturtheorie, u. a. im *Argument*. Arbeitsgebiete: Kulturpolitik, Kulturarbeit, Kulturtheorie, Arbeiterkultur, Massenmedien. Mitglied der GEW und des BdWi.

Weißbach, Hans-Jürgen, Dipl.-Soziologe, geb. 1950; wiss. Mitarbeiter am Inst. für Soziologie der FU Berlin und in verschiedenen Forschungsprojekten. Veröffentlichungen: *Planungswissenschaft* (mit Bühlow u. a., 1975); *Integration und Selektion in der Gesamtschule* (1976); *Soziale Lage von Gesamtschülern* (1977); Aufsätze zu soziologischen Themen. Arbeitsgebiete: Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bildungssystemanalyse, Industriesoziologie. Mitglied der ÖTV.

Wiese, Klaus, geb. 1942; wiss. Ass. im Arbeitsbereich historische Pädagogik an der PH Berlin/W.; Ko-Drehbuchautor von »Liebe Mutter, mir geht es gut« (1971), »Schneeglöckchen blühen im September« (1973), Mitarbeit am Film »Der aufrechte Gang« (1976). Arbeitsgebiete: Geschichte der pädagog. Historiographie in der DDR, Geschichte der Arbeiterbeschulung im öffentlichen Unterrichtssystem in Preußen 1871–1918. Mitglied der GEW Berlin.

Wiese-Zeuch, Ilona, geb. 1946; wiss. Ass. an der PH Berlin/W. Arbeitsgebiete: Entwicklung und aktuelle Probleme der Lehrerausbildung, Institutionalisierung der Volksschullehrerausbildung in Preußen im 1. Viertel des 19. Jh. Mitglied der GEW Berlin.

Woetzel, Harold, vgl. Argument 109.

Wulff, Erich, Prof. Dr. med., geb. 1926; 1961–1967 Lehrbeauftragter für Psychiatrie an der Univ. Huế, Südvietnam; Mitdirektor der Psychiatr. Klinik der Med. Hochschule Hannover und Leiter der Sozialpsychiatr. Abteilung. Veröffentlichungen: *Vietnamesische Lehrjahre* (als G. W. Alsheimer, 1968 und 1972); *Psychiatrie und Klassengesellschaft* (1972). Mitglied in: BdWi, ÖTV, Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie, Internationale Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile; 1. Vorsitzender der Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern der Sozialistischen Republik Vietnam und der BRD.

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

Projektgruppe Automation und Qualifikation

AS 7 Band I: Automation in der BRD

2. verbesserte, um Register, Literaturverzeichnis und Nachwort erweiterte
Auflage 1976

AS 19 Band II: Entwicklung der Arbeitstätigkeiten und die Methode ihrer Erfassung

Aufbauend auf den Analysen der Kritischen Psychologie wird die These verfochten, daß die Kategorien zur empirischen Erfassung von Arbeitstätigkeiten historisch entwickelt werden müssen. Den Schwerpunkt bildet der Versuch, einen Überblick über die Entwicklung der Tätigkeiten von der Urgesellschaft bis zur großen Industrie zu geben. Die Übersetzung gesellschaftswissenschaftlicher und ökonomiekritischer Kategorien in Fragen, die faktische Vorgänge zu erfassen erlauben, schließt mit der Präsentation eines Leitfragebogens, mit dem die Projektgruppe in den Betrieben gearbeitet hat.

In Kürze erscheint:

AS 31 Band III: Theorien über Automationsarbeit

Kategorien

Automationsarbeit in der Industriesoziologie: „Qualifikation“, „Kooperation“, „Autonomie“

Automationsarbeit in den Arbeitswissenschaften: Analytische Arbeitsbewertung, „Belastung“, „Beanspruchung“, Kognitive Prozesse

Positionen

Kern/Schumann, Baethge, Mickler, Fricke und Theorien über Arbeitsgestaltung

Tabellarische Übersicht

Untersuchungen zur Automationsarbeit bis 1977

Einzelpreis AS 7: 18,50 DM, für Studenten 15,- DM

Einzelpreis AS 19 und 31: 15,50 DM, im Abo 13,- DM

Schüler und Studenten 12,- DM, im Abo 10,- DM

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65

Buchhandlungen

die DAS ARGUMENT, AS und SH komplett am Lager haben

Aachen

babula Buchhandlung, 5100 Aachen, Pontstr. 133, Tel. 02 41/2 75 55

Augsburg

„probuch“ GmbH, Gögginger Str. 34, 8900 Augsburg, Tel. 08 21/57 91 73

Berlin

autorenbuchhandlung, Carmerstr. 10, 1000 Berlin 12, Tel. 0 30/31 01 51

Buchladenkollektiv Politische Buchhandlung, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12, Tel. 0 30/3 13 99 83

commune Politische Buchhandlung, Unter den Eichen 84d, 1000 Berlin 45, Tel. 0 30/8 32 83 15

das europäische buch, Kneesebeckstr. 3, 1000 Berlin 12, Tel. 0 30/3 13 77 44 und Thielallee 32, 1000 Berlin 33, Tel. 0 30/8 32 40 51

Heinrich-Heine-Buchhandlung, Im Bahnhof Zoo, 1000 Berlin 12, Tel. 0 30/8 32 83 15

Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40, 1000 Berlin 33, Tel. 0 30/8 31 38 25

Buchhandlung Kiepert, Garystr. 46, 1000 Berlin 33, Tel. 0 30/76 43 68 und Hardenbergstr. 4-5, 1000 Berlin 12, Tel. 0 30/31 07 11

Das Politische Buch, Lützenburger Str. 99, 1000 Berlin 15, Tel. 0 30/8 83 25 53

Wohltut'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11, 1000 Berlin 41, Tel. 0 30/8 51 15 09

Buchhandlung Rosenfeld, Drakestr. 35a, 1000 Berlin 45, Tel. 0 30/8 31 39 62

Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29, 1000 Berlin 19, Tel. 0 30/3 41 74 32

Bielefeld

Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Feilenstr. 10, 4800 Bielefeld, Tel. 05 21/6 35 18

Bochum

Politische Buchhandlung, Im Westenfeld 22, 4630 Bochum, Tel. 02 34/70 23 36

Bonn

Buchladen 46-Kritische Politik, Kaisersr. 46, 5300 Bonn, Tel. 022 21/63 74 08

Bremen

Buchladen & Unibuchladen Bettina Wassmann, Am Wall 164, 2800 Bremen 1, Tel. 04 21/32 76 27

Darmstadt

Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Lautenschlägerstr. 3, 6100 Darmstadt, Tel. 0 61 51/7 52 30

Dortmund

bücherstube GmbH, Große Heimstr. 62 4600 Dortmund, Tel. 02 31/10 33 06

Duisburg

buchladen-kollektiv gmbh, Oststr. 194, 4100 Duisburg, Tel. 02 03/37 21 23

Frankfurt

Buchladen Verlag 2000 GmbH, Jügelstr. 1, 6000 Frankfurt, Tel. 06 11/77 50 82

Wissenschaftliche Buchhandlung Theo Hector, Grafenstr. 77, 6000 Frankfurt 90, Tel. 06 11/77 73 03

Karl Marx Buchhandlung, Jordanstr. 11, 6000 Frankfurt 90, Tel. 06 11/77 88 07

tar-Buchhandlung Johanna Kürschner, Schumannstr. 56, 6000 Frankfurt/M., 1, Tel. 06 11/5 10 46

Freiburg

„Jos Fritz“ Pol. Buchhandlung, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg, Tel. 07 61/2 68 77

Waldfari, Buchhandlung i. d. Universität, Bertoldstr. 28, 7800 Freiburg, Tel. 07 61/3 61 59

Gießen

Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Schiffenberger Weg 1, 6300 Gießen, Tel. 06 41/79 22 67

Göttingen

Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 3400 Göttingen, Tel. 05 51/4 21 28

Hamburg

Heinrich Heine Buchhandlung GmbH, Grindelallee 26, 2000 Hamburg 13, Tel. 0 40/44 97 78

Internationale Buchhandlung, Johannisallee 67, 2000 Hamburg 13, Tel. 0 40/4 10 45 72

Hannover

Internationalismus Buchladen und Verlagsgesellschaft mbH, Königsworther Str. 19, 3000 Hannover 1, Tel. 05 11/1 71 73

Wissen + Fortschritt, Hamburger Allee 37, 3000 Hannover

Heidelberg

Buchhandlung Jörg Burkhard, Marzellstr. 11 a, 6900 Heidelberg, Tel. 0 62 21/2 91 53

Buchhandlung kollektiv, Ploek 64 a, 6900 Heidelberg, Tel. 0 62 21/1 26 33

Hildesheim

amets's buchEcke, Goschenstr. 31, 3200 Hildesheim, Tel. 0 51 21/3 44 41

Kassel

ABC-buchladen, Goethestr. 77, 3500 Kassel, Tel. 05 61/7 77 04

Kiel

Buchhandlung Walter G. Mühlau, Holtzener Str. 116, 2300 Kiel, Tel. 04 31/8 50 85

Köln

Der Andere Buchladen, Zulpicher Str. 197, 5000 Köln 41, Tel. 02 31/42 02 14

Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Fleischmengergasse 31, 5000 Köln 1, Tel. 02 21/21 57 70

Konstanz

Bücherstube am See, Peter Neter, Kreuzlinger Str. 11, 7750 Konstanz, Tel. 0 75 31/2 21 76

Mainz

Anna Seghers Buchhandlung, Bilhildstr. 15, 6500 Mainz, Tel. 0 61 31/2 49 16

Marburg

Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21/2 47 87

Wissen und Fortschritt, Am Grün 36, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21/2 64 12

München

BASIS, Sozialwissenschaftl. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41 b, 8000 München 40, Tel. 0 89/2 80 95 22

Libresso Buchhandlung, Turkenstr. 66, 8000 München 40, Tel. 0 89/28 17 67

Münster

Karl Liebknecht Buchhandlung, Steinfurter Str. 15, 4400 Münster, Tel. 02 51/2 80 77

ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34, 4400 Münster, Tel. 02 51/4 49 23

Nürnberg

Libresso Buchzentrum, Weinmarkt 12 a 8500 Nürnberg, Tel. 09 11/22 15 07

Oldenburg

Carl von Ossietzky Buchhandlung Michael Rittendorf KG, Bergstr. 1, 2900 Oldenburg, Tel. 04 41/1 39 49

Regensburg

Libresso-Buchhandlung, Glockengasse 7, 8400 Regensburg, Tel. 09 41/56 15 38

Saarbrücken

der buchladen, Beth/Paul, Johannisstr. 3, 6600 Saarbrücken 3, Tel. 06 81/3 11 71

Buchhandlung Lenchen Demuth, Nauwieser Str. 13, 6600 Saarbrücken, Tel. 06 81/3 65 59

Schwerte

Versandbuchhandlung u. Wiss. Antiquariat, Hubert Freistühler, Holzener Weg 31, 5840 Schwerte, Tel. 023 04/8 00 33

Stuttgart

Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 14, 7000 Stuttgart 1, Tel. 07 11/22 32 87

Tübingen

aktion politischer buchladen, Nauklerstr. 20, 7400 Tübingen, Tel. 0 70 71/21 29 29

Zürich

Limmatbuchhandlung Pinkus-Genossenschaft, Froschauer- gasse 7, CH-8025 Zürich, Tel. 01 32 26 47

Auslieferung für Österreich

Wien

Buchhandlung Felix Stelzer GmbH, Kolingasse 6, A - 1090 Wien, Tel. 34 33 84